

Kulturen des Verdrängens und Erinnerns

Perspektiven auf die rassistische Gewalt
in Rostock-Lichtenhagen 1992



hrsg. von
Gudrun Heinrich
David Jünger
Oliver Plessow
Cornelia Sylla

Gudrun Heinrich / David Jünger / Oliver Plessow / Cornelia Sylla (Hrsg.)

Kulturen des Verdrängens und Erinnerns
Perspektiven auf die rassistische Gewalt in Rostock-Lichtenhagen 1992



Gudrun Heinrich / David Jünger /
Oliver Plessow / Cornelia Sylla (Hrsg.)

Kulturen des Verdrängens und Erinnerns

Perspektiven auf die rassistische Gewalt in
Rostock-Lichtenhagen 1992

Neofelis

Inhalt

- 7 **Gudrun Heinrich / David Jünger / Oliver Plessow / Cornelia Sylla**
Kulturen des Verdrängens und Erinnerns. Einleitung

I PRAKTIKEN UND BEDEUTUNGEN DES ERINNERNS

- 25 **Franka Maubach**
Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen
Plädoyer für eine Lokalgeschichte rassistischer Gewalt in Ost und West
- 39 **Oliver Plessow**
Kommunale Denkzeichen für Lichtenhagen 1992 in Rostock und ihr
erinnerungskultureller Kontext. Ein Kommentar in fünf Beobachtungen
- 51 **Gudrun Heinrich**
Kommunale Geschichtspolitik
Das Beispiel ‚Rostock-Lichtenhagen 1992‘
- 63 **Tanja Thomas / Fabian Virchow**
Rechte Gewalt in Rostock-Lichtenhagen 1992
Zu Gelingensbedingungen einer anerkennenden Erinnerungskultur
- 77 **Kien Nghi Ha**
Das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen als institutionalisierter Rassismus

II BETROFFENENPERSPEKTIVEN

- 97 **Stefanie Oster / Johann Henningsen**
Betroffene Rom*nja des Pogroms in Rostock-Lichtenhagen 1992
Bericht aus einem Rechercheprojekt
- 111 **Dan Thy Nguyen**
Das Sonnenblumenhaus
Über ein dokumentarisches Theaterstück und Hörspiel

III FACHPERSPEKTIVEN

- 121 **Yvonne Wasserloos / Katharina Alexi**
„Lichtenhagen 1992“ im klingenden Gedächtnis. Musikalische Medialisierungen
in den internationalen Jugendkulturen und im Rechtsrock
- 141 **David Zimmermann**
Rassistische Diskriminierung als Aspekt traumatischer Prozesse
Sozialpsychologische und pädagogische Perspektiven
- 153 **Cindy Hader**
Randnotizen. Eine ethnografische Annäherung an die Auslagerung der
Zentralen Aufnahmeestelle im Anschluss an das Pogrom in Lichtenhagen
- 167 **Sandra Eichstädt / Katharina Schwabel / Cornelia Sylla**
Erinnerung an Rostock-Lichtenhagen 1992 unter Berücksichtigung einer
heterogenen Schüler*innenschaft. Erfahrungen aus einem Lehrforschungsprojekt

IV KONTEXTE RASSISTISCHER GEWALT

- 183 **K. Erik Franzen**
Das Erbe annehmen
Hoyerswerda und die Erinnerung an das ‚Pogrom 1991‘
- 197 **Kemal Bozay**
Rassistische Gewalt und Erinnerungskultur aus der migrantischen
Betroffenenperspektive am Beispiel von Solingen 1993
- 213 **Richard Rohrmoser**
Zwischen Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen
Das versuchte Pogrom von Mannheim-Schönau im Frühjahr 1992
- 223 **Abbildungsverzeichnis**

Gudrun Heinrich / David Jünger / Oliver Plessow / Cornelia Sylla

Kulturen des Verdrängens und Erinnerns

Einleitung

Die Gewalt in Rostock-Lichtenhagen 1992 als Ereignis und erinnerungskultureller Einschnitt

Vom 22. bis 26. August 1992 wurde der Rostocker Stadtteil Lichtenhagen zum Schauplatz eines der schwersten rassistischen Gewaltexzesse der deutschen Nachkriegsgeschichte. Insbesondere das weithin sichtbare *Sonnenblumenhaus* wurde zum bildkräftigen Symbol des Erstarkens rechter Gewalt im damals frisch wiedervereinten Deutschland. An der in dem Haus untergebrachten Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAst) war in den Tagen zuvor eine stetig größer werdende Zahl an Asylbewerber*innen, überwiegend Rom*nja, eingetroffen, denen die Aufnahme in die bereits überfüllte Einrichtung verweigert wurde. Ohne sanitäre Einrichtungen, Schlaf- oder Kochgelegenheiten waren diese Schutzsuchenden gezwungen, vor der Einrichtung zu kampieren.

Am 22. August begann eine Menschenmenge, die von Stunde zu Stunde anwuchs, das Haus zu belagern, rassistische Parolen zu skandieren und Steine zu werfen. Die Polizei trat dieser Gewalt nicht effektiv entgegen. Ab dem zweiten Tag wurde nicht mehr allein die ZAst, sondern nun auch das sich ebenfalls im Sonnenblumenhaus befindende Wohnheim ehemaliger vietnamesischer Vertragsarbeiter*innen angegriffen. Den Parolen und Steinen folgten Molotowcocktails. Die Menschen im Wohnblock waren in akuter Lebensgefahr. Das Gelände um das Haus glich einem schauerlichen Volksfest, dem Tausende beiwohnten und bei dem es neben der Gewalt jede Menge Alkohol und eine ausgelassene Stimmung gab. Die Polizei war bis zum 26. August nicht in der Lage, die gewalttätigen und skandierenden Menschenmassen zu vertreiben und die Ausschreitungen zu beenden. Die Bilder des brennenden Hauses, aus dem die

Eingeschlossenen gerade eben noch entkommen konnten, gingen um die Welt und sorgten national wie international für Entsetzen.

Die pogromhaften Ausschreitungen standen nicht isoliert, sondern ordneten sich in eine bundesweite Welle rechter Gewalt ein, die chiffrenhaft bis heute mit Ortsnamen wie Hoyerswerda, Solingen oder Mölln verbunden wird. Die Gewalt vollzog sich in der Zeit eines starken Flüchtlingszuzugs, der tiefe gesellschaftliche Gräben offenbarte. Der Dezember 1992 brachte die heftig umstrittene Änderung der Asylbestimmungen des Grundgesetzes, die das Grundrecht auf Asyl massiv einschränkte – und das nicht zuletzt als Reaktion auf die Ereignisse von Lichtenhagen, die von Teilen der Politik als extremer Ausdruck einer in der Bevölkerung verankerten Forderung nach einem Zuwanderungsstopp interpretiert wurden. Für die Gegner des ‚Asylkompromisses‘ von 1992 stellte dies dagegen den antidemokratischen Sündenfall der wiedervereinigten Republik dar. Kein Wunder, dass der erinnerungskulturelle Umgang mit dem Ereigniskomplex immer wieder einen mangelnden gesellschaftlichen Konsens in zentralen Fragen offenlegt und immer wieder tiefe politische Klüfte erkennen lässt.

Seither arbeitet sich Rostock, dessen Name durch die Attacken in das nationale wie internationale Gewaltgedächtnis eingeebnet ist, daran ab, wie an die Geschehnisse zu erinnern sein soll. Für die städtischen Organe wie für die städtische Gesellschaft ist das Erinnern an diese Zeit eine andauernde Herausforderung. Insbesondere zu den runden Jahrestagen gab es große Gedenkveranstaltungen, die eine nationale Berichterstattung erfuhren und in denen sich die Stadt mehr und mehr zu ihrer Verantwortung bekannte. Ebenso setzte die lokale Zivilgesellschaft in den letzten dreißig Jahren zahlreiche Gedenkimpulse, und auch eine universitäre Beschäftigung mit dem Komplex ist am Ort zu vermerken.

Die Veranstaltungen zur Erinnerung und zum Gedenken waren stets auch Kritik ausgesetzt: zu wenig, zu punktuell, zu halbherzig, zu unsensibel in Bezug auf Rassifizierungen, zu viel Aufmerksamkeit für die Täter*innen und ihre gesellschaftliche Einbettung lauteten und lauten die Vorwürfe; vor allem aber seien wichtige Perspektiven namentlich der von der Gewalt Betroffenen nicht berücksichtigt oder unsichtbar gemacht worden. Wurde diese Kritik schon anlässlich der Veranstaltungen von 2012 öffentlich geäußert,¹ fand sich das erinnerungskulturelle Momentum 2022, als sich die Ausschreitungen zum 30. Mal jähren, dann ganz bei jenen, die eine Erweiterung der Perspektive und ein bewusstes Suchen nach den Stimmen jener forderten, die in jenen Augusttagen 1992 attackiert und mit dem Tode bedroht worden waren. Gleichzeitig war eine Tendenz

1 Vgl. den Beitrag von Tanja Thomas / Fabian Virchow: Rechte Gewalt in Rostock-Lichtenhagen 1992. Zu Gelingensbedingungen einer anerkennenden Erinnerungskultur, in diesem Band.

fassbar, gerade auch den Umgang mit der Gewalt und die Erinnerung daran im Laufe der letzten drei Jahrzehnte intensiver zu analysieren. Der vorliegende Sammelband lässt sich als ein Ausdruck dieser Schwerpunktverschiebung begreifen. Im Zuge des Gedenkjahrs 2022 fanden Interessierte an der Universität Rostock zusammen, um gemeinsam mit Kolleg*innen aus der Forschung und den stärker wissenschaftsorientierten Anteilen zivilgesellschaftlicher Aufarbeitung die unterschiedlichen Ansätze und Interessen miteinander ins Gespräch zu bringen. Den daraus erwachsenen und hier versammelten Beiträgen gingen eine Veranstaltungsreihe im Sommersemester 2022 an der Universität Rostock, ein Kolloquium im Rahmen des Gedenktags am 26. August 2022 in der Stadthalle Rostock und ein Lehrforschungsprojekt voraus, das sich mit den vorhandenen Lehrmaterialien zum Ereignis befasste. Alle drei Veranstaltungen haben dabei auf unterschiedliche Weise versucht, die Perspektiven auf das Ereignis ‚Rostock-Lichtenhagen 1992‘ und dessen Memorialisierung in den nachfolgenden 30 Jahren zu erweitern. Insbesondere das Kolloquium stellte die Rostocker Ereignisse in einen größeren Rahmen der Gewaltwelle der frühen 1990er Jahre. Die Heterogenität der Perspektiven ist dieser Genese geschuldet, sie ist aber auch insofern Programm, als dass die Sichtweisen nicht zu einer großen einheitlichen, Deutungshoheit beanspruchenden Meistererzählung zusammengeführt werden sollten. Der vorliegende Band will wissenschaftliche und wissenschaftsnahe Stimmen bündeln sowie zur Diskussion anregen und diese nicht beenden.

Wege der Forschung, Aufbereitung und Erinnerung

Die hier versammelten Texte treffen dabei auf keinen forschungsleeren Raum, selbst wenn die Erforschung des gesamten Rostocker Gewaltkomplexes und seiner Nachgeschichte erst seit Kurzem an Intensität gewonnen hat. Eine ganze Generation liegt zwischen den Geschehnissen und der Gegenwart, sodass neben ein politikwissenschaftliches inzwischen ein zeithistorisches Interesse getreten ist. Allemal ist die Beschäftigung mit Rostock-Lichtenhagen wie überhaupt mit der rechten Gewalt jener Jahre ein transdisziplinäres Projekt.

Wer das Geschehen analysieren will, braucht Informationsquellen; wie diese beschaffen sind und zusammenspielen, bestimmt die Grenzen dessen, wozu wissenschaftliche Aussagen getätigt werden können. Im vorliegenden Fall prägen die schon parallel zu den Ereignissen einsetzende massenmediale Berichterstattung und die Erzählungen zahlreicher Zeitzeug*innen die Aufarbeitung und die Erinnerungsdiskurse. Fernsehen und Presse waren in jenen Augusttagen 1992 (anders als die Polizei) durchweg präsent bis hin zu einem filmenden

ZDF-Team, das mit im Sonnenblumenhaus eingeschlossen war. Berühmt geworden sind nicht nur die TV-Bilder des brennenden Gebäudes, sondern auch Martin Langers Foto des Hitlergruß zeigenden, Deutschlandtrikot und eingeknäuelte Jogginghose tragenden Harald Ewert.² Zahlreiche Dokumentationen brachten in den letzten 30 Jahren und bringen noch heute Betroffene, Beteiligte und Zuschauer*innen vor die Kamera. Die Gruppe der Zeitzeug*innen ist allerdings heterogen und zerfällt je nach Bezug zu den Ereignissen in unterschiedliche Segmente: Die in Lebensgefahr Eingeschlossenen im Haus, also einige der Vietnames*innen und ihrer Unterstützer*innen aus dem Rostocker Jugendalternativzentrum, das besagte Fernseheteam und auch der damalige Ausländerbeauftragte der Stadt Rostock Wolfgang Richter, standen vielfach für die Sicht der Betroffenen, während Stimmen aus der Gruppe der Rom*nja lange Zeit gar keine Präsenz hatten. Interviewt wurden aber ebenso die verantwortlichen Funktionsträger*innen sowie vereinzelt Täter*innen. Immer wieder wurden zudem namenlos bleibende, auf der Straße eingeholte Einzelstimmen von Bewohner*innen des Stadtteils aufgezeichnet.

Die Aufarbeitungsgeschichte der pogromartigen Vorgänge lässt sich in unterschiedliche Phasen einteilen. Eine erste Phase setzte bereits mit den Ereignissen selbst ein, wobei neben der journalistischen Aneignung auch einige Betroffene und Beteiligte (etwa aus dem Kreis der Unterstützenden) versuchten, die Ereignisse zu dokumentieren. Untersuchungsausschüsse des Landtags sowie der Bürgerschaft der Hansestadt Rostock versuchten, die Vorgeschichte wie das Geschehene selbst zu dokumentieren.³ Das erste Jahrzehnt war dann geprägt von der Zuweisung und Zurückweisung von Verantwortung bis hin zur langwierigen und letztlich unbefriedigenden strafrechtlichen Aufarbeitung.⁴ In den Positionierungen zu den Ereignissen und im Sprachgebrauch dieser ersten Dekade (‚Krawalle‘, ‚Ausschreitungen‘, ‚Pogrom‘) spiegeln sich die politischen

2 Das ikonische Foto des inzwischen verstorbenen Martin Langer ist urheberrechtlich geschützt, was inzwischen selbst eine eigene Nachgeschichte hat. Es befindet sich inzwischen auch in der Sammlung des Hauses der Geschichte in Bonn. Es ist derzeit noch abrufbar unter: Rostock-Lichtenhagen. In: *Martin Langer*, o. D. <http://langerphoto.de/fotogalleries/rostock/> (Zugriff am 12.09.2023).

3 Landtag Mecklenburg-Vorpommern: *Beschlussempfehlung und Abschlussbericht des 2. Untersuchungsausschusses*. Drucksache 1/3771, 04.11.1993; Bürgerschaft der Hansestadt Rostock, Untersuchungsausschuss „ZAST“: *Abschlussbericht*. Rostock: Bürgerschaft der Hansestadt 1993.

4 Vgl. dazu Gudrun Heinrich: Fanal „Rostock Lichtenhagen“. Rassistische Ausschreitungen und die junge Demokratie. In: Stefan Creuzberger / Fred Mrotzek / Mario Niemann (Hrsg.): *Land im Umbruch. Mecklenburg-Vorpommern nach dem Ende der DDR*. Berlin: Be.bra 2018, S. 173–188, hier S. 183–184; Hermann Langer: *Flächenbrand von rechts. Zum Rechtsextremismus im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern*. Rostock: Jugend & Geschichte 1993.

Lager der 1990er Jahre, und schon hier sind die langfristig konkurrierenden Basisnarrative zu greifen. Diese bewegen sich auf einem Spektrum von der Verharmlosung und dem lokalen Mythos, die Gewalt sei auf zugereiste auswärtige Rechtsradikale zurückzuführen, über eine Interpretation, welche die Herausforderungen der Transformationszeit mit einem latent abrufbaren Rassismus und einem Kolossalversagen staatlicher Institutionen gekoppelt sieht, bis hin zu der Überzeugung, es habe sich um eine konzertierte Aktion von Politik, Polizei und Neonazis gehandelt oder zumindest, dass man letztere habe mutwillig gewähren lassen.

Die journalistische und aktivistische Aufarbeitung jener Jahre wäre eine eigene Diskursgeschichte wert. Herauszustellen ist, nicht zuletzt aufgrund der Bedeutung, welche sie bis heute in der pädagogischen Arbeit einnimmt, ferner die 1993 entstandene Dokumentation *The Truth Lies in Rostock*⁵, die sich von anderen Werken ihres Genres durch ihre Entstehung unter aktivistischer Beteiligung, ihre entsprechend klare politische Botschaft und vor allem durch ihre Integration der Perspektive der Geflüchteten abhebt.⁶ Eine besondere Rolle spielten zudem die Untersuchungsausschüsse in Stadt und Land,⁷ deren Tätigkeit letztlich auch in die Forschung eingeflossen ist. Erste Aufsätze erschienen, die das Geschehen auch aus polizeilicher Perspektive einzuordnen versuchten,⁸ und schließlich erfuhren die Ereignisse schon eine erste wissenschaftliche Einbettung vor allem im Rahmen der Erforschung rechtsextremer – und hier vor allem jugendlicher – Gewalt.⁹

Als Ausläufer dieser Phase lässt sich die 2002 erschienene Monografie *Politische Brandstiftung* von Jochen Schmidt begreifen, der zum 1992 im

5 *The Truth Lies in Rostock (Die Wahrheit liegt (lügt) in Rostock*, GB 1993, R: Mark Saunders / Siobhan Cleary).

6 Zum Film vgl. Johann Henningsen / Stefanie Oster: „The Truth Lies in Rostock“. Eine Dokumentation zum Pogrom in Lichtenhagen 1992. In: *zeitgeschichte online*, 17.08.2022. <http://zeitgeschichte-online.de/film/truth-lies-rostock> (Zugriff am 12.09.2023).

7 Dazu schon Roman Guski: Nach Rostock-Lichtenhagen. Aufarbeitung und Perspektiven des Gedenkens. In: Thomas Prenzel (Hrsg.): *20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt*. Rostock: Universität Rostock, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaft 2012, S. 31–52, hier S. 32–35.

8 Otto Diederichs: Das Polizeidebakel von Rostock. Versuch einer analytischen Würdigung. In: *CILIP. Bürgerrechte & Polizei* 44,1 (1993). <https://www.cilip.de/1993/02/22/das-polizeidebakel-von-rostock-versuch-einer-analytischen-wuerdigung/> (Zugriff am 14.10.2023).

9 Christoph Butterwege / Georg Lohmann (Hrsg.): *Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analyse und Argumente*. Opladen: Leske + Budrich 2001; Langer: *Flächenbrand von rechts*; Christoph Butterwege: Mordanschläge als Jugendprotest – Neonazis als Protestbewegung. Zur Kritik an einem Deutungsmuster der Rechtsextremismusforschung. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 7,4 (1994), S. 35–41.

Sonnenblumenhaus eingeschlossenen ZDF-Team gehörte.¹⁰ Das Buch ist aus der Warte eines engagierten Journalismus verfasst und läutete eine neue Periode ein, die durch einen stärker retrospektiven Blick gekennzeichnet ist. Zum runden Gedenktag 2002 entstanden erneut einschlägige Fernsehdokumentationen wie etwa *Die Feuerfalle von Rostock*, gezeigt 2002 in der ARD. Nur teilweise mit explizitem Bezug zu den Ereignissen in Rostock-Lichtenhagen 1992 wurden innerhalb des gesamtdeutschen Wissenschaftsdiskurses in dieser Zeit zunehmend Fragen der ostdeutschen Migrationsgesellschaft und dabei insbesondere Aspekte vietnamesischer Migrationsgeschichte und -erfahrungen thematisiert.¹¹

Ein deutlich ausgeweitetes Interesse am Komplex ‚Rostock-Lichtenhagen‘ ist seit etwas über zehn Jahren festzustellen. Zum Gedenkjahr 2012 erschien an der Universität Rostock ein beinahe noch als graue Literatur publiziertes Heft, das Grundlegendes versammelte und auch schon erste Reflexionen zur Erinnerungsgeschichte enthielt.¹² Seitdem ist eine kontinuierliche Produktion von Beiträgen zu verzeichnen, die zum Teil an die sehr staatskritischen, das unzureichende Vorgehen gegenüber Rechtsextremisten verurteilenden Paradigmen der vorherigen Phase anknüpfen,¹³ sich kritisch mit den regionalen Prozessen der Auseinandersetzung beschäftigen, aber auch aus einer beobachtenden Perspektive heraus Prozesse beschreiben.¹⁴

In Rostock selbst wird der Impuls zur umfassenderen Beschäftigung vom 2015 eingerichteten Dokumentationszentrum „Lichtenhagen im Gedächtnis“ getragen, das neben Bildungsarbeit auch archivalische Grundlagenarbeit leistet, aber auch von unterschiedlichen Instituten der Universität Rostock, die sich

10 Jochen Schmidt: *Politische Brandstiftung. Warum 1992 in Rostock das Ausländerwohnheim in Flammen aufging*. Berlin: Edition Ost 2002.

11 Karin Weiss / Mike Dennis (Hrsg.): *Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland*. Münster: Lit 2005; Heidrun Budde: *Ausländer in der DDR*. In: *Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik* 32,9 (2012), S. 333–336; Mai-Phuong Kollath: *Untersuchung des Integrationsprozesses von Vietnamesinnen und Vietnamesen in Nordostdeutschland*. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Rostock, 2005.

12 Prenzel (Hrsg.): *20 Jahre Rostock-Lichtenhagen*, hier v. a. der Beitrag von Guski: *Nach Rostock-Lichtenhagen*.

13 So etwa Heike Kleffner: *Hoyerswerda, Rostock, Cottbus. Rassistische Mobilisierung und Gewalt seit 1989/90*. In: Christoph Kopke (Hrsg.): *Angriffe auf die Erinnerung. Rechtsextremismus in Brandenburg und die Gedenkstätte Sachsenhausen*. Berlin: Metropol 2014, S. 79–96.

14 Gudrun Heinrich: *Rostock Lichtenhagen 1992–2017. Aufarbeitung und Erinnerung als Prozess der lokalen politischen Kultur. Ein Essay*. In: Martin Koschbar / Clara Ruvitso (Hrsg.): *Politische Führung im Spiegel regionaler politischer Kultur*. Wiesbaden: Springer 2018, S. 293–309; dies.: *Fanal „Rostock-Lichtenhagen“*. Vgl. ferner Renate Rohde: *Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus. Eine ethnographische Studie zu Initiativen in Rostock und Mölln*. Opladen / Berlin / Toronto: Budrich UniPress 2019.

regelmäßig mit dem Ereignis selbst sowie mit dem weiteren Kontext auseinanderzusetzen. Insgesamt ist seit einem guten Jahrzehnt eine zunehmende Historisierung zu verzeichnen, die sich in der ausgeweiteten wissenschaftlichen Bearbeitung wie in einer inzwischen facettenreichen historisch-politischen Bildungsarbeit ausdrückt.¹⁵ Sie manifestiert sich ebenso in geschichtskulturellen Produkten, die geeignet sind, breitere Publika anzusprechen, wozu nicht mehr nur die sich stets erweiternde Reihe an Dokumentationen zählt – auch zum Gedenkjahr 2022 entstanden wieder neue Produktionen, darunter wirkmächtig beim NDR *Die Narbe. Der Anschlag von Rostock-Lichtenhagen* von Inga Mathwig und Hans Jakob Rausch –, sondern etwa auch das Theaterstück und Hörspiel *Das Sonnenblumenhaus*¹⁶ von Dan Thy Nguyen und Iraklis Panagiotopoulos. Eine wichtige Rolle nimmt hier der bereits Anfang 2015 in den Kinos angelaufene Film *Wir sind jung, wir sind stark*¹⁷ des Filmregisseurs Burhan Qurbani ein, der in seinem Erscheinungsjahr mehr als 100.000 Zuschauernde erreichte.¹⁸

Insgesamt lässt sich feststellen, dass sich einige Entwicklungen, die schon früh angelegt waren, auskristallisieren bzw. deutlicher an Profil gewinnen. Immer stärker wird die Beschäftigung mit der Nachgeschichte und hier vor allem – durchaus parteinehmend – der Erinnerungskultur.¹⁹ Die schon lange geäußerte Forderung, die Stimmen der Betroffenen zu Gehör zu bringen,²⁰ führt

15 Zu nennen sind außer der Bildungsarbeit des Dokumentationszentrums „Lichtenhagen im Gedächtnis“ etwa die an der Universität Rostock entstandenen Bildungsvorhaben, vgl. Gudrun Heinrich: „Rostock-Lichtenhagen 1992“ als Lerngegenstand der politischen Bildung. In: Sabine Mecking / Manuela Schwartz / Yvonne Wasserloos (Hrsg.): *Rechtsextremismus – Musik und Medien*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2021, S. 241–257; dies.: Chancen und Blockaden bei der politischen Identitätsbildung vor Ort. Das Fallbeispiel „Rostock-Lichtenhagen 1992“ als Unterrichtsgegenstand. In: Yves Bizeul / Ludmila Lutz-Auras / Jan Rohgalf (Hrsg.): *Offene oder geschlossene Kollektividentität*. Wiesbaden: Springer Fachmedien 2019, S. 163–177.

16 *Das Sonnenblumenhaus* (D 2014, R: Dan Thy Nguyen). Verfügbar unter: <https://www.rosalux.de/news/id/43068/das-sonnenblumenhaus> (Zugriff am 27.11.2023).

17 *Wir sind jung, wir sind stark* (D 2015, R: Burhan Qurbani).

18 Besucherzahlen deutscher Filme einschließlich Koproduktionen 2015. In: *FFA-Info*, 1/2016: Zahlen aus der Filmwirtschaft 2016. https://www.ffa.de/marktdaten.html?file=files/dokumentenverwaltung/publikationen%20presse%20%28bearbeitet%20HS%29/2015/FFA_Kinojahr_2015.pdf&cid=7906 (Zugriff am 14.10.2023), S. 16; vgl. hierzu auch das umfassende Dossier des Drehbuchautors Martin Behnke: Hintergrunddossier zu den Ausschreitungen von Rostock Lichtenhagen begleitend zum Film „Wir sind jung. Wir sind Stark“ von Burhan Qurbani, 2014. In: *Kinofenster*, o. D. <https://www.kinofenster.de/download/wir-sind-jung-fh1.pdf> (Zugriff am 14.10.2023).

19 Vgl. Tanja Thomas / Fabian Virchow: Hegemoniales Hören und Doing Memory an rechte Gewalt. Verhandlungen politischer Kultur der Bundesrepublik in (medialen) Öffentlichkeiten. In: *Leviathan* Sonderband 37 (2021), S. 203–224.

20 Vgl. hierzu u. a. Lydia Lierke / Massimo Perinelli (Hrsg.): *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*. Berlin: Verbrecher 2020.

nicht allein zu einer größeren Präsenz der vietnamesischstämmigen Community,²¹ sondern auch bislang nicht berücksichtigter Rom*nja-Stimmen.²² Und schließlich ist festzuhalten, dass das vermehrte Interesse, das die Zeitgeschichte und die Politikwissenschaften mittlerweile entwickelt haben, teilweise damit verbunden ist, die Ereignisse wieder stärker in eine gesamtdeutsche Kontinuität zu stellen.²³ Seit 2019 wird die Geschichte der 1990er Jahre dabei unter dem Schlagwort der ‚Baseballschlägerjahre‘ diskutiert.²⁴ Angetrieben durch Titel der Belletristik,²⁵ wird die Aufmerksamkeit auch auf wissenschaftliche Sammelbände gelenkt, die sich der ost- wie westdeutschen Gewaltgeschichte der Nachwendezeit widmen. Diese als Teil der neuen gesamtdeutschen Geschichte anzusehen, ist ein Anliegen nicht nur des hier besonders hervorzuhebenden Bandes von Till Kössler und Janosch Steuer.²⁶

Zum Inhalt des Sammelbands

Die drei oben benannten Diskussionsräume, die dem vorliegenden Band vorausgingen – also die universitäre Veranstaltungsreihe im Sommersemester 2022,

21 Der in Reaktion auf das Pogrom gegründete Verein Diên Hồng – Gemeinsam unter einem Dach e. V. ist hier besonders profiliert. Vgl. auch Kien Nghi Ha: Rostock-Lichtenhagen. Die Rückkehr des Verdrängten. In: *Heinrich Böll Stiftung: Heimatkunde. Migrationspolitisches Portal*, 01.09.2012. <https://heimatkunde.boell.de/de/2012/09/01/rostock-lichtenhagen-die-rueckkehr-des-verdraengten> (Zugriff am 01.10.2023); Mai-Phuong Kollath: Fehlanzeige Aufarbeitung „Rostock-Lichtenhagen“. Warum die Mehrheitsgesellschaft hier eine Aufgabe hat. In: Irmhild Schrader / Anna Joskowski / Karamba Diaby / Hartmut M. Griese (Hrsg.): *Vielheit und Einheit im neuen Deutschland. Leerstellen in Migrationsforschung und Erinnerungspolitik*. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel 2015, S. 111–122.

22 Bemerkenswert ist das Interviewprojekt von Izabela Tiberiade, deren Vater 1992 in der ZAst in Lichtenhagen war, vgl. etwa Tripx: Izabela Tiberiade: Zeitzeug:Innen-Interview mit Überlebenden Roma des Rostocker Pogroms von 1992. In: *Roma Center e. V.*, 26.08.2022. <https://www.roma-center.de/izabela-tiberiade-zeitzeuginnen-interviews-mit-uberlebenden-roma-des-rostocker-pogroms-von-1992/> (Zugriff am 12.09.2023).

23 Vgl. Franka Maubach: Rostock-Lichtenhagen 1992. Ein Pogrom mit Ansage. In: *Die Zeit*, 22.08.2022. <https://www.zeit.de/2022/34/rostock-lichtenhagen-1992-pogrom-rechtsextremismus-rassismus> (Zugriff am 12.09.2023); sowie im Weiteren auch dies. / Norbert Frei / Christina Morina / Maik Tändler: *Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus*. Berlin: Ullstein 2019.

24 Christian Bangel: #Baseballschlägerjahre. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 72,49–50 (2022), S. 4–9.

25 Grit Lemke: *Kinder von Hoy. Freiheit, Glück und Terror*. Berlin: Suhrkamp 2021; Daniel Schulz: *Wir waren wie Brüder*. Berlin: Hanser 2022; Hendrik Bolz: *Nullerjahre. Jugend in blühenden Landschaften*. Köln: Kiepenheuer & Witsch 2022.

26 Till Kössler / Janosch Steuer (Hrsg.): *Brandspuren. Das vereinte Deutschland und die rechte Gewalt der frühen 1990er-Jahre*. Bonn: pbp 2023.

das Kolloquium im Rahmen der Gedenktage im August desselben Jahres und das zeitgleiche Lehrforschungsprojekt – haben auf unterschiedliche Weise versucht, die Perspektiven auf das Ereignis ‚Rostock-Lichtenhagen 1992‘ und dessen Memorialisierung in den nachfolgenden 30 Jahren zu dokumentieren und zu erweitern. Das Ziel, dieser Vielfalt gerecht zu werden, führt zwangsläufig zu einer gewissen Heterogenität der Beiträge, und dies nicht nur im Hinblick auf sachliche Inhalte, sondern auch in Bezug auf die Textform, auf die (disziplinäre oder persönliche) Perspektive sowie auf die auch durch die Beiträge selbst repräsentierten Erinnerungspraktiken. Die Herausgeber*innen haben hier bis auf die Vorgabe eines maximalen Umfangs möglichst wenige Eingriffe vorgenommen, so dass sich einige Beiträge wie klassische wissenschaftliche Fachartikel lesen, andere wiederum eher persönliche Bezüge aufweisen oder Berichtscharakter haben. Die Vielfalt der Perspektiven zu sortieren, gestaltet sich dementsprechend schwierig. Wir haben versucht, Dimensionen der Vielfalt zu identifizieren und die Beiträge entsprechend grob zu gruppieren. Leitend waren dabei disziplinäre, regionale und inhaltliche Berührungspunkte. Dabei eröffnen wir den Band mit Beiträgen, die sich dezidiert mit den Praktiken des Erinnerns und der historisch-politischen Bedeutung dieser Erinnerung befassen.

Franka Maubach spricht sich in ihrem einleitenden forschungsprogrammatischen Beitrag „Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen. Plädoyer für eine Lokalgeschichte rassistischer Gewalt in Ost und West“ dafür aus, die Ursachen und Ausprägungen der unterschiedlichen Gewalttaten zu Beginn der 1990er Jahre nicht vorschnell nur auf gesamtgesellschaftliche Prozesse zu reduzieren. Vielmehr sollten die rassistischen Gewaltereignisse systematischer in kommunal-, lokal- und regionalgeschichtlichen Kontexten verortet werden. Insbesondere schlägt sie vor, die Gewalttaten in die spezifischen lokalen Migrationsgeschichten einzuordnen – dafür müssten diese aber zunächst ebenso wie die lokalen Rassismusgeschichten intensiver erforscht werden.

Oliver Plessow beschreibt in seinem Text „Kommunale Denkzeichen für Lichtenhagen 1992 in Rostock und ihr erinnerungskultureller Kontext. Ein Kommentar in fünf Beobachtungen“ die Fragmentierung der Gedenkkultur und der Gedenkzeichen in Rostock. Von der Vielfalt der Denkmäler zu unterschiedlichen Erinnerungskomplexen in Rostock ausgehend, argumentiert er, dass die Denkmale zum Gewaltgeschehen von 1992 Elemente eines vielfältigen Ensembles unverbundener Gedenkzeichen seien, die in ihren Geltungs- und Gedenkansprüchen miteinander konkurrierten und sich somit gegen ein kohärentes Gedenk- und Erinnerungsnarrativ sperrten. Plessow beobachtet hier bei den Akteuren eine enge Verknüpfung von Wissenschaft und politischem

Aktivismus sowie einen auffälligen Wirkungsoptimismus hinsichtlich der gesellschaftlichen Bedeutung des öffentlichen Gedenkens mittels öffentlicher Erinnerungszeichen.

Gudrun Heinrich stellt in ihrem Aufsatz „Kommunale Geschichtspolitik: Das Beispiel ‚Rostock-Lichtenhagen 1992‘“ die Auseinandersetzung mit dem Pogrom in der Ostseestadt als Beispiel kommunaler Geschichtspolitik in den Mittelpunkt. Die jeweiligen Jahrestage der pogromartigen Ausschreitungen seien hier als Marksteine zu betrachten, die unterschiedliche Phasen der Beschäftigung und Auseinandersetzung eingeleitet haben. Heinrich zeichnet dabei die wesentlichen Debatten und erinnerungspolitischen Entscheidungen nach. Geschichtspolitisch sind neben zivilgesellschaftlichen Akteuren vor allem die Kommune und die von ihr initiierten Konzepte und denkmalpolitischen Entscheidungen von Interesse.

In ihrem Aufsatz „Rechte Gewalt in Rostock-Lichtenhagen 1992. Zu Gelingenbedingungen einer anerkennenden Erinnerungskultur“ beschäftigen sich Tanja Thomas und Fabian Virchow mit der dominanten Erinnerungskultur zu rechter Gewalt, und hier insbesondere zu Rostock-Lichtenhagen 1992. In dieser Erinnerungskultur, die in Deutschland weiterhin von der Mehrheitsgesellschaft geprägt sei, würden die Opfer und Überlebenden rechter Gewalt oft mit Schuldzuweisungen konfrontiert, während ihre Stimmen beharrlich übergangen würden. Demgegenüber fordern Thomas und Virchow, die Perspektiven und Erfahrungen der von rechter Gewalt Betroffenen anzuerkennen und in die öffentliche Erinnerung einzubeziehen. Es müsse eine Erinnerungskultur geschaffen werden, welche die individuellen und kollektiven Dimensionen rechter Gewalt berücksichtigt und die Opfer als Hauptzeug*innen des Geschehenen anerkennt. Sie argumentieren dabei, dass eine solche anerkennende Erinnerungskultur eine Gesellschaft verändern kann, indem sie Muster des hegemonialen Hörens und der Repräsentation herausfordert und eine solidarische Praxis fördert.

Der Beitrag von Kien Nghi Ha, „Das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen als institutionalisierter Rassismus“, greift die Diskussion um den Pogrombegriff auf und ordnet diese in die allgemeineren Entwicklungen der wissenschaftlichen und politischen Diskurse zu Rassismus ein. Die bis vor kurzem fehlende Anerkennung des Pogrombegriffs durch staatliche Akteur*innen versteht er als Ausdruck institutionellen Rassismus. Unter dieser Prämisse beleuchtet er in der Folge verschiedene Aspekte der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und der Aufarbeitungspraktiken des Pogroms und kritisiert die bis 2017 nach wie vor unzureichende Aufarbeitung durch staatliche Verantwortliche. Auch die derzeitige Erinnerungspolitik praktiziere weiterhin Marginalisierungen und mache Betroffene unsichtbar. Symbolpolitische Zeichen ohne Entschädigungsleistungen und

konsequenten Einsatz für Gleichberechtigung würden einer wirklichen ‚Wiedergutmachung‘ nicht gerecht.

Im zweiten Teil folgen Beiträge, die den verschiedenen Betroffenenperspektiven gewidmet sind, wobei die entsprechenden Texte in ihren jeweils spezifischen Zugängen zu diesen Perspektiven ein breites Spektrum eröffnen. Stefanie Oster und Johann Henningsen beleuchten in ihrem Text „Betroffene Rom*nja des Pogroms in Rostock-Lichtenhagen 1992. Bericht aus einem Rechercheprojekt“ die Perspektive betroffener Rom*nja, die zwar die ursprünglichen Adressat*innen der Gewalt von Lichtenhagen 1992 waren und damit auch die Hauptzeug*innen des Geschehens, in den nachfolgenden Auseinandersetzungen mit dem Ereignis jedoch aus der öffentlichen Wahrnehmung nahezu verschwunden seien. Oster und Henningsen argumentieren, dass die Perspektiven und Stimmen der betroffenen Rom*nja in der zeitgenössischen Berichterstattung und politischen Diskussion weitgehend unsichtbar gemacht wurden und dies ein Ausdruck von rassistischen Machtverhältnissen und institutionellem Rassismus sei, der bis heute fortwirke. Diesen Prozessen habe das Dokumentationszentrum „Lichtenhagen im Gedächtnis“ ein Forschungsprojekt entgegengesetzt, in dem mittels zeitgenössischer und aktueller Interviews mit Überlebenden des Pogroms die verschiedenen Perspektiven der Betroffenen dokumentiert werden und aus dem die Autor*innen in ihrem Beitrag erstmalig ausführlich zitieren und erste Ergebnisse präsentieren.

In seinem Beitrag „Das Sonnenblumenhaus. Über ein dokumentarisches Theaterstück und Hörspiel“ beschreibt Dan Thy Nguyen die Entstehungsgeschichte seines dokumentarischen Theaterstücks und Hörspiels *Das Sonnenblumenhaus*, das sich mit Rostock-Lichtenhagen 1992 auseinandersetzt. Trotz mehrfacher Präsentationen in anderen deutschen Städten sei das Stück fast zehn Jahre lang in Rostock unaufgeführt geblieben. Im Zentrum seiner Arbeit und des Stücks stehen dabei die vietnamesischen Überlebenden der Ausschreitungen, denen er hier eine Stimme geben und deren Erfahrungen mit Migration und Ausgrenzung er in den Mittelpunkt stellen wollte. Trotz anfänglicher Gleichgültigkeit habe *Das Sonnenblumenhaus* im Laufe der Zeit an Bedeutung gewonnen und werde heute als wichtige künstlerische Auseinandersetzung mit den Ereignissen von 1992 betrachtet, auch wenn seine langfristige Wirkung offen bleibe.

Im dritten Abschnitt finden sich Analysen aus verschiedenen Fachdisziplinen, die jeweils ihre besondere Perspektive in den Fokus stellen. Der Beitrag „Lichtenhagen 1992‘ im klingenden Gedächtnis. Musikalische Medialisierungen in den internationalen Jugendkulturen und im Rechtsrock“ von Yvonne Wasserloos und Katharina Alexi untersucht die Verbindungen zwischen Musik,

Erinnerung und kollektivem Gedächtnis in Bezug auf die Ereignisse von Rostock-Lichtenhagen 1992. Zunächst zeigt er, wie verschiedene Jugendkulturen, darunter Hip-Hop, Punk, Techno, aber auch der Rechtsrock auf das Ereignis reagierten und es in ihrer Musik verarbeiteten. Die Autor*innen betonen, dass Musik eine wichtige Rolle dabei spiele, Ereignisse und deren Deutungen zu medialisieren und zu multiplizieren, und sie zeigen, wie verschiedene musikalische Genres und Gedenkkonzerte als Ausdruck des kollektiven Gedächtnisses zu Lichtenhagen 1992 fungieren. Musik diene dabei als Erinnerungs- und Gedenkort und somit als Medium, das Ereignisse und Stimmungen archiviere. Insofern trage Musik nicht nur dazu bei, vergangene Ereignisse zu erinnern, sondern auch neue Bedeutungen zu schaffen.

David Zimmermann untersucht in seinem Beitrag „Rassistische Diskriminierung als Aspekt traumatischer Prozesse. Sozialpsychologische und pädagogische Perspektiven“ die Zusammenhänge zwischen rassistischer Diskriminierung und Gewalt einerseits sowie traumatischen Erfahrungen andererseits insbesondere bei jungen Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Er argumentiert, dass die mediale Skandalisierung bestimmter Vorfälle, die mehrheitlich jungen Menschen bzw. Männern mit Einwanderungsgeschichte zugeschrieben werden, und der damit verknüpfte punitive Diskurs zu einer gruppenbezogenen Diskriminierung beitragen, die wiederum nicht nur individuelle, sondern auch kollektive Traumatisierungen nach sich ziehen könne. Traumatisierung, so Zimmermann, sollte somit nicht nur als individuelles Geschehen betrachtet werden, sondern stehe im Zusammenhang mit sozialen Interaktionen und Diskriminierungserfahrungen in der Gesellschaft. Um diese Zusammenhänge besser zu verstehen und darauf eingehen zu können, schlägt Zimmermann einen Dialog zwischen Traumaforschung und Migrationsforschung vor.

Cindy Hader widmet sich in ihrem Text „Randnotizen. Eine ethnografische Annäherung an die Auslagerung der Zentralen Aufnahmestelle im Anschluss an das Pogrom in Lichtenhagen“ einem fast vollständig vergessenen Aspekt der Ausschreitungen 1992, nämlich der Verlagerung der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAst) von Rostock-Lichtenhagen nach Nostorf-Horst im April 1993 als Folge der Gewalt. Mittels einer Analyse von Polizeiberichten, Aktenvermerken und Zeitungsartikeln legt sie dabei die Verbindungslinien zwischen diesen beiden Orten offen und argumentiert, dass sowohl die physische Entfernung von als fremd verstandenen Menschen als auch das Beschweigen dieser Entfernung den Mustern neokolonialer und rassistischer Imaginationen folgten und somit nur vor dem Hintergrund eines anhaltenden Rassismus und neokolonialer Dispositive verstanden werden könnten. Hader plädiert abschließend für einen kritisch-reflexiven Erinnerungsdiskurs, in dem nicht nur das ‚Lager‘ als

Erinnerungsort eingebunden sei, sondern der auch politische Forderungen nach der Überwindung einer rassistischen Ausgrenzungspraxis beinhalte.

In ihrem Beitrag „Erinnerung an Rostock-Lichtenhagen 1992 unter Berücksichtigung einer heterogenen Schüler*innenschaft“ berichten Sandra Eichstädt, Katharina Schwabel und Cornelia Sylla aus einem Lehrforschungsprojekt, das im Rahmen einer Projektwoche an der Universität Rostock einen Beitrag sowohl zu den erinnerungspolitischen Veranstaltungen in der Stadt als auch zur diskriminierungskritischen politischen Bildungsarbeit leisten wollte. Sie beschreiben das Vorgehen und präsentieren erste Ergebnisse, betonen aber vor allem den weiteren Forschungs- und Entwicklungsbedarf zu inklusiverer politischer Bildungsarbeit am Beispiel der vorhandenen Materialien zum Pogrom in Rostock-Lichtenhagen 1992. Sie wollen für die Bildungs- und Teilhabebedarfe einer vielfältigen Schüler*innenschaft sensibilisieren und die Relevanz der Berücksichtigung intersektionaler Benachteiligung auch in der Didaktik historisch-politischer Bildung herausstellen.

Im abschließenden Abschnitt sind Beiträge vereint, welche die Aufmerksamkeit auf andere rechtsextreme Gewalttaten im gleichen Zeitraum richten und geeignet sind, die Besonderheit der pogromartigen Vorgänge in Rostock herauszustellen, und zugleich Gemeinsamkeiten offenbaren. Zugleich werden sie der Forderung gerecht, eine stärker regionale Dimension in die wissenschaftliche Beschäftigung mit den Gewaltphänomenen der frühen 1990er Jahre einzubringen.

K. Erik Franzen beschäftigt sich in seinem Beitrag „Das Erbe annehmen. Hoyerswerda und die Erinnerung an das ‚Pogrom 1991‘“ mit den rassistischen Ausschreitungen in Hoyerswerda im Jahr 1991, deren Aufarbeitung in den zurückliegenden 30 Jahren und deren Verortung in der gegenwärtigen Erinnerungslandschaft. Während Lokalpolitik, Medien und Polizei zum Ausbruch der Gewalt beigetragen und später vor allem an einem sauberen Image der Stadt gearbeitet hätten, sei dennoch kontinuierlich eine Zivilgesellschaft entstanden, die sich für das Erinnern und gegen rechtsextreme Gewalt engagiere. Zwar habe es sehr lange gedauert, bis es zu einem angemessenen Umgang mit der Vergangenheit gekommen sei, aber die Entwicklung zeige, wie eine Gemeinschaft aus der Vergangenheit lernen könne, Verantwortung zu übernehmen und sich für Integration und Toleranz einzusetzen. Insbesondere die jüngeren Entwicklungen und der Umgang mit Migration in der Stadt seien ein Hoffnungszeichen.

In seinem Beitrag „Rassistische Gewalt und Erinnerungskultur aus der migrantischen Betroffenenperspektive am Beispiel von Solingen 1993“ beschreibt Kemal Bozay anhand von Solingen 1993 die anhaltenden Auswirkungen rassistischer Anschläge auf die migrantisierte Gesellschaft. Solingen habe ebenso wie die

verschiedenen rassistischen Anschläge danach deutlich gemacht, wie wichtig sowohl die Betroffenenperspektive als auch eine aktive Erinnerungskultur seien, um rassistische Gewalt verstehen und dagegen angehen zu können. Dabei müsse die Gesellschaft zum einen Räume für die Verarbeitung von Traumata und für das Empowerment von Betroffenen schaffen und sich zum anderen aktiv gegen Rassismus und rechtsextreme Gewalt engagieren, um die Kontinuität solcher Anschläge zu durchbrechen.

Zum Abschluss beschreibt Richard Rohrmoser in seinem Beitrag „Zwischen Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen. Das versuchte Pogrom von Mannheim-Schönau im Frühjahr 1992“ die rassistischen Gewaltexzesse und das versuchte Pogrom von Mannheim-Schönau Ende Mai 1992, das den Gewaltexzessen an anderen Orten erstaunlich geähnelt habe. Während jedoch Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Mölln oder Solingen ins kollektive Gedächtnis der Bundesrepublik Einzug genommen hätten, seien die Ereignisse in Mannheim-Schönau 1992 bis heute weitgehend ein blinder Fleck geblieben. Rohrmoser zeigt, wie die lokalen Behörden, die Polizei und Teile der Medien die Ereignisse heruntergespielt und verharmlost hätten, indem sie die Taten als ‚unpolitische Aktionen‘ aufgebracht Bürger*innen dargestellt hätten und es letztlich antifaschistischen und antirassistischen Gruppen oblegen habe, dem rassistischen Mob entgegenzutreten und sich für die Opfer einzusetzen. Rohrmoser plädiert schließlich dafür, die Ereignisse in Mannheim-Schönau als wichtigen Teil der deutschen Geschichte rassistischer Gewalt anzuerkennen und die Versäumnisse der damaligen Zeit und der Nachgeschichte der Ereignisse endlich aufzuarbeiten.

Danksagung

Die Veröffentlichung des vorliegenden Bandes wäre als Open-Access-Publikation wie in gedruckter Form nicht ohne die Förderung durch die Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern sowie die Hanse- und Universitätsstadt Rostock möglich gewesen. Die Verwirklichung der Open-Access-Fassung wurde zudem durch die Unterstützung der Universitätsbibliothek der Universität Rostock ermöglicht. Allen drei Institutionen gilt unser Dank.

Viele Menschen waren an der Planung und Durchführung der drei Veranstaltungsformate beteiligt, ohne die diese Perspektivensammlung nicht möglich gewesen wäre. Ihnen allen danken wir herzlich und dabei insbesondere Susan Schulz von der Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern, Jochen Schmidt von der Landeszentrale für politische Bildung

Mecklenburg-Vorpommern sowie den Kolleginnen der Universität Rostock Johanna Schmidt und Janet Langer. Und nicht zuletzt gebührt unser Dank dem Team studentischer Mitarbeitender der Fachdidaktik Geschichte sowie der Arbeitsstelle politische Bildung und Demokratiepädagogik, die zum Gelingen der verschiedenen Veranstaltungen beigetragen haben. Darüber hinaus waren Anna Marowski, Friederike Schöps und Nils Zenker eine unschätzbare Hilfe bei der Erstellung dieses Sammelbands.

I

PRAKTIKEN UND BEDEUTUNGEN DES ERINNERNS

Franka Maubach

Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen

Plädoyer für eine Lokalgeschichte rassistischer Gewalt in Ost und West

In vielen Texten werden Schlüsselereignisse rassistischer Gewalt wie in einer Chronik aneinandergereiht. Dabei stehen die Ortsnamen als Chiffren pars pro toto für die Gewalt, die sich dort ereignete: Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen symbolisieren die ‚Baseballschlägerjahre‘, die eskalative Verdichtung rechtmotivierter Gewalt in der ersten Hälfte der 1990er Jahre. Heute symbolisieren Halle und Hanau die antisemitischen und rassistischen Attentate der Gegenwart. Seit Kurzem erlangen zudem immer mehr Ereignisse aus der Zeit vor 1989/90 überregional Bekanntheit: die Brandanschläge in Schwandorf 1988 und Duisburg-Wanheimerort 1984 oder, noch weiter zurück, in Hamburg-Billbrook, wo 1980 beim wahrscheinlich ersten rassistischen Mordanschlag auf ein Heim für Asylsuchende zwei vietnamesische Boatpeople ums Leben kamen, Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân. In der DDR starben 1979 zwei kubanische Werktätige, Delfin Guerra und Raúl Garcia Paret, nach einer Hetzjagd in Merseburg, in Erfurt kam es schon vier Jahre früher, 1975, zu pogromartigen, sich über mehrere Tage hinziehenden Ausschreitungen gegen Arbeiter aus Algerien, die als erste größere, nicht-europäische Gruppe ins Land geworben worden waren.

Die Städtekette mit ihrer wachsenden Zahl an Gliedern verweist als lange Chronik rassistischer Gewalt auf deren Kontinuität wie auf ihre Konjunkturen in der Nachkriegszeit. Zugleich erscheinen die Ereignisse, in Ortsnamen kodiert, fast wie abstrakte, austauschbare Varianten des immergleichen Phänomens: Sie stehen als Chiffren für den Wiederholungsfall rassistischer Gewalt im postnationalsozialistischen Deutschland, das sich auf beiden Seiten der

Grenze – wenngleich in unterschiedlicher Weise – der Pathosformel des „Nie wieder“ verschrieben hatte.¹

Aus einer genuin zeitgeschichtlichen Perspektive möchte ich dafür plädieren, die Gewaltphänomene, die sich hinter den Ortsnamen verbergen, in ihrer lokalen wie überregionalen Spezifik zu verstehen, also konsequent in ihre historischen Kontexte und gesellschaftlichen Konstellationen einzuordnen. Unterschieden sich rassistische Gewaltpraktiken in Ost- und Westdeutschland? Welche Opfergruppen gerieten wann warum ins Visier? Warum kam es an bestimmten Orten zu rassistischen Gewaltausbrüchen, an anderen aber nicht? Schon eine erste Betrachtung zeigt ja, dass sich die offene Gewalt der Pogrome in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen gegen Asylsuchende, insbesondere osteuropäische Rom*nja richtete, aber auch gegen ehemalige, wie es in der DDR hieß, „ausländische Werkkräfte“ aus Mosambik oder Vietnam, die in der zugespitzten Wirtschaftskrise der 1980er Jahre DDR-weit in Volkseigenen Betrieben eingesetzt waren.² Die nächtlichen, rechtsterroristischen Mordanschläge per Brandstiftung in Mölln und Solingen dagegen, bei denen insgesamt acht Mädchen und junge Frauen ums Leben kamen, richteten sich gegen türkeistämmige Familien, die seit Jahrzehnten in der Bundesrepublik lebten.

Wir verstehen also wenig, wenn wir die Schlüsselereignisse rassistischer Gewalt aneinanderreihen, mag dies auch aus dem guten Grund geschehen, die Kontinuität zu betonen, in der diese Ereignisse miteinander und mit anderen Gewalttaten, früheren wie späteren, verbunden sind. Um einem Verständnis dessen näher zu rücken, was rassistische Gewalt jeweils war und bedeutete, müssen wir die verschiedenen Ereignisse und Formen rassistischer Gewalt genauer voneinander unterscheiden und historisch kontextualisieren.

1 Die Austauschbarkeit der Ereignisse wird an sachlichen Fehlern deutlich, die bei der Aufzählung unterlaufen, wenn die Städteketten aufgerufen wird, z. B. von Per Leo: „Dabei war die ausländerfeindliche Gewalt der frühen 90er Jahre ein gesamtdeutsches Problem. Nicht von ungefähr jedenfalls fanden die ersten rassistischen Pogrome nach dem Nationalsozialismus nicht in Hoyerswerda oder Rostock-Lichtenhagen statt, sondern in Solingen und Mölln [...].“ (Per Leo: *Tränen ohne Trauer. Nach der Erinnerungskultur*. Stuttgart: Klett-Cotta 2021, S. 160–161.)

2 Zu Hoyerswerda vgl. Christoph Wovtsherk: *Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht? Eine sozialgeschichtliche Analyse der fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Hoyerswerda im September 1992*. Göttingen: V&R unipress 2014; zu Lichtenhagen Thomas Prenzel (Hrsg.): *20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontexte, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt*. Rostock: Universität Rostock, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften 2012; Gudrun Heinrich: Fanal „Rostock-Lichtenhagen“. Rassistische Ausschreitungen und die junge Demokratie. In: Stefan Kreuzberger / Fred Motzek / Mario Niemann (Hrsg.): *Land im Umbruch. Mecklenburg-Vorpommern nach dem Ende der DDR*. Berlin: Be.bra 2018, S. 173–188.

Historisch kontextualisieren kann man auf verschiedene Weise. Ich werde mich hier vor allem auf der lokalen, kommunalen Ebene bewegen, nicht zuletzt, weil mikro- oder lokalgeschichtliche, auch konkret raumbezogene Forschungen zu rassistischer Gewalt ein Desiderat darstellen. Zwar darf gerade für die flächen-deckende Gewalt der ‚Baseballschlägerjahre‘ die nationale Ebene nicht außer Acht gelassen werden: Die Gewaltwelle in Ost und West war ein synchrones Phänomen mit einer eskalativen Dynamik, dessen Genese sich diachron in beide deutschen Staaten zurückverfolgen lässt. Allerdings kann die nationale Perspektive nicht erklären, warum sich Gewalt in manchen Regionen, Städten und Orten stärker ausbreitete als in anderen. Auch Forscher*innen haben sich mit solchen Fragen bislang nur ansatzweise beschäftigt. Um sie zu beantworten, müssten verstärkt lokalbezogene und raumtheoretische, ethnologische, mikro-historische und praxeologische Zugriffe genutzt werden.³

Die hier entwickelte Argumentation basiert auf folgender Grundüberlegung: Wenn das *Doing Memory* an rassistische Gewalt nachhaltig in den jeweiligen Stadtgesellschaften verankert und multiperspektivisch sein soll, dann muss es von einem erweiterten historischen Wissen über Migration und Rassismus vor Ort flankiert werden.⁴ Um die lokale Gedenkkultur zu stärken, müsste also eine kommunale Migrations- und Rassismusgeschichte entwickelt und etabliert werden.⁵

Diese Grundüberlegung möchte ich in drei locker verbundenen Punkten vor allem für Rostock entfalten, das hier als Leitbeispiel fungiert, ohne übergeordnete Repräsentativität zu beanspruchen. *Erstens* frage ich danach, wie rassistische Gewaltereignisse in die weitere Stadtgeschichte eingeordnet werden können. Wie werden sie Teil dessen, was Stadtgesellschaften als ihre Geschichte verstehen, was als „Stadtgeschichte“ in Buchform gebracht oder über erinnerungskulturelle Traditionen präsent gehalten wird? *Zweitens* müssten die Schlüsselereignisse rassistischer Gewalt, die in die bundesweit bekannte Städtekette aufgenommen

3 Vgl. Maria Alexopoulou, die ihre Gesamtdarstellung bundesdeutscher Migrationsgeschichte immer wieder am Beispiel Mannheims erzählt: *Deutschland und die Migration. Geschichte einer Einwanderungsgesellschaft wider Willen*. Ditzingen: Reclam 2020.

4 Zu *Doing Memory* vgl. Tanja Thomas / Fabian Virchow: *Doing Memory an rechte Gewalt in Medienkulturen. Grundzüge eines interdisziplinären Forschungsprogramms*. In: Matthias N. Lorenz / Tanja Thomas / Fabian Virchow (Hrsg.): *Rechte Gewalt erzählen. Doing Memory in Literatur, Theater und Film*. Heidelberg: Metzler 2022, S. 29–50, sowie die Homepage <https://doing-memory.de>.

5 Vgl. für Rostock Gudrun Heinrich: *Rostock-Lichtenhagen 1992–2017. Aufarbeitung und Erinnerung als Prozess der lokalen politischen Kultur. Ein Essay*. In: Martin Koschkar / Clara Ruvituso (Hrsg.): *Politische Führung im Spiegel regionaler politischer Kultur*. Wiesbaden: Springer VS 2018, S. 293–309.

wurden – „Lichtenhagen“, „Solingen“ usw. –, in den konkreten Kontext von Rassismus im städtischen Alltag gestellt werden. Rechte Slogans an Mauern und Wänden, Diskriminierungen, Übergriffe gab es beispielsweise in Rostock lange vor und auch noch nach dem Pogrom; es gibt sie bis heute. Aus einer lokalhistorischen Perspektive lässt sich erkennen, dass es sich zwar um extreme, aber nicht um Einzelfälle in der Stadtgeschichte handelt, auch nicht um, wie es *urban legends* wollen, extern motivierte Taten und von außen kommende Täter*innen, sondern um radikale Eskalationsstufen einer Gewalt, die schon vorher angelegt war. Zum Schluss möchte ich, *drittens* und nur angedeutet, dazu anregen, über die vielen kleinen und die großen Gewaltereignisse hinaus städtische Migrationsgeschichte in ihrer ganzen Vielfalt zu erschließen.

Rassistische Gewalt als Teil der Stadtgeschichte

Rassistische Gewalt passiert nicht im Irgendwo. Sie wird an konkreten Orten ausgeübt, zu bestimmten Zeiten, also zeit- und raumbunden. Die historischen Kontexte ebenso wie die gesellschaftlichen Konstellationen, in denen es in besonderem Maße zu Diskriminierung und Gewalt gegen ‚Andere‘ kommt, lassen sich also klar benennen. Dennoch erfolgt die Beschäftigung mit solchen Ereignissen häufig seltsam unverbunden mit der weiteren Geschichte der Orte, an denen sie sich ereigneten.

Auf der kommunalen Ebene wird diese isolierte Betrachtung unmittelbar deutlich: So werden die Mordanschläge per Brandstiftung in Mölln und Solingen ebenso wenig als integraler Teil der Stadtgeschichte begriffen wie die Pogrome in Hoyerswerda, Mannheim-Schönau oder Rostock-Lichtenhagen – wohl auch, weil es vermeintlich dem städtischen Image schadet. Dass und wie sehr rassistische Gewaltereignisse aus der weiteren Stadtgeschichte ausgeschlossen werden, lässt sich etwa am *Doing Memory* aufzeigen; hier hat jede Stadt ihre eigene hindernde Aufarbeitungsgeschichte hinter sich. Hat sich dann einmal eine Erinnerungskultur etabliert, werden die entsprechenden Rituale und Praktiken des Gedenkens an die Opfer vorzugsweise zu den Jahrestagen reaktiviert, darüber hinaus aber häufig nicht in eine kontinuierliche stadtgesellschaftliche Beschäftigung eingebunden. Dies gilt, obwohl sich das *Doing Memory* gerade anlässlich der 30. Jahrestage verändert hat, wie jetzt schon erkennbar wird: Nicht nur zeigen sich, betrachtet man die Vielzahl unterschiedlicher Initiativen und Aktionen vor Ort, eine Vitalisierung zivilgesellschaftlichen Engagements und die Entwicklung eines Austauschs über verschiedene Kommunen hinweg, sondern es treten auch und vor allem endlich die Erfahrungen der Betroffenen und Überlebenden und allgemein migrantische Perspektiven ins Zentrum der Aufmerksamkeit.

Zugleich werden Ereignisse rassistischer Gewalt immer noch kaum in die allgemeine Stadtgeschichte eingeordnet, wie der Blick in einschlägige Publikationen erweist. Beispielsweise reicht die 2013 veröffentlichte Rostocker Stadtgeschichte, herausgegeben vom Leiter des Stadtarchivs, Karsten Schröder, in einer üblichen Periodisierung bis zur Zäsur 1989/90. Danach bricht sie nicht ab, sondern führt mit einer von Bodo Keipke verantworteten Chronik die städtische Geschichte der Transformation nach ‚Mauerfall‘ und Vereinigung weiter. In ihr taucht auch das Pogrom in Lichtenhagen als knapper Eintrag auf, unter dem Datum 22.–26. August 1992 steht zu lesen:

In Lichtenhagen kommt es fünf Nächte hintereinander zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Randalierern und der Polizei. Ziel der Angriffe ist die zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber.⁶

Es fällt auf, dass die Auseinandersetzungen zwischen „Randalierern“ und der Polizei zuerst aufgeführt werden, während die rassistische Gewalt gegen Menschen gar nicht beim Namen genannt, sondern als Angriff auf das Gebäude der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAst) codiert wird.⁷ Ein solch verschiebender Umgang und die Relativierung von politischer, ideologischer Gewalt als im Grunde unpolitisch-jugendliche „Randale“ ist, wie die Stadtgewaltforschung herausgearbeitet hat, allgemein ein Topos im Umgang mit Gewalt in Städten.⁸ So wird in Rostock, aber auch etwa in Solingen, wo die „Ausschreitungen“ zwischen verschiedenen Gruppen nach dem Brandanschlag eine viel größere Aufmerksamkeit erfuhren als dieser selbst, der Versuch deutlich, rassistische Gewalt als Ausnahmezustand zu beschreiben. Wie aber sähe eine Stadtgeschichte aus, die rassistische Gewalt systematisch integriert und miterzählt? Liegt in einer solchen Perspektive das Potenzial, rassistische Gewalt anders zu kontextualisieren und besser zu verstehen? Kann ihr auf dieser Grundlage wirksamer begegnet werden?

6 Bodo Keipke: Chronik der Hansestadt Rostock für die Jahre 1990 bis 2013. In: Karsten Schröder (Hrsg.): *Rostocks Stadtgeschichte von den Anfängen bis in die Gegenwart*. Rostock: Hinstorff 2013, S. 367–397, hier S. 370.

7 Vgl. zur Polizei im ostdeutschen Umbruch mit einem besonderen Fokus auf Rostock und vielen erhellenden Einsichten: Patrick Wagner: „Smooth-Policing“ gegen rechte Gewalt. Die Polizei in den ersten Jahren der ostdeutschen Transformation. In: Till Kössler / Janosch Steuer (Hrsg.): *Brandspuren. Das vereinte Deutschland und die rechte Gewalt der frühen 1990er-Jahre*. Bonn: bpb 2023, S. 156–174.

8 Daniel Schönplüg: Die räumlichen Dimensionen städtischer Gewalt. In: Ders. / Fabien Jobard (Hrsg.): *Politische Gewalt im urbanen Raum*. Berlin: de Gruyter Oldenbourg 2019, S. 1–31, hier S. 6.

Vorzuschlagen wäre beispielsweise, die Pogrome in Hoyerswerda und Lichtenhagen in die Transformationsgeschichte einzuordnen, wie sie sich auf kommunaler Ebene darstellt. So ließe sich möglicherweise erklären, dass im ostdeutschen Umbruch bestimmte Orte mehr als andere oder in besonderer Weise von der Radikalität des ökonomischen, politischen, (stadt-)gesellschaftlichen Umbauprozesses gekennzeichnet waren. Beispielsweise war der Deindustrialisierungsprozess und der toxische Mix aus grassierender Arbeitslosigkeit, Abwertungserfahrungen und Abwanderungsentscheidungen in Hoyerswerda und Rostock stärker ausgeprägt als in anderen ostdeutschen Kommunen. Das erklärt sich aus der Tatsache, dass es sich in beiden Fällen um junge Städte handelte. Im Fall von Rostock gilt das trotz der altherwürdigen Tradition und einer Stadtgeschichte, die bis ins Mittelalter zurückreicht. Denn der Ausbau zu einem Ballungszentrum maritimer Industrien geschah in einem Prozess nachgeholter Industrialisierung erst nach 1945. In diesem Prozess verlagerte sich das urbane Zentrum von der Altstadt an die Küste, es entstand ein neues, peripheres Zentrum, auf das sich die nach und nach hochgezogenen Neubauviertel ausrichteten wie ein Pfeil. An dessen Spitze lag kurz vor Warnemünde Lichtenhagen, das bis Ende der 1970er Jahre erbaut wurde; das Sonnenblumenhaus erhielt sein namengebendes Mosaik 1979. Die Menschen dort wohnten durchaus zentral und empfanden das auch so, und fast alle arbeiteten an der Küste, in den Werften oder in einer der angelagerten maritimen Industrien wie der Fischfangindustrie oder im Überseehafen.⁹

In Rostock entstand nach 1945 also, um einen Ausdruck von Wolfgang Engler zu borgen und abzuwandeln, eine „hafenarbeiterliche Gesellschaft“, die wesentlich vom Zuzug aus dem Umland wie der gesamten DDR lebte – also auch jenseits der „ausländischen Werktätigen“ von (Binnen-)Migration geprägt war.¹⁰ Auf bemerkenswerte Weise zeigt das die Demografiegeschichte der Stadt. Die Bevölkerung Rostocks stieg von (kriegsbedingt) 70.000 1945 auf den Höchststand von 250.000 im Jahr 1987 – ein Prozess, der sich in Sprüngen vollzog.¹¹ Durch den Zuzug entstand eine neue, junge, aber dadurch auch fragile Stadtgesellschaft um die neue Mitte an der Küste herum. Diese Ausgangssituation ist mit der in Hoyerswerda, der kinderreichsten Stadt der DDR, durchaus vergleichbar,

9 Für Lütten-Klein vgl. Steffen Mau: *Lütten-Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2019.

10 Vgl. Wolfgang Engler: *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*. Berlin: Aufbau 2000, S. 173–208.

11 Olaf Reis: Rostock als geistige Lebensform In: *Stadtgespräche* 1 (1995), S. 9–15, über den größten Sprung nach 1945: S. 10. Für die Zahlen vgl. Bodo Keipke: Rostocks Entwicklung in der DDR (1949–1989). In: Schröder (Hrsg.): *Rostocks Stadtgeschichte*, S. 301–350, hier S. 335.

wenngleich sie sich dort anders ausprägte.¹² Hier verlief der Prozess noch drastischer, weil es vor dem Braunkohlekombinat Schwarze Pumpe statt eines ausgeprägten städtischen Kerns bloß eine Kleinstadt von nicht einmal 8.000 Einwohner*innen gegeben hatte.¹³ Nach 1945 richtete sich die Stadt vollständig auf die Monoindustrie vor Ort aus, K. Erik Franzen spricht von einer „zweiten Stadt“, und man muss nur Grit Lemkes *Kinder von Hoy* lesen, um diesen radikalen stadtesellschaftlichen Neugründungsprozess auf allen Ebenen plastisch vor Augen geführt zu bekommen.¹⁴

Was bedeutet das für das Verständnis der Pogrome in beiden Städten? In Rostock brach die „hafenarbeiterliche Gesellschaft“ in einem ebenfalls nur radikal zu nennenden Prozess auseinander, die Arbeitslosigkeit lag ostdeutschlandweit mit am höchsten, das Wut- und Gewaltpotenzial war enorm, es setzte eine dramatische Abwanderung ein – ähnlich wie in Hoyerswerda, wo nach 1989/90 eine „dritte Stadt“ als „shrinking city“ entstand.¹⁵ Die Rostocker Stadtgeschichte in der ersten Hälfte der 1990er Jahre war von der Werftenkrise geprägt und von (auch gewaltgeladenen) Protesten begleitet, die ihren Höhepunkt mit der Besetzung der Rostocker Dependence der Treuhandanstalt im März 1992 erreichten.¹⁶ Das Pogrom kaum ein halbes Jahr später wird jedoch selten in diesem Kontext verortet. Wie lässt sich die rassistische Gewalt in diesen weiteren Rahmen ostdeutscher Umbruchgeschichte einordnen? Wie verschränkten sich die Frust- und Gewaltpotenziale in der Stadt? Und gab es auch in Westdeutschland Regionen eines zugespitzten Strukturwandels, wo sich zeitgleich rassistische Gewalt verdichtete und entlud? Mannheim-Schönau jedenfalls, mit dem sich Richard Rohrmoser beschäftigt, war ebenfalls ein arbeiterlicher Stadtteil und zutiefst vom Strukturwandel seit den 1970er und vor allem in den 1980er Jahren geprägt.¹⁷

12 Vgl. Grit Lemke: *Kinder von Hoy. Freiheit, Glück und Terror*. Berlin: Suhrkamp 2021, S. 7.

13 Vgl. für den stadteschichtlichen Kontext Wowtscherk: *Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht?*, S. 29–67; für die Zahl ebd., S. 29.

14 K. Erik Franzen: Erinnerung to come, to stay, to go. Migration im städtischen Gedächtnis in Hoyerswerda nach 1989. Eine Annäherung am Beispiel des „Lagers Elsterhorst“. In: Ders. (Hrsg.): *Migration und Krieg im lokalen Gedächtnis. Beiträge zu einer städtischen Erinnerungskultur Zentraleuropas*. Leipzig: Bibliomedica 2016, S. 141–184, hier S. 142; ders.: Das Erbe annehmen. Hoyerswerda und die Erinnerung an das ‚Pogrom 1991‘, in diesem Band.

15 Franzen: Erinnerung to come, to stay, to go, S. 143.

16 Allgemein müsste die erste Hälfte der 1990er Jahre viel stärker als Protest- und Demonstrationsgeschichte verstanden werden, vgl. Wolfgang Engler / Jana Hensel: *Wer wir sind. Von der Erfahrung, ostdeutsch zu sein*. Berlin: Aufbau 2018, S. 100.

17 Vgl. dazu den Beitrag von Richard Rohrmoser: Zwischen Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen. Das versuchte Pogrom von Mannheim-Schönau im Frühjahr 1992, in diesem Band.

Kommunale Rassismushgeschichte

Eine solche Perspektive relativiert nichts, sondern ermöglicht es, rassistische Gewalt in ihre konkreten lokalgeschichtlichen Zusammenhänge und zugleich in eine umfassende Gesellschaftsgeschichte einzubinden, das Thema also vom Rand einer Geschichte der Extreme ins stadtesellschaftliche Zentrum zu holen. Gerade aus der Zusammenschau von Makroentwicklungen und den Prozessen vor Ort lassen sich die Besonderheiten wie das je unterschiedliche Ausmaß rassistischer Gewalt besser erfassen und erklären. Zu einer solchen Herangehensweise gehört auch, die lokalen Vorgeschichten zentraler Gewaltereignisse zu untersuchen.¹⁸ Alltagsrassistische Diskriminierungen und Übergriffe waren in den ‚Baseballschlägerjahren‘ omnipräsent – nicht erst in der Transformationskrise, sondern schon als Begleitumstand von Mauerfall und Vereinigung –, und ihre Genese reicht, wie erwähnt, zurück bis mindestens in die 1980er Jahre, als sich in beiden deutschen Staaten spezifische rassistische Vorurteilkomplexe entwickelten und etablierten.¹⁹ Aber sie eskalierten eben nicht überall. Wie präsent waren rechtsradikale Strukturen, wie ausgeprägt war das alltagsrassistische Klima in verschiedenen Stadtgesellschaften, welche Spezifika lassen sich jeweils ausmachen, warum und wie spitzten sich gewaltaffine Situationen zu?

Gerade mit Blick auf Rostock, wo das Pogrom in Lichtenhagen durch Ausmaß wie Dramatik die Aufmerksamkeit bindet, sollte der Fokus auf vorgängige wie nachmalige Ereignisse und auf den vor allem antivietnamesischen Rassismus im Alltag gerichtet werden. In der Stadt hält sich bis heute hartnäckig das Gerücht, die Gewalttäter*innen und Zuschauer*innen hätten die vietnamesischen Bewohner*innen des Sonnenblumenhauses eher zufällig ins Visier genommen, nachdem die Asylsuchenden evakuiert worden waren, gegen die sich die Angriffe

18 Neue mikrogeschichtlich perspektivierte, empirische Befunde lassen hier vor allem laufende Forschungs- und Qualifikationsarbeiten erwarten. Vgl. jüngst Eric Angermann: „Tritt – oder du wirst getreten“. Die Gewaltpraxis der ersten rechten Skinheads in Cottbus 1986–1989. In: Gideon Botsch / Gesa Köbberling / Christoph Schulze (Hrsg.): *Rechte Gewalt. Aktuelle Analysen und zeithistorische Perspektiven auf das Land Brandenburg*. Berlin: Metropol 2023, S. 192–222; Johannes Schütz: Rassistische Gewalt in der späten DDR. Ereignisketten und soziale Kontexte an einem Beispiel aus Sachsen. In: *Archiv für Sozialgeschichte* 63 (2023), S. 173–191. Für Mecklenburg-Vorpommern arbeitet Paul Räuber an einer entsprechenden Studie.

19 Das Argument kann ich hier nicht ausführen, vgl. Franka Maubach: Mölln, Solingen und die lange Geschichte des Rassismus in der Bundesrepublik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 72,49–50 (2022), S. 33–38; dies.: Lichtenhagen ist überall. Gewaltpraktiken und Rassismuserfahrungen im ostdeutschen Umbruch. In: Jörg Ganzenmüller (Hrsg.): *Transformationserfahrungen. Lebensweltliche Umbrüche in Ostdeutschland seit 1990*. Berlin / Wien: Böhlau (im Erscheinen).

eigentlich gerichtet hätten.²⁰ Diese *urban legend* kollidiert mit Stereotypen, die sich bereits zu DDR-Zeiten mit Blick auf die seit 1980 ins Land geworbenen vietnamesischen Werk tätigen ausgebildet hatten. Anders als die mosambikanischen Arbeitsmigrant*innen, die mit anderen Vorurteilskomplexen konfrontiert waren, galten die vietnamesischen Werk tätigen als „Händler“ und „Schieber“ – einerseits, weil sie in ihrer Freizeit Schneidereien in den Wohnheimen betrieben, wo viele Ostdeutsche Jeans und andere ‚westliche‘ Kleidung bestellten und erwarben. Andererseits mussten sie das aus Anstellung und Nebentätigkeit erwirtschaftete Geld vornehmlich in Waren umsetzen, die sie nach Vietnam schickten, sodass die Heime als Warenlager wahrgenommen wurden. Deren Bewohner*innen galten darum in den letzten Wirtschaftskrisen jahren der DDR als privilegierte Konkurrent*innen auf dem Markt begrenzter Güter – ein Bild, an das nach der Wende angeschlossen werden konnte, als vietnamstämmige Kleinstgewerbetreibende überall sichtbar auf Straßen, Plätzen oder an Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs als fliegende Händler*innen oder an festen Ständen Waren verkaufen; mit angemeldetem Gewerbe oder, in der Presse überdurchschnittlich stark repräsentiert und kriminalisiert, als illegale Zigarettenverkäufer*innen. Diese Bilder kontrastieren scharf mit der Realität einer sowohl zu DDR-Zeiten als auch und noch mehr nach 1989/90 prekären Existenz von Vietnames*innen in Ostdeutschland.²¹

Dass die vietnamstämmige Community in Ostdeutschland besonders nach der Maueröffnung auf solche Nischen verwiesen war, lag an einem rasanten rechtlichen, politischen wie gesellschaftlichen Entsicherungsprozess, den ich hier nicht ausführlich nachzeichnen kann. Er richtete sich gegen diejenigen, die um und nach 1990 in der DDR respektive in Ostdeutschland blieben statt, wie die große Mehrheit, das Land zu verlassen.²² Denjenigen dagegen, die sich zur Ausreise entschlossen, wurde, das hatte die letzte DDR-Regierung verfügt, eine Prämienzahlung von 3.000 DDR-Mark gewährt; ein Vorgehen, das an die unter Helmut Kohl betriebene Rückführungspolitik erinnert, die in der ersten Hälfte

20 Zu der Gewalt gegen die asylsuchenden Rom*nja und deren Perspektiven vgl. den Beitrag von Stefanie Oster / Johann Henningsen: Betroffene Rom*nja des Pogroms in Rostock-Lichtenhagen 1992. Bericht aus einem Rechercheprojekt, in diesem Band.

21 Vgl. hier einfürend und vergleichend nur Frank Bösch / Phi Hong Su: Competing Contexts of Reception in Refugee and Immigrant Incorporation. Vietnamese in West and East Germany. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 47,21 (2021), S. 4853–4871; zur Wahrnehmung der „ausländischen Werk tätigen“ allgemein: Ann-Judith Rabenschlag: *Völkerfreundschaft nach Bedarf. Ausländische Arbeitskräfte in der Wahrnehmung von Staat und Bevölkerung der DDR*. Stockholm: Acta Universitatis 2014.

22 Von rund 60.000 Vietnames*innen blieben nur etwa 20.000; in Rostock waren es von 3.500 Menschen 350.

der 1980er Jahre vor allem türkeistämmige Familien aus der Bundesrepublik in ihr Herkunftsland zurückwerben sollte. Die Tatsache, dass 1995 zudem ein Rücknahmeabkommen mit Vietnam geschlossen wurde und die Menschen als „Vertragsarbeiter“ – der heute geläufige Terminus entstand erst nach der Vereinigung und ist für die DDR-Zeit anachronistisch – einen höchst unsicheren Bleibestatus erhielten, ist ein zusätzlicher Beleg dafür, dass die letzte DDR- wie die gesamtdeutsche Regierung wie in einem Joint Venture versuchten, die Menschen aus dem Land zu treiben. In diesem Kontext wurde eine prekäre Selbstständigkeit für viele zur einzigen Option. Gerade als Gewerbetreibende, auf Märkten und an Haltestellen gerieten Vietnames*innen immer wieder ins Fadenkreuz gewalttätiger Übergriffe.

Noch lange nach dem Pogrom, so erinnert sich eine vietnamstämmige Rostockerin, sei ihr Imbiss mehrfach wöchentlich Angriffen von Rechten ausgesetzt gewesen – bis sie einen privaten Sicherheitsdienst engagiert habe.²³ Dass die Gewalt schon weit vor dem Pogrom einsetzte, bezeugt beispielsweise die Geschichte von Nguyen Dinh Khoi, der erst nach der Maueröffnung aus Chemnitz nach Rostock zu seinem Bruder zog, wo er in einem ehemaligen Wohnheim der Reichsbahn in Toitenwinkel lebte (in jenem Stadtteil, in dem 2005 Mehmet Turgut vom NSU erschossen wurde). Er verkaufte Waren auf dem Markt und berichtete der Presse bereits im Dezember 1990 von der Zerstörung seines Standes, just in dem Monat übrigens, als die ZAst im Sonnenblumenhaus eröffnete und die grassierende Gewalt in der Stadt – nicht nur, aber vor allem von rechts – immer wieder Thema in der Rostocker Lokalpresse wurde.²⁴ So erschien in der *Ostsee-Zeitung* ein Artikel über zunehmende Gewalt unter Jugendlichen in den Lehrlingswohnheimen von Neptunwerft und Seehafen: Unter dem Titel „Lehrlinge fühlen sich im Heim nicht mehr sicher“ schrieb Katrin Koch eine Reportage über Angriffe von Skinheads auf Jugendliche im Heim, von einer sich ausweitenden Bedrohungslage und Schlägereien.²⁵ Gleichzeitig tauchten überall, etwa im Stadtteil Lütten-Klein, gesprayed rechte Slogans auf, die oft mit diesem Begriff

23 Vgl. Micha Rehder: *Zwischen zwei Welten. Vietnamesische VertragsarbeiterInnen in Rostock*. Unveröffentlichte Magisterarbeit, Universität Tübingen 2013, S. 81.

24 Rosemarie Düwel: Dinh Khoi aus Vietnam: „Ich verstehe die Welt nicht mehr“. In: *Ostsee-Zeitung*, 14.12.1990, S. 14; dies.: Toleranz! Wo? In: *Ostsee-Zeitung*, 17.12.1990, S. 2. Vgl. zu Nguyen Dinh Khoi eindrucklich auch die Folge „Ich bleibe“ der Doku-Reihe *Baseballschlägerjahre*. In: *Zeit Online*, 02.12.2020. <https://www.zeit.de/video/2020-12/rechte-gewalt-ostdeutschland-neonazis-baseballschlaegerjahre> (Zugriff am 17.07.2023).

25 Katrin Koch: Lehrlinge fühlen sich im Heim nicht sicher. Robin B. „Wir haben Angst!“. In: *Ostsee-Zeitung*, 04.12.1990.

verharmlosten „Schmierereien“.²⁶ Im ganzen Viertel seien rechte Sprüche und Parolen zu lesen, so die Lokalpresse: „Impressionen vom S-Bahnhof in Lütten-Klein. An jeder Wand, in jedem Wartehäuschen prangen seit Wochen solche Zeichen und gleichgelagerten Sprüche.“²⁷

Überfälle auf die Verkaufsstände oder kleinen Gastronomien vietnamstämmiger Gewerbetreibender avancierten in einem ohnehin gewaltgeladenen Klima zu einer ritualisierten Gewaltform unter Rechten. Auch das Pogrom in Hoyerswerda entzündete sich an einem Streit zwischen rechten Jugendlichen und vietnamesischen Gewerbetreibenden auf dem Marktplatz.²⁸ Ostdeutschlandweit lassen sich Berichte oder kleine Meldungen über solche Übergriffe in der Presse finden, die als Findbuch zur Identifikation solcher massenhaft verübten Gewaltakte fungieren kann. In einem anderen, wie es nun hieß: „Plattenbauviertel“, in Berlin-Marzahn, wurde am 24. April 1992 Nguyen Van Tu erstochen, kurz nachdem am 20. April der „Hitlergeburtstag“ im nahen, von Rechten dominierten Jugendzentrum Wurzel begangen worden war, was eine Welle der Gewalt in der Stadt ausgelöst hatte, wie die *Berliner Zeitung* berichtete.²⁹

Der Blick auf die Vorgeschichten erhellt, dass viele Kommunen lange vor den eruptiven Ausbrüchen von einer ideologisierten rechtsradikalen Szene, aber auch von einem flagranten Alltagsrassismus geprägt waren. Diese Erkenntnis verhilft dazu, städtischen Legenden wie den oben genannten beizukommen: dass die Gewalttaten gar nicht von Einheimischen begangen worden seien, dass es sich um Einzelfälle gehandelt habe oder dass die Opfer wie zufällig ins Fadenkreuz der Gewalt geraten seien.

Von der Vielfalt städtischer Migrationsgeschichte(n)

Abschließend möchte ich dazu anregen, nicht nur die kommunale Rassismusgeschichte, sondern auch die kommunale(n) Migrationsgeschichte(n) stärker in den Blick zu nehmen. Die Auseinandersetzung mit Ereignissen rassistischer Gewalt kann dazu dienen, für die vielfältige und facettenreiche Migrationsgeschichte in diesen Städten zu sensibilisieren, die auch eine Geschichte

26 Der Begriff relativiert die Omnipräsenz wie die Bedeutung rechtsradikaler Slogans in den ‚Baseballschlägerjahren‘, die Gebiete markierten und Angst verbreiteten. Die gesprayte Ideologie müsste als Quellengattung ernst genommen und genauer auf ihre Formen und Funktionen hin untersucht werden.

27 Schmierereien in Lütten-Klein, Kleine Meldung. In: *Ostsee-Zeitung*, 18.12.1990, S. 10.

28 Zum aus den Polizeiakten rekonstruierten Ablauf des Pogroms vgl. Wowtscherk: *Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht?*, S. 161–168, hier S. 162.

29 Vgl. die Berichterstattung der *Berliner Zeitung* vom 21.–27.04.1992.

migrantischer Selbstorganisation, migrationspolitischen Engagements und aktiven Umgangs mit Rassismuserfahrungen ist. Denn gerade diejenigen Stadtgesellschaften, die von rassistischer Gewalt besonders betroffen waren und sich also herausgefordert sahen, einen Umgang mit den Ereignissen zu finden, zeichnen sich häufig durch besonders aktive migrantische Communities aus. Sie spielen für das *Doing Memory* eine wesentliche Rolle; Diên Hồng – Gemeinsam unter einem Dach e. V. in Rostock ist dafür ein herausragendes Beispiel. Diese Landschaften lokalen migrantischen und antirassistischen Engagements sollten kartiert, die Geschichte der vielen Initiativen wie der Sprecher*innen verschiedener Communities erforscht und auch bundesweit bekanntgemacht werden – auch weil sie im Falle von Ostdeutschland ein starkes Gegenbild zum geläufigen und zu einfachen Stereotyp vom ‚braunen Osten‘ darstellen.³⁰

Daneben könnte die Auseinandersetzung mit rassistischer Gewalt einen Ausgangspunkt bieten, um migrantisches Leben in der Stadt allgemein zu erforschen. Nicht die Taten und die Täter*innen sollten im Zentrum stehen, sondern die Herkunftsgeschichten und Lebenswelten der Betroffenen und Überlebenden. Wie wichtig es ist, diese Geschichten zu kennen, hat beispielsweise Dan Thy Nguyen gezeigt, der argumentiert, dass die im Sonnenblumenhaus eingeschlossenen Menschen ihre Selbstrettung nicht zuletzt deswegen zu organisieren wussten, weil sie über Vorerfahrungen aus dem Vietnamkrieg verfügten.³¹ Über die Herkunft der Gruppe, aber auch über ihre Erfahrungen als „ausländische Werkkräfte“ in Rostock könnte man über die Personalakten mehr erfahren, die unausgewertet im Betriebsarchiv von Rostock Port liegen und viele sozialstatistisch relevante Daten enthalten dürften. Aber auch die Kontakte zur einheimischen Bevölkerung, Eheschließungen, überhaupt die Beziehungs-, Kontakt- und Nachbarschaftsgeschichte wären für Rostock ebenso zu erforschen wie für andere Städte.³²

30 Vgl. dazu Carsta Langner: „... daß niemand im Dunkeln alleine nach Hause gehen muß“. Zur Wahrnehmung rechter Gewalt in der ostdeutschen Umbruchgesellschaft. In: Till Kössler / Janosch Steuwer (Hrsg.): *Brandspuren. Das vereinte Deutschland und die rechte Gewalt der frühen 1990er-Jahre*. Bonn: bpb 2023, S. 180–199.

31 Dan Thy Nguyen: Eine geteilte Community. Kalter Krieg, Mauerfall und die vietnamesische Migrationsgeschichte. In: Lydia Lierke / Massimo Perinelli (Hrsg.): *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*. Berlin: Verbrecher 2020, S. 405–422, hier S. 417–419.

32 Vgl. im Stadtarchiv Rostock etwa die Ersuchen um Eheschließung bzw. Einbürgerung: Stadtverordneten-Versammlung und Rat der Stadt Rostock, innere Angelegenheiten und Betreuung von Rückkehrern und Zuziehenden, Ausländern, A–E. Stadtarchiv Rostock, 2.1.1.-9862. Vgl. zur Geschichte der Community in der Stadt die Ausstellung von Diên Hồng: *Vietnamesische Rostocker. Ehemalige Vertragsarbeiter erzählen*, die 2017 erstmals gezeigt wurde.

Will man also im Sinne eines nachhaltigen *Doing Memory* an rassistische Gewalt eine multiperspektivische Gedenkkultur schaffen, ist es nötig, die Perspektiven verschiedener Akteursgruppen und vor allem der Betroffenen selbst historisch aufzuschlüsseln und die Gedenkpraxis durch historisches Wissen zu fundieren. Rassismus ist eine kontinuierliche Erscheinung, die, auf je spezifische Weise, den Alltag im öffentlichen Raum der Städte prägt, bis in die Wohngebiete und Nachbarschaften hinein. In diesem Sinne ist Rassismusgeschichte auch und gerade Nachbarschaftsgeschichte. Aber auch darüber hinaus ist Stadtgeschichte konsequent auch aus der Perspektive der Zugewanderten zu erzählen. Damit würde städtische Migrationsgeschichte die – selbst noch nicht lange bestehende – Vorstellung von Deutschland als Einwanderungsland auf die kommunale Ebene herunter deklinieren. Ein solches Verständnis von Einwanderungsstädten als Orten eines konfliktreichen, allzu oft gewaltvollen, aber doch auch – gerade in der Auseinandersetzung mit Rassismus – immer wieder gelingenden Zusammenlebens in Diversität wäre, das ist zum Schluss freilich ein utopischer Gedanke, ein starkes Zeichen gegen Rassismus.

Oliver Plessow

Kommunale Denkzeichen für Lichtenhagen 1992 in Rostock und ihr erinnerungskultureller Kontext

Ein Kommentar in fünf Beobachtungen

Mahnmale in Rostock im kommunalen Raum – ein Ensemble unverbundener Denkzeichen

Wer auf dem Neuen Markt im Herzen Rostocks steht und nach Süden schaut, sieht auf die Lauben eines mittelalterlich-historisierenden Bauwerks, das die DDR dort auf ganzer Breite des Platzes errichtet hat. Im unverwechselbaren Jargon erklären die Messinglettern einer Bauinschrift: „Für das am Rosengarten durch anglo-amerikanische Bomber am 26. April 1942 zerstörte Postamt ist dieses neue Postgebäude in den Jahren 1953 bis 1956 durch den Fleiss der Werk-tätigen erbaut worden“; nach einer kleinen Lücke fährt die Inschrift mit ganz anderer Ausrichtung fort: „Umgebaut und modernisiert im Jahre 1999 durch die Deutsche Immobilien GmbH, Rostock“. Geht man nun wenige Meter bis zum barocken Vorbau des im Kern mittelalterlichen Rathauses, kann man links davor im Boden eingelassen einen Rostocker Denkstein erblicken, der demselben Gestaltungsprinzip folgt wie die andernorts allgegenwärtigen ‚Stolpersteine‘ Gunter Demnigs: „Richard Siegmann 1872–1943 | Direktor der Rostocker Straßenbahn AG 1898–1935 | verhungert in Theresienstadt“.

Warum beginne ich mit diesen beiden Beispielen, wenn es doch um Denkzeichen für die pogromhaften Gewalttaten rund um das Sonnenblumenhaus in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 gehen soll? Weil beide Teil eines gewachsenen Denkzeichenensembles sind, das in Blickweite eben auch zwei markante Elemente des öffentlich sichtbaren Gedenkens an den hier im Mittelpunkt stehenden Gewaltkomplex beinhaltet: rechts vor dem Rathausvorbau eine der fünf Stelen des dezentralen Denkmals *Gestern Heute Morgen*, das 2017 auf Betreiben der Stadt Rostock anlässlich des Gedenkens an die Ereignisse in Lichtenhagen 25 Jahre zuvor errichtet wurde, und ganz links am modernen nördlichen

Rathausanbau (bzw. neugestaltet und um einen Erläuterungstext erweitert seit Oktober 2023 nunmehr rechts neben der Rathausfront) das 2012 angebrachte Replikat jener Tafel, welche die „Söhne und Töchter der deportierten Juden aus Frankreich“ um Serge und Beate Klarsfeld dort am 19. Oktober 1992 gegen den expliziten Willen der Stadt kurzfristig befestigt hatten. Ihr Wortlaut nahm damals auf die Unterzeichnung des umstrittenen deutsch-rumänischen Rückübernahmeabkommens vom 24. September 1992 Bezug und stellte die rassistische Gewaltwelle jener Monate in einen direkten Erinnerungszusammenhang mit der nationalsozialistischen Verfolgung und Vernichtung insbesondere der „Sinti und Roma“ (als welche sie auf der Tafel erschienen), also einer der hauptleidtragenden Gruppen der Rostocker Augusttage.¹

Dieses unverbundene Nebeneinander innerhalb einer kommunalen Erinnerungslandschaft gleichwohl miteinander kommunizierender Denkzeichen ist keine Rostocker Besonderheit. Indessen mag es hier noch etwas stärker als anderswo hervorstechen, hat die Stadt an der Ostsee doch von den Verbrechen des Nationalsozialismus bis hin zum Mord an Mehmet Turgut durch den NSU am 25. Februar 2004 Anteil an allen zeithistorischen Gewaltkomplexen, die in Deutschland derzeit potenzielle Zielpunkte kollektiver – und das meint insbesondere staatlicher – Gedenkselbstverpflichtungen darstellen. Die erinnerungskulturellen Parallelwelten sind im Rostocker öffentlichen Raum freilich so ‚offensichtlich‘ im eigentlichen Wortsinn, da sie in direkten visuellen Beziehungen zueinander stehen. Die Stele „Gesellschaft“ des besagten dezentralen Kunstwerks von 2017 unweit des vormaligen Jugendalternativzentrums (JAZ) befindet sich schräg gegenüber der vormaligen Bezirksverwaltung der DDR-Staatssicherheit (dem heutigen Gerichtsgebäude), an der seit 1995 eine Tafel auf Initiative der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. „Dem Andenken der Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft von 1945–1989“ gewidmet ist. Dreht man sich um, verhindert nur ein wenig Bewuchs den Blick auf das Denkmal von 1872 für die Gefallenen der Einigungskriege oder auch auf die Büste des Afrikafahrers Paul Pogge (1838–1884), deren Erstguss seit 1945 verschollen war und die 1995 ausgerechnet vom vormaligen DDR-,Staatskünstler‘ Jo Jastram neu gegossen wurde und heute Zielpunkt lokaler postkolonialer Kritik ist. Von jener wiederum geht man nur ein paar Meter zum Gedenkstein für die Opfer des Faschismus von 1946 am Steintor, der seinerseits schräg gegenüber in Sichtweite der Stele „Medien“ des Mahnmals *Gestern Heute Morgen* vor dem

1 Zu diesem Vorgang vgl. schon Roman Guski: Nach Rostock-Lichtenhagen. Aufarbeitung und Perspektiven des Gedenkens. In: Thomas Prenzel (Hrsg.): *20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt*. Rostock: Universität Rostock, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften 2012, S. 31–52, hier S. 48–49.

Gebäude der *Ostsee-Zeitung* steht; von selbiger ist es nur ein Katzensprung zum Gedenkstein für die Toten und Vertriebenen des Zweiten Weltkriegs aus dem Jahr 2005 am Leibnizplatz, der sich gestalterisch gar nicht einmal so stark von der Stele „Medien“ abhebt. (Nur beiläufig zu erwähnen ist, dass in dem gesamten umzeichneten Stadtraum wie im gesamten Umland auf weit mehr als 100 km allen diesen Gedenkzeichen eine Unzahl von Hansa-Rostock-Aufklebern und -Graffiti gegenübersteht, die eine ganz eigene Form spezifizierter Erinnerung und Historisierung im öffentlichen Raum darstellen.)

Diese erste Beobachtung eines in seiner Unverbundenheit eigentümlich verbundenen Ensembles konkurrierender Gedenkansprüche ist ein geeigneter Ausgangspunkt, um das Anliegen dieses Beitrags zu benennen: Es geht darum, einige bislang weniger beachtete Bausteine zu einer erinnerungskulturellen Standortbestimmung kommunaler Denkzeichen für die Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 zusammenzutragen. Dazu sollen mit einer gewissen Nachdenklichkeit thesenhaft fünf Beobachtungen festgehalten werden, deren erste nun bereits angeführt wurde. Hintergrund ist (m)eine langjährige Beschäftigung mit sehr unterschiedlichen Erinnerungskomplexen, deren theoretische und methodische Verankerung hier nicht ausführlich dargelegt werden kann, die aber in der Tradition der transdisziplinären Memory Studies steht, wie sie sich letztlich alle aus der Rezeption der einflussreichen Werke des französischen Soziologen Maurice Halbwachs zum kollektiven Gedächtnis heraus entwickelt haben.²

Konzentration des Gedenkimpulses auf einen singulären Erinnerungskomplex

An die erste lässt sich sogleich eine zweite Beobachtung knüpfen: Der Befund eines Nebeneinanders der Denkzeichen korrespondiert mit einer thematischen Vereinzelung der Gedenkimpulse. Das ist zwar vielerorts und in vielen Erinnerungskontexten die Normalität, aber alles andere als unausweichlich: Gedenkimpulse (und zum Teil auch die sie tragenden Initiativen) konzentrieren sich vielfach auf ein bestimmtes Geschehen. Ein solches mag punktuell sein und

2 Maurice Halbwachs: *Les cadres sociaux de la mémoire*. Paris: Alcan 1925; ders.: *La mémoire collective*. Paris: PUF 1950. Zu nennen wären etwa die Werke von Jan und Aleida Assmann, Elizabeth Jelin, Pierre Nora, Barry Schwartz, Jeffrey Olick u. v. a. m. Einführend weiterhin Astrid Erll: *Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung*. 3., aktual. u. erw. Aufl. Stuttgart: Metzler 2017; Christoph Cornelißen: *Erinnerungskulturen*, Version 2.0. In: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 22.10.2012. <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.265.v2> (Zugriff am 04.04.2023).

sich auf genau einen Ereigniszusammenhang wie eben den in Lichtenhagen im August 1992 beziehen, ein Impuls kann aber auch in einen einzelnen größeren gesellschafts- bzw. geschichtspolitischen Problemhorizont eingeordnet sein, sei es nun der Kampf gegen den Nationalsozialismus, Faschismus, Totalitarismus, Antisemitismus oder wie hier Rassismus und Antiziganismus. Die Akteur*innen bzw. institutionellen Akteure – man könnte mit der englischsprachigen Forschung auch von ‚Stakeholdern‘ oder *memory entrepreneurs* sprechen – treten dabei als fokussierte Sachwaltende des Erinnerns auf. Dies mag einerseits in Gestalt einer Selbstorganisation von Betroffenen erfolgen – im Rostocker Fall ist hier zuallererst der noch 1992 gegründete Verein Diên Hồng – Gemeinsam unter einem Dach e. V. zu nennen, der in seiner Gründungszeit (wie noch heute) jedoch zunächst weniger als Akteur der Erinnerungskultur agierte, sondern vor allem dafür eintrat und eintritt, die Rechte der ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter*innen und ein gutes Zusammenleben mit den anderen Einwohner*innen von Rostock zu befördern. Sehr verbreitet ist andererseits auch, dass Fürsprecher-Institutionen einen solchen Gedenkimpuls setzen; in Rostock ist hier eine ganze Reihe von Akteuren tätig, die sich als ‚zivilgesellschaftlich‘ konstruieren und verschiedentlich in Bündnissen auftreten – markant war hier zum Gedenken am 30. Jahrestag etwa das Bündnis „Gedenken an das Pogrom. Lichtenhagen 1992“,³ das mehr als vierzig Einrichtungen vereint(e).

Das scheinbar Selbstverständliche mag in seiner Kontingenz erst hervortreten, wenn man ein fiktives Gegenbeispiel ersinnt und sich eine Initiative vorstellt, die in einem Atemzug Denkmäler für die Opfer nationalsozialistischer, stalinistischer und rassistischer Gewalt fordert, ohne sie in einem einebnenden oder gleichsetzenden ‚Den Opfern von Krieg und Gewalt‘ aufgehen zu lassen oder sie gar gegeneinander aufzurechnen. Das kennt das Akteursgeflecht der Erinnerung kaum, vielmehr hat auch das Gedenken an Rostock-Lichtenhagen 1992 Anteil an einer segmentierenden Pluralisierung der Erinnerung, wie sie wohl nur in einem demokratischen Rahmen denkbar und in Mecklenburg-Vorpommern erst

3 Vgl. die Homepage des Bündnisses Gedenken an das Pogrom. Lichtenhagen 1992, online seit 2022: <http://gedenken-lichtenhagen.de/> (Zugriff am 04.04.2023). Das Bündnis vereint neben Diên Hồng, dem Rostocker MigrantInnenrat, der Rostocker Innenstadtgemeinde und Verdi u. a. Bunt statt braun – eine 1998 in Reaktion auf die Anmeldung einer Demonstration der NPD in Lichtenhagen 1998 begründete Initiative –, das von der Stadt zur 25. Wiederkehr der Ereignisse mit der Archiv- und Bildungsarbeit beauftragte, bei Soziale Bildung e. V. im Peter-Weiss-Haus angesiedelte Dokumentationszentrum „Lichtenhagen im Gedächtnis“ und zahlreiche andere Vereinigungen bis weit hinein in die linken Ausläufer des politischen Spektrums.

mit der Transformation von 1989/90 (wieder) entstanden ist.⁴ Diese Beobachtung einer Segmentierung und Vereinzelung der Gedenkimpulse und insbesondere der aus ihnen erwachsenen Denkzeichen ist interessanterweise im Rostocker Fall insofern zu differenzieren, als einige der institutionellen Akteure wie auch der individuellen Akteur*innen parallel oder auch sequenziell (aber eben nicht in einem einzigen Vorstoß) unterschiedliche Gedenkimpulse verfolgen oder solidarisch Anliegen unterstützen, die nicht zu ihrem eigenen erinnerungskulturellen Schwerpunkt gehören. Hier ließe sich nicht nur das schon benannte Phänomen der ‚Klarsfeld-Tafel‘ von 1992 anführen, sondern auch, dass sich die Freunde und Förderer des Max-Samuel-Hauses e. V. (eines Begegnungszentrums für jüdische Geschichte und Kultur) an dem Gedenkbündnis von 2022 beteiligen und Soziale Bildung e. V. sich auch mit der jüdischen Geschichte Rostocks beschäftigt. Sich gegen die eruptive Gewalt von rechts in Lichtenhagen 1992 und die zugrundeliegenden, in Teilen der Bevölkerung tief verankerten chauvinistischen und rassistischen Stereotype zu stemmen, vermag in Rostock integrative Kraft zu entfalten.

Zu diesem Geflecht der Erinnerung gehören indessen noch andere Akteurstypen, die oftmals die konkreten Empfänger der Botschaften der Gedenkinitiativen sind. Zwar richten sich Gedenkansprüche regelmäßig rhetorisch-normativ an eine (tatsächlich recht zersplitterte) kommunale oder überkommunale Gesamt(stadt)gesellschaft. De facto treffen sie indessen auf institutionelle Akteure, die sich ebenso regelmäßig mit mehreren synchronen Gedenkansprüchen konfrontiert sehen – also zuerst auf die (gerade auch kommunalen) politischen Entscheidungs- und Beratungsgremien, im Weiteren aber auch auf die formalen Bildungsinstitutionen Schule und Universität. Dabei sollen sich erstere meist öffentlich zu kollektiver Verantwortung bekennen, Gedenkrituale vollziehen, die Errichtung von Denkzeichen im öffentlichen Raum ermöglichen und Ressourcen bereitstellen, letztere hingegen in Lehrkontexten die Gedenknwendigkeit anerkennen, das Gedenkanliegen zum Pflichtgegenstand machen und für eine Aufnahme in Curricula und Unterricht Sorge tragen. Im Kontrast zu den Einzelgedenkimpulsen folgen politische Gremien bzw. Beratungsinstanzen wie auch der formale Bildungssektor dabei insofern einer anderen Zugriffslogik auf das Gedenken, als sie austarieren müssen, in welchem Maße den unterschiedlichen, bisweilen auch miteinander konkurrierenden Gedenkansprüchen jeweils zu folgen ist. (In Rostock ist hier im politischen Raum das Wirken der

4 Vgl. Oliver Plessow: Die neue Vielfalt des Gedenkens. Zum erinnerungskulturellen Wandel von 1989 bis Mitte der 1990er-Jahre. In: Stefan Creuzberger / Fred Mrotzek / Mario Niemann (Hrsg.): *Land im Umbruch. Mecklenburg-Vorpommern nach dem Ende der DDR*. Berlin: Be.bra 2018, S. 469–500, hier insb. S. 469–470.

beratenden AG Gedenken der Rostocker Bürgerschaft herauszustellen, die seit 2012 Vertreter*innen der Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft zusammenführt, ursprünglich in Reaktion auf die umstrittenen Gedenkfeierlichkeiten zum 20. Jahrestag der pogromhaften Gewalt in Lichtenhagen eingesetzt wurde,⁵ sich aber inzwischen mit der gesamten Breite zeithistorischer Erinnerungskomplexe befasst.) Sicherlich lassen sich in einer solchen Konstellation unter anderem rassifizierte Hegemonien erkennen, die wiederum gesellschaftliche Machtgefälle spiegeln, und gruppenspezifisch unterschiedliche Möglichkeiten der Partizipation identifizieren, es ist aber zumindest diskutabel, ob es der Komplexität der Verhältnisse gerecht wird, wenn jede Nichterfüllung von Gedenkansprüchen primär oder allein vor der Folie der Hegemonie, ausgrenzender Unsichtbarmachung und struktureller Benachteiligungen gelesen wird.⁶

Engagierte Wissenschaft

Eine weitere das Akteursgeflecht charakterisierende Auffälligkeit der Rostocker Situation wie überhaupt der Auseinandersetzung mit der rassistischen Gewaltwelle zu Beginn der 1990er Jahre bzw. mit dem gesamten Spektrum rassistischer Gewalt im wiedervereinten Deutschland bis hin zu der sich gerade ausformenden Erinnerung an die Mordtaten in Halle 2019 und Hanau 2020 ist, dass gewichtige Teile der wissenschaftlichen Beschäftigung dezidiert Partei ergreifen. Markant ist der Ansatz vertreten, durch die wissenschaftliche Erforschung zu einer breiteren gesellschaftlichen Sichtbarkeit insbesondere der Perspektive der von Gewalt und rassistischer Diskriminierung Betroffenen beizutragen. Zu beobachten ist dabei, dass sich diejenigen, die sich (vielfach transdisziplinär und nur ausnahmsweise etabliert-zeithistorisch) wissenschaftlich der Thematik annehmen, nicht selten selbst in entsprechenden Initiativen engagieren und es einen fließenden Übergang zwischen Wissenschaft und Aktivismus gibt.⁷

5 Vgl. hierzu den Beitrag von Gudrun Heinrich: Kommunale Geschichtspolitik. Das Beispiel ‚Rostock-Lichtenhagen 1992‘, in diesem Band.

6 Vgl. etwa die Position von Tanja Thomas / Fabian Virchow: Hegemoniales Hören und Doing Memory an rechte Gewalt. Verhandlungen politischer Kultur der Bundesrepublik in (medialen) Öffentlichkeiten. In: *Leviathan* Sonderband 37 (2021), S. 203–224; hier eröffnet sich im Wissen um die Vorträge, die den Texten dieses Bandes vorausgegangen sind, ein Diskussionsfeld mit mehreren Beiträgen in diesem Band.

7 Im Sinne der Transparenz (*disclosure*) ist anzuzeigen, dass der Verfasser dieses Beitrags institutionell sowohl als mit der Geschichtslehrpersonenusbildung im Land Mecklenburg-Vorpommern betrauter universitärer Geschichtsdidaktiker wie auch als von der Universität Rostock in die besagte AG Gedenken entsandtes Mitglied regelmäßig in einer verschiedene konkurrierende Gedenkipulse kontextualisierenden Rolle fungiert.

Ein solches Wissenschaftsverständnis hat sein Für und sein Wider, es muss aber zumindest überlegen, wie es falsifizierungs offen bleiben kann und wie es mit Beurteilungsdissensen umgeht. Wäre hier etwas mehr Platz, ließen sich die Herausforderungen eines solch fließenden Übergangs gut an der Nutzung des Begriffs ‚Pogrom‘ zur Charakterisierung der Ereignisse von 1992 aufzeigen – hier greift nämlich die Frage, inwieweit sich diese Ereignisse mithilfe einer wissenschaftlich definierten Typisierung einer bestimmten Gewaltform angemessen fassen lassen,⁸ direkt in den Diskurs der Anerkennung hinein, bei dem die Verwendung des geschichtspolitisch hoch aufgeladenen Begriffs (mit offensichtlichen Anklängen an die ältere Diskussion, für die Ereignisse vom November 1938 nicht mehr den Täterbegriff ‚Reichskristallnacht‘ zu nutzen, sondern von ‚Pogrom‘ zu sprechen) einen Bekenntnischarakter gewinnt und bei dem eine Nichtnutzung den Vorwurf der Verharmlosung nach sich zieht.⁹

Einsatz für marginalisierte Erinnerungen statt Gedenkskeptizismus

Eine vierte Beobachtung: Wer das Gedenken zum 30. Jahrestag, den Forschungsdiskurs und die kommunalen geschichtspolitischen Debatten verfolgt hat, dem*r wird schnell deutlich, wie stark inzwischen eine Perspektive dominiert, welche das Schicksal der Betroffenen in den Vordergrund rückt und gerückt wissen will. Ein Anerkennungsdiskurs prägt das Gedenken an die Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen, namentlich ein Ringen um Sichtbarkeit derer, die zum Opfer der rassistischen Gewaltattacken wurden und in höchster Lebensgefahr schwebten. Inwieweit die Entwicklung der kommunalen Erinnerungskultur in Bezug auf die Geschehnisse in Lichtenhagen 1992 einer geradlinigen Erzählung von Verdrängung und Bagatellisierung durch ‚die‘ Stadtgesellschaft und ‚die‘ städtische Obrigkeit hin zu einer erkämpften Anerkennung durch ‚die‘ Zivilgesellschaft folgt, wäre nochmals im Detail zu

8 Rekuriert wird hier im Kontext von Rostock-Lichtenhagen 1992 vielfach auf die von Werner Bergmann mehrfach vorgelegten Definitionen, vgl. etwa schon ders.: Pogrome. In: John Hagan / Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002, S. 441–460. Bergmann selbst hat die unterschiedlichen wissenschaftlichen Definitionsansätze mehrfach diskutiert und problematisiert, was zu selten rezipiert wird.

9 Dieser Zug, die Nutzung des Pogrombegriffs an ein Bekenntnis gegen eine Verharmlosung zu koppeln, ist durchgehend zu greifen, zuletzt etwa in dem Positionspapier des vorgenannten Bündnisses „Gedenken an das Pogrom. Lichtenhagen 1992“: Gedenken an das Pogrom Lichtenhagen 1992 – Forderungen zu Gedenk- und Erinnerungskultur aus der Rostocker Zivilgesellschaft. Positionspapier. In: *Gedenken an das Pogrom. Lichtenhagen 1992*, o.D. <https://gedenken-lichtenhagen.de/bundnis/positionspapier/> (Zugriff am 28.11.2023).

problematisieren, im Kern lässt sich eine solche Geschichte aber triftig erzählen.¹⁰ Allemal kann man eine solche Narration mit einer Geschichte der Denkzeichen im urbanen Raum unterlegen, angefangen beim Schicksal der 1992 von der Stadt sofort wieder entfernten Gedenktafel, über die Pflanzung einer Friedenseiche durch Bundespräsident Joachim Gauck 2012, die kurz danach mit Verweis auf die nationalistische Symbolik von einer Aktion antifaschistischer Fuchsschwanz abgesägt wurde,¹¹ bis hin zum schon benannten Denkmal *Gestern Heute Morgen* der Künstlergruppe SCHAUM von 2017. Eine solche Deutung der erinnerungskulturellen Entwicklung in Rostock kann dann vor allem auf die Ergänzung dieses dezentralen Denkmals um eine sechste Stele „Empathie“ verweisen, die zivilgesellschaftlich finanziert, 2018 auf dem Doberaner Platz aufgestellt und in die Obhut der Stadt übergeben wurde. Stilistisch in der Nachfolge der fünf Stelen von 2017 stehend, folgt sie doch einer anderen Konzeption und vor allem einer emphatischen Forderung, die am ursprünglichen Konzept des dezentralen Denkmals kritisierte, dass es den Blick auf die Täter*innengesellschaft gelenkt und den Opfern nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt habe.¹²

Über diese erinnerungskulturelle Entwicklung lässt sich anderswo viel lesen, weshalb meine fünfte Beobachtung eher bei einer rekontextualisierenden Brechung dieses Befunds ansetzen soll: Bemerkenswert ist nämlich der sich im Anerkennungsringen offenbarende Optimismus, was die gesellschaftliche Wirkung und Bedeutung öffentlichen Gedenkens im Allgemeinen und entsprechender Denkzeichen im Besonderen angeht. Ein fundamentaler Zweifel an der Kraft öffentlichen Gedenkens und der Wirkung öffentlicher Gedenkzeichen hat in der Debatte bislang kaum einen Platz, was sie markant von einer langen Tradition

10 Schon Guski: *Aufarbeitung und Perspektiven des Gedenkens*, v. a. S. 38–52, zeigt 2012 für die ersten zwanzig Jahre des erinnerungskulturellen Umgangs mit den Geschehnissen, wie dialektisch die Auseinandersetzung zwischen zivilgesellschaftlichem Anerkennungsringen, Gehörtwerden, Anerkennung, Zurückweisung, Einebnung und Schuldumkehr durchweg verlief.

11 Gudrun Heinrich: *Rostock Lichtenhagen 1992–2017. Aufarbeitung und Erinnerung als Prozess der lokalen politischen Kultur. Ein Essay*. In: Martin Koschkar / Clara Ruvituso (Hrsg.): *Politische Führung im Spiegel regionaler politischer Kultur*. Wiesbaden: Springer 2018, S. 293–309, hier S. 303. Vgl. auch Kerstin Zimmermann: *Von gefällten Eichen und nachhaltiger Gedenkkultur*. In: *der rechte rand. Das Antifaschistische Magazin* 33,197 (2022), S. 28–29.

12 Eigene Kenntnis der Argumentation für die Aufstellung einer sechsten Stele 2018; vgl. aber auch Thomas / Virchow: *Hegemoniales Hören und Doing Memory*, S. 219, mit Verweis auf die Webseite des Denkmals unter <http://www.rostock-lichtenhagen-1992.de>.

der Denkmalskepsis¹³ wie einem gerade angesichts des kollektiven Umgangs mit dem Nationalsozialismus zunehmend problematisierten „Unbehagen an der Erinnerungskultur“¹⁴ abhebt. In der Ausgestaltung der Gedenkzeichen schlägt sich dieses Vertrauen in die Kraft des Gedenkens und kollektiven Erinnerns in Bezug auf das Erinnern an die Lichtenhagener Ereignisse in einer gestalterischen Konventionalität nieder (Tafeln, Stelen), die – wenn auch zum Teil spielerisch modifizierend – auf tradierte Formen der Denkzeichengestaltung zurückgreift, so partizipativ sie sich auch gibt. Sich selbst dekonstruierende Antidenkmäler, wie sie die Auseinandersetzung mit der Erfahrung der nationalsozialistischen Vernichtung seit den 1980er Jahren hervorgebracht hat,¹⁵ sind hier bislang nicht realisiert worden, und zwar gerade auch nicht in Gestalt der 2017 und 2018 aufgestellten Stelen.¹⁶ Die Kritik, die dieses dezentrale Mahnmal auf sich gezogen hat, bemängelt allerdings vornehmlich die hegemoniale Aneignung und Rahmung des Gedenkens seitens der Stadt (Standortwahl) und der Künstler*innen („Selbstjustiz“ als missverständlicher Titel für die Stele am Tatort vor dem Sonnenblumenhaus in Lichtenhagen) und moniert das Vergessen der Opfer,¹⁷ sie erwägt aber nicht, dass vielleicht weder die hegemonial gelesenen existierenden Denkzeichen in all ihrer Unvollkommenheit noch die gestalterische Eigensprache der Betroffenen noch anspruchsvolle dissonante Interventionen geeignet sein könnten, die den Regeln des Marktes und den Algorithmen der sozialen Netzwerke unterworfenen Rezeptions- und Mediengewohnheiten breiterer Öffentlichkeiten anzusprechen.

13 Gerne wird hier Robert Musil: *Nachlass zu Lebzeiten* [1936], hrsg. v. Fred Lönker. Stuttgart: Reclam 2013, S. 57, zitiert: „Das Auffallendste an Denkmälern ist nämlich, dass man sie nicht bemerkt.“ Bei Ad-hoc-Umfragen in Seminaren des Rostocker Historischen Instituts, das schräg gegenüber der Stele „Politik“ seinen Sitz hat, können regelmäßig nur weit unter einem Zehntel der Studierenden die Stele dem Ereignis zuordnen. (Dass das dezentrale Stelenprojekt seinerseits von konservativen Stimmen bezichtigt wurde, der Rostocker Stadtgesellschaft eine Kollektivschuld zuzuschreiben, sei zumindest erwähnt, vgl. Heinrich: *Kommunale Geschichtspolitik*, in diesem Band.)

14 Aleida Assmann: *Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention*. München: Beck 2021.

15 Vgl. dazu schon James E. Young: *Formen des Erinnerns. Gedenkstätten des Holocausts*, aus d. Engl. v. Meta Gartner. Wien: Passagen 1997.

16 Jurys muss konzediert werden, dass sie pragmatische Fragen der Realisierbarkeit wie die z. T. stark einschränkende Vorgaben der Ausschreibungen zu bedenken haben, dennoch ist zu bemerken, dass unter den Einreichungen des städtischen Wettbewerbs von 2016 radikalere Vorschläge als der mit *Gestern Heute Morgen* letztlich realisierte zu finden waren, vgl. etwa die Übersicht bei Stefanie Endlich: Rostock-Lichtenhagen 1992. Kunstwettbewerb „Erinnern und Mahnen“. In: *kunststadt. stadtkunst* 64 (2017), S. 16–19.

17 Stellvertretend für viele Thomas / Virchow: *Hegemoniales Hören und Doing Memory*, S. 219–220; Zimmermann: *Von gefällten Eichen und nachhaltiger Gedenkkultur*, S. 29.

Plurale Performanzen

Eine letzte Beobachtung kann den Bogen zum Beginn schlagen: Ähnlich, wie sich die Denkzeichen für die unterschiedlichen Erinnerungskomplexe im Rostocker Stadtraum zu einem Gewebe segmentierter Pluralität zusammenfügen, existiert ein partikularisiertes Nebeneinander unterschiedlicher Umgänge mit den öffentlichen Denkzeichen für den pogromhaften Gewaltausbruch von 1992, das sich insbesondere in pluralen Performanzen offenbart. Diese Pluralität war schon in der Dezentralität des Denkmals angelegt, das 2017 an fünf aufeinanderfolgenden Tagen eingeweiht wurde und ganz unterschiedlichen Gruppen die Gelegenheit gab, ihre distinkten Aneignungswege zu realisieren – vom medienwirksamen Fototermin der Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, die ihren Kopf in die Stele „Politik“ hinabsenkte, bis hin zum Wiesenfest samt eines Redebeitrags von Jan („Monchi“) Gorkow von Feine Sahne Fischfilet anlässlich der Einweihung der Stele „Gesellschaft“. Eine sehr frühe, oft vermerkte und ebenso destruktive wie vorhersehbare Aneignung liegt im Verschwinden des Wegplattenbruchstücks der Stele „Selbstjustiz“ vor dem Sonnenblumenhaus nur drei Tage nach der Eröffnung vor.¹⁸ Danach wurden die Kunstwerke in die Unauffälligkeit des Alltags ent- und der Aneignung durch Schändungen überlassen; der helle weiße Stein der Stelen lädt zu Beschmierungen geradezu ein und veranlasst die Stadt regelmäßig zu Säuberungsaktionen. Die Stele „Medien“ vor dem Gebäude der *Ostsee-Zeitung* war 2020/21 monatelang wegen Straßenbauarbeiten weder zugänglich noch sichtbar. Gelegentlich werden einzelne Stelen für Gedenkaktivitäten genutzt, und dies vor allem zu den Jahrestagen wie etwa 2020, als eine Fahrraddemo entlang der Stelen führte. Vor dem – ohnedies geschichtspolitisch ambivalenten¹⁹ – Besuch von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zum Gedenkakt 2022 wurde die Stele „Selbstjustiz“ gereinigt,²⁰ die Niederlegung der Sonnenblumen fand dann aber an einer anderen Stelle vor dem Sonnenblumenhaus statt.

Herauszuheben ist seit Längerem die sechste Stele, die am Doberaner Platz ohne direkten räumlichen Verweis auf einen in die Geschehnisse verwickelten stadtgemeinschaftlichen Akteur auskommt. Sie nimmt inzwischen eine hervorgehobene

18 Schon die Präsentation der Mahnmale im Internet greift den Diebstahl auf: 2 Selbstjustiz. In: *Gestern Heute Morgen*, o. D. <http://www.rostock-lichtenhagen-1992.de/> (Zugriff am 17.04.2023).

19 Zur geschichtspolitischen Ambivalenz des Gedenkakts im Rathaus vgl. den Beitrag von Tanja Thomas / Fabian Virchow: Rechte Gewalt in Rostock-Lichtenhagen 1992. Zu Gelingensbedingungen einer anerkennenden Erinnerungskultur, in diesem Band.

20 Malte Fuchs: Gedenkstele in Lichtenhagen vor Steinmeier-Besuch gereinigt. In: *Norddeutsche Neueste Nachrichten*, 24.08.2022. <https://www.nnn.de/lokales/rostock/artikel/gedenkstele-in-rostock-vor-steinmeier-besuch-gereinigt-42848293> (Zugriff am 17.04.2023).

Rolle nicht nur in der Bildungsarbeit ein (alleine schon wegen der Nähe zum Dokumentationszentrum im Peter-Weiss-Haus), sondern insbesondere auch als Ort rekontextualisierender Gedenkakte. Diese jüngeren Aneignungen schlagen dabei nicht nur den Bogen zu rezenteren Fällen rassistischer Gewalt (z. B. zum Hanauer Anschlag vom 19. Februar 2020), sondern modifizieren auch die Ausdruckssprache der Stele, wenn sie deren betroffenengruppenunspezifische Abstraktheit um eine ereignisspezifische Individualisierung (hier Porträts der Hanauer Opfer) erweitern.²¹ Selbst in diesen aktuellen ephemeren Denkzeichenmodifikationen schlägt sich indessen noch nicht die jüngste erinnerungskulturelle Errungenschaft nieder, auf Betroffenenseite die Perspektive der angegriffenen Rom*nja neben die – inzwischen nach langen Anstrengungen stärker hör- und sichtbare – Perspektive der (vormaligen) vietnamesischen Vertragsarbeiter*innen zu stellen. Es wird spannend sein, zu verfolgen, wie die Denkzeichenlandschaft in Rostock in Bezug auf diesen Aspekt sich weiterentwickeln wird: Denn dass dies ein Prozess im Fluss ist, zeigt nicht zuletzt die Neugestaltung und Umplatzierung des Gedenkzeichens für die zwangsentfernte Gedenktafel von 1992 am Rostocker Rathaus anlässlich der Feierlichkeiten zum 31. Jahrestag im Jahr 2023. Auch der sich abzeichnende fortschreitende weitere Institutionalierungsprozess des Erinnerns an die Geschehnisse ermöglicht veränderte Einbettungen der existierenden Zeichen in das kommunale Geflecht des Erinnerns und Gedenkens. Weitergehende Zukunftsspekulationen überdehnen allerdings den abgesteckten Rahmen dieses Beitrags und seiner momentgebundenen Beobachtungen.

21 Eigene Fotodokumentation der ephemeren Ergänzung von Elementen aus dem Jahr 2022; vgl. auch Zimmermann: Von gefällten Eichen und nachhaltiger Gedenkkultur, S. 29.

Gudrun Heinrich

Kommunale Geschichtspolitik

Das Beispiel ‚Rostock-Lichtenhagen 1992‘

‚Rostock-Lichtenhagen 1992‘ ist weit über die Grenzen der Stadt hinaus ein Sinnbild für Rassismus und Gewaltbereitschaft der ‚Baseballschlägerjahre‘ in Ostdeutschland. Das Sonnenblumenhaus als Ort der pogromartigen Ausschreitungen ist Symbol und Fanal zugleich. Die Auseinandersetzung mit dem Ereignis stellt die politisch Verantwortlichen ebenso wie die gesamte Stadtgesellschaft Rostocks vor große Herausforderungen. Der als „kollektiver Angriff auf eine weitgehend wehrlose Gruppe“¹ zu charakterisierende Angriff ging von der Mehrheitsbevölkerung aus und zog sich über mehrere Tage hin. Diese pogromartigen Gewalttaten² rufen daher die Stadtgesellschaft wie die politisch Verantwortlichen in besonderem Maße zur Aufarbeitung und Übernahme von Verantwortung auf.

Der folgende Aufsatz möchte die Auseinandersetzung in der Stadt Rostock und die entsprechenden Phasen kommunaler Geschichtspolitik an einem über die Grenzen der Kommune hinaus bedeutsamen Ereignis nachzeichnen. Dabei sollen Aktivitäten sowohl zivilgesellschaftlicher als auch kommunalpolitischer Akteur*innen Beachtung finden. Geschichtspolitik wird hier verstanden als „politisches Handeln, das sich deutend auf die [...] Geschichte eines politischen Gemeinwesens bezieht und dazu verbindliche Entscheidungen trifft; sie kann näher unterteilt werden in die Bereiche politische Kommunikation, staatliches

1 Werner Bergmann: Pogrome. In: John Hagan / Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002, S. 441–460, hier S. 443.

2 Die rassistischen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen 1992 als Pogrom zu bezeichnen, ist zu diskutieren, da dies die Gefahr der Gleichsetzung mit anderen Pogromen beinhaltet. Daher spreche ich im Folgenden von „pogromartigen Ausschreitungen / Gewalttaten“. Zum Pogrombegriff vgl. u. a. Bergmann: Pogrome.

Handeln und soziale Mobilisierung.“³ Politisches Handeln ist immer im Sinne des Politikzyklus von Agenda-Settings, Diskursen, Implementationen und den Reaktionen darauf geprägt. Insbesondere die Diskurse verlaufen nicht linear und sind als Elemente demokratisch deliberativer Prozesse zu interpretieren.

Für das Feld der Geschichtspolitik am Beispiel des kommunalen Gedenkens an ‚Rostock-Lichtenhagen 1992‘ ist daher das Agieren einer Vielzahl zivilgesellschaftlicher Akteur*innen zu berücksichtigen. Als politisch-administrativ entscheidende Akteur*innen sind die Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock mit ihren Gremien und Arbeitsgruppen sowie die Verwaltung der Hansestadt zu betrachten.

Rahmenbedingungen: Historische Kontextualisierung des Ereignisses ‚Lichtenhagen 1992‘ in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft

Rostock als ehemalige Bezirkshauptstadt der DDR war kein Zentrum der friedlichen Revolution, aber auch hier trugen 1989 zahlreiche Menschen zum Ende der DDR bei.⁴ Die durch die Wiedervereinigung hervorgerufene ökonomische Krise traf die vom Handel, Schiffbau und Großindustrie abhängige Stadt. Die Abnahme der Bevölkerung von 1989 bis 1992 um gut 4%⁵ wirkte sich auf die Stimmung aus. Sie erfasste vor allem die zu DDR-Zeiten attraktiven, von Plattenbauten geprägten Wohnviertel entlang der Warnow. Auch im Stadtteil Lichtenhagen begann mit der Wende der Bevölkerungsschwund und ein Alterungsprozess der Bevölkerung setzte ein.⁶

Von 1990 bis 1994 stellte die SPD die stärkste Fraktion in der kommunalen Vertretung der Hansestadt, der Rostocker Bürgerschaft; danach übernahm, mit einer Ausnahme (2004–2009), die Linke (bis 2007 PDS) diese Position. Zu Zeiten der pogromartigen Ausschreitungen leitete Klaus Kilimann (SPD) als Oberbürgermeister die Stadtverwaltung und Christoph Kleemann (Bündnis 90/

3 Claus Leggewie / Erik Meyer: *„Ein Ort, an den man gerne geht“*. *Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Geschichtspolitik nach 1989*. München / Wien: Hanser 2005, S. 15.

4 Vgl. Kai Langer: *„Ihr sollt wissen, daß der Norden nicht schläft...“*. *Zur Geschichte der „Wende“ in den drei Nordbezirken der DDR*. Bremen / Rostock: Temmen 1999.

5 Von den 252.956 Einwohner*innen am 31. Dezember 1989 waren am 31. Dezember 1992 nur noch 241.106 in Rostock, damit verzeichnete die Stadt innerhalb von drei Jahren einen Bevölkerungsrückgang um 4%, der sich die folgenden Jahre noch verstärken sollte und sich erst 2003 stabilisierte und inzwischen umgekehrt hat.

6 Der Altersdurchschnitt von 34,9 Jahren (1992) stieg allein bis zum Jahr 2000 auf 40,2 Jahre. Vgl. Stadtbereich C: Lichtenhagen. In: *Rathaus Rostock*, 2019. <https://rathaus.rostock.de/sixcms/media.php/396/Stadtbereich%20C%202019.pdf> (Zugriff am 20.02.2023).

Die Grünen) hatte das Amt des Präsidenten der Bürgerschaft inne. Der Druck auf Klaus Kilimann, sein Versagen im August 1992 einzugestehen, zwang ihn 1993 zum Rücktritt.⁷

1992–2002: Zwischen Abwehr und Reaktion

Am 25. August 1992 war das Feuer gelöscht. Mit den Aufräumarbeiten am Sonnenblumenhaus sollte auch die politische Aufarbeitung beginnen. In der überregionalen politischen Debatte nutzten einige Politiker*innen das Bild des brennenden Sonnenblumenhauses für eine fatale Form der Täter-Opfer-Umkehr, nämlich als Argument zur Änderung und damit zur deutlichen Einschränkung des Rechtes auf Asyl.⁸

Schon kurz nachdem die Eingeschlossenen in Sicherheit gebracht worden waren, setzten unterschiedliche Gruppierungen mit Demonstrationen und Kundgebungen ein Zeichen gegen Menschenhass und Rassismus. Am 27. August 1992 fanden sich über 3.000 Menschen unter dem Banner „Zündet Kerzen an und keine Häuser“⁹ zusammen; für den 31. August war von überwiegend linken Organisationen zu einer bundesweiten Demonstration unter dem Motto „Stoppt die Pogrome“ nach Rostock aufgerufen worden.¹⁰

Im Oktober 1992 brachten Beate und Serge Klarsfeld gemeinsam mit einer zusammen mit ihnen aus Frankreich angereisten Gruppe von Aktivist*innen eine Tafel am Rostocker Rathaus an. Mit dieser Aktion wollten sie auf die Abschiebungen Rom*nja, die kurz zuvor von der Bundesregierung durch ein Abkommen erleichtert worden waren, hinweisen.¹¹ Die genauen Geschehnisse sind schwer zu rekonstruieren. Schließlich war die Tafel entfernt und einige der Aktivist*innen festgenommen. Rostock zeigte sich auf diese Aktion weder vorbereitet noch ihr gegenüber aufgeschlossen und reagierte mit Abwehr und

7 Roman Guski: Nach Rostock-Lichtenhagen. Aufarbeitung und Perspektiven des Gedenkens. In: Thomas Prenzel (Hrsg.): *20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt*. Rostock: Universität Rostock, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften 2012, S. 31–52, hier S. 33.

8 Thomas Prenzel: Rostock-Lichtenhagen im Kontext der Debatte um die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl. In: Ebd., S. 9–29.

9 Guski: Nach Rostock-Lichtenhagen, S. 38.

10 Thomas Prenzel: Umkämpfte Erinnerung. Gedenken und Politik zum 20. Jahrestag von Rostock-Lichtenhagen. In: *Zeitgeschichte regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern* 16,2 (2012), S. 36–44, hier S. 38.

11 Sinti*zze und Rom*nja waren im Nationalsozialismus verfolgt und ermordet worden – im Rahmen des Pogroms richtete sich der „Volkszorn“ gerade auch gegen diese Gruppe, die einen erheblichen Teil der Asylbewerber*innen vor der Zentralen Aufnahmestelle im Sonnenblumenhaus stellte.

Aggression. Die Geschichte der Tafel beschäftigt die Stadt bis heute.¹² 2023 wurde eine Replik an der Rathauswand angebracht.¹³

Beeindruckend ist die Initiative der im Sonnenblumenhaus eingeschlossenen vietnamesischen Vertragsarbeitnehmer*innen.¹⁴ Sie gründeten im Oktober 1992 den Verein Diên Hồng – Gemeinsam unter einem Dach, der bis heute als wichtige Stimme der migrantischen Zivilgesellschaft und auch als Träger von Integrationskursen aktiv ist.¹⁵ Die Einrichtung des ersten „Ausländerbeirats“ Mecklenburg-Vorpommerns im Oktober hatte bereits vor dem August 1992 begonnen.¹⁶ Seine Gründung ist daher nicht in direktem Zusammenhang mit den pogromartigen Gewalttaten zu sehen.

Die Rostocker Bürgerschaft setzte einen Untersuchungsausschuss ein, der ihr nach 23 Sitzungen am 13. Oktober 1993 seinen Abschlussbericht vorlegte. Im Mittelpunkt der Tätigkeit standen Fragen nach dem Fehlverhalten städtischer Angestellter sowohl im Vorfeld als auch während der pogromartigen Gewalttaten. Dabei waren die nicht geklärten Zuständigkeiten zwischen Bund, Land und Kommune in Fragen der Unterbringungen der Asylberechtigten und die Wahl des Standorts der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerbende ein wichtiges Thema. Von den 15 Personen, die im Rahmen des Ausschusses angehört

12 Vgl. Jette Studier: Nach Lichtenhagen. Protest der „Nazi-Jäger“ Klarsfeld in Rostock. In: *NDR*, 23.10.2022. <https://www.ndr.de/geschichte/schauplaetze/Nach-Lichtenhagen-Protest-der-Nazi-Jaeger-Klarsfeld-in-Rostock,klarsfeld118.html> (Zugriff am 13.02.2023).

13 Rückblick: Besuch von Zeitzeug*innen zu den 31. Jahrestagen. In: *Lichtenhagen im Gedächtnis*, 25.10.2023. [https://lichtenhagen-1992.de/veranstaltungsmitschnitt-hauptzeuginnen-des-pogroms-in-rostock-lichtenhagen-26-08-2023-rathaus-rostock/](https://lichtenhagen-1992.de/veranstaltungsmitchnitt-hauptzeuginnen-des-pogroms-in-rostock-lichtenhagen-26-08-2023-rathaus-rostock/) (Zugriff am 02.01.2024).

14 In einer Rede anlässlich des 10. Jahrestags berichtete der erste Vorsitzende des Vereins, der selbst im Sonnenblumenhaus eingeschlossen gewesen war, dass die Idee zur Gründung eines Vereins nur wenige Tage nach dem Pogrom in einer noch sehr unsicheren und prekären Situation der Unterbringung in einer Turnhalle entstanden war: „Und in dieser Zeit haben wir uns zusammengesetzt und uns Gedanken gemacht, ob wir weiterhin in Rostock leben können, wie wir weiterhin in Rostock leben können, und was wir machen müssen, um in Rostock leben zu können. Und in diesen Tagen war die Idee mit der Vereinsgründung entstanden. Wir haben uns gesagt, dass ein passives Verhalten uns nicht mehr nützt.“ (Nguyen Do Thinh: Erlebnisbericht eines Zeitzeugen. In: Hansestadt Rostock (Hrsg.): *Erinnerungen an 1992. 10 Jahre danach, Rostock, im August 2002. Rostocks Bürger auf dem Weg zur Demokratie*. Rostock: Bürgerschaft der Hansestadt Rostock 2002, S. 14–19, hier S. 18.)

15 Renate Heusch-Lahl: *10 Jahre Diên Hồng – Gemeinsam unter einem Dach e. V. 10 Jahre gegen Rassismus und Ausgrenzung. 10 Jahre für Gleichberechtigung und Annäherung zwischen Deutschen und Zugewanderten*. Rostock: Selbstverlag 2002; Mai-Phuong Kollath: *Der Verein Diên Hồng. Selbsthilfe und Integrationsarbeit in Rostock*. In: Karin Weiss / Mike Dennis (Hrsg.): *Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland*. Münster: Lit 2005, S. 127–136.

16 Gusk: Nach Rostock-Lichtenhagen, S. 39; Victoria Flägel: Der Migranterrat. Eine Stimme der Stadtpolitik. In: *Katapult*, 07.11.2022. <https://katapult-mv.de/artikel/eine-stimme-der-stadtpolitik> (Zugriff am 07.02.2023).

wurden, gehörten drei zu den Opfern des Pogroms.¹⁷ Der Bericht spricht an zahlreichen Stellen vom Versagen, von Hilflosigkeit und Fehleinschätzungen. So wurde ein fehlender Krisenstab von Polizei und Oberbürgermeister angemahnt und darauf hingewiesen, dass auch nach dem Beginn der Eskalation „die Lage weiterhin unterschätzt wurde.“¹⁸ Im Abschlussbericht wird jedoch bewusst nicht von „Pflichtverletzung“ gesprochen, es wird lediglich auf „Defizite“ hingewiesen und ein besseres Krisenmanagement gefordert.¹⁹

Aktionen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wie auch der Versuch, Verantwortliche zu ermitteln, waren in den ersten Jahren nach 1992 selten. Der Wunsch nach Aufarbeitung und das Ziel, die Erinnerung wach zu halten, waren zunächst von einer eher linken Zivilgesellschaft getragen, die weder in der Stadtpolitik noch in der lokalen Presse auf Rückhalt und Unterstützung bauen konnte.

Für eine nachhaltige Reaktion der Zivilgesellschaft sorgte sechs Jahre später die rechtsextreme NPD mit ihrer Ankündigung, den Abschluss ihres Bundestagswahlkampfes in Lichtenhagen am Sonnenblumenhaus zu begehen. Am 19. September 1998 folgten etwa 10.000 Menschen dem Aufruf zu einer Demonstration nach Lichtenhagen, um deutlich gegen den erstarkenden Rechtsextremismus zu protestieren. Die Demonstration endete in einem interkulturellen Friedensfest am Sonnenblumenhaus.²⁰ Im Nachgang gründete sich (im Jahr 2000) der Verein Bunt statt braun als zivilgesellschaftliche Antwort nicht nur auf die pogromartigen Ausschreitungen, sondern auch auf den zunehmenden Einfluss der NPD im Bundesland. Das Format eines Friedensfestes vor dem Sonnenblumenhaus sollte seine Wiederholung finden.

Inzwischen haben sich in dem Verein über 200 Einzelpersonen und über 40 Organisationen, Vereine und Institutionen wie die Deutsche Seerederei, die Rostocker Straßenbahn AG, die Universität Rostock und die Hochschule für Musik und Theater Rostock sowie Parteien oder Gewerkschaften zusammengeschlossen.²¹

17 Der Ausländerbeauftragte der Stadt Rostock, ein Vertreter der vietnamesischen Bewohner*innen des Hauses, ein Vertreter des Jugendalternativzentrums sowie ein Streetworker, bei dem nicht recherchiert werden konnte, ob er auch zu der Gruppe der Eingeschlossenen gehörte.

18 Bürgerschaft der Hansestadt Rostock, Untersuchungsausschuß „ZAST“: Abschlussbericht, 13.10.1993. Privatarchiv G. H., S. 8.

19 Ebd., S. 16.

20 Guski: Nach Rostock-Lichtenhagen, S. 39.

21 Mitglieder. In: *Bunt statt braun*, o. D. <http://www.buntstattbraun.de/index.php/mitglieder/> (Zugriff am 20.02.2023).

2002–2012: Ein Herantasten an die Aufarbeitung

Im Rahmen einer Gedenkveranstaltung an der Hochschule für Musik und Theater anlässlich des 10. Jahrestags entschuldigte sich der direkt gewählte Oberbürgermeister Arno Pöker mit den Worten:

Damals sind Fehler gemacht worden, nicht nur, aber auch auf Seiten der Stadt. Für die Fehler unserer Stadt entschuldige ich mich bei den Betroffenen. Ich kann Ihnen versichern: Wir haben aus den Fehlern gelernt. Sie werden sich nicht wiederholen.²²

Auf der gleichen Veranstaltung mahnte Dieter Schröder, Bürgermeister Rostocks von 1993 bis 1995, „das Geschehen nicht als Geschichte abzutun, sondern als Herausforderung für Gegenwart und Zukunft aufzunehmen“.²³

Für den 20. Jahrestag hatte man sich in der Bürgerschaft auf die Ausrichtung einer größeren und breit angelegten Veranstaltung geeinigt. Die Auseinandersetzung mit den Ausschreitungen in Lichtenhagen 1992 sollte öffentlich wahrnehmbar sein. Die organisatorische Verantwortung legte man in die Hände des Vereins Bunt statt braun.²⁴ Die Vorbereitungen sowie die Umsetzung des Gedenkens zum 20. Jahrestag verliefen nicht ohne Spannungen. Linke Gruppierungen mobilisierten unter dem Motto „20 Jahre nach den Pogromen – Das Problem heißt Rassismus“; das Rostocker Stadtmagazin *Stadtgespräche* verteilte 10.000 DVDs mit dem Film *The Truth Lies in Rostock*²⁵ an Haushalte der Hansestadt.²⁶ Am 25. August brachte die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) gemeinsam mit Vertreter*innen der Partei Die Linken eine Tafel am Rathaus an, die an die Aktion von Serge und Beate Klarsfeld im Herbst 1992 erinnern sollte.²⁷

In seiner Analyse des erinnerungspolitischen Agierens weist der Politikwissenschaftler Thomas Prenzel darauf hin, dass im Rahmen des Gedenkens im Jahr 2012 Mitglieder „fast aller Parteien der Rostocker Bürgerschaft“ die Betroffenen um Entschuldigung gebeten hatten.²⁸ Während eines großen Friedensfests auf

22 Arno Pöker: Begrüßung. In: Hansestadt Rostock (Hrsg.): *Erinnerungen an 1992*, S. 4–6, hier S. 4.

23 Dieter Schröder: Der schwierige Umgang mit „Lichtenhagen“. In: Ebd., S. 20–23, hier S. 22.

24 Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock: Niederschrift der Sitzung der Bürgerschaft vom 01.02.2012. Protokoll vom 13.02.2012, Punkt 9.14. Privatarchiv G. H.

25 *The Truth Lies in Rostock (Die Wahrheit liegt (lügt) in Rostock*, GB 1993, R: Mark Saunders / Siobhan Cleary).

26 Prenzel: *Umkämpfte Erinnerung*, S. 37.

27 Ebd.

28 Prenzel: *Rostock-Lichtenhagen im Kontext der Debatte um die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl*, S. 29.

der Wiese neben dem Sonnenblumenhaus in Lichtenhagen, auf dem auch der damalige Bundespräsident Joachim Gauck sprach, wurde auf städtische Initiative eine Mahn- und Friedenseiche als Erinnerungssymbol gepflanzt. In der Nacht vom 28. auf den 29. August wurde dieses Erinnerungssymbol umcodiert – die sogenannte Aktion antifaschistischer Fuchsschwanz hatte die Eiche als ein nach ihrem Verständnis Symbol nationaler Ressentiments abgesägt.²⁹

Diese Aktion zeigt die Hilflosigkeit nach 20 Jahren. Die große Unzufriedenheit mit dem Gedenken im August 2012 führte zu dem Beschluss der Bürgerschaft, eine Form und einen Ort des Gedenkens zu schaffen und dieses so zu verstetigen.³⁰ Die daraufhin gegründete Arbeitsgruppe Gedenken der Bürgerschaft umfasste neben Mitgliedern der Fraktionen der Rostocker Bürgerschaft auch Vertreter*innen des Migrantensrats sowie der Universität Rostock.³¹

2012–2018: Analyse und Verantwortung

Zunächst stand für die Arbeitsgruppe Gedenken allerdings der Umgang mit dem Erinnern und Gedenken an Mehmet Turgut, Opfer der NSU-Mordserie in Rostock, im Mittelpunkt. Hierzu hatte man einen künstlerischen Wettbewerb ausgeschrieben und im Stadtteil Dierkow 2014 ein Mahnmal eingeweiht. Erst danach befasste sich die neue Arbeitsgruppe mit dem Gedenken an Lichtenhagen. Dafür wurden u. a. Gespräche mit Vertreter*innen der Rom*nja geführt.³² Im Mai 2015 beschloss die Bürgerschaft, eine Projektstelle zur „Aufarbeitung der rassistischen Ausschreitungen im August 1992 in Rostock“ einrichten zu lassen,³³ im Juli 2015 entschied eine Jury, diese beim Bildungsträger Soziale Bildung e. V. anzusiedeln, wo sie bis heute besteht.

Die Umsetzung des Auftrags, ein Konzept für ein dauerhaftes Erinnern zu schaffen, erfolgte in Form der Idee eines „dezentralen Erinnerns und Mahnens an Lichtenhagen 1992“. Leitender Gedanke des Konzepts war es, unterschiedliche

29 Nicola Schwarzmaier: Der Fuchsschwanz greift durch. Friedenseiche in Lichtenhagen abgesägt. In: *taz*, 28.09.2012. <http://www.taz.de/!5085336/> (Zugriff am 07.09.2017).

30 Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock: Beschluss 2012/AN/3826, 10.10.2012. Privatarchiv G. H.

31 Im Beschluss der Bürgerschaft sind aufgeführt: „2 Vertreter/innen des Migrantensrates, - die Integrationsbeauftragte, - ein/e Vertreter/in des Zentralrates der Sinti und Roma, - ein/e Vertreter/in des Verein Dien Hong, - ein/e Vertreter/in des Vereins Bunt statt braun, - ein/e Vertreter/in der Universität Rostock, - ein/e Vertreter/in des Kunstbeirates.“ (Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock: Beschluss 2012/DA/3831. Privatarchiv G. H.)

32 AG Gedenken: Protokoll, 30.03.2015. Privatarchiv G. H.

33 Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock: Beschluss 2015/AN/0673, 06.05.2015. Privatarchiv G. H.

Orte in der Stadt zu markieren, die mit dem Ereignis in Verbindung standen. Dabei ging es nicht darum, Täter und Opfer zu markieren oder nur den Ort der Tat in den Blick zu nehmen, sondern durch die Markierung von Orten und der in Verbindung zum Ort stehenden Akteure der Komplexität der Ereignisse gerecht zu werden.³⁴ Dieser Ansatz fand nicht bei allen Fraktionen der Bürgerschaft Zustimmung. So wurde im Rahmen der Aussprache im Kulturausschuss dem Konzept vom Vertreter der CDU vorgeworfen, das Bild einer Kollektivschuld zu vermitteln.³⁵ Für die Umsetzung des Konzepts wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben. Es erging der Auftrag, ein „künstlerisches Gesamtkonzept für mindestens fünf dezentrale Erinnerungsorte“ zu entwerfen, „wobei das Sonnenblumenhaus und das Rathaus zwingend bearbeitet werden“ mussten.³⁶ Im Rahmen der Umsetzung des Konzepts wurde der Versuch unternommen, die Opfer der gewalttätigen Ausschreitungen in deutlich stärkerem Maße einzubeziehen. So waren in der Arbeitsgruppe Gedenken Gespräche u. a. mit Herbert Heuss vom Zentralrat Deutscher Roma und Sinti geführt worden.³⁷ In der Jury, die über das Kunstprojekt zu entscheiden hatte, saß neben Wolfgang Richter als direkt Betroffener auch Oswald Marschall, stellvertretender Vorsitzender des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma.³⁸ Schließlich gewann die Künstlergruppe SCHAUM mit ihrem Konzept *Gestern Heute Morgen* den Wettbewerb. So entstanden zunächst an fünf Stellen in der Stadt Stelen aus weißem Marmor, die in unterschiedlicher Gestaltung Bezug auf den jeweiligen Ort nehmen.

Die Gedenkfeierlichkeiten zum 25. Jahrestag des Pogroms im August 2017 folgten dem dezentralen Konzept der Erinnerungs- und Gedenkstellen in Rostock. So war ein eher getrenntes Gedenken der unterschiedlichen Gruppen entstanden: Fand sich an der Stele im Rosengarten eine vor allem links-alternative Klientel zusammen und lauschte der Punkband Feine Sahne Fischfilet, sprachen vor dem Gebäude der Polizei in der Ulmenstraße der damalige Innenminister Lorenz Caffier und der Rostocker Polizeipräsident Thomas Laum vor Polizeischüler*innen. Die Gedenkwoche wurde von der Ministerpräsidentin von

34 Konzept dezentralen Erinnerns und Mahnens Lichtenhagen 1992, Dokument im Rahmen der Ausschreibung des Künstlerischen Wettbewerbs. Privatarhiv G. H.

35 Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Kulturausschuss: Niederschrift der Sitzung des Kulturausschusses, 19.11.2015. Privatarhiv G. H.

36 Hansestadt Rostock: Nichtoffener Kunstwettbewerb „Erinnern und Mahnen an Rostock Lichtenhagen 1992“, Auslobungsunterlagen, 2016. Privatarhiv G. H.

37 AG Gedenken: Protokoll, 30.03.2015. Privatarhiv G. H.

38 Hansestadt Rostock: Nichtoffener Kunstwettbewerb „Erinnern und Mahnen an Rostock Lichtenhagen 1992“, Auslobungsunterlagen, 2016, S. 5.

Mecklenburg-Vorpommern Manuela Schwesig in der Marienkirche eröffnet, wo auch Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats der Deutschen Sinti und Roma, sprach. Zum Abschluss wurde die Stele am Sonnenblumenhaus unter Einbeziehung von Angehörigen der vietnamesischen Community enthüllt. Wie fast schon zu erwarten gewesen war, wurde wenige Stunden nach der Einweihung der lose auf der Stele liegende Stein, aus einer der damals als Wurfgeschosse verwendeten Gehwegplatten, entwendet. Das Kunstobjekt wurde damit Teil einer von den Künstler*innen einkalkulierten Aneignung.

Im Nachgang der Veranstaltungen wurde vor allem auch aus migrantischer Perspektive kritisiert, dass im Rahmen des Stelen-Konzepts die Perspektive der Opfer nicht oder nicht adäquat berücksichtigt worden sei. Der Wunsch einer Erweiterung der Stelen um eine Stele für die Opfer wurde 2018 umgesetzt. Die Stele mit dem Titel „Empathie“, finanziert durch den eng mit den migrantischen Organisationen verbundenen Träger Gesellschaft für Gesundheit und Pädagogik mbH, wurde zum 26. Jahrestag am Doberaner Platz, einem belebten Platz im eher studentischen Stadtteil Rostocks, enthüllt und inzwischen in das Eigentum der Stadt übertragen. Die Enthüllung der sechsten Stele markiert den Übergang in die nächste Phase des Erinnerns und Gedenkens.

Zwischen 2012 und 2017 stand der Versuch im Mittelpunkt, das Erinnern an Lichtenhagen 1992 als Aufgabe der Stadtgesellschaft anzuerkennen und Verantwortung zu übernehmen. Seit 2017 verschiebt sich der Fokus darauf, die Opfer des Pogroms stärker ins Zentrum zu rücken. Die Rede von Romani Rose 2017 als Vertreter der deutschen Rom*nja und Sinti*zze zum Auftakt der Gedenkwoche zum 25. Jahrestag war ein wichtiges Zeichen, das den antiziganistischen Charakter des Pogroms betonte.³⁹ Auch 2012 und in den Jahren zuvor wurden Vertreter*innen der Opfergruppen einbezogen. Sowohl Wolfgang Richter als auch Vertreter*innen der vietnamesischen Community in Rostock gehörten von Beginn an zu den wichtigen Akteur*innen des Erinnerns. So ist die Veränderung im Gedenken seit 2017 nicht als neuer Aspekt der Erinnerungsarbeit zu bewerten, sondern eher als stärkere Fokussierung.

39 Romani Rose: „Das Rostocker Pogrom ist nicht vergessen. Es verpflichtet zu demokratischem Handeln heute!“ Rede von Romani Rose anlässlich des 25. Gedenktages in der Marienkirche in Rostock. In: *Endstation Rechts*, 18.09.2017. <https://www.endstation-rechts.de/news/zentralrat-deutscher-sinti-und-roma-das-rostocker-pogrom-ist-nicht-vergessen-es-verpflichtet> (Zugriff am 20.02.2023).

2018–2022: Opfern eine Stimme geben

Die Debatten um das Erinnern an Lichtenhagen gewannen an Routine und Normalität. Die Arbeitsgruppe Gedenken der Bürgerschaft wurde als dauerhafte Struktur mit der Erarbeitung einer Gedenkkonzeption für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock insgesamt beauftragt.⁴⁰

Das Ziel der Gedenkfeierlichkeiten zum 30. Jahrestag des Pogroms bestand darin, eine breitere Verankerung in der Stadt und eine stärkere Betonung des Bildungsaspekts zu erreichen. So fanden in den Tagen und Wochen um den 25. August zahlreiche Informations- und Bildungsveranstaltungen statt. Die Frage nach einer adäquaten Bezeichnung wurde schon seit 2017 immer wieder diskutiert. Ein Bündnis aus über 30 regionalen und überregionalen Initiativen und Vereinen hatte im Vorfeld des 30. Jahrestages u. a. dazu aufgerufen, den Pogrombegriff zu verwenden, die Perspektiven von Betroffenen an erste Stelle zu stellen und Lichtenhagen 1992 innerhalb der Geschichte der rassistischen Gewalttaten der 1990er Jahre zu kontextualisieren.⁴¹ Seit 2022 wird der Begriff auch in offiziellen Verlautbarungen der Stadt benutzt.⁴² Es ist dennoch weiterhin zu diskutieren, ob die Bezeichnung „Pogrom“ auch im Vergleich mit weiteren Pogromen zielführend ist, und vor allem auch, ob dieser Begriff für die Bildungsarbeit geeignet erscheint.

Die Gedenkveranstaltungen 2022 belegten, dass es gelungen war, zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteur*innen einzubeziehen. Vor allem zeigt sich, dass die Opfer der pogromhaften Ausschreitungen auf Seiten der vietnamesischen Vertragsarbeitnehmer*innen, aber auch der damaligen Asylbewerber*innen aus der Gruppe der Rom*nja stärker einbezogen wurden. Die Versuche, kurz nach dem Pogrom nach Rumänien abgeschobene Asylbewerber*innen ausfindig zu machen, hatten schon 2012 begonnen. Dies war nun, vor allem durch das Engagement des Vereins Soziale Bildung e. V., bei dem die Stelle der Gedenk-Dokumentation angesiedelt ist, erfolgreich.⁴³ Die Mitarbeitenden des Vereins konnten Kontakte zu den Opfergruppen herstellen und Interviewmaterial sichern. Im Beisein des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, der zuvor eine Rede im Festsaal des

40 Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock: Beschluss 2019/AN/4445, 03.04.2019. Privatarchiv G. H.

41 Gedenken an das Pogrom Lichtenhagen 1992. Forderungen zu Gedenk- und Erinnerungskultur aus der Rostocker Zivilgesellschaft. In: *Gedenken an das Pogrom. Lichtenhagen 1992*, o. D. <https://gedenken-lichtenhagen.de/bundnis/positionspapier/> (Zugriff am 16.02.2023).

42 AG Gedenken: Protokoll, 20.01.2022. Privatarchiv G. H.

43 Vgl. dazu den Beitrag von Stefanie Oster / Johann Henningsen: Betroffene Rom*nja des Pogroms in Rostock-Lichtenhagen 1992. Bericht aus einem Rechercheprojekt, in diesem Band.

Rathauses gehalten hatte, sprach neben dem damaligen Ausländerbeauftragten Wolfgang Richter und Nguyen Do Think als Vertreter der damals eingeschlossenen Vietnames*innen auch Izabela Tiberiade, Tochter von Romeo Tiberiade, der 1992 während des Pogroms als Asylbewerber bedroht und dann nach Rumänien abgeschoben worden war.

Zusammenfassung

Die parteipolitische Zusammensetzung der Bürgerschaft scheint auf den erinnerungspolitischen Diskurs keinen wesentlichen Einfluss zu haben. Von Seiten des Oberbürgermeisters bleibt bisher nur die Entschuldigung von Arno Pöker (SPD) im Jahr 2002 in Erinnerung. Die zentrale politisch-administrative Entscheidung kann in der dauerhaften Implementation der „AG Gedenken“ der Bürgerschaft gesehen werden, in der sich Akteure aus der Bürgerschaft, der Verwaltung, der Wissenschaft sowie der Zivilgesellschaft treffen und die Stadt in ihrem erinnerungspolitischen Handeln beraten.

Die für dieses Handlungsfeld zentrale „zivilgesellschaftliche Mobilisierung“⁴⁴ ist eng mit kommunalem Handeln verbunden. Um diese Strukturen zu etablieren, benötigt es jedoch den Abstand von 20 Jahren zu den traumatisierenden und stigmatisierenden pogromartigen Ausschreitungen in Lichtenhagen 1992. Die Auseinandersetzung in der Kommune zeigt die Prozesshaftigkeit von Erinnerungs- und Geschichtspolitik. Rostock-Lichtenhagen 1992 ist Teil des kulturellen Gedächtnisses nicht nur, aber vor allem der Stadt Rostock. Das kulturelle Gedächtnis als das Erinnern an „schicksalhafte Ereignisse“ durch „kulturelle Formung (Texte, Riten, Denkmäler) und institutionalisierte Kommunikation (Rezitation, Regelung, Betrachtung)“⁴⁵ wird in Rostock durch zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die kommunale Verwaltung sowie die Bürgerschaft gemeinsam geprägt.

Der lokale Diskurs spiegelt dabei auch die bundesweiten Debatten wider. Das Ziel, den Opfern und Betroffenen des Pogroms eine Stimme zu geben, wurde in den Jahren seit 2012 immer lauter und durch Kontaktsuche und zunehmende Sensibilisierung vorbereitet, bis dies 2022 zum 30. Jahrestag die Aktivitäten und Feierlichkeiten wesentlich prägte. Dies entspricht einer bundesweiten Debatte, in der zunehmend die Bedeutung der migrantischen Perspektive

⁴⁴ Leggewie / Meyer: *„Ein Ort, an den man gerne geht“*, S. 18.

⁴⁵ Jan Assmann: Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität. In: Ders. / Tonio Hölscher (Hrsg.): *Kultur und Gedächtnis*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1988, S. 9–19, hier S. 12.

für die deutsch-deutsche Geschichte betont wird.⁴⁶ Die Interpretation von Rostock-Lichtenhagen 1992 als zentrales Ereignis der ‚Baseballschlägerjahre‘ setzt auch die Verantwortung des Erinnerns und Gedenkens in Rostock in einen bundesweiten Kontext.

Kommunale Geschichtspolitik ist nicht losgelöst von bundesweiten Entwicklungen zu betrachten. Gleichzeitig sind Geschichtspolitik und damit die Formen des Erinnerns klare politische Entscheidungen, die verantwortungsvoll und abwägend gefällt werden müssen. Geschichtspolitik „beinhaltet konkrete Strategien, die den Blick auf die Vergangenheit verändern, ihn brechen, verstärken oder abdrängen können. [...] Geschichte lebt (auch) vom Gegenwartsbezug“.⁴⁷

46 Vgl. hierzu u. a. das Projekt „Erinnern stören“ der Rosa Luxemburg Stiftung und die in diesem Zusammenhang erschienene Publikation von Lydia Lierke / Massimo Perinelli (Hrsg.): *Erinnerung stören*. In: *Rosa Luxemburg Stiftung*, 2020. <https://www.rosalux.de/publikation/id/43063/erinnern-stoeren-1> (Zugriff am 20.02.2023).

47 Edgar Wolfrum: *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*. Darmstadt: WBG 1999, S. 27.

Tanja Thomas / Fabian Virchow

Rechte Gewalt in Rostock-Lichtenhagen 1992

Zu Gelingensbedingungen einer aner kennenden Erinnerungskultur

1. Selektives Erinnern

In der Annahme, dass die Menschenrechte dort gewahrt würden, reiste Romeo Tiberiade mit seinen Eltern, seiner Frau und seinen beiden Kindern nach Deutschland, so erzählt er im Jahr 2022.¹ Seine Tochter Izabela Tiberiade ist noch nicht geboren, als sich die Familie nach der Flucht aus Rumänien, wo sie Verfolgung, polizeiliche und staatlich geduldete Angriffe auf Roma erlebt hatte,² im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen in der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAst) registrieren lassen will. Kaum angekommen, erlebt die Familie die kollektive rassistische Gewalt, die im Rückblick – nach vielen Jahren der erbitterten Kontroverse um die Verwendung des Begriffs – auch im medialen und politischen Diskurs zunehmend als das ‚Pogrom‘ in Rostock-Lichtenhagen erinnert wird.

Von Izabela Tiberiades Mutter Ioana Miculescu gibt es ein Foto aus jener Zeit in Rostock-Lichtenhagen: Sie sitzt mit locker gebundenem Kopftuch auf einem Bordstein. In ihren Armen ein kleines Kind, davor ein barfüßiges Mädchen.

1 Vgl. Tripx: Izabela Tiberiade. Zeitzeug:innen-Interviews mit Überlebenden Roma des Rostocker Pogroms von 1992. In: *Roma Center e. V.*, 26.08.2022. <https://www.roma-center.de/izabela-tiberiade-zeitzeuginnen-interviews-mit-uberlebenden-roma-des-rostocker-pogroms-von-1992/> (Zugriff am 18.02.2023).

2 Zur Diskriminierungs- und Gewaltpraxis gegen Rom*nja in Rumänien vgl. Katrin Reemtsma: *Between Freedom and Persecution. Roma in Romania*. In: Tore Björge / Rob Witte (Hrsg.): *Racist Violence in Europe*. New York: St. Martin's 1993, S. 194–206; European Roma Rights Center: *Sudden Rage at Dawn. Violence against Roma in Romania*. Budapest: ERRC 1996.

„Hier werden die Roma in einem Moment der Schwäche abgebildet“³, kommentiert dies Izabela Tiberiade, und der Vater erklärt, dass dieses Foto im Moment der Verängstigung angesichts der massiven Gewalt aufgenommen worden sei. Erst mit Izabela Tiberiade, die in Schweden studiert hat und sich für Menschenrechte einsetzt, wurde den 1992 von rechter Gewalt betroffenen Rom*nja 30 Jahre später in der breiten Öffentlichkeit Sichtbarkeit verschafft.⁴ Denn lange und in der Hoffnung, sich so besser in die deutsche Gesellschaft integrieren zu können, haben sich die wenigen Rom*nja-Familien, die nach der Erfahrung der Anschläge⁵ in Deutschland geblieben sind, tendenziell selbst von anderen Roma-Communities isoliert, berichtet Izabela Tiberiade. Andere sind nach Rumänien zurückgekehrt und blieben ohne jede Unterstützung, die nötig gewesen wäre, um die erlebten Traumata bearbeiten zu können. Das Beschweigen und Verdrängen hat aus Sicht von Izabela Tiberiade dazu geführt, dass den Rom*nja aufgrund der vielfältigen Diskriminierung kein Zugang zu ihrer eigenen Geschichte möglich ist; sie fordert Anerkennung der Rom*nja als Betroffene, mehr Sichtbarkeit und ein Bleiberecht für die Opfer von rechter Gewalt in Deutschland.

Und dann steht sie neben Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, als dieser 30 Jahre nach dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen vor dem Sonnenblumenhaus eine Rede über die „Schande für unser Land“⁶ hält: Izabela Tiberiade wird sichtbar, zu hören ist sie in den Fernsehmitschnitten nicht. In der Berichterstattung der Leitmedien taucht ihr Name nicht auf, weder sie noch andere Betroffene werden interviewt, befragt, zu Gehör gebracht.⁷ Dabei hat sie gesprochen. Es ist die *taz*, die in einer Reportage schildert, wie Journalist*innen mit der

3 Jean Philipp Baeck / Allegra Schneider: Die verschwundenen Roma. 30 Jahre Rostock-Lichtenhagen. In: *taz*, 26.08.2022. <https://taz.de/30-Jahre-Rostock-Lichtenhagen/15874650/> (Zugriff am 18.02.2023).

4 *The Truth Lies in Rostock (Die Wahrheit liegt (lügt) in Rostock*, GB 1993, R: Mark Saunders / Siobhan Cleary); „unsichtbar“ waren die Betroffenen also keineswegs, im öffentlichen Erinnern wurde ihnen diese Sichtbarkeit verweigert.

5 Bereits vor und auch in Folge des Pogroms hat es in Deutschland massive Angriffe auf Geflüchtete aus Rumänien und auch Todesopfer gegeben, an die selten öffentlich erinnert wird. Zum Tod von Dragomir Christinel in Rostock am 14.03.1992 vgl. Dragomir Christinel. In: *Amadeu Antonio Stiftung*, o. D. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/todesopfer-rechter-gewalt/dragomir-christinel-staatlich-anerkannt/> (Zugriff am 18.02.2023).

6 Vgl. u. a. Johannes Korsche: Steinmeier fordert eine ‚wehrhafte Demokratie‘. In: *Süd-deutsche Zeitung*, 25.08.2022. <https://www.sueddeutsche.de/politik/rostock-rassismus-steinmeier-1.5645513> (Zugriff am 18.02.2023).

7 Eine Ausnahme stellt die Podcastfolge von *Rice und Shine* vom 24.08.2022 dar. Zu Wort kommen der damals vierjährige Tà Minh Đức, der damalige Dolmetscher Nguyễn Đò Thịnh, das Ehepaar Huỳnh Thanh Sơn und Nguyễn Thị Minh, Frau Loan, die bis heute im

jungen Frau nach Rumänien, genauer nach Craiova, gereist sind und mit erstaunlich geringem weiterem Aufwand Gespräche geführt werden konnten. Dort leben ungefähr 40 bis 50 Familien, deren Angehörige die Gewalt in Rostock 1992 erlebt haben. Die Reportage zeigt ihr Sprechen über die Kontinuität von Rassismus, das Ausbleiben von Anerkennung und Entschädigung sowie darüber, wie schwer die Erinnerung bis heute ist. Und Izabella Tiberiade verweist im Rahmen einer Veranstaltung des Roma-Center in Rostock im Jahr 2022 auf ihre große Verantwortung, für die zu sprechen, die dreißig Jahre nicht hörbar waren.⁸

Im Jahr 2012, nahe dem Sonnenblumenhaus und ganz in der Nähe des damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck sprach anlässlich des 20. Jahrestags des Pogroms Kien Nghi Ha, allerdings im Rahmen einer Gegenkundgebung. Während Joachim Gauck in seiner Rede ganz im Duktus einer Schlussstrichmentalität betonte: „Es ist Vergangenheit, was uns heute hier in Lichtenhagen zusammenführt – was wir erinnern, was wir beklagen, was uns beschämt: Alles war vor zwanzig Jahren. Es ist Vergangenheit“⁹, kritisierte Ha in seiner Rede, dass von rechter Gewalt betroffene Menschen aus Vietnam, die 1992 als Vertragsarbeitende der ehemaligen DDR im Gebäudeteil neben der ZAst lebten, in allerletzter Minute als Statist*innen zum gemeinsamen Gedenken eingeladen worden waren. Angesichts der Dominanz *weißer*¹⁰ politischer Akteur*innen anlässlich des 20. Jahrestags der Erinnerung an das Pogrom erkannte Ha eine „asymmetrische Gedenkkultur“ und machte deutlich, wie stark „die Möglichkeiten zu kulturellen Repräsentationen und politischen Artikulationen durch gesellschaftliche Machtverhältnisse und rassifizierte Zugänge zu Ressourcen reguliert und beschränkt“ sind.¹¹ Die weitgehende Abwesenheit der Perspektiven der von rassistischen Angriffen Getroffenen bezeichnete er als „ein strukturierendes Element der hegemonialen Erinnerungskultur, die durch mehrheitsdeutsche Wahrnehmungen und Deutungen geprägt ist. Ähnlich wie bei anderen

Sonnenblumenhaus wohnt, zudem Romeo Tiberiade, Gianni Jovanovic und Oyindamola Alashe, die in ihrem Buch *Ich, ein Kind der kleinen Mehrheit*. Berlin: Blumenbar 2022, dem Pogrom in Lichtenhagen ein Kapitel aus ‚Roma-Perspektive‘ widmeten.

8 Vgl. Tripx: Izabela Tiberiade.

9 Joachim Gauck, 2012, zit. n. Kien Nghi Ha: Rostock-Lichtenhagen – Die Rückkehr des Verdrängten. In: *Heinrich Böll Stiftung*, 01.09.2012. <https://heimatkunde.boell.de/de/2012/09/01/rostock-lichtenhagen-die-rueckkehr-des-verdraengten> (Zugriff am 18.02.2023).

10 ‚Weißsein‘ konstituiert sich in Rassifizierungsprozessen; es beschreibt als politische Kategorie einen Ort relativer Privilegierung. Vgl. u. a. Eske Wollrad: *Weissein im Widerspruch. Feministische Perspektiven auf Rassismus, Kultur und Religion*. Königstein, Ts.: Helmer 2005, S. 127.

11 Ha: Rostock-Lichtenhagen – Die Rückkehr des Verdrängten.

markanten rassistischen Ereignissen ist die Aufarbeitung dieses Pogroms in der Weißen Mehrheitsgesellschaft“, so Ha 2012, „bisher nur als zeitlich begrenztes Sonderthema zulässig.“¹²

Unterdessen werden insbesondere aktivistisch_künstlerisch_mediale Erinnerungspraktiken vor allem dafür gelobt, dass sie nach der Perspektive der vorher kaum sicht- und hörbaren Betroffenen, der Opfer und Überlebenden fragen. Exemplarisch erwähnt sei das Theater- und Hörstück *Das Sonnenblumenhaus* (2014) von Dan Thy Nguyen und Iraklis Panagiotopoulos, das Stimmen der vietnamesischen Vertragsarbeitenden zu hören gibt und die Leerstelle des Erinnerns an die Rom*nja als Betroffene des Pogroms explizit markiert.¹³ Zugleich sind, so werden wir anhand weiterer Beispiele verdeutlichen, die Praktiken des Erinnerns an das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen über all die Jahre seit 1992 umkämpft geblieben.

Gerade in solchen konflikthafter Prozessen des Erinnerns werden die Gelingensbedingungen einer anerkennenden Erinnerungskultur analysier- und beschreibbar. Diese aufzuschlüsseln, erscheint uns deshalb lohnenswert, weil eine anerkennende Erinnerungskultur Möglichkeiten eröffnen kann, die jeweils situierten Erfahrungen in einer postmigrantischen Gesellschaft – und damit auch die der Erfahrung rassistisch verankerter und viel zu wenig bekämpfter rechter Gewalt – zum Teil eines gesellschaftlichen Selbstverständigungsprozesses in der Gegenwart werden zu lassen, der eine Gesellschaft der Vielen solidarisch entwerfen und entwickeln lässt.

Im Folgenden zeigen wir, welche theoretischen Überlegungen hilfreich sein können, um Gelingensbedingungen einer anerkennenden Erinnerungskultur herauszuarbeiten. Dafür setzen wir an der Perspektive einer Politischen Kulturforschung an, die an der Analyse der Entstehung und Beharrungskraft, aber auch Veränderbarkeit einer institutionell verankerten Basiserzählung interessiert ist, in welcher das vorherrschende Selbstverständnis und die moralisch-ethische Verfasstheit einer Gesellschaft zum Ausdruck kommen. Die Basiserzählung stellt, so argumentieren wir, eine Ordnungsstruktur dar und prägt maßgeblich, wie öffentlich erinnert wird und wer_was_wie in diesen Prozessen des Erinnerns anerkennbar wird. Institutionalisierte Praktiken eines Erinnerns – so die These – reproduzieren in der Regel diese Basiserzählung; dabei bieten sich zugleich Möglichkeiten, die Basiserzählung im öffentlichen Reartikulieren, Überschreiben, Reinszenieren von Vergangenen und in Texten, Bildern, Performances on- und

12 Ha: Rostock-Lichtenhagen – Die Rückkehr des Verdrängten.

13 *Das Sonnenblumenhaus* (D 2014, R: Dan Thy Nguyen). Verfügbar unter: <https://www.rosalux.de/news/id/43068/das-sonnenblumenhaus> (Zugriff am 27.11.2023).

offline für eine den gesellschaftlichen Veränderungen angemessene Gegenwart und eine solidarische Zukunft zu verändern: Eine solche Veränderung ist auf anerkennendes Erinnern angewiesen. In diesem Sinne führen wir ein Gerechtigkeitstheoretisches Verständnis von Anerkennung ein, um die Voraussetzungen zu präzisieren, die anerkennende Erinnerungskultur ermöglichen können. Im dritten Abschnitt soll unter Bezug auf das Erinnern an das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen deutlich werden, worauf sich ein Einfordern einer Anerkennung beziehen muss – auf die betroffenen Subjekte und ihre Erfahrungen in ihrer historischen, politischen und sozio-ökonomischen Bedingtheit und auf die Ereignisse in ihrer politischen Bedeutung für eine postmigrantische Gesellschaft.

2. Politische Kultur, *Doing Memory* und Anerkennung

Doing Memory ist der Begriff, den wir verwenden, um Praktiken des Erinnerns, aber auch des Vergessens, d. h. der Umdeutung und Verweigerung von Erinnerung in den Blick zu nehmen.¹⁴ *Doing Memory* ist ein fortlaufender Beitrag unterschiedlicher Akteur*innen zur gesellschaftlichen Aushandlung des Selbstverständnisses einer Gesellschaft. Solche Interventionen sind mit unterschiedlichen Interpretationen konkreter Ereignisse (hier: Akte rechter Gewalt) und deren Hintergründen und Ursachen verbunden. Um die Deutungsmacht ringen dabei etwa jene Interpretationen, die rechte Gewalt beispielsweise als bedauerlichen Einzelfall darstellen, mit solchen, die sie als gewaltsamen Ausdruck eines gesellschaftlich weit verbreiteten Rassismus begreifen. Diejenigen Deutungen, die institutionell abgesichert sind, d. h. beispielsweise in Schulbüchern und Medien breit sichtbar, als Gedenktag offiziell aufgerufen oder mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet erzählt werden, werden Teil der Basiserzählung einer Gesellschaft, also zur „hegemoniale[n] Konstruktion der Geschichte einer Gesellschaft und Kultur.“¹⁵ Thomas Herz und Michael Schwab-Trapp haben in den frühen 1990er Jahren das Konzept

14 Vgl. Fabian Virchow / Tanja Thomas: *Doing Memory an rechte Gewalt in Medienkulturen. Grundzüge eines interdisziplinären Forschungsprogramms*. In: Matthias Lorenz / Tanja Thomas / Fabian Virchow (Hrsg.): *Rechte Gewalt erzählen. Doing Memory in Literatur, Theater und Film*. Stuttgart: Metzler 2022, S. 29–52; Tanja Thomas / Fabian Virchow: *Hegemoniales Hören und Doing Memory an rechte Gewalt. Verhandlungen politischer Kultur in (medialen) Öffentlichkeiten*. In: *Leviathan* Sonderband 37 (2021), S. 203–224.

15 Trutz von Trotha: *Politische Kultur, Fremdenfeindlichkeit und rechtsradikale Gewalt. Notizen über die politische Erzeugung von Fremdenfeindlichkeit und die Entstehung rechtsradikaler Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland*. Beitrag zur Tagung „No Justice – No Peace?“, Penn State University, Bellefonte, September 1993, S. 6.

der ‚Basiserzählung‘ für eine Auseinandersetzung mit der (Nach-)Geschichte des Nationalsozialismus und dem Auftreten rassistischer Gewalt fruchtbar gemacht.¹⁶

Sowohl in der DDR als auch in der Bonner Republik wurde auf vielfache Weise ihr jeweils spezifisches Selbstbild einer Gesellschaft gepflegt, welche durch strukturelle Änderungen und institutionalisierte Lernprozesse eine Wiederkehr der faschistischen Gefahr und seiner Diskriminierungs-, Gewalt- und Vernichtungspraxen ausschloss.¹⁷ Dieses ‚Metanarrativ‘ stellt ein wesentliches Element der politischen Kultur Deutschlands dar, das seinen zentralen historischen Bezugspunkt im Nationalsozialismus hat. Mit dieser Erzählung, aus der Vergangenheit gelernt zu haben, ging die Verleugnung, Pathologisierung und Externalisierung von Rassismus und Antisemitismus in deren struktureller Dimension, ihrer Alltäglichkeit sowie ihrer Gewaltförmigkeit einher. Die Unsichtbarmachung und Verleugnung der Perspektiven, Erfahrungen und Traumata derjenigen, die rechte Gewalt erlitten, war dabei Teil umfassender Prozesse des Othering, das mit einer Markierung als nicht-zugehörig und nicht-gleichberechtigt verbunden ist. Ein solches Nicht-Anerkennen gab es etwa bezüglich der Frage gleicher Rechte sowie Arbeitsleistungen und Lebensentwürfe arbeitsmigrantischer Bevölkerung in beiden deutschen Staaten.

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten führte nicht nur zu einer spezifischen Konfrontation der beiden Basiserzählungen bzw. Metanarrative, sondern führte nicht zuletzt als Ergebnis einer massenhaften rassistischen Gewaltpraxis Anfang der 1990er Jahre¹⁸ zu einem „Prozeß des institutionellen Vergessens und der institutionellen Stigmatisierung.“¹⁹ Dabei wurden institutionell verankerte Lehren aus dem Nationalsozialismus wie der Artikel 16 GG („Politisch Verfolgte genießen Asyl.“) in ihrer Bedeutung relativiert und zunehmend in Frage gestellt, um sie schließlich – wie im Anschluss an das rassistische Pogrom in Rostock-Lichtenhagen Ende August 1992 – substanziiell zurücknehmen zu können.

16 Thomas Herz / Michael Schwab-Trapp: *Umkämpfte Vergangenheit. Diskurse über den Nationalsozialismus seit 1945*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1997.

17 In der Bundesrepublik (alt) unter Verweis auf die Aufarbeitung der Vergangenheit sowie die Etablierung einer parlamentarischen Demokratie, in der DDR mit der Begründung, die ökonomischen Triebkräfte und sozialen Gruppen, die den Faschismus hervorgebracht bzw. an die Macht gebracht hatten, seien in einer sozialistischen Gesellschaft nicht mehr vorhanden.

18 Hajo Funke: *Brandstifter. Deutschland zwischen Demokratie und völkischem Nationalismus*. Göttingen: Lamuv 1993.

19 Thomas Herz: Rechtsradikalismus und die ‚Basiserzählung‘. Wandlungen in der politischen Kultur Deutschlands. In: *Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 27* (1996), S. 485–501, hier S. 496.

Seit 1989/90 hat sich die Basiserzählung dahingehend verändert, dass das Narrativ von ‚den Deutschen, die aus ihrer Vergangenheit gelernt haben‘, weiter vertieft wurde.²⁰ Dabei wurde die in den 1970er und 1980er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland insbesondere von zivilgesellschaftlichen Initiativen im Ehrenamt vorangetriebene Intensivierung und Ausweitung der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus zunehmend durch staatliche (Finanz-)Mittel abgesichert. Im Bereich der Gedenkstättenarbeit konstatiert Cornelia Siebeck gedächtnispolitische Institutionalisierungsprozesse, in deren Zuge jene tendenziell ihr gegenwartskritisches Profil verlöre.²¹ In mühsamen Kämpfen um Anerkennung konnte für einige, wenn auch nicht für alle Opfergruppen auch materielle Entschädigung durchgesetzt werden – zum Teil jedoch um den Preis der De-Politisierung der Verfolgtenvertretung.²²

Lässt sich konstatieren, dass sich die vielfältigen Erinnerungspraxen an die ‚Opfer der beiden deutschen Diktaturen‘ bei aller Widersprüchlichkeit und Ambivalenz in eine ‚Basiserzählung‘ einfügen, der zufolge die Deutschen aus ihrer Geschichte gelernt haben, so beschwieg die ‚Basiserzählung‘ um ihrer Konsistenz willen beharrlich die lange Tradition und gesellschaftliche Verankerung von Rassismen und Antisemitismus im Allgemeinen und rechter Gewalt im Besonderen in der Geschichte der beiden deutschen Staaten. Lange wurde im hegemonialen Sprechen über Rassismus dieser entweder in die Vergangenheit – d. h. im Kontext der beiden deutschen Staaten: in den Nationalsozialismus, nicht jedoch in den deutschen Kolonialismus²³ – verlegt oder im Außen des eigenen Nationalstaats verortet.²⁴ Rassistische und antisemitische Gewalt wurde entweder entpolitisiert, pathologisiert oder pädagogisiert, in zahlreichen Fällen fand gar eine Täter-Opfer-Umkehr statt, und die Erfahrungen und Sichtweisen der Betroffenen blieben in der Mehrheitsgesellschaft weitestgehend ungehört.

20 Vgl. Susan Neiman: *Learning from the Germans. Confronting Race and the Memory of Evil*. London: Penguin 2020.

21 Vgl. Cornelia Siebeck: 50 Jahre ‚arbeitende‘ NS-Gedenkstätten in der Bundesrepublik. Vom gegenkulturellen Projekt zur staatlichen Gedenkstättenkonzeption – und wie weiter? In: Elke Gryglewski / Verena Haug / Gottfried Kößler / Thomas Lutz et al. (Hrsg.): *Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen*. Berlin: Metropol 2015, S. 19–43.

22 Vgl. Henning Borggräfe: *Zwangsarbeiterentschädigung. Vom Streit um ‚vergessene Opfer‘ zur Selbstaussöhnung der Deutschen*. Göttingen: Wallstein 2014.

23 Vgl. Jürgen Zimmerer (Hrsg.): *Kein Platz an der Sonne. Erinnerungsorte der deutschen Kolonialgeschichte*. Frankfurt am Main: Campus 2013; Mark Terkessidis: *Wessen Erinnerung zählt? Koloniale Vergangenheit und Rassismus heute*. Hamburg: Hoffmann & Campe 2019.

24 Vgl. Iman Attia: Rassismus (nicht) beim Namen nennen. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 64,13–14 (2014), S. 8–14.

Dieses ‚Verwerfen‘ der Thematisierung von Rassismus und rechter Gewalt und des bei den Betroffenen gleichzeitig jeweils situierten Wissens über die Allgegenwärtigkeit des Rassismus und seiner Gewaltförmigkeit²⁵ ging mit der Verweigerung der Anerkennung der Subjekte und damit ihrer Ausgrenzung – aus der Gesellschaft wie aus der ‚Basiserzählung‘ – einher. Als „Angelegenheit der Gerechtigkeit“²⁶ betrachtet Nancy Fraser solche Prozesse mangelnder Anerkennung: sie lassen erkennen, wie Einzelne oder Gruppen „*durch institutionalisierte kulturelle Wertmuster*“ – und mit der Basiserzählung haben wir ein Konzept eingeführt, das helfen kann, solche Wertmuster aufzuschlüsseln – „daran gehindert [...] werden, als Gleichberechtigter am Gesellschaftsleben zu partizipieren.“²⁷ Mangelnde Anerkennung und ökonomische Beteiligung sind für Fraser vielfältig verflochtene Aspekte von Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit; daher kann es „*keine Umverteilung ohne Anerkennung*“ und „*keine Anerkennung ohne Umverteilung*“ geben.²⁸ Ihr Ziel ist dabei grundsätzlich nicht die affirmative Anerkennung (kollektiver) Identitäten, sondern die Auseinandersetzung mit den Wertschemata in ihrer institutionellen Geltung. Dabei geht es mit Judith Butler um mehr noch: Anerkennung ist unverzichtbar, um „existieren zu können und (an)erkennbar zu sein.“²⁹ In *Gefährdetes Leben* hat sie betont, wie Anerkennung die Möglichkeiten strukturiert, gesehen und gehört zu werden, und welche Bedeutung sie der Anerkennung im gesellschaftlichen Zusammenleben zuweist:

Bestimmte Gesichter müssen dem Blick der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, müssen gesehen und gehört werden, wenn ein geschärfter Sinn für den Wert des Lebens, allen Lebens, Verbreitung finden soll.³⁰

25 Vgl. Massimo Perinelli: Situiertes Wissen vs. korrumpiertes Wissen. Warum die migranische Perspektive in die Wissenschaft gehört. Und der Verfassungsschutz raus. In: Juliane Karakayalı / Çağrı Kahveci / Doris Liebscher / Carl Melchers (Hrsg.): *Den NSU-Komplex analysieren*. Bielefeld: Transcript 2017, S. 145–162, hier S. 155.

26 Nancy Fraser: Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik. In: Dies. / Axel Honneth: *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2003, S. 13–128, hier S. 44.

27 Ebd., S. 45 (Herv. i. Orig.).

28 Ebd., S. 90–93 (Herv. i. Orig.).

29 Judith Butler / Carolin Emcke / Martin Saar: Eine Welt, in der Antigone am Leben geblieben wäre. Interview mit Judith Butler. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 49,4 (2001), S. 587–599, hier S. 593.

30 Judith Butler: *Gefährdetes Leben. Politische Essays*, aus d. Engl. v. Karin Wördemann. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2005, S. 14.

Butlers Auffassung von einer ‚subjektivierenden Anerkennung‘ geht dabei nicht ausschließlich von positiven und ermächtigenden Effekten von Anerkennung aus, sondern berücksichtigt auch die Unterdrückung bzw. Formung von Subjekten, die um ihrer Anerkennbarkeit willen gezwungen sind, normativen Erwartungen zu entsprechen. Da gesellschaftliche Anerkennung partiell ist und Subjekte nie umfänglich erkennen kann und somit immer auch Verkenning impliziert, thematisiert Judith Butler gemeinsam mit Athena Athanasiou auch die „Gewalt der Anerkennung“³¹.

Im folgenden Abschnitt sollen unsere Ausführungen zur Basiserzählung als Ordnungsstruktur eines *Doing Memory* und die anerkennungstheoretischen Einsichten produktiv gemacht werden, um am Beispiel des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen danach zu fragen, wie mit Blick auf rechte Gewalt eine Praxis des anerkennenden Erinnerns aussehen kann, die sowohl individuelle wie kollektive und gesellschaftsstrukturelle Dimensionen berücksichtigt.

3. Dimensionen anerkennender Erinnerungspraxis

In den vergangenen Jahrzehnten war im Zusammenhang mit rechter Gewalt vielfach zu beobachten, dass den Betroffenen und Opfern Verantwortung oder gar Schuld an der Gewalt zugewiesen wurde. Dies hat sich in einschlägiger polizeilicher und staatsanwaltschaftlicher Ermittlungspraxis, öffentlichen Verdächtigungen und in manchen Fällen auch Strafverfahren sowie der jeweils begleitenden Medienberichterstattung niedergeschlagen.³² Die Musterhaftigkeit eines solchen institutionellen Umgangs mit den Opfern und Betroffenen rechter Gewalt lässt sich exemplarisch mit dem Hinweis auf den antisemitischen Doppelmord an Shlomo Lewin und Frieda Poeschke in Erlangen im Dezember 1980,³³ den Brandanschlag in Lübeck Mitte Januar 1996³⁴ sowie

31 Judith Butler / Athena Athanasiou: *Die Macht der Enteigneten. Das Performative im Politischen*, aus d. Engl. v. Thomas Atzert. Zürich: Diaphanes 2014.

32 Vgl. etwa Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (Hrsg.): *Schlagzeilen. Rostock: Rassismus in den Medien*. Duisburg: DISS 1992; Merle Stöver: *Vom Ressentiment zum Pogrom. Eine antiziganismuskritische Perspektive auf Rostock-Lichtenhagen 1992*. Unveröffentlichte Masterarbeit, TU Berlin, 2021.

33 Vgl. Ulrich Chaussy: *Das Oktoberfest-Attentat und der Doppelmord von Erlangen. Wie Rechtsterrorismus und Antisemitismus seit 1980 verdrängt werden*. Berlin: Links 2020; Uffa Jensen: *Ein antisemitischer Doppelmord. Die vergessene Geschichte des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2022.

34 Vgl. Wolf-Dieter Vogel: *Der Lübecker Brandanschlag*. Berlin: Elefanten 1996.

die rassistischen Morde und Anschläge des NSU³⁵ in Erinnerung rufen. Eine solche Täter-Opfer-Umkehr hat auch im Zusammenhang mit dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen stattgefunden. Dabei wurde die Gewalt insbesondere im politischen Feld als eine nachvollziehbare und legitime Reaktion auf die Anwesenheit bzw. das Verhalten der Asylsuchenden dargestellt.³⁶

Tatsächlich ist die Anerkennung als Opfer/Betroffene rechter Gewalt die erste und elementarste Form der Anerkennung. Erst sie macht Betrauerbarkeit überhaupt möglich: Schuldumkehr und jahrelange Verdächtigungen schufen, so Çiğdem Inan, für die Betroffenen eine staatlich und medial vermittelte Atmosphäre sozialer Entsolidarisierung, in der Trauer von Schamgefühlen überlagert wurde. Zudem kann die Nichtwahrnehmung von Verlust und Tod durch die Dominanzgesellschaft Prozesse der Retraumatisierung und sich überstürzender Trauer auslösen.³⁷ Auch Inan argumentiert hier mit Butler, die Betrauerbarkeit als Möglichkeitsbedingung allen Lebens versteht: „Wer nicht betrauerbar ist, lebt außerhalb des Lebens.“³⁸

Zu den vielfältigen Folgen rechter Gewalt gehören die unmittelbaren physischen Schädigungen und fast immer auch psychische Beeinträchtigungen, die bis hin zu schweren Traumata reichen können und die häufig durch sekundäre Viktimisierungen aufgrund der Behandlung durch Polizei, Justiz und (Medien-)Institutionen hervorgerufen und verstärkt werden. Öffentliche Kriminalisierung durch Täter-Opfer-Umkehr produziert Stigmatisierung, die vielfach in soziale Isolation mündet. Da psychologische Hilfe und Traumaarbeit nur selten mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden, ist auch die Fortsetzung einer Erwerbstätigkeit häufig unmöglich; die Aufnahme neuer Beschäftigungsverhältnisse kann auch behindert werden durch die Erschöpfung von Ressourcen angesichts eines jahrelangen emotionalen, ökonomischen, rechtlichen, politischen und symbolischen Kampfes um Anerkennung.³⁹

35 Vgl. u. a. Kemal Bozay / Baha Aslan / Orhan Mangitay / Funda Özfirat: *Die haben gedacht, wir waren das. MigrantInnen über den rechten Terror und Rassismus*. Köln: Papyrossa 2016; Fabian Virchow / Tanja Thomas / Elke Grittmann: *„Das Unwort erklärt die Untat“. Die Berichterstattung über die NSU-Morde – eine Medienkritik*, hrsg. v. der Otto Brenner Stiftung. Frankfurt am Main: OBS 2015.

36 Vgl. Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Antrag der Fraktionen der CDU, F.D.P. und der Abgeordneten Thomas und Dr. Stadermann, fraktionslos. Gemeinsame Erklärung zur Würde aller Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Drucksache 1/2397, Schwerin, 08.10.1992.

37 Çiğdem Inan: NSU, rassistische Gewalt und affektives Wissen. In: *ZReX – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung* 1,2 (2021), S. 212–227.

38 Judith Butler: *Raster des Krieges. Warum wir nicht jedes Leid beklagen*, aus d. Engl. v. Reiner Ansen. Frankfurt am Main / New York: Campus 2009, S. 22.

39 Vgl. u. a. Onur Suzan Nobrega / Ibrahim Arslan: Seit Mölln, 23. November 1992. Ein drei Jahrzehnte langer Weg, auf dem nicht alle Wunden heilen. In: Onur Suzan Nobrega / Matthias Quent / Jonas Zipf (Hrsg.): *Rassismus. Macht. Vergessen*. Bielefeld: Transcript 2021, S. 25–42.

Auch in der Folge des Pogroms in Rostock-Lichtenhagen sind Entschädigungen für die Zerstörungen sowie finanzielle Unterstützung für eine therapeutische Bearbeitung ausgeblieben. Anerkennung bedeutet auch, dass sich die Gesellschaft um eine Linderung der Schädigungen bemühen muss: Zentraler Ausgangspunkt wäre dabei die Anerkennung des Gegenübers als Betroffene*r rechter Gewalt und der dadurch verursachten Folgen sozialer, psychischer, physischer und ökonomischer Art. Auch öffentliche Entschuldigungen tragen dazu bei, Prozesse sekundärer Viktimisierung zu vermeiden.

Den wiederkehrenden öffentlichen Wortmeldungen von Überlebenden und Betroffenen rechter Gewalt ist maßgeblich zu verdanken, dass deren Erfahrungen und Perspektiven auf die Tat und deren Folgen, aber auch die politisch-gesellschaftliche Deutung der Ereignisse zunehmend hör- und sichtbar geworden sind. Sie sind, wie Ibrahim Arslan als Überlebender des Brandanschlags in Mölln 1992 immer wieder fordert,⁴⁰ nicht als Statist*innen, sondern als Hauptzeug*innen des Geschehenen zu hören und zu würdigen. Hinsichtlich des Pogroms in Rostock-Lichtenhagen sind die betroffenen Rom*nja über Jahrzehnte (jenseits der Aktivitäten des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma) hingegen nicht repräsentiert gewesen; aus dem Kreis der vietnamesischen Vertragsarbeiter*innen hat die Gründung des Vereins Diên Hồng – Gemeinsam unter einem Dach zu einem Mindestmaß an lokaler Repräsentation geführt. In lokale Erinnerungspraxen sind die Betroffenen jedoch nicht angemessen eingebunden worden: Im Auftrag der Stadt wurde im Jahr 2017 ein Projekt einer Künstler*innengruppe realisiert, das mit fünf Marmorstelen an verschiedenen Orten der Stadt an das Pogrom erinnert. Erst in Folge der Kritik an der Unsichtbarmachung der Opferperspektive wurde ein Jahr später – weder initiiert noch finanziert durch die Stadt Rostock, sondern durch einen Verein – eine weitere Stele in Erinnerung an die Opfer eingeweiht. Die App *Gedenkstücke. Eine performative künstlerische Intervention zu den Ereignissen von Rostock-Lichtenhagen 1992* will seit dem Jahr 2019 ermöglichen, an verschiedenen Schauplätzen Archivtexte abzurufen, die an die Ereignisse aus unterschiedlichen Perspektiven erinnern. In den 47 vertonten Archivtexten ist die Perspektive Betroffener marginal.⁴¹

Die Anerkennung von Betroffenen rechter Gewalt und ihrer Forderungen steht vor der Herausforderung, sie nicht zugleich zu verkennen – in ihrer Verschiedenheit und Individualität. Die Stimmen der Überlebenden ernst zu nehmen, heißt

40 Vgl. u. a. *Doing Memory. Für eine plurale Gesellschaft*. Podcast, Folge „Perspektiven der Kämpfe um Erinnern und Gedenken – Hanau und Beyond“, 13.06.2022. <https://doing-memory.de/hanau/> (Zugriff am 22.02.2023).

41 Vgl. *Gedenkstücke*, o. D. <https://gedenkstuecke.de> (Zugriff am 18.02.2023).

auch, deren Situiertheit und Vielfalt zur Kenntnis zu nehmen. Das Anerkennen der Multiperspektivität von Erinnerung an rechte Gewalt, also etwa die von Vertragsarbeiter*innen, Rom*nja, Schwarzen Menschen, die jeweils spezifische Erfahrungen von Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalterfahrung mitbringen, stellt eine Herausforderung dar. Und schließlich geht es auch darum, anzuerkennen, dass diese Bezeichnungen selbst der Gefahr einer homogenisierenden Betrachtung unterliegen. Mit Blick auf die Bewertung des Pogroms durch vietnamesische Arbeitsmigrant*innen, Geflüchtete und Vietdeutsche tritt angesichts unterschiedlicher Herkünfte (Nordvietnam, Südvietnam), Migrationsgeschichten, politischer Einstellungen, Generationen, Kriegserfahrung usw. eine ganze Bandbreite an Positionierungen auf.⁴² Zentraler gemeinsamer Bezugspunkt kann hier die geteilte Analyse von Rassismus und rechter Gewalt als Grundlage kollektiven Handelns im Erinnern an rechte Gewalt sein.

Zur Anerkennung als Überlebende/Betroffene rechter Gewalt zählt ebenso, dass diese ein Recht auf Vergessen haben, um nicht fortlaufend mit der Tat, den Folgen und den an sie herangetragenen Erwartungen konfrontiert zu werden. Diese Dimension der Anerkennung gehört zu einer Perspektivierung, welche die Überlebenden/Betroffenen nicht auf diesen Status reduziert, sondern sie als Menschen mit einem vielfältigen Leben, mit Wünschen und Träumen, mit einem Recht auf Privatheit und der Entscheidungshoheit über das Ob, Wann und Wie eines öffentlichen Sprechens über rechte Gewalt und deren Folgen versteht und akzeptiert.

Schließlich ist als eine Dimension der Anerkennung die politische Dimension der Tat zu nennen. Rechte Gewalt zielt auf die Einschüchterung, Vertreibung, Schädigung und Tötung von Menschen, um entlang von Ideologien der Ungleichwertigkeit eine spezifische soziale Ordnung durchzusetzen.⁴³ Die Anerkennung des politischen Charakters der Tat bedeutet im Falle von Rostock-Lichtenhagen, diese als Pogrom zu markieren (was in der dortigen Stadtgesellschaft mühsam erkämpft werden musste), auf Traditionslinien und Kontexte antiziganistischer und anti-asiatischer Gewalt⁴⁴ zu verweisen und die

42 Vgl. zu entsprechenden Perspektiven Kien Nghi Ha (Hrsg.): *Asiatische Deutsche Extended. Vietnamesische Diaspora and Beyond*. Berlin / Hamburg: Assoziation A 2012.

43 Vgl. Fabian Virchow: Einschüchtern und Vertreiben, Bestrafen und Eskalieren. Instrumentelle Zielsetzungen rechtsterroristischen Handelns. In: *Soziale Probleme* 32 (2021), S. 131–149.

44 Anti-asiatische Gewalt äußerte sich bereits vor dem Pogrom in Rostock in Überfällen auf vietnamesische Zigarettenhändler*innen sowie anderen Gewaltformen, z. B. als Brandanschlag auf eine von Vietnames*innen bewohnte Unterkunft der Siemens AG in Greifswald am 12. Oktober 1991.

Rassismen als Nährboden, aus dem rechte Gewalt entsteht, zu markieren und zu bekämpfen.

Anerkennende Erinnerungskultur haben wir als eine Praxis vorgestellt, die Gesellschaft verändern kann. Sie kann in einer *politics of listening*⁴⁵ als demokratietheoretische und politische Idee und Praxis Ausgangspunkte finden, die Muster des hegemonialen Hörens grundlegend verändert. Sie kann in tradierte Repräsentationsregime der Herstellung der ‚Anderen‘ intervenieren, sie kann sich einer sozialen Derealisierung der Betroffenen und Opfer widersetzen. Sie kann partizipative Gerechtigkeit befördern, die auf materielle Umverteilung und Mitwirkung an Entscheidungsprozessen gründet, die Kollaboration in Gang setzt. Dies hieße, den Opfern, Überlebenden und Betroffenen als Hauptzeug*innen des Geschehenen zuzuhören, ihre Erfahrungen und politischen Einordnungen anzuerkennen. So könnten Schmerz, Trauer und Wut Gehör finden, im Zuhören Resonanz auslösen, im Erkennen des sozialen Aufeinander-Verwiesen-Seins eine solidarische Praxis und politische Intervention entstehen.⁴⁶

Der Schmerz treibt uns an, Verbündete zu suchen – über die Grenzen der eigenen Community, des eigenen Umfelds und sogar der eigenen Stadt hinaus. Die Parallelen zwischen diesen Anschlägen und anderen rechten Morden, wie aber auch zwischen unseren Erfahrungen, bildete das Fundament für unsere Zusammenarbeit auf eine bessere, inklusivere und gerechtere Zukunft hin.⁴⁷

So Naomi Henkel-Gümbel als Überlebende des rechten Terroranschlags in Halle am 09. Oktober 2019. Bündnisse zu schmieden in kritischer Auseinandersetzung mit den Ambivalenzen und Ordnungsstrukturen anerkennender Erinnerungskulturen ist Herausforderung, aber auch Ressource einer Politik gegen rechte Gewalt.

45 Vgl. u. a. Leah Bassel: *The Politics of Listening*. London: Palgrave Macmillan 2017.

46 Vgl. ähnlich Inan: NSU, rassistische Gewalt und affektives Wissen, S. 223; weiterführend Esther Dischereit (Hrsg.): *Hab keine Angst, erzähl alles! Das Attentat von Halle und die Stimmen der Überlebenden*. Freiburg: Herder 2021; Micha Brumlik / Marina Chernivsky / Max Czollek / Hannah Peaceman / Anna Schapiro / Lea Wohl von Haselberg (Hrsg.): *Nachhalle (Jalta. Positionen zur jüdischen Gegenwart, Bd. 8)*. Berlin: Neofelis 2023.

47 Naomi Henkel-Gümbel in dies. / Newroz Duman: Möllner Rede im Exil vom 18. April 2021. In: *Gedenken Mölln 1992*, 09.05.2021. <https://gedenkenmoelln1992.wordpress.com/2021/05/09/mollner-rede-im-exil-vom-18-april-2021/> (Zugriff am 22.02.2023).

Kien Nghi Ha

Das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen als institutionalisierter Rassismus

Was ist ein Pogrom und was ist institutioneller Rassismus?

Wer sich mit dem Phänomen Rostock-Lichtenhagen im August 1992 beschäftigt, stößt unweigerlich an eine grundlegende Frage: Welche Bezeichnung ist geeignet, und welche politisch, juristisch und wissenschaftlich wirksamen Kategorisierungen gehen damit einher? Obwohl objektive Sachverhalte entscheidend sein sollten, spielen gesellschaftlich wirksame Deutungen und dominante Interpretationen eine zentrale Rolle. Die Frage der Benennung kann daher nicht von Fragen des Framings, also der sozialen und kulturellen Bedeutungskonstruktion und -zuweisung mit ihren gegensätzlichen Perspektiven und unterschiedlich einflussreichen Interessen von verschiedentlich beteiligten wie betroffenen Gruppen und Individuen, abgetrennt werden. Wie alle gesellschaftlichen Bedeutungsgebungen reflektieren und repräsentieren vorherrschende Bezeichnungen gesellschaftlich relevante Machtverhältnisse, die kulturelle Hegemonie produzieren und durchsetzen können. Vor diesem Hintergrund ist es bedeutsam, dass die rassistische Gewalt nicht nur im politischen Diskurs, sondern auch in den Medien über Jahrzehnte hinweg meist verharmlosend als Krawalle, Randale, Übergriffe oder allenfalls als Ausschreitungen bezeichnet, häufig legitimierend auch als Protest oder naturalisierend als Explosion beschrieben wurde. Der Begriff „Pogrom“, der von Anfang an von antirassistischen Gruppen verwandt wurde,¹ wurde dagegen lange Zeit im Mainstream-Diskurs als „linksextrem“ abgestempelt und gesellschaftlich marginalisiert. An der (Be-)Deutung und Aufarbeitung der rassistischen

1 So wurde die unmittelbar nach den Angriffen auf das Sonnenblumenhaus und die Zentrale Aufnahmeabteilung organisierte bundesweite Demonstration am 29. August 1992 in Rostock unter dem Motto „Stopp die Pogrome“ durchgeführt.

Angriffe von Lichtenhagen als Pogrom hatten – von vereinzelt Ausnahmen abgesehen – weder lokale noch bundesweite Politik und Medien ein erkennbares Interesse.² Die tonangebende Wahrnehmung mit ihrem beschränkten Meinungskorridor hat sich im Zuge der verstärkten Kritik an den Blindstellen und Ausschlüssen im öffentlich zelebrierten Gedenken, die zum 20. Jahrestag bundesweit besonders stark wahrgenommen wurde,³ langsam gewandelt und ist inzwischen pluraler geworden. Wichtige Impulse dafür lieferte auch die seit 2011 aufkommende Rassismuskritik am institutionellen, medialen wie gesellschaftlichen Umgang mit der verschleppten Aufdeckung des NSU-Skandals.⁴ Der bundesweit Aufsehen erregende Terroranschlag in Hanau und die globale *Black Lives Matter*-Bewegung 2020 haben diesen Bewusstwerdungs- und Anerkennungsprozess nochmals verstärkt. Diese Entwicklungen haben zur Ausbildung einer kritischen Masse beigetragen, sodass in vielen gesellschaftlichen Bereichen Rassismus inzwischen nicht mehr wie früher als ‚Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit‘ verbrämt wird. All das hat sicherlich dazu beigetragen, dass der Pogrombegriff im Fall ‚Rostock-Lichtenhagen‘ heute weniger geächtet ist. Für viele Beobachtende überraschend, hat selbst die Stadt Rostock in offiziellen Mitteilungen zum 30. Jahrestags die rassistische Gewalt als Pogrom bezeichnet.⁵ Damit

2 So ist im Abschlussbericht des 2. Untersuchungsausschusses des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern vermeintlich neutral von „Ereignissen“ (12 Erwähnungen) die Rede, wobei dieser wertfreie Begriff nicht in der Lage ist, die tatsächliche Gewalt auch nur annähernd zu benennen, und daher beschönigend wirkt. Im Bericht werden abwechselnd auch die Begriffe „Krawalle“ (13), „Auseinandersetzungen“ (5), „Ausschreitungen“ (5), „Randale“ (2), „Protest“ (1) und „Demonstration“ (1) verwendet. Dagegen tauchen auf den 51 Seiten des Berichts an keiner Stelle die Begriffe „Pogrom“ und „Rassismus“ bzw. „rassistisch“ auf. Vgl. Landtag Mecklenburg-Vorpommern: *Drucksache 1/3771*, 04.11.1993. https://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/dokument/9359/einsetzung_eines_parlamentarischen_untersuchungsausschusses_zur_klaerung_von_sachverhalten_im_zusammenhang_mit_den_rostocker_krawallen.pdf (Zugriff am 27.11.2023).

3 Vgl. Kien Nghi Ha: Rostock-Lichtenhagen. Die Rückkehr des Verdrängten. In: Ders. (Hrsg.): *Asiatische Deutsche Extended. Vietnamesische Diaspora and Beyond*. Berlin / Hamburg: Assoziation A 2021, S. 150–166. Erstveröffentlichung: *Heinrich Böll Stiftung*, September 2012. <https://heimatkunde.boell.de/de/2012/09/01/rostock-lichtenhagen-die-rueckkehr-des-verdraengten> (Zugriff am 20.02.2023).

4 So haben die Sicherheitsbehörden mit ihren mehrheitlich biodeutschen Mitarbeiter*innen das rassistische Motiv nicht erkannt und die Opfer verdächtigt. Trotz fehlender Indizien rechnete die „Soko Bosphorus“ über Jahre hinweg die „Dönermorde“ aufgrund eigener Vorurteile unbeirrt der „Türken-Mafia“ zu, die Schutzgelder und Wettsschulden erpressen wolle oder aus Rache „Ehrenmorde“ beginge. Vgl. Hajo Funke: *Staatsaffäre NSU. Eine offene Untersuchung*. Münster / Berlin: Kontur 2015, S. 308–342; Tanjev Schultz: *NSU. Der Terror von rechts und das Versagen des Staates*. München: Droemer 2018.

5 So wurde in der Pressemitteilung „30 Jahre Pogrom von Rostock-Lichtenhagen: ‚Gedenken – Aufklären – Gestalten‘“ vom 22.08.2022 zur zentralen Gedenkveranstaltung mit dem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier eingeladen.

schloss sich die Stadt dem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags an, der die Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen als „die größten rassistisch und fremdenfeindlich motivierten Angriffe gegen Angehörige einer ethnischen Minderheit in Deutschland nach Ende des Zweiten Weltkrieges“⁶ charakterisiert. Neben den rassistischen Angriffen in Hoyerswerda (September 1991)⁷ wird Rostock-Lichtenhagen als zentrales Fallbeispiel diskutiert, wobei die Argumente für die Anwendung des Pogrombegriffs breiten Raum erhalten und von den Autor*innen nicht in Zweifel gezogen werden.⁸

Dieses Eingeständnis ist überfällig. Denn wer unvoreingenommen das rassistische Großereignis in Rostock-Lichtenhagen betrachtet, kann augenblicklich drei charakteristische Elemente erkennen: Massive Bedrohung und Gewaltausübung der dominanten Gruppe gegen eine rassifizierte Minderheit, die durch staatliche Institutionen und ihre Repräsentant*innen toleriert oder akzeptiert wird. Vor allem das letzte Element ist *entscheidend* und unterscheidet das Pogrom von anderen Formen rassistischer Gewalt. Das Pogrom wird als „mob attack, either approved or condoned by authorities, against the persons and property of a religious, racial, or national minority“⁹ definiert. Obwohl der Begriff ursprünglich für die historischen Verfolgungen von jüdischen Gemeinschaften in Osteuropa verwendet wurde, ist er nach Ansicht von führenden Antisemitismusforscher*innen wie Werner Bergmann¹⁰ als Gewaltform nicht notwendigerweise darauf beschränkt.¹¹ Auch lässt sich m. E. argumentieren, dass die Suche nach Parallelen und Analogien zwischen Rassismus und Antisemitismus hier produktive Erkenntnisse generieren kann. Im Anschluss an das Phänomen des sekundären Antisemitismus und des sekundären Kolonialismus können sowohl verschleiерnde Entnennungen als auch unzureichende erinnerungspolitische, wissenschaftliche und kulturelle Aufarbeitungen als Fortsetzung des institutionellen

6 Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag: Pogrome. Definition und Fallbeispiele. Aktenzeichen WD 1 – 3000 – 023/22, 29.07.2022. <https://www.bundestag.de/resource/blob/908734/5dea5b3a56c9f5afab0f73bf9e20b7b6/WD-1-023-22-pdf-data.pdf> (Zugriff am 16.07.2023), S. 8–9.

7 Ebd., S. 14–15.

8 Ebd., S. 8–10. Bereits die Publikation des Gutachtens drei Wochen vor dem 30. Jahrestags des Pogroms kann als deutliches gesellschaftspolitisches Statement gelesen werden.

9 Pogrom. In: *Encyclopædia Britannica*, 11.10.2023. <https://www.britannica.com/topic/pogrom> (Zugriff am 27.11.2023).

10 Vgl. Werner Bergmann: Pogrome. In: Wilhelm Heitmeyer / John Hagan (Hrsg.): *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002, S. 441–460.

11 Vgl. Thomas Prenzel: Rostock-Lichtenhagen und die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl. In: Ders. (Hrsg.): *20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt*. Rostock: Universität Rostock, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften 2012, S. 9–29, hier S. 10.

Rassismus angesehen werden. Der sekundäre Rassismus kann als nachfolgende institutionelle Diskriminierung begriffen werden, in der staatliche Akteure sich weigern, uneingeschränkt politische Verantwortung zu übernehmen, die langanhaltenden Aus- und Nachwirkungen des Pogroms im vollen Umfang anzuerkennen und den Opfern angemessene Entschädigung und Wiedergutmachung anzubieten.

Ich folge hier der im anglophonen Raum anerkannten Definition von institutionellem Rassismus durch die Macpherson-Kommission (1999) der britischen Regierung:

The collective failure of an organisation to provide an appropriate and professional service to people because of their colour, culture, or ethnic origin. It can be seen or detected in processes, attitudes and behaviour which amount to discrimination through unwitting prejudice, ignorance, thoughtlessness and racist stereotyping which disadvantage minority ethnic people. It persists because of the failure of the organisation openly and adequately to recognise and address its existence and causes by policy, example and leadership. Without recognition and action to eliminate such racism it can prevail as part of the ethos or culture of the organisation.¹²

Besonders hervorzuheben ist, dass nicht die Absicht, sondern das Ergebnis institutionellen Handelns oder Nicht-Handelns entscheidend ist. Für das Vorliegen rassistischer Praktiken und Diskriminierungen im institutionellen Rahmen ist der Nachweis einer diskriminatorischen Intention nicht maßgeblich. Vielmehr ist entscheidend, dass die unprofessionelle oder ungleiche Funktionsweise einer Institution im Ergebnis zur Benachteiligung von Menschen und Gruppen führt, die gesellschaftlich aufgrund von stigmatisierenden Rassifizierungsprozessen und kulturellen Fremdzuschreibungen diskriminiert sind.

Institutioneller Rassismus im Kontext des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen

Aus Platzgründen kann ich hier die verschiedenen, aber ineinandergreifenden Ebenen des institutionalisierten Rassismus mit ihren unterschiedlichen Akteur*innen nur ansatzweise skizzieren.

12 William Macpherson: *The Stephen Lawrence Inquiry*. Presented to Parliament by the Secretary of State for the Home Department by Command of Her Majesty. London 1999, Punkt 6.34.

Deutsche Einheit, ostdeutsche Sozialkrise und Asylabschaffungsdebatte

Im zeithistorischen Kontext spielte der deutsche Einheitsrausch und die ihn begleitende nationalistische Welle eine tragende Rolle. Statt der versprochenen „blühenden Landschaften“ (Bundeskanzler Helmut Kohl)¹³ wurde das nationale Projekt durch gesellschaftliche Verwerfungen konterkariert und gleichzeitig politisch zugespitzt.¹⁴ So stieg in der zunehmenden Sozialkrise während der unmittelbaren Transformationsphase die Arbeitslosenquote im Westen von 6,2 % (1990) sukzessiv auf 9,0 % (1994). In Ostdeutschland, wo 1990 mit 10,2 % bereits eine deutlich ausgeprägtere Problematik vorlag, wuchs dieser Wert im gleichen Zeitraum rasant auf 15,7 % an.¹⁵ In Rostock lag diese Quote im Juni 1992 bei 15,0 %.¹⁶ Die regierenden Parteien konnten keine wirkliche Lösung für die sich ausbreitende Massenarbeitslosigkeit und Verarmung anbieten. Um die eigene Hilflosigkeit zu vertuschen, die zunehmenden Proteste zu befrieden, Verantwortung von sich zu weisen und somit die eigene politische Machtbasis zu sichern, boten rechte Parteien den Weißen Verlierer*innen der Einheit rassistisch diskriminierte Migrant*innen und Geflüchtete als Sündenböcke für die Misere an.

Politische Akteure und staatliche Verantwortungsträger*innen

Die Hyperbolisierung rassistisch kodierter Kampfbegriffe und Feindbilder (‚Überfremdung‘, ‚Asylbetrug‘, ‚Scheinasylant‘, ‚massenhafter Asylmissbrauch‘, ‚Sozialschmarotzer‘ etc.) wurde in dieser Umbruchszeit in einem ungeahnten Ausmaß intensiviert und ausgedehnt. „Daraus entwickelte sich zwischen 1990 und 1993 eine der schärfsten, polemischsten und folgenreichsten innenpolitischen Auseinandersetzungen der deutschen Nachkriegsgeschichte.“¹⁷ Gerade die Attacken auf das Grundrecht auf Asyl erwiesen sich als Innovationsquelle rassistischer Diskurse, die trotz der zum Ausdruck kommenden Infragestellung der Menschenwürde gesellschaftlich weitgehend akzeptiert waren. Diese

13 Helmut Kohl: Fernsehansprache anlässlich des Inkrafttretens der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, 01.07.1990.

14 Hajo Funke: *Brandstifter. Deutschland zwischen Demokratie und völkischem Nationalismus*. Göttingen: Lamuv 1993, S. 50–66, 106–108.

15 Arbeitslose und Arbeitslosenquote. In absoluten Zahlen und in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen, 1980 bis 2013. In: *bpb*, 2014. https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/01%20Arbeitslose%20und%20Arbeitslosenquote_0.pdf (Zugriff am 25.02.2023), S. 6.

16 Johann Gerdes / Annett Jackisch / Christoph Schützler: *Lagebericht zur sozialen Situation in der Hansestadt Rostock*. Rostock: Universität Rostock 2005, S. 32. *Der Spiegel* gibt ohne Zeitbezug die Arbeitslosenquote in Rostock mit 13 % und im Stadtteil Lichtenhagen mit 17 % an. Vgl. Ernstes Zeichen an der Wand. In: *Der Spiegel*, 36/1992, 30.08.1992.

17 Ulrich Herbert: *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland*. Bonn: bpb 2003, S. 299.

Diskurs- und Politikverschiebung eröffnete neue Spielräume hin zum Extremismus der Mitte.¹⁸ Gleichzeitig befeuerte jede tolerierte Grenzüberschreitung des politischen Establishments rechtsextreme Kräfte und verlieh ihren Forderungen demokratische Legitimität. Die verschärfte Ausgrenzung gesellschaftlich bereits marginalisierter Minderheiten fungierte hier als ideologische Kompensation für Weiße Deutsche. Die Anrufung rassistischer Hierarchisierungen diente der gesellschaftlichen Stabilisierung, so dass deutsche Einheitsverlierer*innen mit einer exklusiven völkischen Identität und Nationalstolz symbolisch aufgewertet, emotional entschädigt und politisch mit dem nationalen Projekt versöhnt werden sollten. Zu diesem Zweck wurde die seit Ende der 1970er Jahre geschürte Moralpanik gegenüber der gestiegenen Zahl von Asylsuchenden verstärkt. Gerade in Wahlkampfzeiten wurden rechtspopulistische Angriffe auf das Grundrecht auf Asyl massiv verschärft sowie ein rigideres Ausländerrecht gefordert.¹⁹ Nachdem der christdemokratische Generalsekretär Volker Rühle im September 1991 eine bundesweite Kampagne aller CDU-Parteigliederungen zur Skandalisierung des „Asylmissbrauches“ gestartet hatte, warnte Bundeskanzler Kohl im Oktober 1992 auf dem CDU-Sonderparteitag diesbezüglich vor dem drohenden „Staatsnotstand“²⁰. Der Rechtsruck im politischen Mainstream umfasste auch die sozialdemokratische Volkspartei²¹ und führte in der Folgezeit zu großen Wahlerfolgen für Parteien am rechten Rand, da unzufriedene Wähler*innen zunehmend auf rechtsextreme Originale setzten.²² Der

18 Nur ein Beispiel von vielen, um den unverhohlenen Rassismus im damaligen politischen Diskurs der demokratischen Parteien zu illustrieren: „Es kann nicht sein, dass ein Teil der Ausländer bettelnd, betrügend, ja auch messerstechend durch die Straßen ziehen, festgenommen werden und nur, weil sie das Wort ‚Asyl‘ rufen, dem Steuerzahler auf der Tasche liegen.“ (Klaus Landowsky, CDU-Fraktionsvorsitzender in Berlin, 17.10.1991, zit. n. *Stern*, 43/1992).

19 Vgl. Herbert: *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland*, S.263–273, 296–322.

20 Stichtag: 6. Dezember 1992 – Einigung über Änderung des Asylrechts. In: *WDR*, 06.12.2012. <https://www1.wdr.de/stichtag/stichtag7106.html> (Zugriff am 16.01.2024).

21 Die Eskalationsspirale gegenseitiger rhetorischer Übertrumpfung führte zu einer enthemmten Debatte, die ein sehr breites politisches Spektrum umfasste. Wie entfesselt der politische Extremismus der Mitte war, zeigte etwa Friedhelm Farthmann, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in NRW und späterer Ehrenvorsitzender der Deutschen Stiftung Patientenschutz des Malteserordens. Er schlug vor, „Asylanten“ auf diesem Weg abzuschieben: „Kurzen Prozess, an Kopf und Kragen packen und raus damit!“ (*Der Spiegel*, 17.03.1992.) Später blies Gerhard Schröder als SPD-Ministerpräsident von Niedersachsen im Landeswahlkampf ins gleiche Horn. Im Interview mit *Bild am Sonntag* forderte er „Wer unser Gastrecht missbraucht, für den gibt es nur eins: raus und zwar schnell!“ (*Bild am Sonntag*, 20.07.1997.) Trotz oder gerade wegen solcher Aussagen wurde er SPD-Vorsitzender und Bundeskanzler (1998–2005).

22 In Berlin erzielten die Republikaner 7,5 % (1989) und in Baden-Württemberg sogar 10,9 % (1992). Die rechtsextreme Deutsche Volksumion (DVU) kam in Bremen auf 6,2 % (1991), in Schleswig-Holstein auf 6,3 % (1992) und erreichte in Sachsen-Anhalt mit 12,9 % (1998) ihr bestes Wahlergebnis.

bundespolitische Diskurs lud auch die soziale Atmosphäre in Rostock negativ auf²³ und schuf gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die das Pogrom möglich machten. Sogar während des laufenden Pogroms und auch danach nutzten Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker*innen die rassistische Gewalt, um das Asylgrundrecht auszuhebeln und politische Verantwortung von sich zu weisen.²⁴ Diese Bemühungen wurden durch den am 6. Dezember 1992 vereinbarten „Asylkompromiss“ belohnt, der das Asylgrundrecht grundlegend einschränkte.

Rassistische Medienbilder

Der Anti-Asyldiskurs wurde maßgeblich, aber nicht ausschließlich von Medien des Axel-Springer-Konzerns flankiert. Konservative Medien wie *Die Welt*, *FAZ* und das Massenblatt *BILD* sprangen für diese Kampagne in die Bresche²⁵ und betrieben politisches Agenda-Setting. Im Laufe der Zeit zogen andere Massen- und Leitmedien nach, so dass sich dieser journalistische Trend in Kooperation mit einflussreichen wie interessierten politischen Stichwortgeber*innen in der eigenen Echokammer eigendynamisch verstärkte.²⁶ Das kann nicht wirklich verwundern, da die deutschen Medien als Institution seit Jahrzehnten ein strukturelles Rassismusproblem haben.²⁷ Im Gegensatz zum Selbstbild als vierte Gewalt der Demokratie, die kritische Aufklärung und sachliche Informierung betreibt, ist die Mehrheit der Berichterstattung über Zuwanderung, Flucht und „Ausländer“ in vielen Studien übereinstimmend als stereotypisierend, rassifizierend und negativ fokussiert analysiert worden,²⁸ was bis heute mit graduellen Änderungen anhält. Laut der Forschungsgruppe Wahlen dominierte das Thema „Asyl / Ausländer“ von Juni 1991 bis Juli 1993 mit Spitzenwerten von ca. 80 % als vermeintlich wichtigstes Problem die Bundespolitik – weit vor der deutschen Einheit und

23 Vgl. Prenzel: Rostock-Lichtenhagen und die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl, S. 13–15.

24 Vgl. Jochen Schmidt: *Politische Brandstiftung. Warum 1992 in Rostock das Ausländerwohnheim in Flammen aufging*. Berlin: Edition Ost 2002, S. 154–196.

25 Vgl. Herbert: *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland*, S. 303.

26 Vgl. Margaret Jäger: BrandSätze und SchlagZeilen. Rassismus in den Medien. In: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): *Entstehung von Fremdenfeindlichkeit. Die Verantwortung von Politik und Medien*. Bonn: FES 1993, S. 73–92.

27 Vgl. Jesus Manuel Delgado: *Die „Gastarbeiter“ in der Presse. Eine inhaltsanalytische Studie*. Opladen: Leske 1972; Daniel Müller: Die Darstellung ethnischer Minderheiten in deutschen Massenmedien. In: Rainer Geißler / Horst Pöttker (Hrsg.): *Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland*. Bielefeld: Transcript 2015, S. 83–126.

28 Vgl. etwa Müller: Die Darstellung ethnischer Minderheiten, der in seiner Überblicksstudie zwölf empirisch-medienwissenschaftliche Untersuchungen von lokalen und überregionalen Zeitungen im Zeitraum 1972–2000 vergleichend zusammenfasst.

der Arbeitslosigkeit. Die Leser*innenschaft der *BILD* wollte in September 1991 zu 98 % das Asylrecht einschränken; andere Umfragen zu dieser Zeit ergaben eine Mehrheit von 55 % in der Bevölkerung.²⁹ In diesem Zeitraum wurde im Fernsehen, Radio, Internet, in Büchern und Zeitungen eine Flut von Berichten, Reportagen, Interviews, Gesprächen, Kommentaren, Bildern, Grafiken, Karikaturen und Filmen produziert, die die Aufnahme von Asylsuchenden regelmäßig einseitig problematisierten und Migrierte als Unzugehörige rassifizierten.³⁰

Ein eindrückliches Beispiel, wie Leitmedien an rechtsextreme Bilder anknüpfen, lieferte *Der Spiegel* in der Coverstory „Flüchtlinge – Aussiedler – Asylanten: Ansturm der Armen“ (September 1991). Dabei griff die Redaktion nicht nur die Begrifflichkeiten und Bildsprache des Wahlplakats „Das Boot ist voll! Schluss mit Asylbetrug“ (Juni 1991) der rechtsextremen Partei Die Republikaner auf.³¹ (Abb. 1) Vielmehr transportierte sie nahezu ungeschminkt die damit verbundene politische Botschaft und machte sich diese durch die fehlende kritische Distanzierung zu eigen. Durch das Bild der Masseninvasion findet sogar eine weitere Radikalisierung statt, die Menschen wie eine Ameisenplage darstellt. Das rechtsextreme Motto „Das Boot ist voll!“ wurde als kollektive Notmetaphorik mit impliziter Täter-Opfer-Umkehrung zu einem geflügelten Wort. In der Kontroverse zur Einschränkung des Asylrechts wurde mit diesem Bild die bedrohte ‚nationale Schicksalsgemeinschaft‘ konstruiert und gleichzeitig beschworen. Die vorwiegend negative journalistische Berichterstattung war nicht nur in diesem Fall durch selektives Gate-Keeping (Einseitigkeit), Agenda-Setting (Themenfixierung) und Framing (problematische Setzungen, Kontexte, Sprache und Perspektive) geprägt. Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung hat die negativierende, entindividualisierende und entmenschlichende Verobjektivierung von Geflüchteten in der bildgewaltigen Sprache des Asyldiskurses akribisch seziert.³²

Die lokale Wahrnehmung und rassistische Auseinandersetzung um die Zentrale Aufnahmestelle (ZAst) in Lichtenhagen wurden im Vorfeld durch überregionale Kontroversen überlagert und geframt:³³ „In der Tat war die Zeit vor den Ausschreitungen von einer tendenziösen und bisweilen rassistischen

29 Vgl. Herbert: *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland*, S. 303.

30 Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung: *Schlagzeilen. Rostock: Rassismus in den Medien. 2.*, durchges. Aufl. Duisburg: DISS 1993.

31 Vgl. Cord Pagenstecher: „Das Boot ist voll“. Schreckensvision des vereinten Deutschland. In: Gerhard Paul (Hrsg.): *Das Jahrhundert der Bilder*, Bd. II: 1949 bis heute. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008, S. 606–613.

32 Vgl. Jäger: *BrandSätze und SchlagZeilen*, S. 73–92.

33 Vgl. Prenzel: *Rostock-Lichtenhagen*, S. 13–17.



Abb. 1: Rechtsextreme Bilder propagiert in einem Leitmedium: rechtsextremes Original (Juni 1991), mediales Plagiat (September 1991) und Neuauflage 2006.

Berichterstattung in den lokalen und überregionalen Medien begleitet.³⁴ Auch nach dem Rostocker Pogrom waren die medialen Reaktionen doppeldeutig und mehrheitlich weit von einer kritischen Selbstreflexion entfernt: Neben Abscheu waren vor allem halbherzige Distanzierungen, moralische Relativierungen und Schuldumkehrthesen in vielen Medien wahrnehmbar, die nun noch entschlossener im Gleichklang mit konservativen und rechtsextremen Stimmen das „Einfallstor Asyl“ als Gefahrenquelle und Ursache ausmachten.³⁵

Politik und Medien müssen sich als Institutionen mit der Frage auseinandersetzen, inwieweit ihre Kampagnen die rassistische Gewaltexplosion in den 1990er Jahren begünstigt und mitverursacht haben. (Abb. 2) Laut der Polizeistatistik „Politisch Motivierte Kriminalität (PMK) – rechts“ wurden 1990 noch 128 rechte Gewalttaten erfasst. Diese Zahl hatte sich 1991 mit 1.483 rechten Gewalttaten mehr als verzehnfacht und erreichte 1992 mit 2.584 ihren bisherigen Höchststand. Eine ähnlich dramatische Entwicklung war auch bei rechten Straftaten zwischen 1990 mit 1.380 und 1993 mit 10.561 Fällen auszumachen. Im Unterschied zur polizeilich erfassten rechten Gewalt stiegen rechte Straftaten bis 2016 tendenziell immer weiter an, da sie zum großen Teil Propagandadelikte umfassen. Obwohl die Kriterien der Statistik 2001 teilweise verändert wurden und Vergleiche Einschränkungen unterliegen, lässt sich zumindest in der Unterkategorie „rechte Gewalttaten“ sagen, dass diese bis 1995 auf

34 Roman Guski: Nach Rostock-Lichtenhagen. Aufarbeitung und Perspektiven des Gedenkens. In: Prenzel (Hrsg.): *20 Jahre Rostock-Lichtenhagen*, S. 31–52, hier S. 34.

35 Helmut Kellershohn: „Der Feind steht links!“. In: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung: *Schlagzeilen*, S. 55–71.

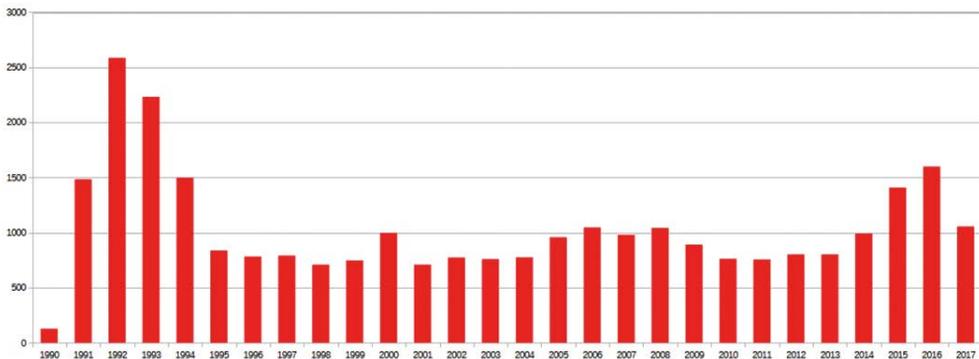


Abb. 2a: Normalisierung rassistischer Gewalt als bleibende Hypothek der 1990er Jahre: Rechtsextreme Gewalttaten laut Polizeistatistik „Politisch Motivierte Kriminalität – rechts“. Diagramm von Kien Nghi Ha nach Staud: Straf- und Gewalttaten von rechts.

etwa 800 Fälle jährlich absanken und sich auf diesem hohen Niveau bis zum nächsten rechten Gewaltexzess 2015/16 mit kleinen Schwankungen einpendelten. 60–80 % der seit 2001 erfassten rechten Hasskriminalität wird von der Polizei als „fremdenfeindlich“ bzw. „rassistisch“ eingestuft.³⁶ *Der Spiegel* berichtet in seiner Titelstory zu den „Krawallen“ in Rostock-Lichtenhagen:

Nach einer Untersuchung des Berliner Instituts für Sozialwissenschaftliche Studien wollen 85 Prozent der Ostdeutschen keine Türken mehr ins Land lassen. 82 Prozent hegen Aversionen gegen Afrikaner oder Asiaten, rund 60 Prozent lehnen Osteuropäer ab.³⁷

In Bezug auf Rostock-Lichtenhagen ist es wichtig, daran zu erinnern, dass sowohl antivietnamesische als auch antiziganistische Gewalt nicht nur in den 1990er Jahren im ostdeutschen Alltag etwa in Form von rassistischen Beleidigungen und Überfällen sehr präsent war. Unter anderem wurden am 15. März 1992 der 18-jährige Dragomir Christinel aus Rumänien in einem Asylwohnheim in Saal (MV) und am 24. April 1992 Nguyễn Văn Tú in Berlin-Marzahn von

36 Vgl. Toralf Staud: Straf- und Gewalttaten von rechts. Was sagen die offiziellen Statistiken? In: *bpb*, 13.11.2018. <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/264178/straf-und-gewalttaten-von-rechts-was-sagen-die-offiziellen-statistiken/> (Zugriff am 25.02.2023).

37 „Ernstes Zeichen an der Wand“. In: *Der Spiegel*, 36/1992, 30.08.1992. <https://www.spiegel.de/politik/ernstes-zeichen-an-der-wand-a-eb1b8609-0002-0001-0000-000013689982> (Zugriff am 25.02.2023).

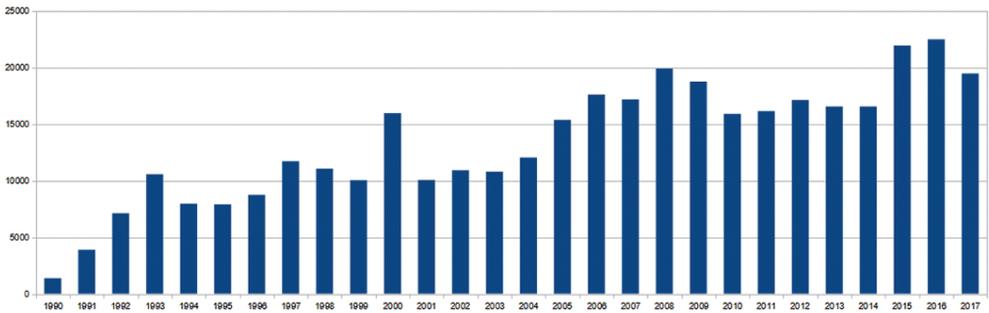


Abb. 2b: Rechtsextreme Straftaten laut Polizeistatistik „Politisch Motivierte Kriminalität – rechts“. Diagramm von Kien Nghi Ha nach Staud: Straf- und Gewalttaten von rechts.

Rechtsextremisten ermordet. Auf die desaströse Rolle der kommunalen Politik, Verwaltung und Sicherheitsbehörden kann hier aus Platznot nicht eingegangen werden.³⁸

Unzureichende Aufarbeitungen: politisch, juristisch, wissenschaftlich, kulturell und erinnerungspolitisch

Nicht nur die Vorgeschichte und der konkrete Tatablauf des Pogroms, sondern auch die Aufarbeitung weisen einzigartige institutionelle Versäumnisse auf. Auf politischer Ebene sind die Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse des Schweriner Landtags und der Stadt Rostock ungewöhnlich dürftig, da es offensichtlich an Aufklärungsinteresse mangelte und die parlamentarische Arbeit im Parteienstreit endete.³⁹

Bis heute gibt es keinen der dafür die Verantwortung übernommen hätte. Kein Politiker, egal mit wem ich sprach, alle, wirklich alle, duckten sich in dem Moment weg [...] Beide Untersuchungsausschüsse sind zu dem Ergebnis gekommen, dass man das [gemeint ist die politische Verantwortung] so nicht mehr nachvollziehen kann.⁴⁰

38 Vgl. Schmidt: *Politische Brandstiftung*, S. 54–68; Prenzel: Rostock-Lichtenhagen, S. 15–21.

39 Vgl. Otto Diederichs: Das Polizeidebakel von Rostock. Versuch einer analytischen Würdigung. In: *Cilip. Bürgerrechte & Polizei* 44,1 (1993). <https://www.cilip.de/1993/02/22/das-polizeidebakel-von-rostock-versuch-einer-analytischen-wuerdigung/> (Zugriff am 25.02.2023); Guski: Nach Rostock-Lichtenhagen, S. 32–43.

40 Jochen Schmidt: Das Haus brennt! Die Asyldebatte und ihre Parallelen 1992 und heute. Vortrag in Synagoge und Kulturzentrum Marburg, 27.09.2016. In: *YouTube*, 04.11.2016. <https://www.youtube.com/watch?v=vRzYbMJ24RE> (Zugriff am 25.02.2023), 00:09:00–00:09:12, 00:35:45–00:35:55 min.

Innenminister Lothar Kupfer bestritt jede Verantwortung und wurde erst im Februar 1993 entlassen. Rostocks Oberbürgermeister Klaus Kilimann trat im Dezember 1993 ohne Schuldeingeständnis und unter Protest zurück. Auch unter den polizeilichen Führungskräften übernahm niemand die Verantwortung. Stattdessen herrschten undurchsichtige Schuldzuweisungen und wechselseitiger Kompetenzstreit: Die verschiedenen Polizeibehörden auf Landes- und Kommunalebene schoben sich gegenseitig die Verantwortung für das öffentliche Debakel zu und warfen einander Inkompetenz und sogar absichtliches Fehlverhalten vor,⁴¹ was die These eines tolerierten Pogroms nährte.⁴²

Die Rollen von Polizeichef Siegfried Kordus, der auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen nach Hause fuhr und am Montag Verstärkung durch BGS-Einheiten ablehnte, von Landespolizeichef Hans-Heinrich Hansen, der keine Verstärkung nach Rostock schickte, oder Bundesinnenminister Rudolf Seiters, der in Rostock vertrauliche Gespräche mit dem Ministerpräsidenten Seite, Innenminister Kupfer und Kordus führte, sind jedoch nicht hinreichend aufgeheilt worden.⁴³

Noch nicht merkwürdig genug: Der besonders gescholtene Rostocker Polizeidirektor Siegfried Kordus wurde bereits eine Woche nach dem Pogrom zum Direktor des Landeskriminalamts befördert. Das wirkte wie eine Belohnung für treue Dienste und untergrub die Ernsthaftigkeit der laufenden Untersuchungen zum polizeilichen Versagen. Kordus wurde zwei Jahre später trotz Korruptionsvorwürfen und Berichten über mafiose Beziehungen nicht angeklagt, sondern nur in den vorzeitigen Ruhestand geschickt.⁴⁴ Auch zwei andere Spitzenbeamte, die 1992 beim Pogrom in führenden Polizeipositionen waren, wurden durch einen Whistleblower in anderen Fällen des Amtsmissbrauchs beschuldigt.⁴⁵

41 Vgl. Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen. In: *Wikipedia*, 02.01.2023. https://de.wikipedia.org/wiki/Ausschreitungen_in_Rostock-Lichtenhagen#Unzureichender_Polizeieinsatz (Zugriff am 25.02.2023), Abschnitt „Unzureichender Polizeieinsatz“.

42 Daher muss die für einen demokratischen Rechtsstaat ungeheuerliche These endlich schonungslos untersucht werden: „Rostock-Lichtenhagen sollte als Fanal fungieren. Geplant war eine kontrollierte Eskalation des Volkszorns mit dem Ziel, die SPD zum Einlenken in der Asylfrage zu zwingen“ (Jochen Schmidt bei der Buchvorstellung von *Politische Brandstiftung*, zit. n. Heike Kleffner: Pogrom gewollt? In: *taz*, 21.08.2002, S. 8).

43 Prenzel: Rostock-Lichtenhagen, S. 24.

44 Vgl. Benjamin Unger: Zeitreise. Rostocker Polizeichef im Rotlicht-Strudel. In: *NDR*, 06.01.2023. <https://www.ndr.de/geschichte/Zeitreise-Rostocker-Polizeichef-im-Rotlicht-Strudel,rostockerrotlicht100.html> (Zugriff am 25.02.2023).

45 Vgl. Tod im Bienenstock. In: *Der Spiegel*, 49/1994, 04.12.1994. <https://www.spiegel.de/politik/tod-im-bienenstock-a-b43a33e1-0002-0001-0000-000013686169> (Zugriff am 25.02.2023).

Auch der überforderte und von seinen Vorgesetzten im Stich gelassene Polizeieinsatzleiter Jürgen Deckert wurde trotz massiver Fehler als Dozent an die Polizeifachhochschule Güstrow versetzt. Die Ermittlungsverfahren gegen Kordus und Deckert wurden 1994 bzw. 2000 ohne Konsequenzen eingestellt, wobei die langwierigen Strafermittlungen gegen den vergleichsweise rangniedrigen Deckert einigen als symbolpolitisches „Bauernopfer“ erschienen.⁴⁶

Auch die anderen juristischen Aufarbeitungsversuche waren von Desinteresse, unprofessioneller Arbeitsweise und Erfolglosigkeit geprägt. Während des Pogroms wurden nur 370 vorläufige Festnahmen vorgenommen sowie 408 Ermittlungsverfahren eingeleitet – nicht zuletzt gegen linke Gegendemonstrierende. In den meisten Fällen war eine strafrechtliche Verfolgung kaum möglich, da nur wenige qualifizierte, d. h. beweisichernde Festnahmen erfolgten.⁴⁷ Im Ergebnis wurde ein Großteil der 215 gerichtlich eingeleiteten Verfahren gegen 257 Personen eingestellt. Am Ende wurden nur 44 Urteile gesprochen, darunter auch Fälle gegen Linke auf Solidaritätsdemonstrationen: Nur ein Urteil bezog sich auf den direkten Angriff auf das Sonnenblumenhaus. Zumeist wurden relativ geringfügige Geld- und Bewährungsstrafen wegen Landfriedensbruchs und Propagandadelikten ausgesprochen. Von elf ursprünglich verhängten Arreststrafen zwischen sieben Monaten und drei Jahren wurden sieben zur Bewährung ausgesetzt. Nur vier Straftäter mussten tatsächlich zwischen zwei und drei Jahren in den Jugendarrest. Insgesamt wird die juristische Aufarbeitung als skandalös bewertet: Die zum Teil sehr langsamen Verfahren mündeten bestenfalls in formale Blitzprozesse ohne sachliche Aufarbeitung mit sehr milden Urteilen, da Richter*innen und Staatsanwälte wenig Engagement und Interesse zeigten. Ein Richter wurde aufgrund der grotesken Amtsführung, die auch zur Verjährung einer Anklage führte, wegen Rechtsbeugung und Strafvereitelung im Amt angezeigt. Selbst in Fällen, wo ausreichend Beweise vorlagen, wurden nur Bewährungsstrafen für vorbestrafte Gewalttäter verhängt – trotz Verurteilung wegen versuchten Mordes. Das letzte nach elf Jahren abgeschlossene Verfahren gilt aufgrund der absurd langen Prozessverschleppung als einer der „größten Justizskandale der Nachkriegszeit“.⁴⁸

Die große Diskrepanz zwischen der objektiv erkennbaren gesellschaftspolitischen Bedeutung des Pogroms und den institutionellen Aufarbeitungsprozessen

46 Hierzu zählt der „Pakt von Rostock“ mit einem selbsternannten Anführer des gewalttätigen Mobs, um auf dieser Grundlage den Rückzug der letzten Polizeieinheiten vor dem Wohnheim anzuordnen. Vgl. Diederichs: Das Polizeidebakel von Rostock.

47 Vgl. Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen, Abschnitt „Juristische Aufarbeitung“.

48 Peter Gärtner: Urteile im Lichtenhagen-Prozess. In: *Weser-Kurier*, 18.06.2002, zit. n. Guski: Nach Rostock-Lichtenhagen, S. 35–38, hier S. 37.

trifft auch im wissenschaftlichen Bereich zu. Bis heute ist kein großes Forschungsinteresse am Pogrom von Lichtenhagen feststellbar. Das spiegelt sich auch im bisherigen Bestand der Literatur zum Thema wider: Bisher sind weniger als eine Handvoll Monografien und Anthologien erschienen, die sich zentral mit den Angriffen von Rostock-Lichtenhagen auseinandersetzen. Der konjunkturellen Aufmerksamkeitsökonomie folgend sind bisher alle zehn Jahre Jubiläumsbände zum Thema erschienen. Den Anfang machte das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung mit seinem diskursanalytischen Ansatz in *Schlagzeilen. Rostock: Rassismus in den Medien*⁴⁹ (1992), der die Ereignisse zeitnah einordnete. Dann folgte 2002 die journalistische Aufarbeitung von Jochen Schmidt,⁵⁰ der als ZDF-Praktikant und Zeitzeuge im Sonnenblumenhaus das Pogrom hautnah erlebt hatte. Obwohl das Buch von den bisherigen Publikationen zum Thema die größte öffentliche Aufmerksamkeit erfuhr, löste die titelgebende These von der „Politische[n] Brandstiftung“⁵¹ trotz der guten journalistischen Vernetzung des Autors weder einen medialen Wirbelsturm noch ein politisches Erdbeben aus. Die These wurde in der Berichterstattung relativiert und der thematische Fokus verschoben. Dieses Desinteresse deutet Schmidt als „Totschweigen“⁵². Die Angst vor Kontroll- und Glaubwürdigkeitsverlust höchster Staatsinstitutionen macht diese Frage auch noch nach Jahrzehnten explosiv. Zum 20. Jahrestag erschien dann ein kleiner, nur aus drei sehr lesenswerten Beiträgen bestehender Sammelband, den Thomas Prenzel als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock herausgab und wesentlich miterarbeitete.⁵³ Dieser Rhythmus wird auch mit diesem Sammelband leicht verspätet fortgesetzt. Zweifellos ist die Anzahl von wissenschaftlichen Aufsätzen und Bezugnahmen höher, ebenso die zahlreichen journalistischen Erzeugnisse, die zu den Jahrestagen regelmäßig einen Boom erfahren. All das kann aber nicht über die wissenschaftliche Marginalisierung und das letztlich unzureichende Interesse an einer kontinuierlichen Aufarbeitung und vertieften Erforschung hinwegtäuschen. Die Ursachen dafür sind unklar: Wenn wir die Aufarbeitung des NSU-Komplexes zum

49 Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung: *Schlagzeilen. Rostock: Rassismus in den Medien*.

50 Schmidt: *Politische Brandstiftung*.

51 Diese These ist nicht neu, sondern wurde bereits unmittelbar nach dem Pogrom diskutiert. Vgl. etwa das Kap. „Rostock-Gate: Das politisch zugelassene und geförderte Pogrom?“ in Funke: *Brandstifter*, S. 103–177.

52 Schmidt: Das Haus brennt!, 00:45:05–00:46:47, 00:51:20–00:54:28, Zitat 00:54:02 min.

53 Prenzel (Hrsg.): *20 Jahre Rostock-Lichtenhagen*.

Vergleich heranziehen,⁵⁴ kann die These aufgestellt werden, dass die staatspolitische Brisanz des Falls der wissenschaftlichen und journalistischen Aufarbeitung hier nicht im Wege steht – eher kann das Gegenteil behauptet werden. In den letzten Jahren ist ein verstärktes Interesse zu verzeichnen: Darunter zählt etwa das Forschungsprojekt „Doing Memory“ von Tanja Thomas, Fabian Virchow und Matthias Lorenz sowie Rostocker Initiativen mit Lokalforschenden wie etwa Gudrun Heinrich und das Dokumentationszentrum „Lichtenhagen im Gedächtnis“. Vereinzelt existieren auch Bachelor- und Masterarbeiten von interessierten Studierenden sowie einige Dissertationsprojekte.

Auf der Ebene der kulturellen Verarbeitung fällt ebenfalls im Vergleich zur Themensetzung des NSU-Komplexes etwa im Theater-Bereich ein deutlicher Unterschied auf,⁵⁵ obwohl beide Themen miteinander verbunden sind und trotz wichtiger Unterschiede in ihrer gesellschaftlichen und zeithistorischen Bedeutung vergleichbar erscheinen. Zum Thema Rostock-Lichtenhagen sind bisher drei Stücke in kleineren Theaterproduktionen entstanden: Davon nimmt nur das Stück *Sonnenblumenhaus* (2014) von Dan Thy Nguyen und Iraklis Panagiotopoulos die Perspektive der angegriffenen vietnamesischen Community ein.⁵⁶ Die beiden Stücke *Kein schöner Land* (2000) der freien Gruppe Neue Tendenz Theater aus NRW und *Bis zum Anschlag* (2011) von Christof Lange mit der Freien Theater Jugend Rostock fokussieren sich dagegen auf Weiße Täter*innen.⁵⁷ Diese Perspektive nimmt auch der bisher einzige Spielfilm zum Thema ein. Sowohl in Burhan Qurbanis Kinostreifen *Wir sind jung. Wir sind stark* (D 2015) als auch in der Bühnenadaption des Jungen Residenztheaters München (2016) stehen erneut eine Weiße Jugendgruppe und die Tätersicht im Zentrum. Im Unterschied dazu sind die Dokumentarfilme weniger bekannt, aber thematisch diverser aufgestellt, da im Laufe der Zeit neue Fragen etwa zur Integrations- und Erinnerungsarbeit dazu kamen. Neben der *Kennzeichen D-Reportage* (1992) des ZDF-Teams ist

54 Als Indikation: Im Februar 2023 listet Amazon unter der Buchrubrik „Terrorismus & Extremismus“ 127 Angebote zum Stichwort „NSU“ mit einer relativ hohen Trefferquote und nur drei Angebote zu Lichtenhagen, die sich aber allgemein mit Rechtsextremismus beschäftigen. Meine Vergleichsrecherche im Katalog der DNB kommt zu ähnlichen Größenordnungen.

55 Ein herausragendes Beispiel ist das dezentrale und interdisziplinäre Theaterprojekt *Kein Schlussstrich!* mit Diskursprogramm und Ausstellung, welches 2021 zum zehnjährigen Gedenken der Opfer der NSU-Morde von 18 Trägern in 15 Städten mit mehr als 700 Vorstellungen durchgeführt wurde. Eine zusammenfassende Übersicht findet sich hier: Nationalsozialistischer Untergrund. In: *Wikipedia*, 25.01.2023. https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalsozialistischer_Untergrund#Theater_und_Oper (Zugriff am 25.02.2023), Abschnitt „Theater und Oper“.

56 Das Stück erwähnt zwar die antiziganistischen Angriffe auf die Roma-Familien in der ZAst, kann aber ihre Erfahrungen auch aus praktischen Gründen nicht repräsentieren, da ihr Verbleib durch Abschiebungen unklar war.

57 Vgl. Guski: Nach Rostock-Lichtenhagen, S. 40–41.

insbesondere der britische Dokumentarfilm *The Truth Lies in Rostock* (1993) von Mark Saunders und Siobhan Cleary – unterstützt von der Rostocker Initiative JAKO videocoop – als zeithistorisches Dokument und als Archivmaterial von besonderer Bedeutung. In Interviews mit Roma-Geflüchteten und vietnamesischen Arbeiter*innen entstanden Bilder und Narrative, die den Angegriffenen bis heute eine Stimme geben und ihre Sicht der Geschichte ansatzweise repräsentieren. Anlässlich des 30. Jahrestags entstand in der Reihe *Die Narbe* die bisher letzte Fernsehproduktion, *Der Anschlag in Rostock-Lichtenhagen* (NDR 2022). Trotz des Postulats, Rassismus zu benennen und Betroffenenperspektiven Raum zu geben, gelingt das nicht wirklich. So wurde Mai-Phuong Kollaths Plädoyer, die rassistische Gewalt im August 1992 als „Pogrom“ zu bezeichnen, aus der dokumentierten Diskussion herausgeschnitten und stattdessen am Begriff „Krawalle“ festgehalten.⁵⁸

Auch die Stadt Rostock tut sich schwer, diesen Themen und Herausforderungen gerecht zu werden. Zwar wurde von zivilgesellschaftlicher Seite etwa die Ausstellung *Von Menschen, Ansichten und Gesetzen. Rostock-Lichtenhagen – 10 Jahre danach* (Bunt statt braun, 2002) erarbeitet. Im Laufe der Jahre fanden auch unzählige Veranstaltungen und unterschiedlichste Projekte statt. Trotzdem kann gesagt werden, dass bis 2017 die offizielle ebenso wie die zivilgesellschaftliche Erinnerungspolitik lediglich ereignisbezogen, kurzfristig und temporär, z. T. auch verklärend und instrumentell war. Statt die institutionelle Verantwortung staatlicher Akteure und den allgegenwärtigen Rassismus im Alltag bis hin zum behördlichen Handeln aufzuarbeiten und in der Bildungsarbeit weiterzuvermitteln, wurde nicht selten der Fokus auf multikulturelle Feste, Versöhnung und Integration gelegt, um unangenehme und konfliktträchtige Themen zu vermeiden.⁵⁹ Diese Kritik lässt sich auch an einem städtischen Vorzeigeprojekt zur erinnerungspolitischen Aufarbeitung des Pogroms verdeutlichen.

In Reaktion auf fortlaufende Kritik und Forderungen nach Schaffung von Lern- und Erinnerungsorten im öffentlichen Raum⁶⁰ lud die Stadt Rostock im Juli 2016 zehn Künstler*innen und Projekte zu einem Wettbewerb mit einem

58 Vgl. Kommentar zur NDR Sendung „Die Narbe“. In: *Gedenken an das Pogrom. Lichtenhagen 1992*, 28.04.2022. <https://gedenken-lichtenhagen.de/kommentar-die-narbe-ndr/> (Zugriff am 25.02.2023).

59 Vgl. Guski: Nach Rostock-Lichtenhagen, S. 43–44.

60 Vgl. ebd., S. 50; Tanja Thomas / Fabian Virchow: Hegemoniales Hören und Doing Memory an rechte Gewalt. In: *Leviathan* Sonderband 37 (2021), S. 205–226; Gudrun Heinrich: Rostock Lichtenhagen 1992–2017. Aufarbeitung und Erinnerung als Prozess der lokalen politischen Kultur. In: Martin Koschkar / Clara Ruvituso (Hrsg.): *Politische Führung im Spiegel regionaler politischer Kultur*. Wiesbaden: Springer VS 2018, S. 293–309.

Gesamtumfang von 105.000 € ein.⁶¹ Die Entscheidung der Rostocker Jury fiel zugunsten der lokalen Künstlergruppe SCHAUM aus, deren Entwurf als Nachrücker eingebracht worden war. Ihr dezentrales Konzept *Gestern Heute Morgen* geht von dem zentralen Arbeitsmotto aus: „Die Kunstwerke wollen keine Antworten oder Schuldzuweisungen geben.“⁶²

Was aber bedeutet das? Aus meiner Sicht stellt dieses Denkmal eine verpasste Chance dar. Denn die dezentrale Aufstellung u. a. vor dem Rathaus, dem Redaktionsgebäude der *Ostsee-Zeitung* und dem Polizeipräsidium ist hervorragend geeignet, die Rolle und Verantwortung dieser Institutionen beim Pogrom ganz konkret mit künstlerischen und bildungspolitischen Mitteln zu befragen. Stattdessen wurden zum 25. Jahrestag Installationen aufgestellt, die nicht nur sehr unauffällig und leicht zu übersehen sind; ihre abstrakten Symbole und universellen Gesten lenken auch davon ab, sich tatsächlich mit dem rassistischen Pogrom im lokalen Kontext auseinanderzusetzen. Da diese Skulpturen so unverständlich sind, entsteht immer wieder die absurde Situation, dass Besucher*innen und Einwohner*innen diese Gebilde nicht als Erinnerungsorte erkennen und weiter danach suchen, obwohl sie direkt davor stehen.⁶³ Aufgrund ihrer minimalistischen und kostengünstigen Gestaltung, die mit einer Grundfläche von meist nur 0,18 qm auch kaum Raum beansprucht, wirken diese Mahnmale wie eine formale Pflichtaufgabe, die im Alltag möglichst wenig stören soll und zumindest der Dominanzgesellschaft keine schmerzhaften Erinnerungen oder Lernprozesse zumuten darf. In diese Logik passt auch die Benennung der Installation vor dem Sonnenblumenhaus als „Selbstjustiz“, die mit diesem Titel aus Weißer Täterperspektive das fragwürdige Risiko der Legitimierung rassistischer Gewalt eingeht. Auch bei diesem erinnerungspolitischen Projekt offenbarte sich erneut ein altbekanntes Strukturproblem: Das Übergehen und die Unsichtbarmachung von Betroffenenperspektiven. Erst im Nachhinein fiel der Stadt auf, dass eine Einbeziehung der Opfer des Pogroms vergessen worden war. Daher wurde die sechste Skulptur, „Empathie“, von einer NGO finanziert und 2018 den betroffenen Opfern nachträglich gewidmet. Obwohl mit Romani Rose sowie dem Vorsitzenden des Migrantensrats Rostock Selbstrepräsentation ermöglicht

61 Hansestadt Rostock: *Nichtoffener Kunstwettbewerb „Erinnern und Mahnen an Rostock-Lichtenhagen 1992“*, 2016. https://rathaus.rostock.de/sixcms/media.php/4984/Auslobung_Rostock_Lichtenhagen_final.pdf (Zugriff am 27.11.2023).

62 *Gestern Heute Morgen*, o. D. www.rostock-lichtenhagen-1992.de (Zugriff am 25.02.2023).

63 So Claudia Carla (Evangelische Akademie der Nordkirche) und Lisa Radl (Stadtteilmanagerin Rostock-Lichtenhagen) in Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern: Rostock-Lichtenhagen 1992: Gedenken im öffentlichen Raum. In: *YouTube*, 17.05.2022. <https://www.youtube.com/watch?v=wzVhWJUKZ74> (Zugriff am 25.02.2023), 00:00:50–00:01:03, 00:05:35–00:06:00 min.

wurde, standen bei beiden Einweihungen bedauerlicherweise keine Sprecher*innen der vietnamesischen Community auf dem Programm. Auch die modernisierte Erinnerungspolitik ist mit Marginalisierung und Unsichtbarmachung verstrickt. Solange Arbeits- und Entscheidungsprozesse ohne *gleichberechtigte* Mitwirkung *aller* betroffenen Communities stattfinden und entsprechende (auch materielle) Voraussetzungen dafür geschaffen werden, werden zwangsläufig institutionalisierte Ausschlüsse reproduziert. So verhält es sich auch mit der offiziellen Entschuldigung der Stadt durch Oberbürgermeister Arno Pöker, die 2002 ausgesprochen wurde. Aber solange keine Entschädigungsleistungen und ein Rückkehrrecht für die damals abgeschobenen Opfer des Pogroms angeboten werden, beschränkt sich die „Wiedergutmachung“ auf ein symbolpolitisches Zeichen. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Antiziganismus und insbesondere anti-Asiatischer Rassismus nicht nur in Rostock, sondern allgemein in Deutschland bisher historisch verkannt, verdrängt und in allen Bereichen stark unsichtbar gemacht wurden und werden.⁶⁴ So wird im „Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus“ (2017) des Bundesinnenministeriums das Thema „anti-Asiatischer Rassismus“ im Unterschied zu anderen Rassismusformen nicht einmal namentlich erwähnt.⁶⁵ Fehlende Anerkennung findet sich auch in den Koalitionsvereinbarungen der aktuellen Bundesregierung vom Dezember 2021 – trotz der Aktualität und Vielzahl der dokumentierten Corona-Rassismusfälle gegen Asiatisch Aussehende in Deutschland.⁶⁶ So gesehen, stehen wir bei der Aufarbeitung des anti-Asiatischen Rassismus ganz am Anfang eines langen institutionellen Lernprozesses.

64 Ausführlicher in Kien Nghi Ha: Zur kolonialen Matrix des anti-Asiatischen Rassismus. Gelbe Gefahr, Unsichtbarkeit und Exotisierung. In: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) (Hrsg.): *Rassismusforschung: Rassismen, Communities und anti-rassistische Bewegungen*, Bd. 2. Bielefeld: Transcript 2024, im Erscheinen.

65 Vgl. Bundesministerium des Innern: *Nationaler Aktionsplan gegen Rassismus. Positionen und Maßnahmen zum Umgang mit Ideologien der Ungleichwertigkeit und den darauf bezogenen Diskriminierungen*. Berlin: Bundesregierung 2017. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/116798/5fc38044a1dd8edec34de568ad59e2b9/nationaler-aktionsplan-rassismus-data.pdf> (Zugriff am 04.04.2024).

66 Vgl. etwa die Dokumentation: Rassismus in der COVID-19-Berichterstattung. Ende 01/2020–02/2021. In: *korientation*, o. D. <https://www.korientation.de/projekte/projekteverein/corona-rassismus-medien/> (Zugriff am 16.01.2024).

II

BETROFFENENPERSPEKTIVEN

Stefanie Oster / Johann Henningsen

Betroffene Rom*nja des Pogroms in Rostock-Lichtenhagen 1992

Bericht aus einem Rechercheprojekt

Zu den Asylsuchenden,¹ die im August 1992 in der Zentralen Aufnahmestelle für Asylsuchende (ZAst) in Rostock-Lichtenhagen angegriffen wurden, gab es bisher nur sehr wenige Informationen. Diese Leerstelle ist auch Ausdruck der Kontinuität von rassistischen Machtverhältnissen. Die Stimmen und Perspektiven der betroffenen Asylsuchenden wurden in der zeitgenössischen Berichterstattung und in den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen unsichtbar gemacht. Die Betroffenen selbst wurden vermutlich in den Monaten nach dem Pogrom abgeschoben oder sie verließen Deutschland, um der Abschiebung oder der schwierigen Lebenssituation zu entgehen. Deutlich werden hier – auch in der Parallele zur Ausblendung der Stimmen vietnamesischer Betroffener² – die Auswirkungen von rassistisch strukturierten Diskursen und von institutionellem Rassismus. Obwohl diese Leerstelle seit Jahrzehnten immer wieder als solche gekennzeichnet wurde, gab es bisher keine systematischen Versuche der

1 In unserem Projekt hatten wir für die in Lichtenhagen angegriffenen Menschen zunächst das Wort „Geflüchtete“ verwendet. Im Zuge der Interviews wurde jedoch deutlich, dass einige der Zeitzeug*innen ihre Migration von Rumänien nach Deutschland nicht als Flucht und sich selbst nicht als Geflüchtete verstanden. Wir verwenden in diesem Text darum Begriffe wie Asylsuchende, Migrant*innen, Betroffene oder Überlebende.

2 Vgl. Kien Nghi Ha: Rostock-Lichtenhagen. Die Rückkehr des Verdrängten. In: *Heinrich Böll Stiftung*, 01.09.2012. <https://heimatkunde.boell.de/2012/09/01/rostock-lichtenhagen-die-rueckkehr-des-verdraengten> (Zugriff am 01.03.2023); Mai-Phuong Kollath: Fehlanzeige Aufarbeitung „Rostock-Lichtenhagen“. Warum die Mehrheitsgesellschaft hier eine Aufgabe hat. In: Irmhild Schrader / Anna Joskowicz / Karamba Diaby / Hartmut M. Giese (Hrsg.): *Vielheit und Einheit im neuen Deutschland. Leerstellen in Migrationsforschung und Erinnerungspolitik*. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel 2015, S. 111–122.

Erforschung oder Sichtbarmachung der Perspektiven von Zeitzeug*innen, die das Pogrom als Asylsuchende in der ZASt überlebten.

Im Dokumentationszentrum „Lichtenhagen im Gedächtnis“ haben wir im Sommer 2021 mit einem Rechercheprojekt zu den Erzählungen, Stimmen und Perspektiven der betroffenen Asylsuchenden begonnen.³ Ausgangspunkt war die zeitgenössische Formulierung der „Roma aus Rumänien“,⁴ welche im August 1992 einen Großteil der in Lichtenhagen ankommenden Asylsuchenden ausgemacht hätten. Außerdem führten unsere einzigen direkten Hinweise zu romane Zeitzeug*innen nach Rumänien, deren Perspektiven im Zentrum dieses Artikels stehen.

In der Forschung zum Pogrom in Lichtenhagen finden sich kaum Informationen zu den betroffenen Asylsuchenden. Zitiert werden, wenn überhaupt, Interviewausschnitte aus der bereits 1993 veröffentlichten Dokumentation *The Truth Lies in Rostock*.⁵ Um diese Grundlage zu erweitern, haben wir Akten aus der Arbeit des städtischen Untersuchungsausschusses zum Pogrom in Lichtenhagen und die zeitgenössische Lokalpresse ausgewertet sowie Interviews und Hintergrundgespräche mit ehemaligen Mitarbeitenden der Verwaltung geführt.

Die wichtigsten Quellen für unsere Forschung sind zeitgenössische und aktuelle Interviews. Dazu gehören die Materialien aus den Dreharbeiten zu *The Truth Lies in Rostock*. Dank der Zusammenarbeit mit den Filmemacher*innen von Spectacle London konnten wir für unser Projekt die vollständigen Aufnahmen von vier Interviews einsehen, von denen später nur ein Teil für den Film verwendet wurde.⁶ Diese Filme, die heute im Spectacle Archive archiviert sind, enthalten auch das einzige uns bekannte zeitgenössische Interview mit einer Romni, die das Pogrom in der ZASt überlebte. Im Projekt zusammengearbeitet

3 Das Kulturamt der Stadt Rostock, die Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern und die Rosa Luxemburg Stiftung haben das Projekt finanziell unterstützt.

4 Als „Roma“ oder „Rom*nja“ bezeichnen sich Angehörige der größten ethnischen Minderheit in Europa. Ein mögliches Adjektiv zu „Rom*nja“ ist „romane“. Unter den in Lichtenhagen ankommenden Menschen waren mit großer Sicherheit keine Sinti*zze, also meist aus Deutschland kommende Rom*nja. Die Verwendung des nur im deutschsprachigen Kontext üblichen Doppelbegriffs „Sinti und Roma“ für die Betroffenen des Pogroms ist somit ein Symptom für die Oberflächlichkeit der Auseinandersetzung mit der Thematik und erscheint oft als eher unbeholfener Ersatz für rassistische Fremdbezeichnungen.

5 *The Truth Lies in Rostock (Die Wahrheit liegt (lügt) in Rostock*, GB 1993, R: Mark Saunders / Siobhan Cleary).

6 Zur Entstehungsgeschichte dieser Interviews: Stefanie Oster / Johann Henningsen: „The Truth Lies in Rostock“. Eine Dokumentation zum Pogrom in Lichtenhagen 1992. In: *zeitgeschichte online*, 17.08.2022. <https://zeitgeschichte-online.de/node/59542> (Zugriff am 01.03.2023).

haben wir außerdem mit dem Roma Center e. V. in Deutschland, Ionela Padure und Cristian Padure in Rumänien sowie Izabela Tiberiade in Schweden. 2022 konnten wir dank dieser Kooperationspartner*innen sieben Interviews mit Zeitzeug*innen in Rumänien und Großbritannien führen lassen.⁷

Für diesen Aufsatz zitieren wir aus insgesamt fünf Interviews. Alle Interviewten kamen im Sommer 1992 mit ihren Familien aus Rumänien nach Mecklenburg-Vorpommern. In der Lichtenhäger ZAst überlebten sie das Pogrom. Für die erste Zitierte verwenden wir das Pseudonym „Anka“. Die rumänische Romni lebte nach dem Pogrom in einer Sammelunterkunft in Gelbensande, unweit von Rostock. Wenige Monate nach dem Pogrom interviewten sie dort die Macher*innen von *The Truth Lies in Rostock*. Das Interview mit Romeo Ilie wurde von dem Linguisten Cristian Padure im März 2022 im südrumänischen Alexandria geführt. Aus dieser Stadt kam er 1992 mit seiner Familie nach Rostock. Die Ehepaare Romeo Tiberiade und Iona Miclescu sowie Leonora Dumitru und Marian Dumitru wurden im Juli 2022 in Craiova, ebenfalls im Süden Rumäniens, von der Rechtswissenschaftlerin Izabela Tiberiade interviewt. Romeo Tiberiade sprach bereits in der 2012 veröffentlichten Dokumentation *Revision* über seine Erinnerungen an das Pogrom in Lichtenhagen.⁸ Heute ist er Vorsitzender der romane Partei Pro Europa in Dolj und Berater des Bürgermeisters von Craiova in Rom*nja-Fragen.

Methodisch bemühen wir uns in diesem Text im Anschluss an die Oral History um die Rekonstruktion von Wahrnehmungen, Deutungen und Bewertungen mithilfe des Interviewmaterials. Dabei versuchen wir nicht, eine vorgeblich authentische Betroffenenperspektive zu konstruieren. Präsentieren können wir nur eine geringe Zahl von teils widersprüchlichen Stimmen, die nicht alle Erfahrungen abbilden und immer kontextualisiert werden müssen. Außerdem arbeiten wir in diesem Text nur mit einer kleinen Auswahl der Interviews. Eine umfassende Auswertung des kompletten Materials steht noch aus.

7 Vier dieser Interviews haben wir im Dezember 2022 online veröffentlicht: Interviews mit Betroffenen des Pogroms in Lichtenhagen. In: *Lichtenhagen im Gedächtnis*, 20.12.2022. <https://lichtenhagen-1992.de/interviews-mit-betroffenen-des-pogroms-in-lichtenhagen/> (Zugriff am 01.03.2023).

8 *Revision* (D 2012, R: Philip Scheffner / Merle Kröger). Familie Tiberiade steht ebenfalls im Fokus zweier 2022 veröffentlichter Artikel: Jean-Philipp Baeck / Allegra Schneider: Die verschwundenen Roma. In: *taz*, 26.08.2022. <https://taz.de/30-Jahre-Rostock-Lichtenhagen/15874650/> (Zugriff am 01.03.2023); Sebastian Stoll: Die dunklen Tage von Lichtenhagen. In: *Der Spiegel*, 22.08.2022. <https://www.spiegel.de/panorama/ausschreitungen-von-rostock-lichtenhagen-1992-zwei-bewohner-aus-dem-sonnenblumenhaus-erzaehlen-a-f5cf0925-c90e-465f-a5d4-5ba66e592e3c> (Zugriff am 01.03.2023).

Migration von rumänischen Rom*nja nach Deutschland

Ab Ende der 1980er Jahre nahmen Flucht und Migration aus den ehemaligen sozialistischen Staaten Osteuropas stark zu. In Mecklenburg-Vorpommern hielten sich nach den Angaben von Landespolitikern 1992 etwa 10.000 Asylsuchende auf, etwa die Hälfte von ihnen aus Rumänien.⁹ Unter diesen Menschen waren auch viele Rom*nja. Über die Situation von Rom*nja in Rumänien Anfang der 1990er Jahre berichtet im Interview für *The Truth Lies in Rostock* Anka:

Ja, also wohin wir auch gingen, wurden wir marginalisiert. Als man uns sah, schien es etwas Ungewöhnliches zu sein, so als ob wir nicht dieselben Leute aus Rumänien wären, als ob wir keine Rumänen wären. Und der Grund, warum ich das Land verlassen habe, war, dass ich in der letzten Zeit gegen das Regime war, sowohl ich als auch meine Familie, und wir hatten ständig Probleme mit der Polizei, sie kam und führte Kontrollen im Haus durch. In der letzten Zeit, also ich habe damals gearbeitet und ich wurde gekündigt und ich konnte einfach nicht mehr in Rumänien bleiben, ich konnte die Lebensumstände nicht mehr ertragen.¹⁰

Anka berichtet in diesem Ausschnitt von einem Zusammenspiel verschiedener Ebenen gadjé-rassistischer Diskriminierung.¹¹ Die Gleichzeitigkeit von rassistischer Ausgrenzung, fehlendem staatlichen Schutz und struktureller Diskriminierung, die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verunmöglichte, und die daraus entstehende, extreme Armut erlebten in der Transformationszeit viele rumänische Rom*nja.¹² Die Migration nach Deutschland stellte eine

9 Sulner M.: „56 Anträge anerkannt“. In: *Mecklenburger Morgenpost*, 17.07.1992, S. 31; Jeder zweite Asylbewerber aus Rumänien. In: *Mecklenburger Morgenpost*, 28.07.1992, S. 9; 11400 Asylbewerber – aber nur 72 sind anerkannt. In: *Mecklenburger Morgenpost*, 25.08.1992, S. 15.

10 Spectacle Media: Interview mit Anka (Teil 1), 1992/1993. Spectacle Archive, London, TLIR109, 00:04:11–00:06:13 min. Die Interviewte spricht im Original auf Rumänisch. Das Interview wurde von einer Übersetzungsagentur ins Deutsche übertragen.

11 „Gadjé-Rassismus“ verwenden wir im Folgenden in Bezugnahme auf Roxanna-Lorraine Witt für Rassismus gegen romane Menschen. Statt wie der Begriff „Antiziganismus“ die rassistische Fremdbezeichnung zu reproduzieren, bezieht sich „Gadjé“ auf die Romanes-Bezeichnung für Nicht-Rom*nja, also für die Menschen, von denen der Rassismus ausgeht. Vgl. Roxanna-Lorraine Witt: Gadjé-Rassismus. Ein analytischer Perspektivwechsel auf Kontinuitäten menschenfeindlicher Ideologien in weißer Kultur und Identität. In: Onur Suzan Nobrega / Matthias Quent / Jonas Zipf (Hrsg.): *Rassismus. Macht. Vergessen. Von München über den NSU bis Hanau. Symbolische und materielle Kämpfe entlang rechten Terrors*. Bielefeld: Transcript 2021, S. 125–144, hier S. 129–130.

12 Brigitte Mihok: *Vergleichende Studie zur Situation der Minderheiten in Ungarn und Rumänien (1989–1996) unter besonderer Berücksichtigung der Roma*. Frankfurt am Main: Lang 1999, S. 173–179.

mögliche Form des Umgangs mit den Bedingungen der Transformationszeit dar. Auch in anderen historischen Verfolgungssituationen versuchten Rom*nja, diesen durch Binnenmigration aber auch durch das Verlassen der Heimatländer zu entgehen.¹³

In deutschen Medien wurden die tatsächlichen Ursachen der Migration rumänischer Rom*nja meist verschwiegen. Statt mit den Asylsuchenden zu sprechen, wurde über sie geschrieben und ihre Motivation mit tradierten gadjé-rassistischen Stereotypen wie dem der „Kriminalität“ oder der „Faulheit“ in Verbindung gebracht. So geschah es auch in einer großen Zahl von Artikeln, die sowohl im Vorfeld als auch im Nachgang des Pogroms in Lichtenhagen in der Rostocker Lokalpresse erschienen.¹⁴ Diese Stereotype waren anschlussfähig an die rassistischen Imaginationen von „Scheinasylanten“ und „Asylbetrüger*innen“, die CDU und CSU ab Mitte der 1980er Jahre bemühten, um Unterstützung für ihre Kampagne zur Einschränkung des Grundrechts auf Asyl zu mobilisieren.¹⁵ Bereits ab den 1970er Jahren hatte es in der Bundesrepublik kontinuierlich Verschärfungen der Asylgesetze gegeben. Diese schränkten die Rechte von Asylsuchenden immer weiter ein und verschlechterten die Unterbringungs- und Lebenssituation.¹⁶ Ab 1990 waren von deutscher Seite zahlreiche Maßnahmen eingeführt worden, um die Migration von Rumänien nach Deutschland zu regulieren. Die Bundesrepublik förderte die Einwanderung von sogenannten Aussiedler*innen und erließ gleichzeitig zahlreiche Restriktionen für alle anderen Rumän*innen. 1992 gab es für nicht-deutschstämmige Rumän*innen durch eine strenge Visumpflicht quasi keine Möglichkeit mehr zur legalen Einreise nach Deutschland.¹⁷ Menschen, die sich dafür entschieden, sich der oben

13 Nicolae Gheorghie / Andrzej Mirga: The Roma in the Twenty-First Century. A Policy Paper. In: *Eurozine*, 12.01.2001. <https://www.eurozine.com/the-roma-in-the-twenty-first-century-a-policy-paper/> (Zugriff am 01.03.2023).

14 Dazu ausführlich: Stephan Gelhaar / Ulrike Marz / Thomas Prenzel: Rostock-Lichtenhagen als konformistische Revolte. In: Thomas Prenzel (Hrsg.): *20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt*. Rostock: Universität Rostock, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften 2012, S. 55–68.

15 Welche Funktion die gadjé-rassistischen Imaginationen für die Mobilisierung in der politischen Kampagne zur Verschärfung des Asylrechts spielten und inwiefern sie sich in konkreten Migrationspolitiken auswirkten, die spezifisch gegen Rom*nja gerichtet waren, muss noch untersucht werden. Besonders das Verhältnis von gadjé-Rassismus und antislawischem Rassismus ist hier noch unklar.

16 Maria Alexopoulou: *Deutschland und die Migration. Geschichte einer Einwanderungsgesellschaft wider Willen*. Ditzingen: Reclam 2020, S. 162–184.

17 Rainer Ohliger: Von der ethnischen zur „illegalen“ Migration. Die Transition des rumänischen Grenzregimes. In: Heinz Faßmann / Rainer Münz (Hrsg.): *Ost-West-Wanderung in Europa*. Wien: Böhlau 2000, S. 195–206, hier S. 200–201.

beschriebenen Situation in Rumänien durch die Migration nach Deutschland zu entziehen, mussten nun den Weg über die ‚grüne Grenze‘ nehmen. Im Interview erzählt Marian Dumitru, wie er mit seiner Familie die deutsch-polnische Grenze überquerte und nach Rostock kam:

With God's will, we managed to cross safely, and we arrived in Germany. The guide led us. Our first stop was a small park, and we waited till next day to continue, as we were fraudulent on the territory. We crossed a forest, almost six or seven kilometres by foot. We were a mixed group, with elderly people as well. The younger ones always helped them, regardless that they had to carry their children as well. It was challenging, tiring. At the end of the route, we had to wait till the next guide would arrive, or if we had family members already established, we could contact them and get their assistance. We knew the risks. We heard the rumours of shootings at borders, we were scared. We found a sheltered spot in the woods, and we waited until they arrived to pick us up. To get to the cars, we had to crawl and to quietly reach the safe zone. Inside the cars, we were crammed, up to seven or eight persons in each car. They drove us directly to the camp, where we could turn ourselves in.¹⁸

Die Erzählung von Marian Dumitru zeigt uns, dass die Rumän*innen, die im Sommer 1992 in Lichtenhagen ankamen, oft einen wochenlangen kräftezehrenden und gefährlichen Weg hinter sich hatten. Viele Menschen wurden zudem bereits an der Grenze verhaftet und nach Polen oder Tschechien zurückgebracht, von wo sie weiter abgeschoben wurden. Eine unbekannte Anzahl von Menschen ertrank in den Grenzflüssen.¹⁹

Asylsuchende in der ostdeutschen Transformationszeit

Nach dem 3. Oktober 1990 musste in den sogenannten neuen Bundesländern innerhalb weniger Monate eine komplette Asylinfrastruktur aufgebaut werden.²⁰

18 Interview mit Marian Dumitru, 12.07.2022, Z. 40–50. Der Interviewte spricht im Original auf rumänischem Romanes. Das Interview wurde von der Interviewerin Izabela Tiberiade ins Englische übertragen. Offensichtliche grammatikalische Fehler in der englischen Übersetzung wurden von uns für die Veröffentlichung korrigiert.

19 Roma National Congress: Zur Situation der Roma in Europa und Deutschland seit der Wiedervereinigung. In: Joachim S. Hohmann (Hrsg.): *Sinti und Roma in Deutschland. Versuch einer Bilanz*. Frankfurt am Main: Lang 1995, S. 77–83, hier S. 81.

20 Die Prozesse dieses Aufbaus sind bisher wissenschaftlich kaum beschrieben. Anschlussfähig dazu sind u. a. die Arbeiten von Cindy Hader, vgl. ihren Beitrag: Randnotizen. Eine ethnografische Annäherung an die Auslagerung der Zentralen Aufnahmestelle im Anschluss an das Pogrom in Lichtenhagen, in diesem Band, und Emilia Henkel von der Universität Jena.

Dazu gehörten Sammelunterkünfte und Zentrale Aufnahmestellen (ZAst). Im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern waren die Sammelunterkünfte räumlich meist extrem isoliert. Zudem gab es noch keine Unterstützungsstrukturen aus der Zivilgesellschaft oder Communities, kaum qualifiziertes Personal in der Verwaltung, teils chaotische Zustände in den zuständigen Behörden und keine Arbeitsmöglichkeiten.²¹ Außerdem waren die Asylsuchenden in Mecklenburg-Vorpommern permanent der Bedrohung durch rechte Gewalt ausgesetzt. Gegen diese war von der ebenfalls neustrukturierten Polizei in vielen Fällen nur wenig Schutz zu erwarten.²² Die durch die Asylgesetzverschärfungen der 1980er Jahre festgeschriebene Unterbringungssituation wurde durch die Bedingungen der ostdeutschen Transformationszeit weiter verschlechtert. Die in Ostdeutschland wesentlich schlechteren Lebensumstände führten dazu, dass einige Asylsuchende gegen die Verlegung aus Westdeutschland protestierten oder von Ostdeutschland nach Westdeutschland flohen.²³

Als erster Anlaufpunkt für alle Asylsuchenden, die neu in einem Bundesland ankamen, dienten Zentrale Aufnahmestellen. Die ZAst Mecklenburg-Vorpommerns wurde im Dezember 1990 im Lichtenhäger Sonnenblumenhaus eingerichtet. Wer über die deutsch-polnische Grenze nach Mecklenburg-Vorpommern kam und sich nicht in der ZAst meldete, hielt sich illegal in Deutschland auf. Die ZAst in Lichtenhagen war im Sommer 1991 erstmals überfüllt. Ab dem Frühjahr 1992 war die Einrichtung dann wiederholt völlig überbelegt und es wurden zeitweise keine Asylsuchenden mehr aufgenommen.²⁴ Ankommende Menschen mussten teils mehrere Tage ohne jegliche Versorgung vor dem Gebäude ausharren. Über diese Situation berichtet Romeo Ilie im Interview:

21 Unabhängiges Centrum für empirische Sozial-, Politik- und Kommunikationsforschung: *Studie über die Akzeptanz von Asylbewerbern*. Unveröffentlichter Bericht. Rostock 1992, S. 5–10.

22 David Begrich: Hoyerswerda und Lichtenhagen. Urszenen rassistischer Gewalt in Ostdeutschland. In: Heike Kleffner / Anna Spangenberg (Hrsg.): *Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg*. Berlin: Be.bra 2016, S. 32–44, hier S. 37–38.

23 Ulrich Herbert: *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*. München: Beck 2001, S. 301–302.

24 Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 1. Wahlperiode: Beschlussempfehlung und Zwischenbericht des 2. Untersuchungsausschusses. Drucksache 1/3277, 16.06.1993, S. 22–23. In: *Landtag-MV*, 16.06.1993. https://www.landtag-mv.de/fileadmin/media/Dokumente/Parlamentsdokumente/Drucksachen/1_Wahlperiode/D01-3000/Drs01-3277.pdf (Zugriff am 01.03.2023).

- Interviewer: What were the conditions where you were living? Was it a flat?
- Romeo Ilie: No, nothing. We were staying outside, we were waiting for them to call us, to give us the documents.
- Interviewer: They did not give you a place to stay.
- Romeo Ilie: No, they did not give us nothing. [...]
- Interviewer: So, you were under the stars?
- Romeo Ilie: Yes, under the stars, under the eaves of the blocks, very, very hard.
- Interviewer: How many days were you staying like that?
- Romeo Ilie: I think we stood 4 days. [...]
- Interviewer: But in those 5 days you stood there, before the interview. What did you eat, what did you?
- Romeo Ilie: Nothing. We were borrowing. There was that Roma man from Piatra Neamt that helped us out, our women were searching in the garbage.²⁵

Romeo Ilie und seine Familie mussten insgesamt vier Tage vor dem Sonnenblumenhaus warten. Ihr letztes Geld hatten sie an Fluchthelfer*innen gegeben und waren in Lichtenhagen nun auf die Unterstützung durch andere Asylsuchende angewiesen. Trotz dieser menschenunwürdigen Situation mussten die Asylsuchenden in Lichtenhagen bleiben, um das Asylverfahren beginnen und sich legalisieren zu können. Die vor der ZAst wartenden Menschen befanden sich also in einem Zustand, der als Rechtlosigkeit bezeichnet werden kann. Ihnen war kein Beginn des Asylverfahrens möglich, sie hatten keinerlei Zugang zu Versorgung oder Hilfsangeboten. Zusätzlich waren sie in Lichtenhagen Bedrohungen und Angriffen ausgesetzt, vor denen sie von der Polizei nur unzureichend geschützt wurden.²⁶ Romeo Ilie beschreibt verschiedene Strategien, welche er und seine Familie in dieser Situation wählten. Darunter sind das Leihen von Geld oder Lebensmitteln und das Durchsuchen des Mülls. Auch die in der Lokalpresse häufig skandalisierten Diebstähle, die in rassistischer Weise als kulturelle Praxis von Rom*nja dargestellt wurden, lassen sich so kontextualisieren.

Doch auch für die Asylsuchenden im Inneren der ZAst war die Situation nicht unbedingt besser. Darüber berichtet Romeo Tiberiade:

25 Interview mit Romeo Ilie, 11.03.2022, Z. 77–96, 299–302. Der Interviewte spricht im Original auf rumänischem Romanes. Das Interview wurde von dem Interviewer Cristian Padure ins Englische übertragen. Offensichtliche grammatikalische Fehler in der englischen Übersetzung wurden von uns für die Veröffentlichung korrigiert.

26 Interview mit einer ehemaligen Verwaltungsmitarbeiterin des Landkreises Rostock, 14.02.2022, Z. 428–458; Asylbewerber wurden angefallen. In: *Ostsee-Zeitung*, 02.07.1992, S. 12.

[...] that center [die ZAst], it was very dirty. There was no housekeeping or cleaning, no janitors, as far as I know. I have never seen someone to clean. [...] So, two negative things: the people who received us they have not welcomed us as some normal people, but they regarded us as traitors, thieves or just criminals. But I will repeat that I'd rather stay in my room, like everyone who had their own rooms. We cleaned, my wife cleaned and washed everything, we created a nicer space, calmer.²⁷

Romeo Tiberiade erinnert sich hier an den schlechten Zustand der Räume im Sonnenblumenhaus und die diskriminierende Behandlung bei der Ankunft in Rostock. Die Berichte der in Lichtenhagen ankommenden Asylsuchenden über die erzwungene Obdachlosigkeit und die Versuche, die Räume der ZAst wohnlich zu machen, brechen völlig mit den zeitgenössisch sehr präsenten und bis heute lokal wirkmächtigen Bildern. Im lokalen Diskurs wurden die katastrophalen Zustände in und vor der Lichtenhäger ZAst oftmals als Produkt einer überforderten Verwaltung interpretiert. Aus Sicht der Betroffenen fügen sie sich in die Erfahrung von Feindseligkeit und der Verwehrung von Grundrechten ein, die bereits ihre Lebenssituation in Rumänien geprägt hatten. So formuliert es im Interview beispielsweise Marian Dumitru:

Germany was so different, compared to Romania, but we met the same attitude from people, being reluctant, not so open, and welcoming. We thought that might be an attitude for the beginning, and not a permanent one. But they remained suspicious regarding us.²⁸

Neue Perspektiven auf das Pogrom

Als am 22. August 1992 die Angriffe auf die ZAst und das ehemalige Wohnheim der vietnamesischen Rostocker*innen begannen, wurden die vor der ZAst wartenden Asylsuchenden in das Gebäude gelassen und dort z. B. in Kellerräumen untergebracht.²⁹ Über ihr Erleben der nun folgenden Angriffe berichtet im Interview Leonora Dumitru:

27 Interview mit Romeo Tiberiade, 12.07.2022, Z. 48–56. Der Interviewte spricht im Original auf Rumänisch. Das Interview wurde von der Interviewerin Izabela Tiberiade ins Englische übertragen. Offensichtliche grammatikalische Fehler in der englischen Übersetzung wurden von uns für die Veröffentlichung korrigiert.

28 Interview mit Marian Dumitru, 12.07.2022, Z. 15–18.

29 Bürgerschaft der Hansestadt Rostock, Untersuchungsausschuss „ZAst“: Protokoll der 4. Sitzung des Untersuchungsausschusses „ZAst“, 08.10.1992. Stadtarchiv Rostock, VA 4.1.1. 835, S. 12–13.

They threw bottles of fire, to set ablaze all over the floor. [...] They closed the doors. And we were stuck inside. Rostock was in flames. Many from our groups, men, including my husband, came to help us, breaking the doors. It was the only way possible for us to run out. The police arrived. But they were gazing at the flames, not doing much. Rostock was on fire, and we struggled to find a way out. We wanted to hide, but we are scared we will lose each other in the crowds.³⁰

In Leonora Dumitrus Erzählungen dominiert der Eindruck des Feuers, der mangelnde Schutz durch die Polizei und schließlich die Selbstrettung aus dem brennenden Gebäude. Die selbst organisierte Flucht aus der brennenden ZASt wird auch von drei weiteren Zeitzug*innen geschildert.³¹ Auffällig ist die Parallele zur Selbstrettung der vietnamesischen Betroffenen und ihrer Unterstützer*innen am dritten Tag des Pogroms.³² Wir konnten bisher nicht rekonstruieren, ob und wann nach einem Brand Menschen die ZASt verließen, wohin sie danach gingen oder gebracht wurden. Dieser Umstand zeigt, wie unzureichend der Ablauf des Pogroms bisher rekonstruiert ist.

Nur wenige Monate nach dem Pogrom berichtete auch Anka dem Filmteam von *The Truth Lies in Rostock* über ihre Erinnerungen an das Ereignis. Im Interview führt sie ihre Wahrnehmung der vor dem Sonnenblumenhaus versammelten Angreifer*innen aus:

Sie waren so wütend, als wollten sie uns mitnehmen, weggeben, töten. Wenn, also wenn sie irgendeine Macht gehabt hätten, wenn wir dann so in ihren Händen gewesen wären, dann hätten sie uns getötet, wie sie so viele unschuldige Menschen getötet haben.³³

Deutlich wird hier Ankas Wahrnehmung der Absicht der vor dem Sonnenblumenhaus versammelten Menge. Sie wollen die Menschen in der ZASt töten.

30 Interview mit Leonora Dumitru, 12.07.2022, Z. 33–37. Die Interviewte spricht im Original auf rumänischem Romanes. Das Interview wurde von der Interviewerin Izabela Tiberiade ins Englische übertragen. Offensichtliche grammatikalische Fehler in der englischen Übersetzung wurden von uns für die Veröffentlichung korrigiert.

31 Interview mit Romeo Tiberiade, 12.07.2022, Z. 61–109; Interview mit Iona Miclescu, 12.07.2022, Z. 45–49; Interview mit Marian Dumitru, 12.07.2022, Z. 78–98.

32 Dan Thy Nguyen: Eine geteilte Community. Kalter Krieg, Mauerfall und die vietnamesische Migrationsgeschichte. In: Lydia Lierke / Massimo Perinelli (Hrsg.): *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*. Berlin: Verbrecher 2020, S. 405–422, hier S. 419.

33 Spectacle Media: Interview mit Anka (Teil 2), 1992/1993. Spectacle Archive, London, TLIR110, 00:05:45–00:06:43 min.

Die Situation wird von Anka als lebensbedrohlich geschildert. Diese Einschätzung findet sich auch in den durch uns erhobenen Interviews. Anka ordnet das Pogrom in weitere Situationen ein, in denen sie mit der tödlichen Dimension rechter Gewalt konfrontiert war, denn es sind bereits „viele unschuldige Menschen getötet“ worden. Ihre Wahrnehmung hat eine reale Entsprechung: In den Monaten vor dem Pogrom in Lichtenhagen waren bereits drei Rumänen in Mecklenburg-Vorpommern getötet worden. Am 14. März 1992 erschlugen rechte Jugendliche den rumänischen Asylsuchenden Dragomir Christinel in seinem Bett in der Sammelunterkunft in Saal bei Ribnitz-Damgarten.³⁴ Etwa drei Monate später erschossen deutsche Jäger Grigore Velcu und Eudache Calderar an der deutsch-polnischen Grenze. Bis heute ist strittig, ob es sich dabei um einen Unfall oder gezielte Tötungen handelte.³⁵ Tödliche Gewalt gehörte zum Erfahrungsraum der damals in Mecklenburg-Vorpommern lebenden Asylsuchenden und prägte die Wahrnehmung eigener Gewalterfahrungen.

In Ankas Erzählung wird das Pogrom in Lichtenhagen nicht wesentlich von den anderen Gewalterfahrungen abgehoben oder betont. Sie ordnet das Pogrom neben Diskriminierungserfahrungen beim Einkaufen und einem Angriff in der Bahn ein.³⁶ Unsere Deutung dieser Erzählungen ist, dass die permanente Bedrohung durch potenziell tödliche Gewalt und das Gefühl der Angst in der Wahrnehmung der Betroffenen zu einer Erfahrung verschwimmen. In dieser wird sich an das Pogrom zwar als Einzelereignis erinnert, es wird aber kaum von anderen Erlebnissen abgehoben. Romeo Tiberiade drückte dies 2012 so aus: „Dieses tragische Ereignis war kein Einzelfall. Es gab eine ganze Reihe solcher Vorfälle zu der Zeit.“³⁷

Die Betroffenen erzählen das Pogrom in Lichtenhagen im Kontext anderer Erfahrungen rassistischer Ausgrenzung und Gewalt. Dies widerspricht dem im deutschsprachigen medialen und politischen Diskurs verbreiteten Narrativ von einem plötzlichen Gewaltausbruch mit Ausnahmecharakter. Stattdessen legen die Berichte der Betroffenen eine Kontextualisierung des Pogroms in der Alltäglichkeit und Normalität nahe, welche Rassismus und rechte Gewalt für Asylsuchende Anfang der 1990er Jahre in Mecklenburg-Vorpommern darstellten.

34 PRO BLEIBERECHT in Mecklenburg-Vorpommern: Wir gedenken: Dragomir Christinel. In: *Pro Bleiberecht*, 06.03.2021. <http://bleiberecht-mv.org/de/2021/03/10/dragomir-christinel/> (Zugriff am 01.03.2023).

35 Thomas Billstein: *Kein Vergessen. Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland nach 1945*. Münster: Unrast 2020, S. 96–97; *Revision*.

36 Spectacle Media: Interview mit Anka (Teil 2), 00:08:20–00:09:42 min.

37 *Revision*, 01:19:05–01:19:52 min.

Die in der ZAst angegriffenen Asylsuchenden wurden am Nachmittag des 24. August 1992 mit Bussen auf andere Unterkünfte in Mecklenburg-Vorpommern verteilt. Als Zielorte der Verteilung werden in der Lokalpresse Greifswald, Bad Doberan, Stralsund, Schwerin³⁸ und Neustrelitz³⁹ angegeben. Zudem wurden auch Menschen in die zukünftige ZAst nach Rostock-Hinrichshagen gebracht, wo bereits seit einiger Zeit Asylsuchende in Zelten untergebracht waren.⁴⁰ Für die Überlebenden des Pogroms in Lichtenhagen setzen sich die oben beschriebenen Lebensumstände in den Sammelunterkünften fort. Unterstützung für den Umgang mit traumatischen Prozessen, in denen sich vermutlich viele der Betroffenen befanden, oder gar Entschädigungszahlungen gab es für die Betroffenen nicht.

Romeo Ilie und seine Familie erlebten zudem unmittelbar nach dem Abtransport aus Lichtenhagen erneut einen Angriff. Darüber berichtet er im Interview:

When they allocated us and we arrived in that village, we slept just one night and, just after that, the Nazis came over us. [...] When those Nazis came, it happened the same thing – they broke the windows with bricks, with the fire bottles, with the sofas that were just in front, they threw it at us, it was a disaster, I swear.⁴¹

Folgen des Pogroms für Asylsuchende

Rechte Gewalttäter*innen fühlten sich durch das Pogrom in Lichtenhagen bestärkt, besonders durch die breite gesellschaftliche Unterstützung für die Gewalt sowie die ausbleibende Strafverfolgung. In Folge des Pogroms stieg die Anzahl der rechten Angriffe in Mecklenburg-Vorpommern massiv an. Selbsternannte Bürgerinitiativen nutzten ‚Lichtenhagen‘ zudem als Schreckensszenario, um gegen die Einrichtung von Sammelunterkünften in ihrer Nähe vorzugehen.⁴²

Auf Bundesebene wurde das Pogrom als Argument genutzt, um die von den Unionsparteien bereits seit Jahren geforderte Abschaffung des Grundrechts

38 Asylbewerberheime sind ständig bewacht. In: *Norddeutsche Neueste Nachrichten*, 02.09.1992, S.3.

39 Lichtenhagen stand gestern in Flammen. In: *Norddeutsche Neueste Nachrichten*, 25.08.1992, S.1.

40 Busse brachten Ausländer weg. In: *Ostsee-Zeitung*, 25.08.1992, S.3; Hintergrundgespräch mit einem ehemaligen Mitarbeiter des Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, 17.05.2022.

41 Interview mit Romeo Ilie, 11.03.2022, Z. 218–222.

42 „Da sind wir dann die bösen Buben“. In: *Norddeutsche Neueste Nachrichten*, 27.03.1993, S.4.

auf Asyl, nun mit den Stimmen der SPD, durchzusetzen.⁴³ Der Grundgesetzänderung im Mai 1993 gingen Asylgesetzverschärfungen voraus, welche beispielsweise Abschiebungen nach Rumänien erleichterten oder Geldleistungen auf Sachleistungen umstellten.⁴⁴ Letztere schränkte die Handlungsfähigkeit von Asylsuchenden, in diesem Fall die selbstbestimmte Gestaltung des Alltags mit eigenem Bargeld, stark ein und führte in Mecklenburg-Vorpommern zu Protesten und Hungerstreiks.⁴⁵

Bis 1993 verließ ein Großteil der in Mecklenburg-Vorpommern gemeldeten Asylsuchenden das Bundesland wieder.⁴⁶ So auch die in unserem Projekt interviewten Zeitzeug*innen. Als Gründe dafür nennen sie u. a. die anhaltende Bedrohung durch rechte Gewalt⁴⁷ und die Perspektivlosigkeit in Deutschland.⁴⁸ Für Menschen aus Rumänien bedeutete die Rückkehr oft eine erneute Verschlechterung ihrer Situation. Sie hatten Wohnungen und Häuser in Rumänien verloren und Gespartes für die Flucht nach Deutschland verwendet.⁴⁹

Sprechen über das Erlebte

In ihren Interviews sprechen alle Zeitzeug*innen abschließend über die bleibenden Auswirkungen, welche die Erlebnisse in Deutschland Anfang der 1990er Jahre bis heute für sie haben. Romeo Ilie erzählt von den gesundheitlichen Auswirkungen auf sich und seine Familie: „Yes, that put a mark on us, as we remained with that stress, with that fear. My wife got sick because of the fear, my son also got sick.“⁵⁰ Und Leonora Dumitru berichtet: „Even though I healed, and I recovered, those memories will forever live within me.“⁵¹

43 Patrice G. Poutrus: *Umkämpftes Asyl. Vom Nachkriegsdeutschland bis in die Gegenwart*. Berlin: Ch. Links 2019, S. 168–177.

44 Herbert: *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland*, S. 318–321.

45 Im Sommer 1993 beispielsweise in Remlin, Malchin und Martensdorf. Vgl. Asylbewerber seit Tagen im Hungerstreik. In: *Mecklenburger Morgenpost*, 05.05.1993, S. 23; Hungern als Protest. In: *Mecklenburger Morgenpost*, 07.06.1993, S. 14.

46 Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 1. Wahlperiode: Beschlussempfehlung und Abschlussbericht, 16.06.1993, S. 20.

47 Interview mit Mariana Dumitru, 12.07.2022, Z. 113–120.

48 Interview mit Romeo Tiberiade, 12.07.2022, Z. 513–516.

49 Wolfgang Gessenharter: Bedeutet Menschenwürde nur noch Deutschenwürde? Zur Lage nach Rumänien zurückgeschickter Roma. In: *S + F. Zeitschrift für Sicherheit und Frieden* 12,4 (1994), S. 173–177, hier S. 175–177.

50 Interview mit Romeo Ilie, 11.03.2022, Z. 253–254.

51 Interview mit Leonora Dumitru, 12.07.2022, Z. 94–95.

Im Rahmen der Interviews dreißig Jahre später die Ereignisse zu erzählen, beschreiben viele der Zeitzeug*innen als kräftezehrenden Prozess. Marian Dumitru spricht über seine inneren Widerstände gegen das Erinnern: „I don't even want to go back to memories and recall what happened.“⁵² Warum er dennoch seine Geschichte mit der Öffentlichkeit teilt, erklärt er gegen Ende der Aufnahme:

I would like this story to reach as many people as possible. Maybe this way more action is going to be taken and this hatred might disappear. The same people do the same thing they once did, again to the same people, is outrageous. [...] I want all Roma to show more interest to ask for their rights, in order for us to lead a more dignified life. If not for us, at least for the new generations.⁵³

Dreißig Jahre, nachdem sie in Rostock-Lichtenhagen das Pogrom überlebt haben, waren insgesamt sieben Zeitzeug*innen bereit, ihre Perspektiven und Erinnerungen mit uns und der Öffentlichkeit zu teilen. Ihnen gilt unser Dank – insbesondere angesichts der geschilderten Bedingungen des Sprechens über das Erlebte. Die über dreißig Jahre lang unsichtbar gemachten Erzählungen der betroffenen Rom*nja sind von grundlegender Bedeutung für die wissenschaftliche Aufarbeitung des Pogroms und zentral für die Gestaltung eines angemessenen Gedenkens. Notwendig ist nicht nur die erneute Rekonstruktion des Ereignisablaufs und die Einbeziehung bisher marginalisierter Perspektiven in Gedenkveranstaltungen und Bildungsangebote, sondern auch die politische Diskussion über Möglichkeiten von Unterstützung und materieller Entschädigung für die Betroffenen.

52 Interview mit Marian Dumitru, 12.07.2022, Z. 78.

53 Ebd., Z. 145–147, 178–179.

Dan Thy Nguyen

Das Sonnenblumenhaus

Über ein dokumentarisches Theaterstück und Hörspiel

Im Mai 2022 wurde ich von der Universität Rostock eingeladen, das Hörspiel *Das Sonnenblumenhaus*¹ über das Pogrom von Rostock Lichtenhagen zu präsentieren. Es gehörte zu den ersten Showings dieser Arbeit in der Stadt Rostock überhaupt.

Es hatte nur eine Lesung einige Monate zuvor im Volkstheater Rostock gegeben. Damit blieb dieses Audio- und Theaterprojekt über Rostocker Stadtgeschichte fast zehn Jahre in der Hansestadt unaufgeführt, während es schon in Berlin, Hamburg, Bremen, Köln, Frankfurt am Main, Leipzig und München mehrfach präsentiert worden war. Dabei war es seit der Genese dieses Projekts mein erklärtes Ziel gewesen, diese Arbeit in Rostock regelmäßig aufführen zu können.

Nach der Veranstaltung an der Universität wurde ich dankenswerterweise gefragt, ob ich einen Essay über die Genese dieser Arbeit schreiben könnte, die zu Beginn kaum wahrgenommen und dann zehn Jahre später zu einem präsenten Beispiel von antirassistischen Kunstprojekten in der Freien Kunstszenen Deutschlands wurde. *Das Sonnenblumenhaus* wurde sogar in San Francisco (stellenweise in einer englischen Übersetzung) präsentiert, bevor es vor Rostocker Publikum gezeigt wurde. In diesem Essay möchte ich von der Geschichte dieser Produktion berichten, mit welchen Schwierigkeiten wir zu kämpfen hatten und mit welchen Fragestellungen wir uns beschäftigt haben.

¹ *Das Sonnenblumenhaus* (D 2014, R: Dan Thy Nguyen). Verfügbar unter: <https://www.rosalux.de/news/id/43068/das-sonnenblumenhaus> (Zugriff am 27.11.2023).

Das Pogrom

Zwischen dem 22. und 26. August 1992 fand das größte Pogrom der deutschen Nachkriegsgeschichte in Rostock-Lichtenhagen statt. Hunderte Rechtsextreme waren beteiligt. Tausende applaudierende Zuschauer*innen behinderten nicht nur den Einsatz von Polizei und Feuerwehr, sondern boten sogar Neonazis Schutz vor der Polizei.² Als dann die Zentrale Aufnahmeestelle für Asylbewerber, wo das Pogrom begonnen hatte, am 24. August evakuiert worden war, wurde das angrenzende Wohnheim, in dem sich Vietnames*innen und ein Fernsichteam des ZDF aufhielten, belagert und mit Molotow-Cocktails in Brand gesteckt. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen zog sich die Polizei völlig zurück und überließ die eingeschlossenen Menschen sich selbst – den Angriffen, dem Feuer, der Meute waren sie ohne jegliche Hilfe ausgesetzt.

Wie war der Anfang?

Für mich begann die Auseinandersetzung mit Lichtenhagen und damit die Suche nach den vietnamesischen Überlebenden des Pogroms im Jahr 2011. Es war die Zeit der europäischen Finanzkrise, die 2008 begonnen hatte, sowie der Anfang des ‚Arabischen Frühlings‘. Mich interessierte, inwiefern systemische und staatliche Transformationsprozesse Schauplätze menschlichen Wahnsinns sind. Was in Rostock-Lichtenhagen 1992 geschehen war, schien ein solcher Fall gewesen zu sein.

Als dann 2011 die Aufdeckung der Verbrechen des NSU erfolgte, saß ich verhältnismäßig zufällig mit meinem Kollegen Iraklis Panagiotopoulos in Hamburg zusammen und wir schauten uns die damals wenigen Dokumentationen über Lichtenhagen an. Als Theater- und Filmemacher interessierte uns die Perzeption dieses Ereignisses im Laufe der Jahre und die Fragestellung, ob es Parallelen im Umgang mit den Opfern des Pogroms und mit den betroffenen Familien der rechten Terrorserie des NSU gegeben hatte.

Zu diesem Zeitpunkt waren die Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen nur für wenige Menschen ein Thema. Wir selbst hatten auch nur wenige Erinnerungen, da wir beide zu dieser Zeit gerade einmal 7 Jahre alt und somit selbst noch Kinder gewesen waren. Neben der Problematik, dass Lichtenhagen ein gesellschaftlich eher marginalisiert behandeltes Thema war, stellte uns der große Mangel an Primär- und Sekundärliteratur bezüglich des Pogroms vor weitere große

2 Otto Diederichs: Das Polizeidebakel von Rostock. Versuch einer analytischen Würdigung. In: *Cilip. Bürgerrechte & Polizei* 44,1 (1993), S. 6–15. <https://www.cilip.de/1993/02/22/das-polizeidebakel-von-rostock-versuch-einer-analytischen-wuerdigung/> (Zugriff am 28.11.2023).

Herausforderungen in der Recherche. Bis auf eine Handvoll Bücher, wie z. B. *Politische Brandstiftung* von Jochen Schmidt oder *SchlagZeilen. Rostock: Rassismus in den Medien* von Katrin Althoetmar, gab es nahezu nichts zu diesem Thema.³ In der Rückschau erschien es uns manchmal, als würden wir mit der Recherche für diese Arbeit gewissermaßen Neuland in der Erinnerungsarbeit betreten.

Rostock war überall

Für mich persönlich verwebten sich in der Auseinandersetzung mit Lichtenhagen, obwohl nicht im Osten Deutschlands aufgewachsen, die Schilderungen mit eigenen Rassismuserfahrungen in der Kindheit, so dass ich von vorneherein keine vollständig neutrale Position einnehmen konnte. Die Zeitzeug*innen waren alle ungefähr im Alter meiner Eltern und berichteten von ähnlichen Kriegserlebnissen. Auch die Angst vor Abschiebung ist ein Phänomen, welches mich bis heute, trotz deutscher Staatsbürgerschaft, verfolgt. Denn zu Beginn der neunziger Jahre lebte meine Familie noch als staatenlose vietnamesische Boatpeople in der Nähe von Aachen in einer Asylunterkunft.

Lichtenhagen schien von der westdeutschen Provinz zwar sehr weit entfernt. Jedoch war die Vorstellung, dass etwas Ähnliches vor unserer eigenen Haustür geschehen könnte, greifbar nah. Die Zeit nach dem Mauerfall war auch für uns Geflüchtete in Westdeutschland nicht einfach. Häufig hörten wir Sprechchöre: „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus!“ Und hin und wieder auch das dumpfe Prallen von Steinen gegen unsere Hauswand. Einmal fuhr ein Auto nah an mich heran und die Menschen darin zeigten mir mit einem Lächeln den Hitlergruß. Oft mussten wir Hundeeckremente von der Hausfassade wegwischen. Wir waren halt die „Ausländer“ in der Straße.

Mein Vater, Metallschlosser in einem nahegelegenen Braunkohlekraftwerk, brachte uns in dieser Zeit von der Arbeit Starkstromleitungen mit, die er in etwa 80 Zentimeter lange Stücke geschnitten hatte. Er brachte mir als Siebenjährigem bei, wie man sich damit gegen Menschen wehrt, sollte unser Haus gestürmt werden. Diese improvisierten Knüppel hatten wir in jedem Raum versteckt. Nur nicht nahe der Betten, damit man uns nicht im Schlaf mit den eigenen Waffen den Schädel hätte einschlagen können.

3 Jochen Schmidt: *Politische Brandstiftung. Warum 1992 in Rostock das Ausländerwohnheim in Flammen aufging*. Berlin: Edition Ost 2002; Katrin Althoetmar: *SchlagZeilen. Rostock: Rassismus in den Medien*. 2., durchges. Aufl. Duisburg: DISS 1993.

Auch wenn Rostock-Lichtenhagen für mich als Siebenjährigen noch kaum ein Begriff war – die Verrohung des Menschlichen in den Neunzigern, die spürten auch wir. Rostock war überall. Die Auseinandersetzung mit dem Pogrom hatte für mich als Künstler daher etwas Dialogisches: Ich konnte die Gesellschaft, in der ich lebte, durch die Brille der Vergangenheit besser verstehen. Und in der Begegnung mit den überlebenden Zeitzeug*innen hatte ich das Gefühl, trotz der Unterschiedlichkeit der Erfahrungen meine eigene Biografie besser nachvollziehen zu können.

Erste Schritte

Als wir dann 2011 begonnen hatten, Zeitzeug*innen zu finden, war unser Interesse nur auf die Tage des Pogroms selbst ausgerichtet. Aber in den Gesprächen signalisierten uns die Menschen, dass sie uns ihre gesamte Biografie von Kindheit, Leben in der DDR, Mauerfall und Transformationszeit erzählen wollten. Denn in ihren Augen war nicht das Pogrom von Lichtenhagen 1992 allein das entscheidende Ereignis, das ihr Leben beeinflusst hatte. Es war eine komplexe Verzahnung von Erfahrungen, die sie als Kinder im Vietnamkrieg gesammelt hatten, als junge Erwachsene als Vertragsarbeiter*innen in der DDR und als Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus in der Transformationszeit im wiedervereinigten Deutschland. So beschrieb jemand z. B., dass seine Erfahrung als Soldat im Vietnamkrieg ihn befähigte, im brennenden Sonnenblumenhaus Evakuierungspläne zu schmieden.

Es war der ausdrückliche Wunsch der Zeitzeug*innen selbst, das Pogrom von Lichtenhagen durch die Brille ihres gesamten bisherigen Lebens zu betrachten. Durch diese Perspektive wurde uns auf einmal bewusst, dass alle überlebenden interviewten Personen unterschiedliche Rollen vom 22.–26. August eingenommen hatten. Es gab den ehemaligen Soldaten, der Verteidigungs- und Fluchtpläne organisieren konnte; Übersetzer*innen, die aufgrund ihrer Sprachkenntnisse als Mittler*innen zwischen Presse und Betroffenen interagierten; selber Täter*innen, die gegen Rom*nja hetzten, im Pogrom gegen die Rom*nja mitagierten und sich zu Beginn des Pogroms mit den Bürgerbewegungen solidarisieren wollten; Menschen, die Alkohol an Rechtsradikale verkauft haben und somit das Pogrom aus wirtschaftlichem Durchhaltewillen heraus selbst mit befeuert haben; sowie unterstützende Kräfte, die mit Eisenstangen Treppenhäuser und Aufzüge verteidigen konnten. Das Überleben war ein organisierter, ambivalenter und komplexer Akt, in der die Bezeichnungen „Täter“ und „Opfer“ allein oftmals viel zu kurz greifen.

Zwischen 2011 und 2014 transkribierten wir dann insgesamt zwei größere und über zwanzig kleinere Interviews. Aus diesem dokumentarischen Material entstand 2014 das Theaterstück *Sonnenblumenhaus* im heutigen Hamburger MARKK – Museum am Rothenbaum. Kulturen und Künste der Welt und 2015 ein Hörspiel, das wir mit dem Freien Sender Kombinat (FSK) in Hamburg produzierten. Bis 2013 hatten wir keinerlei finanzielle Unterstützung, dann eine Kleinstförderung durch den Bezirk Hamburg-Eimsbüttel und für die Hörspielfassung eine kleine Finanzierung durch die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, welche die groben Sachkosten finanzierte. Auch wenn die Finanzierung im Verhältnis zur Arbeit geringfügig war, sind wir bis heute dankbar, dass wir Anfang der 2010er Jahre überhaupt Förderjurys überzeugen konnten. Bis heute gilt das *Sonnenblumenhaus* als das einzige Beispiel künstlerischer Auseinandersetzung, das sich ausschließlich mit Betroffenenperspektiven auf Rostock-Lichtenhagen auseinandersetzt, auch wenn es die vietnamesische Perspektive auf die Ereignisse bei Weitem nicht vollständig abbildet, da ein nicht zu verachtender Teil der Überlebenden nicht mehr in Deutschland lebt. Ein vergleichbares Projekt aus der Perspektive der betroffenen Rom*nja gibt es leider bis 2023 noch nicht.

Ein erster Wendepunkt

2022 wiederholte sich zum dreißigsten Mal der Jahrestag und damit die Debatte um die Frage, wie ein komplexes, intersektional verflochtenes und multiperspektivisches Erinnern möglich sei. Wie kann die Perspektive der Betroffenen und Überlebenden in den Fokus gestellt werden, eine Perspektive, die bisher in der zivilgesellschaftlichen und staatlichen Erinnerungspraxis kaum wahrgenommen wurde.

Der 20. Jahrestag stellte einen kleinen Wendepunkt dar: Auf Druck der vietnamesischen Community wurden 2012 zum ersten Mal die vietnamesischen Opfer eingeladen, jedoch durften sie, so der Politikwissenschaftler Kien Nghi Ha, keinen Redebeitrag halten, sodass sie, wie er im Heimatkundeprojekt der Heinrich Böll Stiftung beschreibt, „schmückendes Beiwerk der öffentlichen Inszenierung“⁴ des staatlichen Gedenkens waren. Seitdem wird jedoch, wenn über das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen berichtet wird, häufiger versucht, die Perspektive der ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter*innen miteinzubeziehen.

4 Kate Dehn / Kien Nghi Ha: Was ich dann in Rostock-Lichtenhagen ungeschminkt sah, war ein rassistischer Abgrund. Interview mit Kien Nghi Ha. In: *neue deutsche organisationen*, 25.08.2020. <https://neuedeutsche.org/de/artikel/was-ich-dann-in-rostock-lichtenhagen-ungeschminkt-sah-war-ein-rassistischer-abgrund/> (Zugriff am 09.05.2023).

Die Entwicklung, migrantische Stimmen zu Wort kommen zu lassen, steht in einem breiteren bundesrepublikanischen Kontext dieser Zeit: 2011 etwa machte die Art der Aufdeckung der rechtsterroristischen Mordserie des NSU einer breiten Öffentlichkeit deutlich, dass die Perspektive von Betroffenen und Opfern rassistischer Gewalt mehrheitlich ignoriert worden war. Das rechtsterroristische Netzwerk, das zwischen 2000 und 2007 aus rassistischen Motiven Menschen ermordet hatte, blieb bis zur ‚Selbstenttarnung‘ unentdeckt. Die Polizei hatte rechtsextreme Motive weitgehend ausgeschlossen und Täter*innen im Umfeld der Opfer gesucht. Ein ähnliches Ignorieren einer Betroffenenperspektive hätte sich die Stadt Rostock 2012 wahrscheinlich nicht mehr leisten können.⁵

Trotzdem: Selbst 2022 müssen wir konstatieren, dass eine strukturelle, kontinuierliche und nachhaltige Einbeziehung von Betroffenen und Überlebenden des Pogroms nicht stattfand. Und auch eine nachhaltige Strategie von Partizipationsprozessen zur Entwicklung einer gemeinschaftlichen Erinnerungskultur gemeinsam mit den Betroffenen fehlt weiterhin.

Nachbearbeitung

Das *Sonnenblumenhaus* interessierte 2014 zum Zeitpunkt seiner Premiere nahezu niemanden. Die ersten drei Aufführungen zählten zusammengenommen keine 100 Zuschauer*innen. Nach den ersten Aufführungen wurde ich vom FSK Hamburg angesprochen eine Radiofassung zu entwickeln, um diese Arbeit für ein breiteres Publikum aufzubereiten.

Erst infolge des Aufstiegs rechter Tendenzen und insbesondere im Zuge der medialen Aufmerksamkeit für Pegida, die AfD und diverse Anschläge auf Unterkünfte von Geflüchteten in den Folgejahren verwiesen linke Blogs auf das Hörspiel, das wir frei zugänglich online zur Verfügung gestellt hatten. Mit jedem Jahr wuchs das Interesse an dieser Arbeit und hatte seinen bisherigen Höhepunkt zum 30. Jahrestag 2022. Auch das Theaterstück wurde bis 2019 immer wieder gespielt. International wurde das Stück in San Francisco aufgeführt und sogar 2023 vom Departement „Francophone, Italian, and Germanic Studies“ der University of Philadelphia angefragt, um es für den Deutschunterricht aufzubereiten und zu verwenden und um über die jüngere Geschichte des vereinigten Deutschlands zu sprechen.

5 Onur Suzan Nobrega / Matthias Quent / Jonas Zipf: Von München über den NSU bis Hanau. In: Dies. (Hrsg.): *Rassismus. Macht. Vergessen. Von München über den NSU bis Hanau. Symbolische und materielle Kämpfe entlang des rechten Terrors*. Bielefeld: Transcript 2021, S. 9–23.

Wegen der Coronapandemie mussten die meisten Aufführungstermine bundesweit gestrichen werden. Das Volkstheater Rostock aber veranstaltete 2021 und 2022 wieder performative Lesungen. Auch wenn das Interesse an dieser Arbeit im Laufe der Jahre gestiegen ist, bleibt trotzdem die Frage, welche langfristige und nachhaltige Bedeutung es für die Aufarbeitung des Pogroms haben wird.

In meine Funktion als Leiter des Hamburger fluctoplasma-Festivals fließt mittlerweile meine Erfahrung in der Arbeit mit Betroffenen rechter Mord-, Brand- und Terroranschläge sowie Pogrome ein. Z. B. waren Überlebende des Brandanschlags von Mölln und des Anschlags von Halle nicht nur Gäste des Festivals, sondern waren auch selbst Organisator*innen ihrer eigenen Formate. Auch Überlebende des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen waren zur zweiten Ausgabe des Festivals 2021 eingeladen. Und auch als Kurator konnte ich das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen in der Ausstellung *Wer wir sind* (2023) in der Bundeskunsthalle Bonn thematisieren. Und für 2025 arbeite ich voraussichtlich mit dem Volkstheater Rostock und Kampnagel in Hamburg an weiteren Formaten der Erinnerungskultur in einer Fortführung des *Kein Schlussstrich*-Projekts. Die Bearbeitung des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen 1992 war zu Beginn als ein einmaliges Projekt geplant, ist aber scheinbar ein ständiger Begleiter meines Lebens geworden.

III
FACHPERSPEKTIVEN

Yvonne Wasserloos / Katharina Alexi

„Lichtenhagen 1992“ im klingenden Gedächtnis

Musikalische Medialisierungen in den internationalen Jugendkulturen und im Rechtsrock

Musik steht als Zeitkunst in einem engen Verhältnis zur Erinnerung und zum individuellen wie kollektiven Gedächtnis. Auf einer klanglichen und textbasierten Ebene werden Ereignisse und deren Deutungen weitreichend medialisiert und multipliziert. Das Pogrom von Lichtenhagen 1992 fand als historischer Moment einen vielschichtigen, auch über Deutschland hinausreichenden Nachhall. Dies betrifft sowohl die musikalische Produktion durch Bands diverser musikalischer Stile als auch die Performanz in Form von Gedenkkonzerten. Damit stellt sich die Frage nach den Verarbeitungsmustern in der sprachlichen, musikalischen und visuellen Textur von Liedern, Samplings und Musikvideos sowie deren Intention und Rezeption. Besonders die Jugendkulturen geben Aufschluss über das kollektive Gedächtnis zum Pogrom in Rostock-Lichtenhagen bis in die Gegenwart. Deutlich werden auch die unterschiedlichen inhaltlichen Ausrichtungen des Gedenkens – von einer Solidarisierung mit den Betroffenen über Kritik am unzureichenden Umgang mit rassistischer Gewalt bis hin zur Hervorhebung konkreter Institutionen. Das Gedenkkonzert bildet einen besonders interaktiven Raum des Mahnens und Erinnerns, wobei für das 20. Gedenkjahr 2012 verschiedene lokale Strategien von zivilgesellschaftlichen und aktivistischen Akteur*innen und damit verbundene Orte verglichen werden können. Aus einer medienforschenden Perspektive wird zudem deutlich, dass sich jugendkulturelle politisierte Musiken in Songs und Videos vielfach auf die audiovisuelle Berichterstattung von 1992 beziehen, mittlerweile aber auch eigene, fiktionale Erzählungen produzieren.¹

¹ Dass besonders viele musikalische Verarbeitungen entstanden sind, liegt womöglich darin begründet, dass die tagelange und zeitgleiche mediale Begleitung des Pogroms in Lichtenhagen sich von den vorigen und späteren Anschlägen unterschied.

Die Analyse schließt sich der Pogrom-Definition des Dokumentationszentrums „Lichtenhagen im Gedächtnis“ als lokalem Bildungs-, Aufarbeitungs- und Archivprojekt an. Dessen detaillierte Methodenhandreichung² greift zentrale Kriterien der soziologischen und politikwissenschaftlichen Definition von Werner Bergmann und Thomas Prenzel auf.³ Dieser Zugang erfolgt in Abgrenzung zu den Begriffen „Ausschreitungen“ und „Krawalle“, die nicht geeignet sind, „die Dynamik der Gewalteskalation und die daran beteiligten Akteur*innen in ihrer Komplexität widerzuspiegeln“.⁴

Musik als Erinnerungs- und Gedenkort (Wasserloos)

Kunstmusik wie Populärmusik fungieren als Seismografen eines Zeitgeists und hinterlassen einen geschichtlichen Abdruck, d. h. ein musikalisch-künstlerisches Phänomen, wie ein Werk, Musikvideo oder eine Performanzsituation, wird mit Geschichtlichkeit aufgeladen. Nach Jan Assmann besteht zwischen der Zeitkunst Musik und Erinnerung, Vergangenheit bzw. Geschichte ein besonders enges Verhältnis. In diesem Kontext kann Musik einen sozialen Mechanismus oder eine soziale Praxis umfassen und sowohl die Evokation als auch Selbstreflexion eines kollektiven oder individuellen Gedächtnisses begleiten.⁵

Musik gilt als ein emotional aufgeladenes und aufladendes Medium, das Ereignisse, Inhalte und Stimmungen einer Zeit archiviert. Die spontane Abrufbarkeit dieses Archivs durch technische Medien spielt eine wichtige Rolle in der Reproduktion musikalisch verknüpfter Erinnerungen. Als ein weiterer wesentlicher Faktor der Medialisierung ist der Sound einzuordnen, womit ein von der

2 Dokumentationszentrum „Lichtenhagen im Gedächtnis“ (Hrsg.): Methodenhandreichung „Lichtenhagen im Gedächtnis“, 2. überarb. u. erw. Aufl. In: *politisch bilden*, 2023. <https://api.politischbilden.de/documents/654228a643ebf8.77293034.pdf> (Zugriff am 02.12.2023).

3 Ebd., S. 7. Prenzel definiert Pogrom als einen „mehrere Tage dauernde[n] Angriff auf eine stigmatisierte Gruppe, der von einem Großteil der Bevölkerung unterstützt wird. Dazu [kommt] die mediale Begleitung, die breite Übereinstimmung mit den Ressentiments der Angreifer, die relative Unfähigkeit der Sicherheitsbehörden.“ (Achim Beer / Thomas Prenzel: Rostock-Lichtenhagen war ein „Fanal für die rechte Szene“. Interview mit Thomas Prenzel. In: *Der Westen*, 21.08.2012. <https://www.wp.de/politik/rostock-lichtenhagen-war-ein-fanal-fuer-die-rechte-szene-id7010310.html> (Zugriff am 08.02.2022).)

4 Dokumentationszentrum „Lichtenhagen im Gedächtnis“ (Hrsg.): Methodenhandreichung „Lichtenhagen im Gedächtnis“, S. 7.

5 Jan Assmann: Das kulturelle Gedächtnis des *Sacre du printemps*. Über Archaik und Moderne. In: Lena Nieper / Julian Schmitz (Hrsg.): *Musik als Medium der Erinnerung. Gedächtnis – Geschichte – Gegenwart*. Bielefeld: Transcript 2016, S. 81–102, hier S. 93.

schriftlichen Notation von Musik unabhängiges, nicht sicht-, aber erfahrbares Erinnerungsmedium zum Tragen kommt.⁶ Des Weiteren wirken Formen musikalisch basierter Erinnerungskultur wie Sampling, Cover und Mashup reflexiv und neukontextualisierend, indem sie bereits existente Musik verhandeln und Vergangenheit und Gegenwart in Bezug zueinander setzen.

Sind die Methoden des Samplings bereits seit den 1970er Jahren Teil musikalischer Produktionen, so hat sich eine neue Situation infolge der Digitalisierung ergeben. Es eröffnen sich unzählige Möglichkeiten, Musiken zu rekombinieren oder durch ihre Platzierung im Speicherort des Internets zu reaktivieren. Öffentlich zugängliche Audio- oder Videoplattformen wie Dailymotion, Soundcloud, YouTube stellen ein nicht-vergessendes Medium dar. So bildet sich ein quantitativer Pool von Musik, die durch den Upload durch User*innen aus unterschiedlichen Motivationen und Zugängen heraus als bedeutsam und ‚unvergesslich‘ deklariert wird. Ebenso können über (Musik-)Videos permanent vermittelte Bilder ikonografisch wirken. Als Generationengedächtnis evokiert Musik einen Erinnerungsort für Ereignisse und Stimmungen, die nachfolgenden Generationen kaum vermittelbar wären.⁷ Diese neuen Rezipierenden können diese Musik in einem anderen Kontext verstehen oder mit einer neuen Bedeutung aufladen und für sich vereinnahmen.⁸ Rezeptionsmuster aufzuspüren und zu diskutieren, die gerade zwischen Wandel und Überdauern changieren, erscheint als ein probater Zugang zu den Formen und Inhalten des ‚klingenden Gedächtnisses‘⁹. Nachfolgend wird ein Überblick zu ‚Lichtenhagen 1992‘ in den Jugendkulturen der populären Musik und im Rechtsrock gegeben.

6 Melanie Unsel: Musikwissenschaft und Erinnerungsforschung. Einige Vorüberlegungen. In: Ebd., S. 29–38, hier S. 34.

7 Barbara Stambolis / Jürgen Reulecke: Einleitung. Lieder im Generationengedächtnis des 20. Jahrhunderts. In: Dies. (Hrsg.): *Good-Bye Memories? Lieder im Generationengedächtnis des 20. Jahrhunderts*. Essen: Klartext 2007, S. 11–23, hier S. 14.

8 Ebd., S. 15.

9 Federico Spinetti, Monika Schoop und Martin Ringsmut haben in der deutschsprachigen Musikforschung den Begriff der Sounding Memories (‚klingende Erinnerungen‘) eingeführt, vgl. Monika Schoop / Federico Spinetti / Martin Ringsmut / Sidney König: Sounding Memories. Research Projects of the University of Cologne’s Faculty of Arts and Humanities 2017/2018. In: *Universität Köln*, 18.01.2019. <https://phil-fak.uni-koeln.de/en/research/research-magazine-of-the-faculty-of-arts-and-humanities/research-2017-2018/sounding-memories> (Zugriff am 02.01.2024).

**(Inter-)Nationale Reaktionen auf ‚Lichtenhagen 1992‘:
 From Hoyerswerda to Rostock bis Brennt alles nieder
 (Alexi / Wasserloos)**

Jugendkulturen der populären Musik verarbeiten die rassistischen Übergriffe in deutschen Klein-, Kreis- und Großstädten in den 1990er Jahren bis in die Gegenwart, so auch Rostock-Lichtenhagen.¹⁰ Songs zum Pogrom entstanden seit 1992.¹¹ An dieser Stelle erfolgt ein tabellarischer Überblick zur Verarbeitung in den Jugendkulturen Hip-Hop, Punk und Techno sowie im Rechtsrock. Das bedeutet sowohl hier als auch an späterer Stelle zum musikimmanenten Erinnerungsspeicher keine Gleichsetzung oder Relativierung politischer Haltungen.

Band / Musiker*in (Genre)	Songtitel, in: Album, Jahr	Label	Medien der Bezugnahme
Weep Not Child (Hip-Hop)	<i>From Hoyerswerda to Rostock</i> , in: <i>From Hoyerswerda to Rostock</i> , 1992 (Studio- Aufnahme) / 1993 (Album-Release)	Buback	Song
Advanced Chemistry (Rap)	<i>Fremd im eigenen Land</i> , 1992 (Single-Release)	MZEE Records	Song, Musikvideo
Landser (Rechtsrock)	<i>Z.Ast-Song</i> , in: <i>Das Reich kommt wieder</i> , 1992 (1993 indiziert)	Eigen- produktion	Song
Slime (Punk)	<i>Schweineherbst</i> , 1993 (Single-Release), in: <i>Schweineherbst</i> , 1994	Indigo	Song, Musikvideo

10 Als zentrale wissenschaftliche Annäherungen vgl. Melani Schröter: 80,000,000 Hooligans. Discourses of Resistance to Racism and Xenophobia in German Punk Lyrics 1991–1994. In: *Critical Discourse Studies* 12,4 (2015), S. 398–425; Britta Sweers: Music and Fascism. Applied Ethnomusicology in Rostock, Germany. In: John Morgan O’Connell / Salwa El-Shawan Castelo-Branco (Hrsg.): *Music and Conflict*. Urbana / Springfield: U of Illinois P 2010, S. 193–216.

11 Zusätzlich zu den zugänglichen, aufgenommenen Songs sind womöglich weitere sowie auch Konzertansagen zu ergänzen, z. B. von lokalen Bands. Diese ephemeren Zeugnisse könnten mit Anschlussforschungen wie Interviews rekonstruiert werden.

No Remorse (Rechtsrock)	<i>Barbecue in Rostock</i> , in: <i>Barbecue in Rostock</i> , 1996	ISD-Records	Song
ZSK (Punk)	<i>24. August 1992</i> , in: <i>Discontent Hearts and Gasoline</i> , 2006	Blitzcore	Song
Feine Sahne Fischfilet (Punk) ¹²	<i>Stumme Menschen</i> , in: <i>Wut im Bauch</i> , <i>Trauer im Herzen</i> , 2010/2013	Diffidati Records (2010), Audiolith (2013)	Sampling im Song
Feine Sahne Fischfilet (Punk)	<i>In unseren Augen</i> , in: <i>Scheitern und Verstehen</i> , 2012	Audiolith	Song
Marteria (Rap)	<i>Mein Rostock</i> , in: <i>Zurück in die Zukunft II</i> , 2014	Four Music	Song
Milz (Rap)	<i>Lichtenhagen</i> (EP), 2016	Unbekannt	Interview zum Album
Negativ Dekadent (Techno)	<i>Lichtenhagen</i> , in: <i>Noise as value</i> , 2018	Destroy all monsters	Instrumental- track, Musikvideo
Dritte Wahl (Punk)	<i>Brennt alles nieder</i> , in: <i>3D</i> , 2020	Dritte Wahl Records	Song, Musikvideo

Tab. 1: Bezugnahmen auf das Pogrom von Lichtenhagen in den Jugendkulturen und im Rechtsrock 1992–2020.

12 Gegen den Sänger der Musikgruppe wurden 2022 Vorwürfe von Machtmissbrauch und sexualisierter Gewalt erhoben. Vgl. Fabian Soethof: Über die Vorwürfe gegen Feine Sahne Fischfilets Jan „Monchi“ Gorkow. In: *Musikexpress*, 13.05.2022. <https://www.musikexpress.de/ueber-die-vorwuerfe-gegen-feine-sahne-fischfilets-jan-monchi-gorkow-bitte-glaubt-den-dumtmasslichen-opfern-so-schwer-es-fallen-mag-2146535/> (Zugriff am 02.01.2024).

Die Songs und Videos unterteilen sich in unmittelbare Reaktionen in den frühen 1990er Jahren und spätere Lieder mit erinnerndem und mahnendem Charakter oder der Glorifizierung des Pogroms durch die extrem rechte Szene. Die stilistische wie politische Bandbreite ist offensichtlich, dennoch machen Punk-¹³ und Rap-Songs den größten Teil der Aufarbeitung in der populären deutschsprachigen Musik aus.¹⁴ Sie thematisierten früh die in den 1990er Jahren in neuen Dimensionen eskalierende rechtsradikale Gewalt. Zugleich verweisen einige auf die Kontinuität rassistischer Alltagsgewalt und des Rechtsterrorismus in Deutschland.

Nachstehend werden der Song und das Musikvideo *Schweineherbst* der Punkband Slime sowie frühe Reaktionen aus der Rapszene näher behandelt.¹⁵ Als Ausblick dient die Analyse eines 2020 veröffentlichten Songs und Musikvideos der Punkband Dritte Wahl mit einer fiktionalisierten Betroffenenperspektive.

„Ich seh euch winden, während sie immer mehr Menschen anzünden“ – Reaktionen auf das Pogrom in Rostock aus der Punk- und Rapszene im Wandel (Alexi)

Die Hamburger Punkband Slime¹⁶ reagierte im Sommer 1993 mit der Single *Schweineherbst* und einem Musikvideo auf die Anschläge in Lichtenhagen und Mölln. *Schweineherbst* erschien als Doppelsingle mit dem Stück *Der Tod ist ein*

13 Einen Überblick über die Jugendkultur gibt u. a. Martin Büsser: *If the Kids Are United. Von Punk zu Hardcore und zurück*. Mainz: Ventil 2000.

14 Eine der frühesten fotografisch festgehaltenen musikalischen Begegnungen zeigt darüber hinaus den Diên Hồng-Vorsitzenden Nguyen Do Thinh 1993 mit dem Liedermacher Konstantin Wecker, vgl. Renate Heusch-Lahl: 10 Jahre Diên Hồng – Gemeinsam unter einem Dach e. V. 10 Jahre gegen Rassismus. 10 Jahre für Gleichberechtigung und Annäherung zwischen Deutschen und Zugewanderten, 2002. In: *Yumpu*, 27.11.2012. <https://www.yumpu.com/de/document/read/4486060/brosche-10-jahre-neu-bel-dien-hong-gemeinsam-unter-einem> (Zugriff am 02.12.2023), S. 23. Der Verein wurde 1992 von in Rostock lebenden Vietdeutschen nach dem Pogrom aufgebaut. Wecker besuchte ihn 1993: „In seinem bekanntesten Lied [...] beschreibt er, der seit dem 9. September Ehrenmitglied des Vereins [...] ist, auch das Leid der Lichtenhäger VietnamesInnen“ (ebd., S. 22).

15 Ein wissenschaftlich schon hervorgehobener Song ist Advanced Chemistrys *Fremd im eigenen Land*, Veröffentlichungsangaben s. o. Vgl. u. a. Ayla Güler Saied: *Rap in Deutschland. Musik als Interaktionsmedium zwischen Partykultur und urbanen Anerkennungskämpfen*. Bielefeld: Transcript 2014, S. 58; Verda Kaya: *HipHop zwischen Istanbul und Berlin. Eine (deutsch-) türkische Jugendkultur im lokalen und transnationalen Beziehungsgeflecht*. Bielefeld Transcript 2015, S. 291.

16 Zu anderen Songs der Gruppe vgl. u. a. Ole Löding: *Deutschland Katastrophenstaat. Der Nationalsozialismus im politischen Song*. Bielefeld: Transcript 2010, S. 160, 390.

Meister aus Deutschland,¹⁷ das einen Satz aus Paul Celans *Todesfuge* aufgreift, sowie 1994 auf dem gleichnamigen Album *Schweineherbst*. In einer Biografie heißt es zur Entstehung seitens des (ehemaligen) Bandmitglieds Dirk Jora:

Mölln, wo drei Menschen verbrannten, war bloß eine Stunde Autofahrt von Hamburg entfernt. Und durch die Ereignisse von Lichtenhagen hatte ich eine Ahnung von Auschwitz bekommen: der deutsche Mob mit seiner Grundeinstellung, dass die Welt am deutschen Wesen genesen soll.¹⁸

Während der Songtext mit den Worten „Der Regen zog im Westen auf“ beginnt, zeigt das Musikvideo¹⁹ Sequenzen aus einer *Spiegel*-Berichterstattung zum Rostocker Pogrom. Der Song dokumentiert außerdem die damals geführte öffentliche Debatte über den Umgang mit den Anschlägen. Die Perspektive der Hauptfigur im Song – im Video verkörpert durch fassungslos vor dem Fernseher Sitzende – wandelt sich im Verlauf der eigenen Auseinandersetzung und klagt Untätigkeit an, wie im obigen Songzitat festgehalten.

Deutschsprachige Medien der Punk- und Metalszene verarbeiteten die Brandanschläge als nun gesteigert sichtbare rechte Gewalt in der Besprechung von Singles und Musikalben, aber auch darüber hinaus. So veröffentlichte das Punk-Fanzine *ZAP* im April 1993 eine Ausgabe unter der Überschrift „Deutschland feiert seinen Frühlingsanfang“. Auf dem Cover dokumentiert wurde der Hitlergruß eines Mannes inmitten einer Gruppe anderer Männer neben Polizisten, die dies nicht sahen. Das Magazin schrieb bereits im Oktober 1992 selbstkritisch auf die Jugendkultur Hardcore-Punk bezogen: „Deutschland brennt, Hardcore pennt“.²⁰ Diese Ausgabe widmete sich auf fast zwanzig Seiten, einem Drittel aller Beiträge, dem Lichtenhagen-Pogrom. Sie enthält die Artikel „Was geschah wirklich in Rostock?“ und „Der normale Deutsche“.²¹ (Abb. 1)

Drei weitere, jüngere und lokale Beispiele sollen behandelt werden und sowohl Wandel als auch fortgesetzte Auseinandersetzungen in den Jugendkulturen

17 Vgl. Daniel Ryser: *Slime. Deutschland muss sterben*. München: Heyne 2013, S. 199.

18 Ebd., S. 198–199.

19 BadReligion1966: Slime (Schweineherbst 1993). In: *YouTube*, 23.03.2012. <https://www.youtube.com/watch?v=9G3j8TGSFXw&feature=youtu.be> (Zugriff am 02.12.2023).

20 Büsser, der selbst für *ZAP* schrieb, erwähnte die Ausgabe kurz, vgl. Büsser: *If the Kids Are United*, S. 139.

21 Was geschah wirklich in Rostock? In: *ZAP* 53 (1992), S. 14–15; Der normale Deutsche. In: Ebd., S. 12.



Abb. 1
Fanzine-Cover von
ZAP 53 (1992).

aufzeigen. In dem Song *Mein Rostock* (2014) heißt es bei Marteria²²: „Deine Feinde kennen dich genau. Doch sehen in dir nur dein brennendes Haus“.²³ Diese Textstelle verweist womöglich auf die umfassende überregionale Berichterstattung zum Pogrom. Dessen Einschätzung als besonders wichtiger Teil der jüngeren Geschichte Rostocks scheint jedoch als Reduzierung verstanden und kritisiert zu werden, wobei unklar bleibt, wer mit den „Feinden“ gemeint ist. Marteria performte den Song beim Bundesvision Song Contest; aufgrund

22 Eine Anklage gegen den Rapper wegen Körperverletzung gegen eine Frau wurde fallen gelassen und das Verfahren (ohne Angabe von Gründen) eingestellt, vgl. Marteria äußert sich zu Vorwurf der Körperverletzung. In: *NDR*, 19.04.2023. <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Marteria-aeussert-sich-zu-Vorwurf-der-Koerperverletzung,-marteria488.html> (Zugriff am 02.01.2024).

23 Marteria: *Mein Rostock* (*Zum Glück in die Zukunft II*, 2014, Four Music).

seines Inhalts wurde er als Versuch einer „Image-Verbesserung“ für Rostock gedeutet.²⁴

2016 dokumentiert des Weiteren der lokale Rapper Milz in einem Interview zu seiner EP *Lichtenhagen*, die zwar vor allem den Stadtteil Lichtenhagen in der Gegenwart stilisiert und sich nicht vordergründig auf das Pogrom bezieht, einen Musikvideo-Dreh. In dem Zuge schildert er auch die Kontinuität von Rassismus:

Keine fünf Minuten vom Ort der damaligen Anschläge ist seit neuestem eine Unterkunft für alleinreisende Asylsuchende. Dort gibt es immer wieder Ausschreitungen und Rechte, die Stimmung machen. Man merkt das wieder eine Wut auf alles bei vielen Menschen entsteht. Als wir mit Axel [...] zu „Bring sie um“²⁵ gedreht haben ist ein Opa auf dem Fahrrad vorbeigefahren und rief: „Überall Kanaken“²⁶

Eine explizite Betroffenenperspektive griff zuletzt die Rostocker Punkband Dritte Wahl in ihrem Lied und Video²⁷ *Brennt alles nieder* auf. Das Video zeigt das ängstliche Ausharren mehrerer Kleinkinder in einem angegriffenen Wohnhaus. Die Angst einer attackierten Familie wird thematisiert; die fiktionalisierte Perspektive wechselt mehrfach zwischen einer Wohnung im Gebäude und von der Familie im Fernsehen angesehenen Attacken vor dem Haus. Die Empfindungen der Betroffenen werden auch anhand der Geräuschkulisse vermittelt: „drinnen lauschen alle dem grausigen Konzert / sie sitzen in der Falle, die Auswege versperrt“.²⁸ Während die Eltern ihre Kinder zu beruhigen versuchen, verschaffen sich die Rechtsradikalen Zugang zu dem anderen Gebäude und die

24 Dpa: Bundesvision Song Contest. Marteria will Image von Rostock verbessern. In: *Focus*, 10.09.2014. https://www.focus.de/regional/rostock/musik-bundesvision-song-contest-marteria-will-image-von-rostock-verbessern_id_4124316.html (Zugriff am 14.01.2024).

25 Der Song enthält die Zeilen „Lichtenhagen, das ist mein Anschlag, sitz in der Rostlaube, Mucke auf Anschlag“ (01:08–01:12 min). Der Videoausschnitt ist mit Aufnahmen des Rappers in der S-Bahnhaltestelle Lichtenhagen unterlegt. Der Songtitel bezieht sich auf gehörte Stimmen des lyrischen Ichs („[ich] hör die Stimmen, die mir sagen ‚komm und lass‘, hör die Stimme, die mir sagen ‚sei nicht dumm“), auf die dieses erwidert: „meine Stimmt sagt zu mir ‚weißt du was? Heute Nacht, bring sie um“). Nicht unerwähnt bleiben soll, dass das Lied eine Sängerin anhand ihres Äußeren mit einem diskriminierenden Begriff abwertet. Dieser wurde im Rap zwar auch versucht umzudeuten; auf entsprechende Musikprojekte bezieht sich das Lied aber nicht.

26 Oliver Marquart: Interview mit Milz über „Lichtenhagen“. In: *rap.de*, 07.07.2016. <https://rap.de/c37-interview/85817-interview-mit-milz-ueber-lichtenhagen/> (Zugriff am 07.02.2022). Das grafische Durchstreichen des Textes steht für eine Distanzierung von der Aussage.

27 Dritte Wahl: Brennt alles nieder. In: *YouTube*, 18.09.2020. <https://www.youtube.com/watch?v=iNS4xppz-jM> (Zugriff am 02.12.2023).

28 Ebd.

Kamerawechsel nach drinnen nehmen ab. Im Abspann des Videos, unterlegt von Dokumentationsmaterial zur rechtspolitisierten Szene, heißt es:

Rostock Lichtenhagen ist jetzt 30 Jahre her, aber das Thema ist heute leider so aktuell wie noch nie. Der allgemeine Rechtsruck zieht sich wie ein wucherndes Geschwür durch unsere Gesellschaft. Wir wollen uns dem nicht beugen und werden weiter dagegenhalten, wo und wann immer sich Gelegenheit dazu bietet.²⁹

Frühe Reaktionen im Hip-Hop 1992: *From Hoyerswerda to Rostock* (Wasserloos)

In den 1990er Jahren positionierten sich im Hip-Hop einige afro-deutsche MCs („Master of Ceremonies“) wie Weep Not Child in ihren Texten auch politisch und führten damit eine musikalische Linie fort, die mit *Fremd im eigenen Land* von Advanced Chemistry begonnen hatte. In diesen Produktionen wurden politische Statements mit biografischen Einsprengseln verbunden. Hinterfragt wurde, was „Deutschsein“ oder die Monopole „eingeborener“ Deutscher bedeuteten, und durch Musik eine afro-deutsche Geschichte geschrieben.³⁰ Diese Linie führten beispielsweise Foreign Accent, Afrob oder Ebony Prince fort, woran Weep Not Child mit *From Hoyerswerda to Rostock* anknüpfte. Der Track erschien auf dem gleichnamigen Album, das bereits im Oktober 1992 im Vollton-Studio in Oberhausen eingespielt und 1993 veröffentlicht wurde.³¹

Um Neukontextualisierung zu evozieren, gilt im Hip-Hop und Rap das Sampling³² als produktive Technik. Der Rückgriff auf bereits existente Musik kann sowohl Hommage, Kritik als auch Diffamierung bedeuten. *From Hoyerswerda to Rostock* basiert auf zahlreichen Samplings, von denen bislang nicht alle

29 Dritte Wahl: Brennt alles nieder, 03:32–03:59 min.

30 Vgl. Kofi Yakpo: „Denn ich bin kein Einzelfall, sondern einer von vielen“. Afro-deutsche Künstler in der Hip-Hop-Gründerzeit. In: *bpb*, 10.08.2004. <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/afrikanische-diaspora/59580/denn-ich-bin-kein-einzelfall-sondern-einer-von-vielen/> (Zugriff am 19.02.2023).

31 Vgl. die Credits im Album-Booklet.

32 Als Definition soll jene von Georg Fischer gelten: „Sampling bezeichnet eine musikalische Kopierpraxis, bei der eine digitale Kopie eines Klangs in einen neuen musikalischen Zusammenhang gestellt wird. [...] Samplinggetriebene Genres wie Hip Hop, House, Techno, Drum'n'Bass und weitere bewerten nach bestimmten Kriterien neue Stücke. Diese Kriterien sind als Neuheitsgrammatik mit kontributonalistischer Produktionslogik im Wissen der Akteure gebündelt und werden fortlaufend von diesen interpretiert, verhandelt und gebrochen.“ (Georg Fischer: *Sampling in der Musikproduktion. Das Spannungsfeld zwischen Urheberrecht und Kreativität*. Marburg: BUCHNER 2020, S. 13, 300.)

entschlüsselt werden konnten. Als Intro fungiert die relativ populäre Textzeile „I wanna know for sure“ mit dem charakteristischen, rauen Gesang im Song *Wild Thing* der britischen Garage-Rockband The Troggs. Er erschien 1966 und fand später als Coverversion von Jimi Hendrix weitere Verbreitung. Dazu sind Einwüfe von Blechbläsern zu hören, deren Ursprung stilistisch dem Funk und dem Sound nach der Tradition afro-amerikanischer Bläsercombos zuzuordnen ist. Im Gegensatz dazu werden im Text³³ aktuelle „deutsche“ Probleme benannt, worunter als Pars pro Toto Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen subsumiert werden. Drei Themenblöcke sind durch Wortfelder auszumachen:

1. Rassismus: „hate race“, „Hoyerswerda one year ago the beginning of a racist show“, „38% say yes to the chase, the killing, the murder“, „I guess racism is here to stay“.
2. (Neo-)Nationalsozialismus: „the first victims of the Nazis now get deported“, „let us make Germany clean“, „call out for Reich No. 4“, „that will be more fun when they burn down“.
3. Feindbild Staat (BRD) und seine Organe: „laws are made to reject foreigners“, „kill a foreigner and Bonn will answer your prayer“, „throw all the stones and fire on Bonn, let it burn“, „police, po-lies“.

In einer Verdichtung wird Rassismus problematisiert und seine Dauerhaftigkeit antizipiert. Gegenwart und Geschichte finden eine Parallelsierung durch den Verweis auf den Nationalsozialismus („Reich No. 4“). Der Staat des wiedervereinten Deutschlands rückt in den Fokus der Kritik und wird politisch wie moralisch zur Verantwortung gezogen. Daraus resultiert in der letzten Konsequenz der Aufruf zu mörderischer Gewalt: „One racist, one bullet.“ Dass solche Gedanken an Selbstjustiz lediglich Ausdruck künstlerischer Gestaltungsfreiheit sind bzw. sein sollten, liegt auf der Hand.

Gedenkkonzerte und -veranstaltungen in Rostock und überregional – und ein Chorprojekt (Alexi)

In einer öffentlichen Situation übernahmen Gedenkveranstaltungen die Funktion, den Protest gegen das Pogrom zu kanalisieren und die Solidarisierung mit den Opfern zu artikulieren. Auf Lichtenhagen reagierte die bundesweite Pop- und Rockszene ausgehend von Köln mit zwei frühen Konzerten: *Arsch hub, Zäng ussenander* im November 1992 und *Heute die! Morgen Du!* im

33 Für den Beitrag wurde die Textfassung im CD-Booklet verwendet: Weep Not Child: *From Hoyerswerda to Rostock* (1993, Buback LC 7650).

Dezember 1992 in Frankfurt am Main. An letzterem beteiligten sich bekannte Pop-Künstler*innen wie Die Prinzen, Herbert Grönemeyer, Silly und in geringerem Ausmaß auch jugendkulturelle Gruppen wie Die Toten Hosen und Die Fantastischen Vier.

Den kulturellen Großveranstaltungen vorausgegangen waren politische Formate in Rostock. So verzeichnete eine vom DGB angemeldete Solidaritätsdemonstration am Dienstag nach dem Pogrom 800 Teilnehmer*innen.³⁴ Am Samstag darauf fanden sich für die Großdemonstration „Stoppt die Pogrome. Solidarität mit den Flüchtlingen. Bleiberecht für alle“ schließlich 20.000 Teilnehmer*innen in Rostock ein.³⁵

Für das Gedenken ab den späteren 1990er Jahren verweist Britta Sweers auf die Bedeutung des sogenannten Friedensfests in Rostock,³⁶ das laut Zeitungsangaben 1998 von 10.000 Personen besucht wurde und 2002 noch von 4.000.³⁷ Dokumentiert ist allerdings auch eine Kritik an der damaligen Bezeichnung „Friedensfest“ – eine Reaktion der Brandenburger Flüchtlingsinitiative, geäußert von Julien Enoka: „Es gibt keinen Grund, ein Fest zu feiern. Für uns sieht das Morgen nicht gut aus.“³⁸

2012 wurden in Rostock zwei öffentlichkeitswirksame Gedenkkonzerte durchgeführt, am 24. und 25. August. Rund 2.000 Menschen besuchten das erste Konzert „Lichtenhagen bewegt“, organisiert vom Verein Bunt statt braun und der Heinrich-Böll-Stiftung im Rostocker Stadthafen.³⁹ Einen Abend später fand in Lichtenhagen als Abschluss der bundesweit ausgerufenen Demonstration

34 Eine musikbezogene Archivrecherche zu den Veranstaltungen direkt nach dem Pogrom wurde mithilfe des Dokumentationszentrum „Lichtenhagen im Gedächtnis“ sowie des NDR durchgeführt. Es ist davon auszugehen, dass der ausgerechnet im Sommer 1992 nicht mehr auf UKW gesendete und wenig später eingestellte Radiosender DT64, auf den MDR Sputnik folgte, Archivmaterial enthalten hätte können. Zur protestreichen Abschaltung des Senders gibt es beachtliches Archivmaterial; tausende Jugendliche versuchten, gegen die Einstellung vorzugehen – auch weil der Sender ein Kanal politisierter ostdeutscher Jugendkultur war, dessen Verlust der Sender N-Joy später nicht auffangen konnte.

35 Vgl. VVN-BdA: Stadtgespräche. Lichtenhagen 1992. Ein Zeitzeugenbericht zum 20. Jahrestag des Pogroms Lichtenhagen. In: *lichtenhagen.blogspot.de*, 02.07.2012. <https://web.archive.org/web/20210418111507/http://lichtenhagen.blogspot.de/2012/07/02/lichtenhagen-1992-ein-zeitzeugenbericht-zum-20-jahrestag-des-pogroms/> (Zugriff am 14.02.2022).

36 Sweers: *Music and Fascism*, S. 200.

37 Vgl. bk: Friedensfest und buntes Miteinander. In: *Boulevard Rostock*, 25.08.2002, S. 3. Dieser Artikel konnte im Dokumentationszentrum „Lichtenhagen im Gedächtnis“ recherchiert werden, dem für die Bereitstellung gedankt sei.

38 Ebd.

39 Vgl. Stefanie: Lichtenhagen bewegt 2012. Open Air Konzert im Stadthafen. In: *Rostock heute*, 24.08.2012. <https://www.rostock-heute.de/lichtenhagen-bewegt-2012-konzert-stadthafen/51844> (Zugriff am 10.02.2022).

„20 Jahre Pogrom von Rostock-Lichtenhagen. Wir vergessen nicht!“ ein Konzert statt.⁴⁰ Hier traten Musikgruppen nach Kundgebungen sowie der Demonstration auf, deren Route durch Lichtenhagen führte.

Für das 30. Jahr der Erinnerung an das Pogrom ist als musikalischer Beitrag besonders die im Mai 2022 initiierte Gründung des Chors für Vielfalt durch den Diên Hồng – Gemeinsam unter einem Dach e. V. hervorzuheben, die am 24. August in einen öffentlichen und partizipativen Auftritt auf dem Neuen Markt in Rostock mündete, einem kulturell und politisch genutzten Platz in der Stadtmitte. Der Verein organisierte außerdem einen Radioworkshop in Kooperation mit der Initiative Postmigrantisches Radio.⁴¹ Gelten diese Aktionen als Momente des soziokulturellen Handelns einer Erinnerungskultur, so fällt der Blick nachfolgend auf das Cover im Rechtsrock und Mashup im Techno als genuin musikalische Formen des Erinnerns.

Musikimmanente Erinnerungsspeicher: Cover im Rechtsrock und Video-Mashup im Techno (Wasserloos)

Mit von rechtsextremer Seite herangetragenem Staatsfeindlichkeit reagierte die Band Landser bereits 1992 auf ‚Lichtenhagen 1992‘ mit dem *ZAst-Song*. Das Lied erschien auf dem in Eigenproduktion hergestellten Album *Das Reich kommt wieder*. Im Text⁴² werden die Anschläge von Hoyerswerda und Rostock in eine direkte Linie des rechtsextremen „Kampfes“ gestellt. Dieser ruft zu Gewalt gegen Asylsuchende auf und verknüpft sie mit dem Ziel des Staatsumsturzes („Und morgen da brennt Bonn“). Die musikalische Grundlage stellt die Melodie von *I Want to Hold Your Hand* der Beatles. Der Originalsong wurde 1963 veröffentlicht und bedeutete für die Beatles einen weiteren Durchbruch in der internationalen Musikindustrie.⁴³ Es handelt sich beim *ZAst-Song* also

40 Digital dokumentiert ist dieses Konzert vor allem in einem studentischen Kalender, vgl. Studierendenrat Dresden: Bundesweite Demo. 20 Jahre Pogrom von Rostock-Lichtenhagen. Wir vergessen nicht! In: *Stura Dresden*, 19.08.2012. https://www.stura.tu-dresden.de/kalender/120819_bundesweite_demo_20_jahre_pogrom_von_rostocklichtenhagen_wir_vergessen_nicht (Zugriff am 10.02.2022).

41 Vgl. 1992–2022. 30 Jahre Diên Hồng e. V. – 30 Jahre Gedenken an das Pogrom. In: *Diên Hồng*, o. D. <https://www.dienhong.de/2022/08/17/1992-2022-30-jahre-dien-hong-e-v-30-jahre-gedenken-an-das-pogrom/> (Zugriff am 02.12.2023).

42 Landser: *Zast-Song*. In: *Lyrics On Demand*, o. D. <https://www.lyricsondemand.com/1/landserlyrics/zastsonglyrics.html> (Zugriff am 03.02.2023).

43 Vgl. Wie die Beatles mit „I Want To Hold Your Hand“ Amerika eroberten. In: *Rolling Stone*, 29.11.2022. <https://www.rollingstone.de/beatles-i-want-to-hold-your-hand-amerika-2257687/> (Zugriff am 03.02.2023).

um die Verarbeitung in Form eines Covers⁴⁴, eine konservierende Musikform, die durch ihre inhärente Geschichte, Gegenwart und (eigene) Vergangenheit verbindet.

Dass auf einen großen Hit der Beatles Landsers Neutextierung in deutscher Sprache gesungen bzw. gegröhlt wird, erfüllt drei Funktionen:

1. Durch eine relativ populäre Melodie werden neue Inhalte schneller mitsingbar und dadurch erinnerbar und multiplizierfähig.
2. Der musikkulturelle Übergriff auf die englische Musik und Sprache mitsamt der Vereinnahmung in der Textzeile „unser deutsches schönes Lied“ symbolisiert den „Kampf“ Deutschlands um eine wiederzuerlangende, vermeintliche Vormachtstellung. Diese Fantasie erklärt auch den Albumtitel.
3. Im Sinne einer angestrebten internationalen Vernetzung der rechtsextremen Szene kann die Verbindung zwischen englischer Musik und deutschem Text auch als Brückenschlag zu verstehen sein.

Die Instrumentalisierung des Lichtenhagen-Pogroms erfolgte in der rechtsextremen Szene in den nächsten Jahren weiterhin über das Covern. Der Song *Barbecue in Rostock* der Band No Remorse und die Geschichte seiner zahlreichen Coverversionen steht dafür exemplarisch. Die Band wurde 1986 gegründet und galt als britische Vertreterin des „RAC“ („Rock against Communism“). Zudem war sie Teil des britischen Blood&Honour-Netzwerks und verherrlichte öffentlich den Nationalsozialismus. In ihren Texten wurde gleichermaßen rassistisch wie antisemitisch gegen Jüdinnen und Juden, Migrant*innen, Linke oder People of Colour gehetzt und zu Gewalt aufgerufen.

Barbecue in Rostock scheint 1995 bereits Bestandteil des Band-Repertoires gewesen zu sein. Darauf weist der Mitschnitt eines Konzerts in Anklam am 13. Januar 1995 hin.⁴⁵ 1996 fand die Studioaufnahme statt. Dass der Song mehrfach durch andere Bands gecouvert bzw. durch No Remorse wiederaufgelegt wurde, misst der Lichtenhagen-Rezeption eine enorme Bedeutung bei. Im Text werden ähnlich wie im *ZAst-Song* diffamierende, menschenverachtende Denkmuster und Bilder evoziert. Die Ereignisse von Hoyerswerda spielen keine Rolle

44 Zur Definition: „Eine Coverversion ist [...] ein in der Regel in Song-Form gehaltenes Musikstück, das von jemand anderem als dem Originalinterpreten oder der Originalinterpretin zur Aufführung gebracht wird. [...] [Das Musikstück greift] auf eine unterscheidbare frühere Version zurück“ (Oliver Dimbath: Die Coverversion als Wiederholung und Differenz. Gedächtnissoziologische Anmerkungen mit Rücksicht auf das Nachahmungskonzept bei Gabriel Tarde. In: Christofer Jost / Gerd Sebald (Hrsg.): *Musik – Kultur – Gedächtnis. Theoretische und analytische Annäherungen an ein Forschungsfeld zwischen den Disziplinen*. Wiesbaden: Springer VS 2020, S. 186–207, hier S. 186).

45 Kraftschlag / Thors Hammer / No Remorse / A. D. L. 122: *Anklam Germany 13.1.1995* (NS 88 Video Division, VHS-Kassette, Dänemark 1995).

mehr. Stattdessen wird der Mordanschlag von Rechtsextremen in Solingen im Jahr 1993 mit fünf Toten – Gürsün İnce, Hatice Genç, Gülüstan Öztürk, Hülya Genç und Saime Genç – miteinbezogen. Vermutlich werden vor diesem Hintergrund im Liedtext sämtliche Opfer in Solingen wie in Rostock-Lichtenhagen unter dem Begriff „Türken“ („Turks“) subsumiert und keine Differenzierung der betroffenen Gruppen vorgenommen. Auch hier wird der Staat angegriffen und mit der Ankündigung anhaltender Gewalt gegen Menschen konfrontiert („And you can tell the traitors sitting in Bonn, that the fires won't stop, till the Turks are gone.“).

In erster Linie sprechen Coverversionen von *Barbecue in Rostock* mit Kontrafakturen, d. h. Neutextierungen, dafür, dass dieses Pogrom als Fanal und Rechtfertigung für weitere Anschläge mit ähnlichem Muster verstanden wurde. Die spanische Band Estandarte 88 („Standarte 88“) veröffentlichte 2003 den Song *Barbacoa en Terrassa*. Der Text bezieht sich auf die Stadt Terrassa in Katalonien, die als ein Brennpunkt des Islamismus gilt. Dementsprechend richtet sich der artikulierte Hass nun gegen Muslime oder auch die Mauren als historische Referenz, was die Mehrdeutigkeit des Wortes „moros“ als „Mohren“⁴⁶ oder mit abwertendem Impetus „Muslime“ vermuten lässt. Bereits ein Jahr zuvor erschien das Cover der dänischen, rechtsextremen Gruppe Hvid Røvsfuld Band *Barbecue i Aarhus*.⁴⁷ Der Titel suggeriert ebenfalls eine Neutextierung unter Bezugnahme auf dänische Verhältnisse.

Festzuhalten bleibt für die Neutextierungen, dass auf der Basis von *Barbecue in Rostock* der Erinnerungsort Lichtenhagen erinnerbar bleibt. Zur Langlebigkeit trug ebenso bei, dass es zu weiteren Coverversionen durch rechtsextreme Bands kam (The Loyal Germans, 2010; Landsknecht 88, 2011; Action Group 28, 2019). Ebenso folgten zwischen 2000 und 2019 zahlreiche (nachweislich mindestens sechs) Wiederauflagen des Songs und Albums durch No Remorse selbst.⁴⁸ Auch auf öffentlichen Videoplattformen bestand *Barbecue in Rostock* fort. Noch Anfang Februar 2022 veröffentlichte ein*e User*in die Original-Studioversion auf YouTube mit dem menschenverachtenden Videostill eines Grills, auf dem Paprika und Fleisch schmoren. Wie ein Abgleich ergab, ist das Video mittlerweile (Februar 2023) nicht mehr verfügbar.

46 Das grafische Durchstreichen des Texts steht für die Distanzierung von der Aussage.

47 2002 erschienen auf dem Album *White Pride Hooligans 176*, vgl. *Discogs*, o.D. <https://www.discogs.com/de/release/4896284-Hvid-R%C3%B8vsfuld-Band-White-Pride-Hooligans-176> (Zugriff am 03.02.2023).

48 Vgl. die Auflistungen auf *Discogs*: <https://www.discogs.com/search?q=barbecue+in%20rostock&type=all> (Zugriff am 03.02.2023).

Die Kontinuität und Präsenz von *Barbecue in Rostock* lassen vermuten, dass der Song für die rechte Szene als Erinnerungs-Trigger an den Beginn rechtsextremer Gewalt im wiedervereinten Deutschland wirkt. Der erlebte „Aufmarsch“ sowie die Gewalt im „Urereignis“ 1992 bleiben durch die Melodie erhalten, während der Text das von Rechtsextremen antizipierte „Modell Lichtenhagen“ auf andere, länderspezifische Situationen transferierbar macht.

Als Beispiel für eine spezielle Bearbeitung im Techno in Form des Video-Mashup findet sich auf YouTube das Musikvideo *Lichtenhagen*. Es wurde von einem*iner Künstler*in namens Negativ Dekadent⁴⁹ in Kollaboration mit dem*der DJ HD Substance produziert.⁵⁰ Seit der Veröffentlichung im Oktober 2018 zählt der Clip bis Anfang Februar 2023 zwar lediglich 65 Aufrufe; der quantitative Aspekt soll hier aber weniger eine Rolle spielen als der Ansatz, das Thema Rassismus subkutan zu vermitteln.

Zu sehen sind Originalaufnahmen der Fernsehbilder aus der Berichterstattung zu Lichtenhagen 1992 mit den Krawallen und Zerstörungen vor dem Sonnenblumenhaus und den Fluchtversuchen der Bewohner*innen, des mit eingeschlossenen Reportage-Teams des ZDF sowie des Ausländerbeauftragten Wolfgang Richter im Inneren des Wohnblocks. Dem entgegen stehen Szenen mit größtenteils weiblich besetzten Solo- oder Gruppentänzen in schwarz-weißer-Farbgebung, die durch die grobe Bildkörnung als Originale aus den 1940er Jahren gelten dürften. Unterlegt ist den Bildern ein instrumentaler Techno-Track. Es entsteht ein deutlicher Kontrast zwischen der Expressivität, Ausgelassenheit und Laszivität im Tanz und den Motiven von Gewalt in Lichtenhagen.

Dass Negativ Dekadent eine tieferliegende Deutungsebene einzogen hat, tritt erst bei intensiverer Analyse zum Vorschein. Zunächst ist anzumerken, dass die Bezeichnung „negativ dekadent“ in der DDR geprägt wurde, womit die Parteilührung jugendliche, als subversiv geltende Subkulturen jedweder Couleur (Punks, Popper, Skinheads) kennzeichnete. Damit geht eine ins Rebellenhafte reichende Selbstverortung von Negativ Dekadent einher. Die Referenz zum Sound des frühen Techno im Ausgang der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre legt die Basis für die Intention des Tracks, die als mahnende Erinnerung im Jahr 2018 zu verstehen ist. Negativ Dekadent erklärte dazu:

49 Negativ Dekadent ist nicht mit der gleichnamigen Berliner Punkband zu verwechseln, sondern produziert ausschließlich Tracks aus dem Bereich Electronic Dance Music und scheint durch seine*ihre mp3-Alben und Videos eher ein Internetphänomen zu sein.

50 Negativ Dekadent: Negativ Dekadent feat. HD Substance – Lichtenhagen. In: *YouTube*, 04.10.2018. https://www.youtube.com/watch?v=T_oEbCX4Jow (Zugriff am 03.02.2023).

I produced this track [and it] immediately reminded me of the 90s, for better or for worse. While techno was about to lead people to believe in a perfect world, everyday life in reunited Germany was mostly different. Sad highlight were the xenophobic hunts in Rostock-Lichtenhagen in summer 1992. [...]. Never Forget! F*** all Nazis! Everywhere.⁵¹

Eine besondere Komponente der Verarbeitung tritt auf der visuellen Ebene hinzu. Im Video wird das reflexive Moment in Form des (reflexiven) Mashups evoziert.⁵² Auch wenn generell die Bildmotivik weit auseinanderzuliegen scheint, so wird das Material doch zumindest auf der strukturellen Ebene der Audiospur, d. h. in Rhythmus, Songtext oder Tonarten, angeglichen.⁵³ Dennoch ist die Differenz der Bilder zwischen den energetischen Tänzen und der Zerstörung am Sonnenblumenhaus auf der semantischen Ebene deutlich wahrzunehmen. Entscheidend ist, dass im Mashup eine Transcodierung des Originaltexts (Bild, Musik) und eine mögliche Neuperspektive durch Kombination mit anderen Inhalten oder Kontexten erfolgt. Können die Rezipient*innen die Codes in Musik oder Bild nicht identifizieren, nehmen sie das Mashup lediglich auf der Ebene des materiellen Zeichens, d. h. des sichtbaren Bildes und der hörbaren Melodie oder eines Klangs wahr.

Eine Recherche zur Einordnung des Bildmaterials aus den Tanzszenen in *Lichtenhagen* führte zum Soundie, einem Vorläufer des Musikvideos, der als kurzer Musikfilm zwischen 1941 und 1947 in den USA produziert wurde. Identifiziert werden konnte der Soundie *Variety Girls (Burlesque)*, der vermutlich aus dem Jahr 1948 stammt. Er basiert auf einem Zusammenschritt diverser Soundies aus den 1930er und 40er Jahren, die als sogenannte *white cast soundies* ausschließlich mit weißen Tänzerinnen besetzt sind: Alyce Bryce: *Jungle Drums*, Marie Voe: *The Bombing Bombshell*, Rouhea Bey: *Arab Dance*, Fina Lopez: *Afro Cuban Rhythms*, Harry Day and Della & The June Taylor Girls: *Jiveroo*. Die Titel

51 Zusatztext von Negativ Dekadent zum Audiotrack *Lichtenhagen (feat. HD Substance)* auf *Soundcloud*, 04.10.2018. <https://soundcloud.com/negativdekadent/lichtenhagen> (Zugriff am 03.02.2023).

52 Eduardo Navas definiert es als „form of mashup [that] uses samples from two or more elements to access specific information more efficiently, thereby taking them beyond their initial possibilities.“ (Eduardo Navas: *Regressive and Reflexive Mashups in Sampling Culture*. In: Stefan Sonvilla-Weiss (Hrsg.): *Mashup-Cultures*. Wien / New York: Springer 2010, online in: *Remix – Theory*, o. D. <https://remixtheory.net/?p=444> (Zugriff am 03.02.2023).) Das Mashup trägt somit eine starke Intermedialität und Intertextualität in sich.

53 Vgl. Christina Pileggi: Musikvideo-Mashup. Das digitale Palimpsest oder: Das Erinnern des Alten im Neuen im Zeitalter der Digitalisierung. In: Jost / Sebald (Hrsg.): *Musik – Kultur – Gedächtnis*, S. 258–277, hier S. 275.

und die Darbietungen zeigen deutlich die Züge kultureller Aneignung und in der übertriebenen, ironisch wirkenden Art des Tanzes und des Gesichtsausdrucks ebenso rassistischer Diffamierung auf.⁵⁴

Auf der Bedeutungsebene korrespondiert der Soundie mit Lichtenhagen durch das Thema Rassismus. Dieser wird durch das Bildmaterial aus den USA der 1940er Jahre und den Lichtenhagen-Bildern von 1992 als internationales wie ‚zeitloses‘ Phänomen dargestellt, das in der direkten Konfrontation als Groteske wirkt.

Aufarbeitung und Erinnerung – populäre Musik als klingendes Gedächtnis, auditive Mahnmale rassistischer Anschläge und Morde sowie Forschungsbedarf (Alexi / Wasserloos)

Die Rezeption und Deutung von ‚Lichtenhagen 1992‘ vollzieht sich in diversen musikalischen Stilen, die gleichsam vergangenheitsreferenzielle und konservierende Formen der Musik nutzen. Dadurch ist das Lichtenhagen-Pogrom in der Musik nicht nur Erinnerungsort bestimmter Generationen, z. B. der betroffenen und nicht-betroffenen Zeitzeug*innen, sondern verankert sich im Gedächtnis darüber hinaus. In den musikalischen Jugendkulturen erinnerten seit den frühen 1990er Jahren vor allem Punk- und Rap-Bands an die tagelange rassistische Gewalt. Von Songs und Musikvideos, aufgegriffenen Samples aus der Medienberichterstattung in Bild und Ton bis hin zu ganzen Gedenkkonzerten sind sie Teil der Erinnerungskultur. In der Deutlichkeit bis Vehemenz, mit der Jugendkulturen rassistische Kontinuitäten aufzeigen, sind diese nicht als ‚ergänzende‘ Elemente der erinnerungskulturellen Auseinandersetzung zu missdeuten, sondern einer ihrer wichtigsten und aktivsten Bestandteile. Eine Konstante der Thematisierung in mehreren Liedern, unabhängig vom Musikgenre, verweist auf das institutionell-staatliche Versagen sowohl im generellen Umgang mit Asylsuchenden als auch in der Aufarbeitung rassistischer Angriffe. Relativ neu ist die Sichtbarkeit von (fiktionalisierten) Betroffenenperspektiven. O-Töne Betroffener fehlen in den Songs und Musikvideos indes, zum Teil vermutlich aufgrund der frühen Abschiebung der betroffenen Asylsuchenden und Arbeiter*innen. Aktuellere Rezeptionsmomente wie bei *Negativ Dekadent* abstrahieren nach 25 Jahren zudem zum Teil stärker; Rassismus wird als ‚zeitlos‘ gültig angeprangert, wobei Lichtenhagen in seiner Geschichte die Rolle einer ‚Episode‘ spielt.

54 So z. B. Alyce Bryce: *Jungle Drums* im Video *Negativ Dekadent feat. HD Substance – Lichtenhagen* auf YouTube, 04.10.2018. https://www.youtube.com/watch?v=T_oEbCX4Jow (Zugriff am 03.02.2023), 00:00:21 min.

Mit Blick auf das Pogrom in Rostock ist die Verschränkung mit nichtmusikalischen Jugendkulturen wie dem Sport und seinen spezifischen Sounds von weiter zu klärender Bedeutung. Im Fanzine *ZAP* erschien beispielsweise im Frühjahr 1993 auch der Text „... und es war Krieg. Tatsachenbericht aus Rostock“, eine Mischung aus Konzert- und Fußballspiel-Bericht. Darin wird an ein Slime-Konzert im lokalen MAU-Club in Rostock am Tag eines Spiels zwischen Hansa Rostock und St. Pauli erinnert, in dessen Zuge Auseinandersetzungen mit Rechtsradikalen stattfanden. Der Verfasser hält zunächst ernüchtert zur (fröhlichen) Stimmung der eigenen Bus-Anreise mit Bezug auf das Pogrom fest: „Die Mehrheit tat so, als wäre Rostock nie in den Schlagzeilen der Weltpresse gewesen“⁵⁵ und dokumentiert schließlich eine Auseinandersetzung im Stadion mittels Fangesängen und -rufen. So beschreibt er die rassistischen Sprechchöre einiger Hooligans, vorgetragen von einer „rechtsradikalen ‚Minderheit‘“, die mit „Nazis raus“-Rufen erwidert worden seien, auf die hin jedoch „ein gellendes Pfeifkonzert des gesamten Stadions, der sogenannten ‚schweigenden‘ Mehrheit“, eingesetzt habe.⁵⁶

Weiter sind Orte rassistischer Gewalt, die „nur als kurze Randnotizen in Lokalzeitungen Erwähnung fanden“⁵⁷, und der Gesang von NS-Liedern in den 1980er und 1990er Jahren mehr zu behandeln. So hält die Initiative ZweiterOktober90 fest:

In einer Dokumentation über Schweriner Skinheads, die kurz nach den Krawallen vom 2. Oktober 1990 aufgezeichnet wurde, ist zu sehen, wie diese als Gruppe durch die Straßen ziehen und dabei alte Nazi-Lieder wie ‚Es zittern die morschen Knochen‘ singen und ‚Sieg Heil‘ rufen.⁵⁸

55 Gisbert, euer allseits geliebter Aushilfshooligan von nebenan: ... und es war Krieg. Tatsachenbericht aus Rostock. In: *ZAP* 62 (April 1993), S. 6–9, hier S. 7.

56 Ebd. Der Autor stellt das jugendkulturelle St. Pauli Rostock als identifiziertem „Schandfleck deutscher Wiedervereinigungsgeschichte“ (ebd., S. 6.) zwar gegenüber, auf dem Cover dokumentiert die *ZAP*-Ausgabe mit dem Titel „Deutschland feiert seinen Frühlinganfang“ aber ebenfalls einen HSV-Fan, der den Hitlergruß zeigt, wie schon beschrieben. Vgl. die Bildunterschrift: „Unpolitische‘ HSV-Fans“, ebd. Auf die Zunahme rassistischer Anschläge und Bedrohung in Ost- als auch Westdeutschland reagierte das selbstgestaltete Medium der Punkszene und ging auch wie dargelegt auf den Umgang mit ihr in den Jugendkulturen an der Schnittstelle von Musik und Sport ein.

57 Überblick. In: *zweiteroktober90*, o. D. <https://zweiteroktober90.de/ueberblick/> (Zugriff am 23.06.2023), Abschnitt „Klares rechtes Weltbild“.

58 Ebd.

Insgesamt sind (digitale) Archive wie auch Pogrom 91⁵⁹ der gleichnamigen Initiative zum Pogrom in Hoyerswerda 1991 zu berücksichtigen.

In einer transnationalen Perspektive ist näher zu beachten, wie rassistische Angriffe vor 1990 durch rechte Musik kulturell gestärkt wurden. So formierten sich rechts besetzte bzw. vereinnahmte Skinhead- und Punk-Subszenen seit den späten 1970er Jahren,⁶⁰ an deren kulturelle und politische Codes sowie Selbstverständnisse später ebenfalls angeknüpft wurde. Transnationale Vernetzungen und lokale Ausprägungen sind von Interesse, ebenso die spezifischen Zeitpunkte und Akteur*innen, an und mit denen diese rechte Musik immensen Auftrieb erhielten.

In der ‚Kaperung‘ des Themas ‚Lichtenhagen 1992‘ mit Blick auf die rechts-extreme Szene wird eine Langlebigkeit durch das Recycling von Musik sowie in der Wiederauflage von Singles und Alben deutlich. Neutextierungen sorgten dafür, dass das Pogrom popularisiert und durch kulturelle Adaptionen transferierbar wird. In diesem politischen Spektrum scheint ‚Lichtenhagen 1992‘ bzw. ‚Rostock‘ als internationaler Topos für rassistisch motivierte Gewalt zu stehen.

Es ist davon auszugehen, dass nicht-rechte Jugendkulturen das Rostocker Pogrom musikalisch weiter aufarbeiten, diskutieren und daran erinnern sowie mit einem Blick in Vergangenheit und Gegenwart kritisch Kontinuitäten aufzeigen. Die hier unternommene beispielhafte Untersuchung für das Pogrom in Lichtenhagen 1992 ist auf die Anschläge in Lübeck, Mölln, Hoyerswerda, Solingen und an weiteren Orten auszudehnen, um das größere Spektrum des klingenden Gedächtnisses zu rassistisch motivierten Gewalttaten zu erfassen.

59 Das Archiv ist abrufbar unter <https://pogrom91.tumblr.com/about>.

60 Robert Forbes / Eddie Stampton: *The White Nationalist Skinhead Movement. UK & USA, 1979–1993*. Los Angeles: Feral House 2015.

David Zimmermann

Rassistische Diskriminierung als Aspekt traumatischer Prozesse Sozialpsychologische und pädagogische Perspektiven

1. Politische und mediale Skandalisierung, familiäre Dynamik und innere Welt

In der Silvesternacht 2022/23 kam es zu Übergriffen von mehrheitlich jungen Menschen auf Polizist:innen und Feuerwehrleute. Medial wurden diese Übergriffe im Wesentlichen jungen Männern mit Einwanderungsgeschichte zugeschrieben. Keinesfalls sollten die Übergriffe bagatellisiert oder undifferenziert als Ausdruck einer benachteiligten Lebenssituation eingeordnet werden. Vielmehr bedarf es tatsächlich einer differenzierten Auseinandersetzung mit Bedingungsfeldern des grenzverletzenden Verhaltens und – insbesondere – der familiären, sozialen und pädagogischen Problemlagen, die für die teilweise erheblich beeinträchtigte psychosoziale Entwicklung und gesellschaftliche Desintegration der jungen Menschen verantwortlich sind.

Die Anerkennung der Notwendigkeit eines offenen, interdisziplinären und kontroversen Diskurses kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wesentliche Teile der politischen und medialen Reaktion auf die Geschehnisse nur punktuell mit den Auseinandersetzungen selbst verbunden sind und sich vielmehr als einseitige Skandalisierung der Herkunft der mehrheitlich jungen Männer (respektive ihrer Eltern oder Großeltern) lesen lassen. So forderte die Berliner CDU, dass die Polizei die Vornamen der Tatverdächtigen veröffentlichen solle,¹

1 Eva Maria Braungart / Christian Gehrke: Silvester-Randale. Berliner CDU will Vornamen deutscher Tatverdächtiger wissen. In: *Berliner Zeitung*, 05.01.2023. <https://www.berliner-zeitung.de/news/silvester-randale-cdu-berlin-fragt-nach-vornamen-deutscher-tatverdaechtiger-li.304116> (Zugriff am 02.02.2023).

was medial breit aufgegriffen wurde.² Eine solche Skandalisierung lässt sich aus sozialpsychologischer Perspektive als Beitrag zur gruppenbezogenen Diskriminierung³ und aus einer pädagogischen respektive kriminologischen Perspektive als sich Raum verschaffende Punitivität lesen.⁴ Punitivität bezieht sich hier primär auf eine latent in weiten Teilen der Gesellschaft vorhandene Straflust, die soziale Konflikte als Ausgangspunkt nimmt, um strafende und ausgrenzende Reaktionen zu fordern oder umzusetzen. Jene Straflust bezieht sich dann nicht etwa nur auf das konkret grenzverletzende Verhalten (wobei auch dies natürlich nicht gleichzusetzen ist mit dem Status als Tatverdächtiger),⁵ sondern richtet sich gegen alles, was als fremd und potenziell bedrohlich wahrgenommen wird. Neben diesen sozialpsychologischen und pädagogischen Perspektiven rückt noch eine weitere fachliche Lesart in den Fokus, die traumatheoretische. Hierbei geht es weniger um die Wirkung der Skandalisierung auf die tatverdächtigen Jugendlichen oder jungen Erwachsenen, sondern auf alle Mitglieder einer Gesellschaft, die häufig Diskriminierung und Vorverurteilung erleben, z. B., weil sie als Asylsuchende oder anderweitig Geflüchtete in Deutschland leben. Wird Traumatisierung nicht als ausschließlich individuelles Geschehen verstanden, sondern im Wechselspiel von Innenwelt und

2 Bereits vorab hatte die Polizei die Anzahl nicht-deutscher und deutscher Tatverdächtiger veröffentlicht. Dass nunmehr die Forderung in den Raum gestellt wurde, die Vornamen der Tatverdächtigen mit deutscher Staatsangehörigkeit zu veröffentlichen, kann wohl nur so verstanden werden, dass es ‚richtige‘ und ‚falsche‘ deutsche Staatsangehörige gäbe und dieses Signal sich an alle richtet, die vermeintlich nicht wirklich zur imaginierten Gemeinschaft dazugehören. Dabei wird ganz offensichtlich im vermeintlich Anderen das gesucht und bekämpft, was in der Gesellschaft hoch präsent ist. So verortete Jens Spahn (CDU) die „toxische Männlichkeit“ in der ARD-Talkshow *Anne Will* in der Kultur der ‚Anderen‘, was angesichts der Dominanz eben jener interpersonalen Dynamik in weiten Teilen des rechtskonservativen Milieus zunächst erstaunlich klingt. Vgl. Spahn Kritik: „Kulturell vermittelte toxische Männlichkeit“. In: *Welt*, 13.02.2023. <https://www.welt.de/regionales/berlin/article243739835/Spahn-Kritik-Kulturell-vermittelte-toxische-Maennlichkeit.html> (Zugriff am 15.12.2023). Es lässt sich aber mit dem Rassismus-Ansatz von M. Fakhry Davids gut erklären, vgl. M. Fakhry Davids: *Ethnic Purity, Otherness and Anxiety. The Model of Internal Racism*. In: Kristin White / Ina Klingenberg (Hrsg.): *Migration and Intercultural Psychoanalysis. Unconscious Forces and Clinical Issues*. London: Routledge 2020, S. 11–29, ausführlich dazu weiter unten.

3 Vgl. Andreas Zick: Sozialpsychologische Diskriminierungsforschung. In: Albert Scherr / Aladin El-Mafaalani / Anna Cornelia Reinhardt (Hrsg.): *Handbuch Diskriminierung*. Wiesbaden: Springer VS 2017, S. 1–22.

4 Vgl. Helga Cremer-Schäfer: Wer ist interessiert an und anfällig für „Punitivität“? Bemerkungen zu Unterschieden und Verwandtschaften von Herrschaftstechniken. In: *Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich* 39,154 (2019), S. 45–57.

5 Vgl. Ronen Steinke: *Vor dem Gesetz sind nicht alle gleich. Die neue Klassenjustiz*. Berlin: Berlin Verlag 2022.

sozialer Umwelt, dann können diskriminierende Adressierungen, Ausgrenzungen bis hin zu Übergriffen zentrale Bedingungsfelder für traumatische Prozesse sein. Eine solche Einsicht schließt an soziale Perspektiven auf Traumatisierung an,⁶ bedarf aber zusätzlich eines genaueren Verständnisses der Interaktionsdynamiken, über die sich eine rassistische Strukturiertheit einer Gesellschaft interpersonal vermittelt.⁷ Auch hier verbieten sich demnach Simplifizierungen: Nicht jede Skandalisierung von (vermeintlicher) ethnischer Herkunft ist traumatisch, nicht jede diskriminierte Person erlebt einen traumatischen Prozess. Und die Analyse gesellschaftlicher Strukturen darf den Blick auf familiäres Gewordensein von hoch belasteten jungen Menschen nicht vernebeln. Vereinfachte, häufig populärwissenschaftliche Konzepte von Trauma durch eine rassistische gesellschaftliche Strukturiertheit haben deshalb eine sehr geringe fachliche Tragfähigkeit. Migrations- und Traumaforschung mit ihrer jeweils bereits in sich interdisziplinären Orientierung müssen vielmehr in einen fruchtbaren Dialog treten. Denn richtig und wichtig ist es, die sozialen Dynamiken als Teil eines hoch belasteten, häufig traumatischen Entwicklungsprozesses von Individuen differenziert zu reflektieren. Rassistische, lebensbedrohliche Übergriffe wie in Rostock-Lichtenhagen 1992 haben für viele Menschen bereits als Einzelerfahrung traumatisches Potential. Auch sie ordnen sich aber bei den meisten Menschen in ein komplexes Belastungsleben ein und verdichten sich somit innerpsychisch zu einem Kernerleben.⁸ Wenn auch ganz anders gelagert als im Fall der oben beschriebenen medialen Skandalisierung, entfaltet sich die Wirkung solcher traumatischen Prozesse auch in diesen Fällen zwar nicht regelhaft, aber häufig über das Individuum hinaus und löst erhebliche Belastungen auch bei der zweiten Generation, d. h. bei den nach 1992 geborenen, als ‚migrantisch‘ gelabelten Menschen aus.

Im vorliegenden Beitrag wird deshalb der Versuch unternommen, traumatische Prozesse im Kontext sozialer Erfahrung bei Zwangsmigration zu konzeptualisieren und dabei rassistische Erfahrungen als besonders wirkmächtiges Bedingungsfeld herauszuarbeiten. Im Anschluss daran sollen einige wenige pädagogische Implikationen formuliert werden, da begründet davon ausgegangen werden

6 Vgl. Ariane Brensell: Politische Dimensionen von Trauma. Zur gesellschaftlichen Vermitteltheit von Gewaltfolgen. In: Monika Jäckle / Bettina Wuttig / Christian Fuchs (Hrsg.): *Handbuch Trauma Pädagogik Schule*. Bielefeld: Transcript, 2017, S. 133–146.

7 Vgl. Davids: *Ethnic Purity*.

8 Vgl. David Zimmermann / Anne Lindner: Fluchterfahrungen, Traumatisierungen und die Bedeutung des Fallverstehens als pädagogische Diagnostik. In: Felix Piegsda / Katja Bianchy / Pierre-Carl Link / Cedric Steinert et al. (Hrsg.): *Diagnostik und pädagogisches Handeln zusammendenken. Beispiele aus den Bereichen Emotionale und soziale Entwicklung, Sprache und Kommunikation*. Baltmannsweiler: Schneider Hohengehren 2022, S. 57–76.

kann, dass das Handlungsfeld der Erziehung und Bildung nicht nur allgemein erheblichen Einfluss auf die Chronifizierung oder Bearbeitung traumatischer Prozesse hat, sondern hierbei insbesondere Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen befördern oder aber weitgehend vermeiden kann.

2. Perspektiven der Migrations- und Traumaforschung

Mit der Migrations- und der Traumaforschung sind zwei auf umfängliche Empirie und Theoriebildung bauende Diskurse für die vorliegenden Fragestellungen wesentlich. Beide Diskurse zeichnen sich durch ein gerade seit 2015 ungeheuer großes Ausmaß an Publikationstätigkeit aus. Insofern soll hier gar nicht der Versuch unternommen werden, einen auch nur näherungsweise vollständigen Forschungsüberblick anzubieten. Vielmehr sollen mit Blick auf das Thema des Beitrags ausgewählte Erkenntnisse und Desiderata benannt werden, die anschließend im Sinne eines psychosozialen Traumamodells zusammengeführt werden. Zudem konzentriert sich der Beitrag auf erziehungswissenschaftlich verortete Forschung innerhalb der Diskurse.

Weite Teile der gegenwärtigen pädagogischen Migrationsforschung und der Migrationspädagogik schließen an die nicht mehr wirklich neuen, primär institutionsorientierten Diskurslinien an,⁹ in denen pädagogische Herausforderungen primär oder ausschließlich als Teil institutioneller und sozialer Diskriminierungen verstanden werden.¹⁰ Individuelles Gewordensein und interpersonale, gar unbewusste Beziehungsdynamiken bleiben zumindest weitgehend unausgeleuchtet. In einer solchen Perspektive „zeigt sich der Flüchtling als ‚Produkt institutionellen Handelns in der Ankunftsgesellschaft‘ [...], der aber darüber hinaus insbesondere als soziales Konstrukt heterogenen Zuschreibungen ausgesetzt ist.“¹¹

Zwar ist die Realität dann doch häufig komplizierter (nicht zuletzt, weil sich im oben skizzierten Zusammenhang die Zuschreibungen an langjährig in Deutschland lebende Gruppen richten). Der Begriff „Konstrukt“ verweist aber darauf,

9 Vgl. Georg Auernheimer: Anforderungen an das Bildungssystem und die Schulen in der Einwanderungsgesellschaft. In: Ders. (Hrsg.): *Einführung in die interkulturelle Pädagogik*. Darmstadt: WBG 2001, S. 45–58; Mechtild Gomolla / Frank-Olaf Radtke: *Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule*. Wiesbaden: VS 2002.

10 Vgl. Manuela Westphal / Gudrun Wansing (Hrsg.): *Migration, Flucht und Behinderung. Herausforderungen für Politik, Bildung und psychosoziale Dienste*. Wiesbaden: Springer VS 2019.

11 Florian Grawan: Ethische Dimensionen in der Forschung über Geflüchtete. In: Ders. / Isabel Sievers (Hrsg.): *Fluchtmigration, gesellschaftliche Teilhabe und Bildung. Handlungsfelder und Erfahrungen*. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel 2017, S. 26–34, hier S. 28.

dass eine Zuschreibung in dieser Lesart weitgehend ohne Beteiligung der adressierten Individuen geschieht und ein mehr oder minder unvermeidbares Resultat (das Produkt) hervorbringt, sei es auf interaktionaler, individueller oder sozialer Ebene.

Ein zentraler Teil der aktuell zahlreich verfassten Dissertationen in den disziplinären Forschungskollegs hat sich darüber hinaus der Analyse von Diskursen verschrieben, ist also eine Art Forschung über Forschung. Auch hier lassen sich die Subjektperspektiven konkreter Menschen oft nur noch schemenhaft errahnen. Einige Promotionsschriften und weitere forschungsbasierte Veröffentlichungen können sowohl der Migrations- als auch der pädagogisch-praxeologischen Forschung zugeordnet werden.¹² In diesen Veröffentlichungen kommen Menschen mit Einwanderungsgeschichte deutlich stärker zu Wort als in zahlreichen soziologisch orientierten Beiträgen der Migrationsforschung. Der Beitrag von Katharina Obens zeigt beispielhaft auf, wie auch partizipative Ansätze im Rahmen von Migrationsforschung realisierbar sein können.¹³

In der Traumaforschung stehen sich – fast schon traditionell – sehr unterschiedliche, womöglich unvereinbare Konzepte gegenüber. Während in der psychiatrisch orientierten Forschung ein weitgehend symptomorientiertes Verständnis dominiert,¹⁴ fokussieren psychoanalytische Beiträge die bewusste sowie die vor- und unbewusste Innenwelt als Resultat von Überflutung und Abwehr.¹⁵ Im Kontext von Migration, Flucht und Rassismus greifen beide Konzepte in ihrer klassischen Form zu kurz.

Ausgehend von den obigen Überlegungen bedarf es eines Traumakonzepts, das die realen sozialen Belastungen in ihrer Komplexität erfasst, zugleich aber die potenzielle Wirkung auf Individuen nicht aus dem Blick verliert. Unter Bezugnahme auf seine eigene, jahrzehntelange Tätigkeit mit jungen Überlebenden der

12 Vgl. Laura Schlachzig: *Integrationsarbeit unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter*. Wiesbaden: Springer VS 2022; Margit Stein / Daniela Steenkamp / Sophie Weingraber / Veronika Zimmer (Hrsg.): *Flucht. Migration. Pädagogik: Willkommen? Aktuelle Kontroversen und Vorhaben*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2019.

13 Katharina Obens: Vom „Adels“-Titel und der dreifachen Sprachlosigkeit. Eine tiefenhermeneutische Interpretation eines Deutsch-als-Zweitsprache-Unterrichts für Menschen mit Behinderungs-, Flucht- und Traumaerfahrungen. In: *psychosozial* 46,2 (2023), S. 41–52.

14 In Anteilen kritisch dazu: Tillmann Reinelt / Mira Vasileva / Franz Petermann: Psychische Auffälligkeiten von Flüchtlingskindern. Eine Blickverengung durch die Posttraumatische Belastungsstörung? In: *Kindheit und Entwicklung* 25,4 (2016), S. 231–237.

15 Vgl. Werner Bohleber: Die Entwicklung der Traumatheorie in der Psychoanalyse. In: *Psyche* 54,9–10 (2000), S. 797–839; Tamara Fischmann: Migration, Flucht und Trauma. Erkenntnisse aus psychoanalytischen Frühpräventionsprojekten. In: Dies. / Marianne Leuzinger-Bohleber / Ulrich Bahrke / Simon E. Arnold et al. (Hrsg.): *Flucht, Migration und Trauma. Die Folgen für die nächste Generation*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2017, S. 235–258.

Shoah hat Hans Keilson die Rahmenkonzeption der Sequenziellen Traumatisierung vorgelegt.¹⁶ Folgende pädagogisch relevante Schlussfolgerungen lassen sich aus der genannten Konzeption ableiten:

- Trauma ist fast nie ein singuläres Ereignis, sondern nahezu immer durch verschiedene Extremerfahrungen in unterschiedlichen Kontexten bedingt.
- Trauma verdichtet sich in der Erlebenswelt der betroffenen Kinder und Jugendlichen zu einem zentralen Erleben (z. B. „ich bin überall bedroht“) und wird so zum Teil eines (pädagogischen) Beziehungsgeschehens.
- Die pädagogischen, medizinischen oder beraterischen Institutionen nach (!) der größten Bedrohung sind Beteiligte am traumatischen Prozess, und zwar in förderlicher oder chronifizierender Art und Weise.¹⁷

Auch wenn die spezifischen Erfahrungswelten nicht vergleichbar sind, lässt sich das Konzept auf unterschiedliche Kontexte transferieren: David Becker hat das Konzept der Sequenziellen Traumatisierung am Beispiel von politisch verfolgten Menschen in Chile einerseits und erzwungener Migration andererseits weiterentwickelt und dabei gezeigt, dass psychisches Leid nie unabhängig vom sozialen Kontext zu verstehen und zu behandeln ist.¹⁸ Auch die aktuellen sozialen und politischen Bedingungen von erzwungener Migration lassen nur diese Schlussfolgerung zu: Das Leid von Menschen an den Außenposten der EU-Migrationspolitik (Lesbos, Grenzgebiet von Bosnien zu Kroatien, Libyen) ist sicher partiell durch die Vorerfahrungen der Menschen (Krieg, Armut, Vertreibung) bedingt. Aber nur der Blick auf den unerträglichen aktuellen sozialen Kontext (Perspektivlosigkeit, Rassismus, politisch legitimierte Gewalt durch Grenztruppen) erlaubt ein Verständnis der komplexen traumatischen Prozesse, in denen sich zahlreiche der Flüchtenden befinden. Jede pädagogische oder therapeutische Unterstützung, die diese aktuellen Extremerfahrungen zugunsten eines individuellen Störungsmodells ignoriert, kann deshalb nur scheitern. Die Weiterentwicklung Beckers habe ich aufgegriffen und für die Bedingungen zwangsmigrierter Jugendlicher in Deutschland aktualisiert beschrieben. Eine der grundlegenden Ideen dabei ist, dass „[...] Traumata ihren Ausgangspunkt

16 Hans Keilson: *Sequentielle Traumatisierung bei Kindern. Deskriptiv-klinische und quantifizierend-statistische follow-up Untersuchung zum Schicksal der jüdischen Kriegswaisen in den Niederlanden*. Stuttgart: Enke 1979.

17 Zimmermann / Lindner: Fluchterfahrungen, Traumatisierungen und die Bedeutung des Fallverstehens, S. 58–59.

18 David Becker: *Die Erfindung des Traumas. Verflochtene Geschichten*. Berlin: Freitag 2006, S. 26.

in zwischenmenschlichen Beziehungen und politischen Rahmenbedingungen haben, sich gleichsam auch in Interaktionen stets neu manifestieren.¹⁹ Christoph Müller ergänzt diese Konzeptualisierung um eine tiefenhermeneutische Analyse von Lehrkraft-Schüler*innen-Beziehungen und verweist zugleich darauf, dass die traumatisch beeinflussten Beziehungen immer in ihrer Einbettung in institutionelle (schulische) Rahmungen verstanden werden müssen.²⁰

3. Rassistische Diskriminierung im sequenziell traumatischen Prozess und ihre Bedeutung für die Pädagogik

Eine rassismussensible Perspektive kann in der Erziehungswissenschaft mittlerweile als durchaus etabliert gelten.²¹ Susanne Leitner widerspricht dem häufig vorgebrachten Vorwurf, dass die Grenze zwischen politischem Aktivismus und Wissenschaft in diesen Publikationen verschwämme, mit dem Argument, dass sich Wissenschaft einem normativen Rahmen ohnehin nicht entziehen könne.²²

Während also diese institutions- und politisch-analytischen Zugänge in der Erziehungswissenschaft zum „festen Kanon“²³ gehören, ist die praxeologische Frage, wie sich Rassismus nun eigentlich in den pädagogischen Beziehungen manifestiert, eher unklar. Dies ist jedoch mit dem oben formulierten Anspruch, dass Traumata pädagogische Beziehungen beeinflussen und vice versa, unvereinbar. Mai-Anh Boger und Bernhard Rauh formulieren dies als kritische Anfrage an den Diskurs:

Der herrschende Diskurs in pädagogischen Kreisen zeichnet das Bild: „Rassismus und soziale Ungleichheit lässt sich überall auf struktureller Ebene finden (in den PISA-Studien, in der kritischen Analyse von Schulübergangsempfehlungen, in der

19 David Zimmermann: *Migration und Trauma. Pädagogisches Verstehen und Handeln in der Arbeit mit jungen Flüchtlingen*. Gießen: Psychosozial 2012, S. 41.

20 Christoph Müller: *Pädagogisch Arbeiten in traumatischen Prozessen. Geflüchtete Kinder und Jugendliche in der Schule*. Wiesbaden: Springer Fachmedien 2021.

21 Vgl. Astrid Messerschmidt: Involviert in Machtverhältnisse. Rassismuskritische Professionalisierungen für die Pädagogik in der Migrationsgesellschaft. In: Aysun Doğmuş / Yasemin Karakaşoğlu / Paul Mecheril (Hrsg.): *Pädagogisches Können in der Migrationsgesellschaft*. Wiesbaden: Springer Fachmedien 2016, S. 59–70; Mechtild Gomolla: Diskriminierung. In: Paul Mecheril / Veronika Kourabas (Hrsg.): *Handbuch Migrationspädagogik*. Weinheim / Basel: Beltz 2016, S. 73–88.

22 Susanne Leitner: Rassismuskritisches und veränderungssensibles Denken als notwendiges Paradigma für Pädagogik im Förderschwerpunkt Emotionale und Soziale Entwicklung. In: *Sonderpädagogische Förderung heute* 67,3 (2022), S. 310–323, hier S. 311.

23 Ebd.

Leistungsbewertung...), aber niemand ist daran Schuld.“ Diese Narration müsste jeden *wohlmeinenden* Menschen, der nicht rassistisch sein will, vor ein großes Fragezeichen stellen: Alle waren dabei, aber niemand war es gewesen – Wie kann das sein?²⁴

Bleibt es ausschließlich bei der institutions- und gesellschaftsbezogenen Perspektive, dann scheint Trauma kein individuelles und relationales Geschehen mehr zu sein, sondern verliert sich in eher abstrakten sozialen Analysen. Einen psychoanalytisch fundierten Zugriff zur relationalen Vermittlung gesellschaftlich prägenden Rassismus bietet M. Fakhry Davids an.²⁵ Unter Rückgriff auf eine psychoanalytische Theorie nach Melanie Klein (die hier im Detail nicht diskutiert werden muss) konzeptualisiert er einen „Inneren Rassismus“. Den Ausgangspunkt bilden – dem Autor folgend – tiefe Ängste in Individuen, die in der ursprünglich kindlichen Entwicklung unvermeidbar, d. h. auch nicht als solche pathologisch sind. Da diese Ängste selbst nicht ausgehalten werden können, werden sie auf ein (vermeintlich fremdes) Gegenüber projiziert und dort entweder aggressiv bekämpft (z. B. durch Ausstoßung oder Gewalt gegenüber vermeintlich Andersartigen) oder betrauert (z. B. in Form der Dominanz von Mitleid im Beziehungsgeschehen). Das so adressierte Gegenüber wird dabei gezwungen, sich mit dieser Projektion zu identifizieren, der zunächst einseitige Vorgang wird dadurch zu einer Projektiven Identifizierung.²⁶ Nun ließe sich zurecht fragen, warum denn jene Projektion eine rassistische wird und sich nicht in anderer Weise an das verfügbare Gegenüber richtet. Hierbei kommt nun die gesellschaftliche Strukturiertheit ins Spiel:

Einerseits bieten die im Sozialen dominanten Vorurteile und Diskriminierungen einen Rahmen, an den sich die Ängste der weiß gelesenen Person anheften können. Die präsenten Vorurteile binden also sozusagen die Angst und bieten zugleich Zielpersonen an (Migrant*innen, schwarz gelesene Personen), denen jene nunmehr rassistisch aufgeladene Angst zugewiesen werden kann. Diese Ängste sind – obwohl von Davids primär objektbeziehungstheoretisch argumentiert – desto ausgeprägter, je krisenhafter die gesellschaftliche Situation ist.

24 Mai-Anh Boger / Bernhard Rauh: Zur Psychoanalyse rassistischer Dynamiken. Oder: Von der Besonderheit und der Gewöhnlichkeit, ein tabuisiertes Thema in einen psychoanalytischen Diskurs einzuführen. In: Dies. (Hrsg.): *Psychoanalytische Pädagogik trifft Postkoloniale Studien und Migrationspädagogik*. Leverkusen: Budrich 2021, S. 9–29, hier S. 14 (Herv. u. Orthografie i. Orig.).

25 Davids: *Ethnic Purity*.

26 Ebd., S. 22.

These are powerful social currents that draw all of us in, as citizens, bringing into the open, where they exist, racist mindsets that otherwise remain hidden.²⁷

Andererseits verbindet sich das Erleben jener Projektion auf Seiten der empfangenden Person mit oft unerträglichen Verinnerlichungen ganz realer Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen. D. h., im Erleben jener Person verdichtet sich das aktuelle interpersonale Geschehen (die Projektion) mit inneren Bildern, Affekten und körperlichen Sensationen, die aus früheren und häufig ganz manifest bedrohlichen rassistischen Erfahrungen stammen. Dies gilt auch für die zweite Generation: So können beispielhaft die nach 1992 in Rostock Geborenen durchaus affektive Korrelate der durch ihre Eltern erlittenen lebensbedrohlichen rassistischen Gewalt verinnerlicht haben, die sich dann mit aktuellen Adressierungen, z. B. als nicht-zugehörige:r Ausländer:in, verbinden. Was Davids aus einer psychoanalytisch-entwicklungspsychologischen Perspektive beschreibt, ist anschlussfähig an andere Denkfiguren, die ebenfalls das Wechselspiel sozialer Gewordenheit und interpersonaler Vermittlung von rassistischen Mustern in den Fokus nehmen (jedoch hier nicht im Detail besprochen werden können). Das auch in der Pädagogik immer stärker diskutierte Konzept des „Otherings“²⁸ sowie das ebenfalls die Interaktion im gesellschaftlichen Rahmen fokussierende Modell der Subjektivierung nach Judith Butler²⁹ sind solche anschlussfähigen Konzepte.

Die einerseits stets intersubjektiv vermittelten und andererseits sozial tief verankerten rassistischen Anrufungen verweisen nun zurück auf das oben vorgestellte Konzept der Sequenziellen Traumatisierung. Innerhalb der von Becker ausgearbeiteten Sequenzen³⁰ sind im vorliegenden Themenfeld die Sequenzen vier (Chronifizierung der Vorläufigkeit) und sechs (aus Flüchtlingen werden Migrant*innen) von besonderer Bedeutung.

Erstere beschreibt die sich häufig nicht oder kaum ändernden Bedingungen und erlebten Möglichkeiten von geflüchteten Menschen nach Ankunft im Aufnahmeland. Dies schließt sowohl hoch belastende familiäre Dynamiken als auch die fehlenden Möglichkeiten, einer Arbeit nachzugehen oder aber einen sicheren Aufenthaltsstatus zu erlangen, mit ein. Rassistische Adressierungen erleben zahlreiche Geflüchtete in dieser Sequenz fast täglich. Bettina Kupfer hat

27 Ebd., S. 12.

28 Vgl. Yandé Thoen-McGeehan: Othinging und Potenziale des widerständigen Umgangs. In: Boger / Rauh (Hrsg.): *Psychoanalytische Pädagogik trifft Postkoloniale Studien und Migrationspädagogik*, S. 137–148.

29 Vgl. Schlachzig: *Integrationsarbeit unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter*.

30 Becker: *Die Erfindung des Traumas*, S. 192.

in einem eindrücklichen Bericht die potenziell traumatischen Bedingungen in einer Erstaufnahmeeinrichtung beschrieben und dabei rassistische Dynamiken fokussiert, die sich häufig hinter einer scheinbaren Alternativlosigkeit des Handelns verbergen.³¹ Sie prägen deshalb auch die Sequenz vier, weil viele Familien länger als ein Jahr in diesen Einrichtungen leben. In der Schule werden geflüchtete Kinder, Jugendliche und ihre Familien nicht selten als unwillig oder extrem bedürftig adressiert, wobei auch offensichtlich engagierte Fachkräfte nicht vor Simplifizierungen und Spaltungen gefeit sind. So finden sich auch in Aussagen von Lehrkräften in Willkommensklassen immer wieder pauschalisierende Unterscheidungen zwischen Familien aus Syrien einerseits (die häufig idealisiert werden) und solchen aus Südosteuropa (die nicht selten als unwillig und vernachlässigend charakterisiert werden).³²

Sequenz sechs beschreibt die Herausforderungen für Menschen mit Zwangsmigrations- und Fluchtgeschichte, nachdem sie sich im Aufnahmeland eine zumindest halbwegs sichere Perspektive erarbeiten konnten bzw. ihnen diese zuerkannt wurde. Während die auch im pädagogischen Kontext dominante Assimilationsforderung, bei der das vermeintlich Andere rassistisch abgewertet wird, dabei zu einer Chronifizierung eines traumatischen Prozesses beitragen kann, haben korrigierende institutionelle und relationale Erfahrungen ein bewältigendes Potenzial. Somit schließt sich auch ein Kreis zur Einleitung dieses Beitrags. Zwar dürfte die Gruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die in der Silvesternacht auffällig geworden sind, heterogener sein, als es die Skandalisierung erscheinen lässt. Geht man aber davon aus, dass viele der jungen Menschen ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, zugleich aber durch eigene oder familiäre Erfahrung eine emotionale Bindung an ein anderes Land, eine andere Kultur (in einem weiten Kulturbegriff) haben, dann ist das hier dominante Wechselspiel aus Assimilationsforderung bei gleichzeitiger Adressierung als „fremd“ und „störend“ als möglicher Teil eines sozial mitbedingten traumatischen Prozesses zu verstehen.

31 Bettina Kupfer: Ein sozialer Ort, im sozialen Ort, in sozialen Orten. Über einen Versuch des (Fall-)Verstehens im Rahmen einer Tagung. In: David Zimmermann / Bernhard Rauh / Kathrin Trunkenpolz / Michael Winger (Hrsg.): *Sozialer Ort und Professionalisierung. Geschichte und Aktualität psychoanalytisch-pädagogischer Konzeptualisierungen*. Leverkusen: Budrich, S. 259–270.

32 Vgl. Henriette Juche / Sophie Friedrich / Katharina Weiland / Claudia Becker et al.: Rekategorisierung von Schüler*innen mit Fluchterfahrung aus professionalisierungs- und institutionsbezogener Perspektive. In: Roland Stein / Thomas Müller / Philipp Hascher (Hrsg.): *Sonderpädagogik – zwischen Dekategorisierung und Rekategorisierung*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2022, S. 185–197, hier S. 189–191.

4. Abschließende Überlegungen zur pädagogischen Bedeutung einer rassismuskritischen Traumapädagogik

Davids zeigt mit seinem Modell deutlich, dass sich rassistische Projektionen symptomatisch bei weitem nicht nur in aggressivem Bekämpfen des Gegenübers zeigen.³³ Dominantes Mitleid und De-Autonomisierung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit Fluchtgeschichte sind weitere Facetten, die eine rassistische soziale Strukturiertheit im interpersonalen Dialog widerspiegeln. Die Traumapädagogik als pädagogische Teildisziplin hat sich bislang stark über die notwendige Wahrnehmung traumatischer Belastungen von Kindern und Jugendlichen und damit verbundene Handlungsmöglichkeiten in der pädagogischen Beziehung definiert. Die Selbstreflexion von Fachkräften hinsichtlich eigener, auch rassistischer innerer Anteile ist hingegen ein noch wenig ausbuchstabierter Aspekt der diesbezüglichen Praxeologie. Rassismussensible Traumapädagogik verweist somit auf die unbedingte Notwendigkeit genau jener Selbstreflexionsanteile, wobei besonders die tabuisierten inneren Anteile unbedingt in den Blick zu nehmen sind, was als erste und wichtigste Schlussfolgerung aus den obigen Überlegungen zu ziehen ist. Denn in jenen tabuisierten Anteilen des eigenen Erlebens werden insbesondere bei sich als engagiert verstehenden Fachkräften die sozial hoch präsenten rassistischen Vorurteile deponiert und tauchen umso wirkmächtiger in belastenden Beziehungsmustern wieder auf. Die von schwerster rassistischer Gewalt, wie etwa in Lichtenhagen 1992, betroffenen Personen und auch die nächste Generation migrantisch gelesener Menschen benötigen deshalb korrigierende Beziehungs- und Milieuerfahrungen, die durch Anerkennung des Erlittenen, zugleich aber durch eine wirklich differenzierte und nicht immer konfliktfreie Auseinandersetzung mit (eigenen) Vorurteilen seitens der Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft, insbesondere der pädagogischen Professionellen, geprägt sind.

Eine zweite Schlussfolgerung ist stärker diskursbezogen, hat aber pädagogisch-praktische Auswirkungen: Der in bestimmten sozialen, v. a. akademischen Communities hoch präsente Diskurs über Rassismus zeitigt verstärkt Anzeichen einer vermeintlichen Ausweglosigkeit und führt zu Schuld- und Schamdynamiken. Diese können zu neuen Denkstörungen führen und wirkliche Selbstreflexion behindern. Wenn jede Interaktion nur noch unter der Perspektive von rassistischer Strukturiertheit gelesen werden kann, dann wird echte Selbstreflexion behindert und jede pädagogische Beziehung verliert das, was sie ausmacht: eine beidseitige Spürfähigkeit. Das Wechselspiel aus rassismussensibler Reflexion einerseits und Anerkennung der vielfältigen Determiniertheit

33 Davids: Ethnic Purity.

pädagogischer Beziehungen andererseits kann deshalb dazu beitragen, sowohl aggressive Kämpfe als auch übergriffiges Mitleid im erzieherischen Miteinander zu verhindern.

Cindy Hader

Randnotizen

Eine ethnografische Annäherung an die Auslagerung der Zentralen Aufnahmestelle im Anschluss an das Pogrom in Lichtenhagen

Institutionalisierte Erinnerungsdiskurse ignorieren, dass rassistische Diskriminierungen für die Angegriffenen auch nach dem Pogrom weitergehen. Die Erstaufnahmeeinrichtung in Nostorf-Horst, eine kleine Gemeinde im westlichsten Zipfel Mecklenburgs, die im April 1993 zum neuen Standort der Zentralen Aufnahmestelle (ZAst) wurde, ist bis heute Sinnbild der räumlichen Ordnungen dieses anhaltenden Rassismus – und dennoch nur eine Randnotiz im offiziellen Gedenken an das Pogrom 1992. Basierend auf ethnografischen Gesprächen und Archivrecherchen¹ skizziert der Beitrag erstmalig Eckpunkte des stufenweisen Auslagerungsprozesses der ZAst von Rostock-Lichtenhagen nach Nostorf-Horst und zeigt kolonial-rassistische Dispositive auf, die sich in ihm fortschreiben.² Abschließend plädiert er für einen dezentralen, kritisch-reflexiven Erinnerungsdiskurs, der das Lager³ integriert und sich nicht scheut, politische Forderungen an die Gegenwart zu stellen.

1 Das empirische Datenmaterial wurde von Februar 2019 bis Mai 2020 erhoben und ist Bestandteil meines Dissertationsprojekts zu No-Lager-Protesten als räumliche Artikulationen (pro-)migrantischer Solidarität in Mecklenburg-Vorpommern.

2 Ich gehe lediglich auf die Auslagerung der ZAst und damit auf die Unterbringungsstrukturen für Asylsuchende ein. Zur Situation der angegriffenen Vietnames*innen des Wohnheims vgl. Dan Thy Ngyuen: Eine geteilte Community. Kalter Krieg, Mauerfall und die vietnamesische Migrationsgeschichte. In: Lydia Lierke / Massimo Perinelli (Hrsg.): *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*. Berlin: Verbrecher 2020, S. 405–422.

3 Ich verwende neben dem institutionalisierten Begriff der (*Erstaufnahme-*)*Einrichtung* auch den aktivistisch konnotierten des Lagers. Insbesondere der Lagerbegriff verweist darauf, dass es sich bei Geflüchtetenunterkünften laut § 47 AsylG um staatliche Zwangseinrichtungen handelt, in denen der zeitweise Entzug von Grundrechten (z. B. Art. 13 GG, das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung) juristisch legitimiert wird. Zudem erlaubt es der Begriff, die (temporäre)

Zum Moment des Wegschaffens

August 1992: Hunderte Jugendliche, Neonazis und Anwohner*innen verwandeln den Rostocker Stadtteil Lichtenhagen in einen Schauplatz rechter Gewalt und rassistischer Übergriffe. Zwei Tage fliegen „Steine, Flaschen, Leuchtraketen und Brandsätze gegen die Flüchtlingsunterkunft und das benachbarte Wohnheim“⁴, bis sich das Land Mecklenburg-Vorpommern (MV) entschließt, die überforderte Rostocker und Schweriner Polizei mit 800 Beamt*innen zu unterstützen.⁵

Gegen die Gewalttäter*innen kann sich die Staatsmacht jedoch nicht durchsetzen: Am Montagmorgen, dem 24. August, werden die Asylsuchenden der ZAst evakuiert. Im Anschluss ziehen sich nicht die Angreifenden, sondern die drei anwesenden Hundertschaften der Polizei zurück. Das ungeschützt zurückgelassene Wohnheim der ehemaligen Vertragsarbeiter*innen aus Vietnam – Teil des *Sonnenblumenhauses* – wird damit zum alleinigen Ziel der rassistischen Aggressionen und in den Abendstunden mit Molotow-Cocktails in Brand gesetzt. Blockiert durch Angreifer*innen und Schaulustige kann die Feuerwehr erst anderthalb Stunden nach ihrem Eintreffen das Feuer löschen.⁶ Die Bewohner*innen retten sich selbst über das Dach des brennenden Hauses in den Aufgang des benachbarten Wohnblocks, aus dem sie „unter Schutz“⁷ von der Polizei in Notunterkünfte geschafft werden. Nachdem sich die Lage in der Nacht entspannt hat, kommt es am Dienstagabend erneut zu Zusammenrottungen von „Jugendlichen, Heranwachsenden und [...] erwachsenen Neugierigen“⁸, deren (Brand-)Angriffe sich gegen parkende Autos und Polizeibeamt*innen richten. Die massive Unterstützung durch anfeuernde Neugierige, die die „Störer“⁹ in den Tagen zuvor begleitete, bleibt jedoch aus.¹⁰

Zwangsunterbringung in kasernenartigen Sammelunterkünften über ihre lokale Spezifität hinaus als globales Phänomen zu betrachten, das neben Geflüchteten auch andere prekarierte und marginalisierte Gesellschaftsgruppen trifft.

4 Thomas Prenzel: Rostock-Lichtenhagen im Kontext der Debatte um die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl. In: Ders. (Hrsg.): *20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt*. Rostock: Universität Rostock, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften 2012, S. 9–31, hier S. 20.

5 Ebd.

6 Ebd., S. 21–22; Landtag Mecklenburg-Vorpommern: *Beschlussempfehlung und Zwischenbericht*. Schwerin, 19.06.1993, S. 36. https://www.landtag-mv.de/fileadmin/media/Dokumente/Parlamentsdokumente/Drucksachen/1_Wahlperiode/D01-3000/Drs01-3277.pdf (Zugriff am 09.01.2024).

7 Landtag MV: *Beschlussempfehlung und Zwischenbericht*, S. 36.

8 Ebd., S. 37.

9 Ebd.

10 Ebd., S. 36–37.

Der Moment des Wegschaffens der Angegriffenen bildete nicht nur den Wendepunkt im Verlauf des Pogroms, sondern markierte in der anschließenden Aufarbeitung auch das Ende der kritischen Auseinandersetzungen. Nur ein Beispiel dafür stellen die insgesamt 137 Seiten umfassenden Zwischen- und Abschlussberichte dar, die der durch das Land MV eingesetzte Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) am 16. Juni und am 4. November 1993 veröffentlichte: In ihnen wird die Auslagerung nur mit wenigen Sätzen erwähnt. Zum Leerzug der ZAst heißt es lediglich, dass die amtierende Leiterin am Montagmorgen Winfried Rusch, Ausländerbeauftragten und Abteilungsleiter für Ausländerfragen des Innenministeriums, telefonisch über die Lage informierte und vorschlug, die Einrichtung zu räumen. Damit einverstanden „ordnete Rusch die Verteilung an. Darauf wurden mit vier Bussen ca. 200 Bewerber auf Städte und Kreise verteilt.“¹¹ Eine nähere Auseinandersetzung findet nicht statt; nach welchen Kriterien die Verteilung durchgeführt wurde, um welche Kommunen es sich handelte, wie die Qualität der Unterbringung aussah, wie lange die Asylsuchenden dort ausharren mussten – all dem wird keine Relevanz zugeschrieben. An die anschließende Auslagerung der vietnamesischen Bewohner*innen erinnerte sich Polizeioberrat Jürgen Deckert wie folgt:

Die Anzahl der Vietnamesen, die *abtransportiert* wurden mit einem Gelenkbus, gleichwohl zwei zur Verfügung standen, einer reichte aus [*sic!*]. Dieser eine Bus ist meines Erachtens auch nicht voll gewesen, so daß in etwa 50, maximal 60 Vietnamesen *abtransportiert* wurden.¹²

Deckerts Wortwahl erweist sich als symbolträchtig: Abtransportiert werden, den Beispielen im Duden folgend, Möbelstücke oder Gefangene. Abtransportiert werden Objekte oder Menschen, denen der „Status des Individuums“ und damit „das Recht, anders zu sein“ nicht zugebilligt werden.¹³ Der Begriff weist zudem deutsche Tradition auf: Als *Transport* wurde im Nationalsozialismus auch die Deportation in Konzentrations- und Vernichtungslager bezeichnet. Dem Abtransport geht demnach ein Entzug jeglicher Subjektivität voraus, der sich in der (Neu-)Ordnung des Räumlichen materialisiert: Er führt Menschen an „mehr oder minder unbekannte Orte: Gefängnisse, Baracken, Notunterkünfte,

11 Ebd., S. 35.

12 Ebd., S. 70 (Herv. C.H.).

13 Michel Foucault: Das Subjekt und die Macht. In: Hubert L. Dreyfus / Paul Rabinow (Hrsg.): *Michel Foucault: Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*. Weinheim: Beltz Athenäum 1994, S. 243–265, hier S. 246.

Lager. Kurzum, an Orte, die symbolisch vermitteln: Du hörst nicht (mehr) zum gesellschaftlichen Gefüge.“¹⁴

Bemerkenswert ist, dass der PUA mehrfach den verspäteten Zeitpunkt der Auslagerung beanstandet, mit keinem Wort jedoch den Moment des Wegschaffens an sich kritisiert.¹⁵ Dabei verdichten sich in ihm, wie bereits Walter Benjamin feststellt, soziale und kulturelle Ordnungen, historisch tradierte Wissensbestände und diskursiv hergestellte Normalitäten. Die gesellschaftskritische Analyse kann den Moment nicht auf seine bloße Kausalität verkürzen, sondern muss ihn als wirkmächtiges Fragment in der, wie Benjamin es nennt, Montage der Geschichte verstehen. Es gilt daher, „die großen Konstruktionen aus kleinsten, scharf und schneidend konfektionierten Baugliedern zu errichten. Ja in der Analyse des kleinen Einzelmoments den Kristall des Totalgeschehens zu entdecken.“¹⁶

Der Moment wirkt immer über sich hinaus; so auch der des Wegschaffens der Angegriffenen von Rostock-Lichtenhagen. In ihm kreuzen sich mindestens zwei Spuren, denen es im Kontext eines dezentralen, kritisch-reflexiven Erinnerns nachzugehen gilt. Das bedeutet zum einen, die Auslagerung der Asylsuchenden und ehemaligen Vertragsarbeiter*innen als Fortschreibung segregierender Ausschlusspraktiken zu begreifen, die weit in die Ausländerpolitiken der DDR zurückreichen; zum anderen, den Blick auf die anschließenden Unterbringungsstrukturen zu richten und sich der Frage zu widmen, inwiefern diese die Nachklänge des Pogroms materialisieren und kolonial-rassistische Dispositive bis heute verstetigen.

Umkämpftes Erinnern:

Die Dimensionen des kollektiven Gedächtnisses

Nun gibt es bekanntlich nicht das *eine* Erinnern, das *eine* Gedenken; Erinnerungsdiskurse finden auf mehreren Ebenen statt, setzen unterschiedliche Schwerpunkte, blenden ein und aus, überlagern sich und stehen sich teils antagonistisch gegenüber. Astrid Erll versteht das kollektive Gedächtnis daher als semiotische Struktur, deren Kodierungen sich aus einer Vielzahl koexistenter

14 Cindy Hader: Ein Pogrom klingt nach. In: *der rechte rand*, 197/2022. <https://www.der-rechte-rand.de/wp-content/uploads/2023/08/197.pdf> (Zugriff am 27.11.2023), S. 18–20, hier S. 18.

15 Landtag MV: *Beschlussempfehlung und Abschlussbericht*. Schwerin, 04.11.1993, S. 21. https://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/dokument/9359/einsetzung_eines_parlamentarischen_untersuchungsausschusses_zur_klaerung_von_sachverhalten_im_zusammenhang_mit_den_rostocker_krawallen.pdf (Zugriff am 09.01.2024).

16 Walter Benjamin: Fluchtlinien I. In: Ders.: *Passagen, Übergänge, Durchgänge. Eine Auswahl*, hrsg. v. Johanna Sprondel. Ditzingen: Reclam 2020, S. 7–9, hier S. 7.

Erinnerungskulturen (im Plural) speisen.¹⁷ Ihre Bemerkungen knüpfen an einem anthropologisch-semiotischen Kulturbegriff an, in dem Kultur als Zeichensystem verstanden wird, das drei Dimensionen umfasst – material, sozial und mental –, die in einem wechselseitigen Verhältnis zueinander stehen.¹⁸ Das kollektive Gedächtnis in dieser Dreidimensionalität zu verstehen, erlaubt es, sowohl die Praktiken nicht-institutionalisierter Akteur*innen einzubeziehen – Erll spricht von „Erinnerungsakten“¹⁹ – als auch im Blick zu behalten, dass Reichweite, Akzeptanz und Stellenwert der hervorgebrachten Kodierungen stets an Machtressourcen geknüpft sind.

Dass dieses „Gewebe des kollektiven Gedächtnisses“²⁰ grundsätzlich veränderbar und umkämpft ist, zeigt sich mit Blick auf das Lager als Randnotiz im Erinnern an Lichtenhagen. Eine Verbindung zwischen dem Geflüchtetenlager in Nostorf-Horst und dem Pogrom wurde im Rahmen des historischen Gedenkjahrs 2022 erstmalig durch ein Bündnis aus institutionalisierten und nicht-institutionalisierten Akteur*innen, Gruppen und Initiativen hergestellt, die in einem Positionspapier Forderungen für eine zukünftige Gedenk- und Erinnerungskultur formulierten.²¹

Dementgegen stehen Jahrzehnte des offiziell-institutionalisierten Gedenkens, in denen die an das Pogrom anschließende Unterbringung nicht thematisiert wurde. Besonders manifest wird diese Leerstelle in der materialen Dimension des kollektiven Gedächtnisses: Ein prominentes Beispiel bildet seit 2017/18 das Denkmal *Gestern Heute Morgen*, das vom Künstler*innenkollektiv SCHAUM umgesetzt wurde. Es umfasst sechs Stelen, die individuelle Titel tragen und an unterschiedlichen Standorten in Rostock platziert sind: Die Stele „Politik“ vor dem Rathaus, „Selbstjustiz“ vor dem Sonnenblumenhaus, „Staatsgewalt“ vor der Rostocker Polizeidirektion, „Medien“ vor der *Ostsee-Zeitung*, „Gesellschaft“ in der Nähe des ehemaligen Jugendalternativzentrums und letztlich die Stele „Empathie“, die sich auf dem Doberaner Platz befindet. Das Kunstwerk wolle „keine Antworten oder Schuldzuweisungen geben“, vielmehr appelliere das Künstler*innenkollektiv „an die Mitmenschlichkeit“ und verweise „durch die Titel der Figuren gleichzeitig auf die Säulen der Demokratie.“²² Der

17 Astrid Erll: *Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen*. Stuttgart: Metzler 2005, S. 102.

18 Ebd., S. 101.

19 Ebd., S. 103.

20 Ebd., S. 102.

21 Positionspapier. In: *Gedenken an das Pogrom. Lichtenhagen 1992*, o. D. <https://gedenken-lichtenhagen.de/bundnis/positionspapier/> (Zugriff am 16.01.2023).

22 Artist Collective SCHAUM / Hansestadt Rostock: *Gestern Heute Morgen*. In: *Gestern Heute Morgen*, o. D. <https://rostock-lichtenhagen-1992.de> (Zugriff am 24.01.2023).

Versuch, dauerhafte und dezentrale Erinnerungsorte zu etablieren, gelang jedoch nur bedingt: Letztlich schafft es dieses Gedenken nicht über die Stadtgrenzen hinaus und thematisiert weder die anschließende Unterbringungssituation in Rostock-Hinrichshagen noch die in Nostorf-Horst – zwei Orte, die auch lange nach dem Pogrom in Konflikt mit zentralen Säulen der Demokratie stehen: (politische) Zugehörigkeit, Teilhabe und Bürgerschaft.

Stufenweise Auslagerung:

Von Rostock-Lichtenhagen nach Nostorf-Horst

Am Sonntag, dem 23. August 1992, – noch während des Pogroms – wurde zunächst eine ehemalige Kaserne der Nationalen Volksarmee in Hinrichshagen, einem ländlichen Stadtteil am nordöstlichen Rand Rostocks, als neuer Standort der ZAst in Betrieb genommen.²³ Am Waldrand gelegen, ist das Gelände nur über einen unbefestigten Schotterweg zu erreichen, der von der Landstraße 22 abzweigt – der Verbindungsstrecke zwischen Rostock und dem Touristenort Graal-Müritz. Dass geografische Segregation jedoch keine rassistischen Grundeinstellungen auflöst, zeigte sich in der nahe des Lagers gelegenen Erich-Weinert-Wohnsiedlung. Deren Anwohner*innen richteten bereits seit Bekanntgabe des Standortwechsels Beschwerden an Stadt und Land. Ablehnung, die sich, wie ein Polizeibericht von September 1992 festhält, im Anschluss an das Pogrom noch verfestigte:

Im unmittelbaren Umfeld der ZAst Hinrichshagen wohnen ca. 1.000 Menschen. Intensive Aufklärung hat ergeben, daß die Bevölkerung durchweg kein Verständnis für die Unterbringung der Asylbewerber in ihrer [...] Nähe hat. Es entwickelt sich erneut ein von Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß geprägtes Spannungsfeld.²⁴

Es ist nicht dokumentiert, wie viele Asylsuchende direkt von Lichtenhagen nach Hinrichshagen verlegt wurden; fest steht jedoch, dass das vier Unterbringungsgebäude umfassende Lager bereits 14 Tage nach dem Pogrom mit 923 Menschen völlig überbelegt war.²⁵ Auch wenn eine dauerhafte Unterbringung

23 Landespolizeiamt MV: Angaben zur Zentralen Aufnahmestelle des Landes für Asylbewerber, 20.11.1992. Landeshauptarchiv Schwerin, Land MV ab 1990, Aktenzeichen II/430e/200.10.14.

24 Polizeidirektion: Personelle Verstärkung der PD Rostock, 04.09.1992. Landeshauptarchiv Schwerin, Land MV ab 1990, Aktenzeichen II/430e/200.10.14.

25 Polizeidirektion: Ihre Anfrage zur ZAST Hinrichshagen, 09.09.1992. Landeshauptarchiv Schwerin, Land MV ab 1990, Aktenzeichen II/430e/200.10.14.

in Hinrichshagen von Seiten der Landesregierung nie geplant war – „die für 600 Asylbewerber konzipierte Liegenschaft [war] weder personell noch infrastrukturell geeignet, auf Sicht die hohen Zuzugszahlen aufzufangen und zu bewältigen“²⁶ –, stand die prinzipielle Auslagerung Geflüchteter schon weit vor dem Pogrom auf der politischen Agenda: Bereits im Mai 1992 schloss das Land einen Vertrag mit der Hansestadt über die Nutzung der Liegenschaft in Hinrichshagen.²⁷ Zudem wies der damalige Innenminister Georg Diederich (CDU) vor dem PUA darauf hin, dass die „Landesregierung [schon] frühzeitig zum Jahreswechsel 1991/92 einen Kabinettsbeschluss gefaßt [hatte], nach dem die ZAst nach Horst in den Landkreis Hagenow zu verlegen“ sei.²⁸ Das Pogrom in Lichtenhagen wirkte unweigerlich als Katalysator für diesen Verlegungsprozess; der Wille zur Auslagerung fremd gelesener Menschen bestand allerdings schon zuvor und muss daher als Ausdruck rassistisch tradierten Wissens verstanden werden:²⁹ Es gilt als selbstverständlich, den migrantischen Anderen des städtischen Handlungs- und Blickfelds zu verweisen. Diese Normalität des Wegschaffens reicht weit in die segregierende und diskriminierende Ausländerpolitik des SED-Regimes zurück und steht gleichsam symptomatisch für die Ausblendung migrantischer Perspektiven in der (Nach-)Wendezeit.³⁰

Zeitgleich spiegelten sich in Hinrichshagen die jüngsten Eindrücke des Pogroms: Um Eskalation jeglicher Art zu vermeiden, kamen Stadt und Land dem nicht abreißenden Unmut der Anwohner*innen am 16. September und 15. Dezember 1992 mit zwei Bürger*innenversammlungen schlichtend bei.³¹ Eine Bewohnerin berichtete der *taz*, dass sie sich nicht

26 Innenminister des Landes MV: Kabinettsvorlage Nr. 278/92 zur Einrichtung eines Landesamtes für Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten, 20.10.1992, S. 4. Angefragt über das IFG-MV; liegt der Autorin vor.

27 Landtag MV: *Beschlussesempfehlung und Zwischenbericht*, 19.06.1993, S. 31–33.

28 Ebd., S. 21.

29 Maria Alexopoulou: Rassismus als Kontinuitätslinie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. In: *bpb*, 14.09.2018. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/275884/rassismus-als-kontinuitaetslinie-in-der-geschichte-der-bundesrepublik-deutschland/> (Zugriff am 23.01.2023).

30 Zur Ausländerpolitik in der DDR vgl. Klaus Bade / Jochen Oltmer: Migration, Ausländerbeschäftigung und Asylpolitik in der DDR. In: *bpb*, 15.03.2005. <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration-ALT/56368/migrationspolitik-in-der-ddr?p=all> (Zugriff am 23.01.2023). Für migrantische Aushandlungen der (Nach-)Wendezeit vgl. Lierke / Perinelli (Hrsg.): *Erinnern stören*.

31 Hansestadt Rostock: Schreiben an die Polizeidirektion Rostock, 08.12.1992. Landeshauptarchiv Schwerin, Land Mecklenburg-Vorpommern ab 1990, Aktenzeichen II/430e/200.10.14.

bedroht fühle [...], angepöbelt wurde sie bisher auch nicht. Aber da habe doch letzgens eine Asylantin ihr Kind nur so zum Spaß einfach mit den Schuhen auf den Kotflügel von Sohnmanns Auto gestellt. „Ich kann nicht mehr“, wiederholt die Frau, die sich von Feinden umzingelt sieht, „wir haben so schön ruhig gelebt.“³²

Dabei sind es in erster Linie die Asylsuchenden, die zu Leidtragenden der Unterbringung wurden: Aufgrund der schlechten Anbindung der Einrichtung – die Landstraße verfügt weder über Fußgänger*innenwege noch über adäquate Beleuchtung – wurden auf der Strecke Anfang und Mitte Februar 1993 zwei Rumän*innen von Autos erfasst und starben.³³ Mahnend angemerkt wurde im Polizeibericht, dass „sich dieses Problem öffentlichkeitswirksam potenzieren“³⁴ werde, sobald die wärmere Jahreszeit beginne. Mit ihr sei auch anzunehmen, dass „der Küstenbadeort Graal-Müritz sowie umliegende küstennahe Ortschaften verstärkt [...] aufgesucht werden könnten. Damit dürfte dann das Problem der ZAst wieder in den Blickpunkt der Öffentlichkeit treten.“³⁵

Deutlich wird hier, dass Hinrichshagen nicht nur wegen seiner Aufnahmekapazitäten als dauerhafter Standort der ZAst abgelehnt wurde, sondern auch aufgrund seiner Nähe zu urbanen Zentren und touristischen Schauplätzen. Zudem artikulieren sich in den Archivmaterialien Topoi kolonialer Denktraditionen: Sind Beschwerden, Anwohner*innenversammlungen und Briefwechsel besorgter Politiker detailreich dokumentiert, werden Geflüchtete auf ihre bloße körperliche Anwesenheit reduziert und erscheinen lediglich als anonymisierte „Sicherheitsstörungen und Normverletzungen“ in den Listen der Polizeiberichte.³⁶ Inwiefern vielleicht auch sie sich gegen die Kasernierung in Hinrichshagen ausgesprochen, sich organisiert und Wege des Protests gesucht haben, kann aus den Archivmaterialien nicht rekonstruiert werden. Was damit den einen unhinterfragt zugebilligt wird – das Recht zur Sorge, die Befähigung zur Kritik und damit zur Vernunft –, wird den anderen grundsätzlich verwehrt. Diese wertende Binarität von Ordnung und Chaos, Geist und Körper, Vernunft und Irrationalität ist ein zentrales Merkmal des kolonialen Narrativs, in dem es, wie

32 Bascha Mika: Die Asylanten müßten sich doch fügen! In: *taz*, 10.09.1992. <https://taz.de/!1653608/> (Zugriff am 23.01.2023).

33 Jürgen Deckert: Sachstandsbericht zur ZAST Hinrichshagen aus polizeilicher Sicht, 16.02.1993. Landeshauptarchiv Schwerin, Land MV ab 1990, Aktenzeichen II/430e/200.10.14.

34 Ebd., S. 3.

35 Ebd., S. 2.

36 Vgl. ebd., S. 4–5 (Anlage); Polizeiwache Hinrichshagen: Lagebericht, 12.11.1992. Landeshauptarchiv Schwerin, Land MV ab 1990, Aktenzeichen II/430e/200.10.14.

Frantz Fanon bemerkt, nicht reicht, „zu behaupten, die Werte hätten die kolonialisierte Welt verlassen oder, besser, es habe sie dort niemals gegeben.“³⁷ Der koloniale Andere

heißt es, ist für die Ethik unerreichbar, ist Abwesenheit von Werten, aber auch Negation der Werte. Er ist, sagen wir es offen, der Feind der Werte. Insofern ist er das absolute Übel, ein zersetzendes Element, das alles, was mit ihm in Berührung kommt, zerstört, alles, was mit Ästhetik oder Moral zu tun hat, deformiert und verunstaltet, ein Hort unheilvoller Kräfte, ein unbewusstes und nicht faßbares Instrument blinder Gewalten.³⁸

Indes lief die Standortsuche auf Hochtouren: „Wir hatten klare politische Vorgaben: Raus aus den großen Städten und sozial schwachen Bezirken“, berichtet mir eine ehemalige Mitarbeiterin des Innenministeriums im Gespräch.³⁹ Zehn Liegenschaften wurden begutachtet, unter ihnen Storkow und Bellin, Goldberg, Tramm, Hagenow und Nostorf-Horst.⁴⁰ Zwei Faktoren wirkten dabei auf die Standortsuche ein: die Bagatellisierung rechter Gewalttaten und die rassistisch kodierte Trennung zwischen gewollten und ungewollten Fremden.

Goldberg steht für beide exemplarisch: Im Oktober 1992 positionierte sich hier ein parteiübergreifender Zusammenschluss aus Lokalpolitiker*innen und Anwohner*innen so vehement gegen die ZAst, dass „weder Verhandlungsspielraum noch Kompromisse“⁴¹ möglich waren. Der zum Zeitpunkt amtierende Innenminister Lothar Kupfer (CDU) zeigte sich verständnisvoll gegenüber den Protesten:

Die Ursachen für die *Frustration* der Menschen sind jedoch bekannt. Immer wieder wird bei der Asylgesetzgebung mit Hinhaltenaktiken gearbeitet, insbesondere bei der SPD-Führung. [...] Insofern gibt es bei der Bevölkerung zunehmend *Aversion* gegen alles, was mit Ausländern zu tun hat.⁴²

37 Frantz Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, aus d. Franz. v. Traugott König. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1981, S. 34.

38 Ebd.

39 Interview mit einer ehemaligen Mitarbeiterin des Innenministeriums, 21.11.2019.

40 Landtag MV: *Beschlussempfehlung und Zwischenbericht*, 19.06.1993, S. 30.

41 Bettina Markmeyer: Eine ganze Stadt fürchtet die ZASt. In: *taz*, 15.10.1992. <https://taz.de/!1648210/> (Zugriff am 15.07.2021).

42 Stefan Koslik: Land will sich nicht erpressen lassen. Innenminister Kupfer zu Protesten gegen Asylbewerberheim. In: *Norddeutsche Neueste Nachrichten*, 13.10.1992, S. 4 (Herv. C. H.).

Frustration und Aversion – um nicht von Hass, Gewalt oder gar Rassismus zu sprechen. Ähnliche Umschreibungen finden sich in der lokalen Berichterstattung: Hier befürchteten Anwohner*innen Randalen und Unruhen, sollte es zur Einrichtung der ZAst kommen, denn diese ziehe unweigerlich „Chaoten“ aus dem Umland an.⁴³ Auch im Innenministerium erinnert man sich: „Nach Goldberg sind wir einfach nicht gekommen. [...] Die hatten eigene Pläne, da am See. Die wollten Tourismus aufbauen. Das hätte man natürlich vergessen können, wenn wir da hingekommen wären.“⁴⁴ Dass der ungewollte Fremde – nicht der Tourist, sondern der Asylsuchende – den regionalen (Wieder-)Aufbau der Nachwendezeit gefährdet, ist ein Narrativ, das sich während der Suche nach einem Standort der ZAst durch die Lokalpresse zieht. In Nostorf-Horst berichtete der Bürgermeister dem *Anzeiger*, dass die Gemeinde mit Hilfe eines Bebauungsplans wiederbelebt werden sollte; „doch, wenn hier Asylanten einziehen, wird das nichts.“⁴⁵ Anwohner*innen pflichteten ihm bei:

„Hier will niemand etwas von diesem Projekt wissen. Aber wie schon in DDR-Zeiten sind wir wieder einmal überhaupt nicht gefragt worden,“ beklagt sich der Rentner Adolf Hollstein. [...] „Das geplante Hotel und Krankenhaus können wir unter diesen Umständen wohl abschreiben.“⁴⁶

Anknüpfend an Patrice Poutrus artikulieren sich hier Elemente einer großen ostdeutschen Opfererzählung, die gleichsam der Legitimierung rassistischen Ausschlusses dient: Rassismus versteht sich darin als „eine Art Reflex auf Konflikte, die durch die ‚Wende‘ und die deutsche Einheit entstanden seien.“⁴⁷ Sowohl die Handlungsfähigkeit und Verantwortung des Einzelnen als auch die Möglichkeit, anders zu reagieren, werden dabei vollends ausgeblendet.

Mit dem Kabinettsbeschluss der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern vom 20. Oktober 1992 fiel die Entscheidung für den Standort Nostorf: Auf dem Gelände der ehemaligen Grenzübergangsstelle wurde zum 1. April 1993 die neue ZAst eingerichtet. In diesem Zuge schuf das Innenministerium zugleich eine neue Behörde: das Landesamt für Asyl- und

43 Vgl. Lutz Jordan: Neuer Zoff um ZAST kommt in Sicht. In: *Norddeutsche Neueste Nachrichten*, 26.01.1993, S. 4; Ein Dorf hat Angst. In: *Der Anzeiger*, 14.10.1992, S. 1 u. 9.

44 Interview mit einer ehemaligen Mitarbeiterin des Innenministeriums, 21.11.2019.

45 Ein Dorf hat Angst, S. 9.

46 Jordan: Neuer Zoff um ZAST kommt in Sicht.

47 Leon Kahane / Fabian Bechtle / Jonas Balzer: „Blind für rassistische Motive“. Historiker zu Ostdeutschen und Migranten. Interview mit Patrice Poutrus. In: *taz*, 21.07.2019. <https://taz.de/Historiker-zu-Ostdeutschen-und-Migranten/!5606829/> (Zugriff am 25.01.2023).

Flüchtlingsangelegenheiten.⁴⁸ Man reagierte damit auf das *Gesetz zur Neuordnung des Asylverfahrens* vom Juli 1992, das u. a. einen längeren Verbleib in der Einrichtung, leichtere Abschiebungen und die Zentralisierung aller Behörden in der Aufnahmestelle vorsah. Insbesondere Letzteres ließ sich auf dem Kasernengelände vorbildlich umsetzen: Mit rund 50.000 qm bot es ausreichend Platz für den Bau mehrerer Unterkunfts- und Behördengebäude.

Mit Nostorf-Horst fand das Land eine Liegenschaft, auf der „die erforderlichen Strukturen optimal nach den neuen Anforderungen ausgerichtet werden“⁴⁹ konnten, sprich: die bundesrechtliche „Straffung und Beschleunigung des Asylverfahrens“⁵⁰ am adäquatesten verräumlicht wurden. Ganz konkret lobte das Kabinett die Lage außerhalb unmittelbarer Ortschaften und die anvisierte Unterbringung von 800 Personen.⁵¹ Eine Vision, die sich nicht realisieren ließ: Das Lager verfügt bis heute lediglich über eine Kapazität von rund 600 Plätzen und ist damit de facto nicht größer als die zum damaligen Zeitpunkt als zu klein deklarierte Einrichtung in Hinrichshagen.

Am 1. April 1993 nahm das Landesamt seine Arbeit auf. Die Unterbringung Asylsuchender konnte zunächst nur in Containern stattfinden, da die drei Unterbringungsgebäude erst in den folgenden Monaten gebaut wurden. Beauftragt wurde damit ein Architekt, wie mir eine ehemalige Mitarbeiterin berichtet: „Zu den Zäunen hin wurden zum Beispiel nur Waschräume gebaut, damit Molotow-Cocktails im Falle nur in Nassräume fallen würden.“⁵² Ein weiterer Hinweis darauf, dass das Lager in Nostorf-Horst nicht nur als in Beton gegossenes Symbol der Asylrechtsverschärfungen der 1990er Jahre gelesen werden muss, sondern auch ganz konkret unter dem Eindruck des Pogroms in Lichtenhagen entstanden ist. Die ab dem Zeitpunkt als Außenstelle deklarierte Einrichtung in Hinrichshagen schloss am 1. Dezember 1995.

Das Lager als Ort der Auseinandersetzung

Es ist das Unausgesprochene des Erinnerns, das in besonderem Maße gesellschaftlichen Zwecken dient. Wie der Anthropologe und postkoloniale Kritiker Michel-Rolph Trouillot bemerkt, sind es diese Leerstellen, die selbst Diskurse hervorbringen, das Sagbare gegenüber dem Nicht-Sagbaren, das Denkbare

48 Innenminister des Landes MV: Kabinettsvorlage Nr. 278/92.

49 Ebd., S. 2.

50 Ebd.

51 Ebd., S. 6.

52 Interview mit einer ehemaligen Mitarbeiterin des Innenministeriums, 21.11.2019.

gegenüber dem Nicht-Denkbareren etablieren und vorherrschende Macht- und Kräfteverhältnisse stabilisieren.⁵³

Die kritische Auseinandersetzung mit Lichtenhagen am Moment des Wegschaffens zu kappen, hält mindestens zwei zu problematisierende Diskurse aufrecht. Zum einen lässt es Angegriffene und Staatsapparat in einer Inszenierung aus Opfer und Retter zurück. Dabei reduziert es die Asylsuchenden und ehemaligen Vertragsarbeiter*innen nicht nur auf die Rolle des Opfers, sondern legitimiert auch Segregation in peripheren Lagern unter dem Deckmantel von Schutz und Sicherheit. Dan Thy Ngyuen betont, dass klassische Opferschemata zumindest auf die Angegriffenen des Wohnheims nicht zutreffen:

Ein Überlebender hat mir erzählt, dass er keine Angst hatte, in Lichtenhagen zu sterben, vielmehr befürchtete er, einen jungen Angreifer töten zu müssen. Da Überlebende des Pogroms teilweise Soldaten im Vietnamkrieg waren, gab es während des Pogroms [...] Evakuierungsmaßnahmen und Notfallpläne [...].⁵⁴

Die Ausblendung der anhaltenden Diskriminierung, die in der Lagerunterbringung nur *eine* Artikulation findet, erlaubt es zum anderen, Lichtenhagen als dem großen Bruch in einem ansonsten funktionstüchtigen Rechtsstaat zu gedenken, in dem rassistische Gewalt lediglich die fehlerhafte Ausnahme darstellt. Auch hier bemerkt Ngyuen, dass für die von ihm interviewten Vietnames*innen das Pogrom „*nur* ein weiterer Vorfall“⁵⁵ in einem von allgegenwärtigem Rassismus geprägten Leben ist.

Zwischen dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen und dem Lager in Nostorf-Horst besteht kein Kausalzusammenhang; die Auslagerung migrantischer Anderer hätte in jedem Fall stattgefunden. Nichtsdestotrotz klingen die Ausschreitungen in den kolonial-rassistisch kodierten Bildern, Diskursen und Debatten, die den Auslagerungsprozess begleiten, konkret nach. Wie Henri Lefebvre festhält, schreibt sich die Geschichte der Etymologie eines Ortes ein; die „Vergangenheit hat ihre Spuren hinterlassen, ihre Inschriften, die Schrift der Zeit.“⁵⁶ Gleichsam

53 Vgl. Michel-Rolph Trouillot: An Unthinkable History. The Haitian Revolution as a Non-Event. In: Alyssa Goldstein Sepinwall (Hrsg.): *Haitian History. New Perspectives*. New York: Routledge 2013, S. 70–107.

54 Dan Thy Ngyuen: Eine geteilte Community. Kalter Krieg, Mauerfall und die vietnamesische Migrationsgeschichte. In: Lierke / Perinelli (Hrsg.): *Erinnern stören*, S. 405–422, hier S. 418–419.

55 Ebd., S. 417 (Herv. i. Orig.).

56 Henri Lefebvre: Die Produktion des Raums (1974). In: Jörg Dünne / Stephan Günzel (Hrsg.): *Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2006, S. 330–342, hier S. 334.

ist das Lager kein klassischer Gedenkort – keine verlassene Ruine, kein eigens aufgestelltes Denkmal –, sondern alltäglicher Austragungsort des Asylregimes. Da es sich den Verbindungen zum Pogrom nicht verwehren kann, wird das Lager, Aleida Assmann folgend, zum Gedächtnisort wider Willen: eingebunden in die normativen Bezugspunkte der Gegenwart und gleichsam verpflichtet, sein historisches Geworden-Sein im Blick zu behalten.⁵⁷

Die Verbindungslinien zwischen Rostock-Lichtenhagen und Nostorf-Horst anzuerkennen, bedeutet, das Lager als Ort der Auseinandersetzung in das Gedenken an das Pogrom zu integrieren. Ein solch dezentrales, kritisch-reflexives Erinnern kommt zum einen nicht umhin, Rassismus als alltägliches Phänomen zu thematisieren: nicht verkürzbar auf drei heiße Sommertage, sondern tief verwoben in unsere gesellschaftlichen Geflechte und eingeschrieben in das Selbstverständnis unserer Institutionen. Zum anderen muss es sich der Kasernierung migrantischer Anderer in peripheren Sammelunterkünften zuwenden. Die Nachklänge des Pogroms in Nostorf-Horst zu erkennen, enttarnt das Lager als Ort der alltäglichen Fortschreibung rassistischer Gewalt – in seinen institutionellen, physischen und psychischen Formen. Ein solches Gedenken versteht sich als dezidiert politisch und kommt nicht (mehr) ohne Implikationen für die Gegenwart aus. Heißt: Sollen solidarische, rassismuskritische und demokratisierende Bemühungen nicht zur bloßen Symbolpolitik verkommen, darf es dieselbe Politik nicht erlauben, dass Orte wie das Lager in Nostorf-Horst weiterhin fortbestehen.

57 Aleida Assmann: *Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses*. München: Beck 2006, S. 337.

Sandra Eichstädt / Katharina Schwabel / Cornelia Sylla

Erinnerung an Rostock-Lichtenhagen 1992 unter Berücksichtigung einer heterogenen Schüler*innenschaft

Erfahrungen aus einem Lehrforschungsprojekt

Eine wichtige Aufgabe von Schule ist die Vorbereitung von Schüler*innen auf Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen. Dazu gehört auch die Bearbeitung von Rassismen im Sinne der Vermittlung von Wissen über rassistische Strukturen und Ereignisse sowie die Vermittlung demokratischer Werte. Es existieren zahlreiche pädagogische Programme und Ansätze, die sich insbesondere auf die Prävention rechtsradikaler Gewalt beziehen. Spätestens seit dem Anstieg der Proteste gegen rassistische Polizeigewalt im Jahre 2020¹ wird das Thema Rassismus auch in Deutschland wieder in der breiteren Öffentlichkeit diskutiert und der 30. Jahrestag des Pogroms in Rostock-Lichtenhagen hat auf der lokalen Ebene noch mehr Aufmerksamkeit von Pädagog*innen auf diese Thematik gelenkt.

Ein Schlagwort, das in Veröffentlichungen des Bundes und der Kultusministerkonferenz (KMK) in diesem Zusammenhang häufig fällt, ist „Erinnerungskultur“, wobei damit zumeist die Erinnerung an einzelne als wichtig erachtete Großereignisse, wie die Shoah oder den Mauerfall, gemeint ist.² Diese sollen als Beispiele für die Bedeutung demokratischer Werte und deren Bedrohung durch Faschismus und autoritäre Regime erinnert werden. Andere historische Epochen, die ebenso im Zusammenhang mit Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland betrachtet werden könnten (z. B. Kolonialismus oder auch jüngere

1 Vgl. Black Lives Matter: *Black Lives Matter. 2020 Impact Report*, o.D. <https://blacklivesmatter.com/wp-content/uploads/2021/02/blm-2020-impact-report.pdf> (Zugriff am 27.02.2023).

2 Vgl. Cornelia Sylla: Cultural Heritage and Responsibility. Linking Narratives of the Past to Perspectives of the Future. In: *Slovenský národopis* 69,3 (2021), S. 432–446. <https://www.ceeol.com/search/article-detail?id=1044988> (Zugriff am 18.01.2024).

Vorfälle rechtsgerichteter Gewalt wie das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen 1992), werden in offiziellen Curricula und Rahmenplänen selten berücksichtigt. Einzig im Rahmenplan für den Leistungskurs Geschichte im Lehramt Gymnasium in Mecklenburg-Vorpommern findet Rostock-Lichtenhagen als mögliches regionales Beispiel für Transformationsprozesse nach 1990 Erwähnung.³ Darüber hinaus sind es überwiegend Materialien von außerschulischen Bildungsträgern, die das Thema Rostock-Lichtenhagen aufgreifen (z. B. vom Verein Soziale Bildung e. V. (SoBi), der Evangelischen Akademie der Nordkirche oder von FILMERNST).⁴

Eine weitere Leerstelle, die in den pädagogischen Ansätzen zur Rechtsextremismusprävention zu identifizieren ist, betrifft marginalisierte Gruppen junger Menschen. Viele der existierenden Materialien sind recht voraussetzungsvoll und sprechen durch Fokussierung auf bestimmte milieuspezifische Bildungsinhalte und Werte insbesondere Jugendliche aus privilegierten sozialen Milieus an. Jugendliche, die in herausfordernden Lebensumständen aufwachsen, die emotional belastet sind, die Erfahrungen struktureller Gewalt tagtäglich persönlich ausgesetzt sind oder die von weiteren Beeinträchtigungen des Lernens betroffen sind, werden in den pädagogischen Programmen selten mitgedacht. Sowohl aus der Perspektive der politischen Bildung als auch aus sonderpädagogischer Perspektive werden also Desiderate der Weiterentwicklung didaktischer Ansätze deutlich. Obwohl sich politische Bildung oftmals mit Fragestellungen von Ein- und Ausgrenzung befasst, werden diese Themen nicht unbedingt konsequent in Bezug auf das eigene Fach reflektiert. In diesem Sinne „gehört Inklusion (noch) nicht zu den etablierten Konzepten und Fragestellungen der politischen Bildung.“⁵ Und auch wenn es Überlegungen aus der Sonder- bzw.

3 Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Institut für Qualitätsentwicklung, Fachbereich 4: *Rahmenplan für die Qualifikationsphase gymnasiale Oberstufe. Geschichte und politische Bildung*, 2019. https://www.bildung-mv.de/export/sites/bildungserver/downloads/unterricht/rahmenplaene_allgemeinbildende_schulen/Geschichte/RP_GEPO_SEK2.pdf (Zugriff am 27.02.2023).

4 Jennifer Farber / Johanna Gesthuysen / Hendrik Mayer / Aline Munkewitz et al.: Methodensammlung „Lichtenhagen im Gedächtnis“. In: *politisch bilden*, 2021. <https://politischbilden.de/material/lichtenhagen/> (Zugriff am 29.11.2023); Evangelische Akademie der Nordkirche: Lichtenhagen 1992. In: *Actionbound*, o. D. <https://actionbound.com/bound/lichtenhagen-92> (Zugriff am 27.02.2023); Uta Bieger / Jürgen Bretschneider: FILMERNST-Unterrichtsmaterial. Wir sind jung. Wir sind stark. In: *Filmernst*, 2015. https://www.filmernst.de/media/files/Materialien/W/Wir%20sind%20jung%20wir%20sind%20stark._DS.pdf (Zugriff am 27.02.2023).

5 David Jahr / Tina Hölzel: Einleitung. Inklusive Anfragen an die politische Bildung. In: Dies. (Hrsg.): *Konturen einer inklusiven politischen Bildung. Konzeptionelle und empirische Zugänge*. Wiesbaden: Springer VS 2019, S. 1–14, hier S. 5.

Inklusionspädagogik gibt, politische Bildung im Sinne von schulischer Inklusion weiterzuentwickeln, fehlt es noch an einer Systematisierung dieser Überlegungen für den Unterricht.⁶

Von diesen Leerstellen ausgehend, wurde im Herbst 2022 am Institut für sonderpädagogische Entwicklungsförderung und Rehabilitation (ISER) ein Lehrforschungsprojekt mit Studierenden durchgeführt, welches sich vor allem mit vorhandenen Lehrmaterialien zum Pogrom in Rostock-Lichtenhagen 1992 befasste, mit der Zielperspektive der Weiter- oder Neuentwicklung von geeigneten Materialien für inklusivere politische Bildung in der Schule. Nach einer vorausgehenden umfassenden Recherche von Lehrmaterialien zum Thema waren für die inhaltliche Fundierung Fachvorträge und Workshops zum Gedenken an Lichtenhagen 1992 durch regionale Expert*innen Teil des Programms. Im Anschluss sollten aus sonderpädagogischer Perspektive der Schwerpunkte „Lernen“ und „emotional-soziale Entwicklung“ der Bedarf der jeweiligen Zielgruppen an Lehrmaterialien erarbeitet und im nächsten Schritt die gefundenen Materialien auf ihre Nutzbarkeit für marginalisierte Schüler*innen befragt und exemplarisch Leerstellen herausgearbeitet werden.

Inhaltlich stellt das Projekt demnach ein Zusatzangebot zur politischen Bildungsarbeit im Bereich der Sonderpädagogik dar, das bisher nicht im Curriculum verankert, aber elementar für die Berufsqualifizierung angehender Sonderpädagog*innen ist. Ziel ist es, auch zukünftig das Thema der politischen Bildungsarbeit in der Sonderpädagogik, sofern möglich, in einem fachrichtungsübergreifenden Modul zu verankern. Weiteres Ziel des Lehrforschungsprojekts ist die Förderung des forschenden Lernens in der Lehre und dass Studierende stärker als bisher an interdisziplinärer Forschungspraxis partizipieren können. So sollen die Anbahnung der Reflexions- und Handlungskompetenzen der Studierenden, der theorie- und empiriebasierte Praxisbezug im Studium sowie die individuelle Bearbeitung einer Forschungsfrage im Rahmen der wissenschaftlichen Abschlussarbeit unterstützt werden.

An das Projekt anschließend wurde in transdisziplinärer Zusammenarbeit zwischen der Sonderpädagogik und den Fachdidaktiken politische Bildung und Geschichte ein weiteres ins Leben gerufen. In diesem werden unter der Mitarbeit von thematisch interessierten Künstler*innen und außeruniversitären sowie außerschulischen Bildungseinrichtungen professionelle neue Materialien für die schulische Nutzung in einem ko-konstruktiven Prozess entwickelt.

6 Ebd.

Erfahrungsbericht über die Workshops im Rahmen des Lehrforschungsprojekts

Das Seminar im Lehrforschungsprojekt fand in zwei aufeinander folgenden Wochen Ende September 2022 statt. Ausgeschrieben war es für alle Studierenden der Lehramter und Bildungswissenschaften. Allerdings waren alle Teilnehmer*innen angehende Sonderpädagog*innen in höheren Semestern – darunter auch Studierende, die die Schwerpunkte „Lernen“ und „emotional-soziale Entwicklung“ gewählt hatten und dementsprechend über Vorkenntnisse bezüglich der Zielgruppen verfügten. Eine weitere Gemeinsamkeit aller Teilnehmer*innen war, dass sie sich in den Reflexionsrunden zur eigenen Positionierung sämtlich der *weiß*-deutschen Mehrheitsgesellschaft zuordneten und somit ähnliche Erfahrungen mit Rassismen hatten, die ihrer privilegierten Situation in diesem Zusammenhang entsprachen. Keine*r unter ihnen würde sich selbst als Betroffene*n von ethnisierenden Diskriminierungen beschreiben. Zudem gab es in der Gruppe niemanden, der*die in Rostock aufgewachsen ist. Im Verlauf des Seminars fiel daher auf, dass in Diskussionen sehr ähnliche Perspektiven vertreten wurden, was weiterhin am geteilten Vorwissen und ihren praktischen Erfahrungen mit heterogenen Schulklassen liegen kann. Andere mögliche Perspektiven blieben damit unterrepräsentiert.

Als Einstieg in das Thema wurde gemeinsam entschieden, das Hörspiel *Das Sonnenblumenhaus*⁷ anzuhören. Dabei handelt es sich um von Schauspieler*innen eingesprochene Interview-Zuschnittsfragmente vietnamesischer Vertragsarbeiter*innen, die das Pogrom im Jahr 1992 miterlebt haben und von ihren Erfahrungen vor und nach der Wende sowie den Geschehnissen in Rostock-Lichtenhagen selbst sprechen.⁸ Im Anschluss daran wurde im Seminar über Gedanken und Gefühle gesprochen, die beim Hören aufgekommen waren. In diesem Gespräch haben die Teilnehmer*innen zurückgemeldet, dass viele Erlebnisse der Zeitzeug*innen für sie neu und einige Zusammenhänge im Rahmen einer Auseinandersetzung mit dem Pogrom zuvor nicht bekannt waren. Aus sonderpädagogischer Perspektive wurde jedoch auch angemerkt, dass es an manchen Stellen schwierig war, den einzelnen Erzählsträngen in dem Hörspiel zu folgen, weil nicht immer die gleiche Stimme eine bestimmte Perspektive repräsentiert und stellenweise Sprünge zwischen den Zeitebenen vorkommen. Dennoch wurden die unterschiedlichen Perspektiven sehr anschaulich dargestellt und

7 *Das Sonnenblumenhaus* (D 2014, R: Dan Thy Nguyen). Verfügbar unter: <https://www.rosalux.de/news/id/43068/das-sonnenblumenhaus> (Zugriff am 27.02.2023).

8 Vgl. dazu den Beitrag von Dan Thy Nguyen: *Das Sonnenblumenhaus. Über ein dokumentarisches Theaterstück und Hörspiel*, in diesem Band.

forderten auch zur Reflexion und Neupositionierung der eigenen Sichtweise auf das Pogrom auf.

Anders war dies, als am zweiten Seminartag gemeinsam die Dokumentation *The Truth Lies in Rostock*⁹ angesehen wurde. Diese zeigt einerseits Videoaufnahmen von den eskalierenden Zusammenrottungen und dem Anschlag im Jahr 1992 – sowohl außerhalb als auch innerhalb des Hauses – und andererseits Interviews mit Betroffenen sowie Verantwortlichen aus Polizei und Politik, die sich zu den Geschehnissen und ihrem Handeln äußern. Die in dem Film dargestellten Aspekte waren den Studierenden zumindest oberflächlich größtenteils bekannt und bestätigten sie eher in ihren Vorannahmen.

Neben weiterer Vertiefung des Faktenwissens über den Verlauf des Pogroms wurde hierzu eine Methode aus der Materialsammlung von SoBi durchgeführt. Ausgewählt wurde ein Beobachtungsauftrag zu den verschiedenen Akteur*innen in der Dokumentation mit der Fragestellung: „Wie haben sie gehandelt, und warum haben sie so gehandelt?“ Zum Beobachten werden hier beispielsweise die Politiker*innen oder die Anwohner*innen in Rostock-Lichtenhagen vorgeschlagen. Von den Teilnehmer*innen wurde der Beobachtungsauftrag einerseits positiv bewertet, da er nur aus einer Frage besteht und daher zulässt, dass man sich auf den Film einlassen kann. Andererseits sind hier einige mögliche Schwierigkeiten in Hinblick auf eine heterogene Schüler*innenschaft benannt worden, wie z. B., dass man die Frage „Warum haben sie so gehandelt?“ nur durch eigene Interpretationen des Handelns der beobachteten Personen beantworten konnte.

Durch den thematischen Einstieg mit Zeitzeugenberichten und unterschiedlichen Medien (Hörspiel und Dokumentarfilm) wurde bereits deutlich, welche Rolle die eigenen Gefühle in der Auseinandersetzung mit dem Thema spielen. Dies ist insofern im Rahmen des Seminars eine wichtige Erfahrung gewesen, als viele Materialien Medien wie den Film für den thematischen Einstieg vorschlugen und die Gefühle bei den Schüler*innen ebenso hervorgerufen werden können. Auch könnten bei einer anderen Gruppenzusammensetzung insbesondere im Hinblick auf Erfahrungen mit rassistischer Gewalt schwer antizipierbare Emotionen zutage treten.

Auf diesen Einstieg folgten die Workshops mit unterschiedlichen lokalen Vereinen, die Bildungsangebote mit Schulklassen durchführen – teilweise direkt zu Rostock-Lichtenhagen 1992, aber auch zu weiteren Themen der politischen Bildung. Am ersten Seminartag bot ein Vertreter des Netzwerks Demokratie

⁹ *The Truth Lies in Rostock (Die Wahrheit liegt (lügt) in Rostock*, GB 1993, R: Mark Saunders / Siobhan Cleary).

und Courage (NDC) einen Workshop unter dem Titel „(politische) Bildung“ an. Begonnen wurde mit Bild-Karten aus dem Spiel Dixit¹⁰ mit der Fragestellung: „Welche Karte verbinde ich mit Bildung?“ Hier konnten sich alle Teilnehmer*innen eine Karte aussuchen und reihum ihre Assoziationen dazu teilen – beispielsweise wurde das Bild eines Menschen, der vor einer sich öffnenden Tür steht, gewählt, mit der Assoziation, dass sich durch Bildung eine Welt öffnet, zu der man zuvor keinen Zugang hatte. Neben theoretischem Input zur Entwicklung und normativen Aspekten des Bildungsbegriffs wurden Fragen diskutiert wie: „Wann/Wo habe ich gute Bildung erlebt?“ Die eigenen Erfahrungen mit Bildung sowie das eigene Bildungsverständnis zu erkunden, spielte dabei eine große Rolle.

Eine Erkenntnis, die als wichtig für das weitere Vorgehen gesehen wurde, war, dass Bildung im Kern als transformatorischer Prozess betrachtet werden kann, es also nicht nur um pure Anhäufung von Wissens-elementen gehen kann, sondern dieses Wissen immer in Beziehung zum eigenen Leben, den eigenen Ansichten und Einstellungen gebracht wird und hier Veränderungen anstößt. Damit ist Bildung als Prozess aber auch immer direkt abhängig von der Ausgangssituation des Lernenden.

Der zweite Workshop – am darauffolgenden Tag – wurde von einer Referentin des Vereins Diên Hồng – gemeinsam unter einem Dach e. V. durchgeführt. Hierbei lag der Fokus auf der Arbeit des Vereins. Die Diskussion setzte sich thematisch stärker mit Rassismus in Schulen und aktuellen Bedarfen in der Lehrer*innenbildung auseinander als mit der Thematisierung des Pogroms im Unterricht. Der dritte Workshop, durchgeführt von SoBi, fand im Unterschied zu den anderen nicht im Seminarraum statt, sondern im Peter-Weiss-Haus, in dem sich der Verein und das Dokumentationszentrum „Lichtenhagen im Gedächtnis“ befinden. Hier wurde eine weitere Methode aus der Sammlung durchgeführt. In der Auswertung der Methode wurde das Gespräch auf das Inklusionsverständnis von SoBi gelenkt – dieses basiert auf dem von Julia Frohn entwickelten „[didaktischen] Modell für inklusives Lehren und Lernen“, das weiter unten noch genauer beschrieben wird, da es für die Analyse der Materialien relevant ist.¹¹

Es wurden im Anschluss an die Workshops neue Erkenntnisse zurückgemeldet – beispielsweise bei der Reflexion der eigenen Bildungserfahrungen im oben beschriebenen transformatorischen Sinn. Hier zeigte sich jedoch oft, dass die

10 Jean-Louis Roubira: *Dixit*. Essen: Libellud 2008.

11 Julia Frohn: Das Didaktische Modell für inklusives Lehren und Lernen. In: Dies. (Hrsg.): *FDQI-HU Inklusionsglossar*. In: *Humboldt-Universität zu Berlin*, 2017. <http://www.hu-berlin.de/fdqi/glossar> (Zugriff am 27.02.2023).

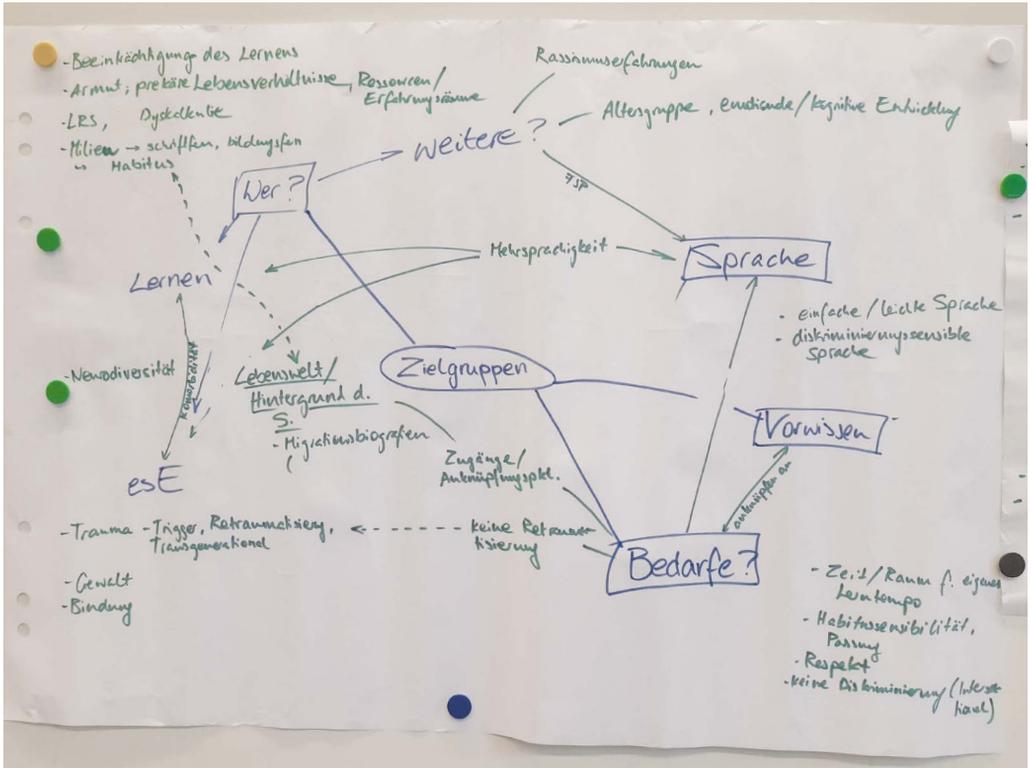


Abb. 1: Mindmap zu den Bedarfen von Schüler*innen.

Diskussionen aufgrund der geringen Gruppengröße sehr intensiv geführt wurden und die Meinungen trotzdem stark übereinstimmten. Häufig entstand ein Gefühl gegenseitiger Bestätigung. Dadurch kam die Frage auf, wie die Diskussionen verlaufen wären, wenn Studierende z. B. des gymnasialen Lehramts teilgenommen hätten, da jene anderes Vorwissen mitbringen und möglicherweise andere Einstellungen bezüglich eines inklusiven Unterrichts.

Die letzten Seminartage wurden spezifischen Situationen der Zielgruppen und der Analyse der Materialien gewidmet. Der Prozess wurde mit der Erstellung einer Mindmap (Abb. 1) zu den (Lern-)Voraussetzungen der Schüler*innen und ihren Anforderungen an Materialien und Unterricht begonnen – beispielsweise, dass die verwendeten Begriffe einerseits den sprachlichen Voraussetzungen der Schüler*innen angepasst werden müssen und andererseits hier die Gefahr besteht, durch Vereinfachungen der Komplexität des Themas nicht gerecht zu werden. Auch das Bedürfnis, in der Beschäftigung mit politischen Themen nicht (re-)traumatisiert zu werden, wurde herausgearbeitet.

STRUKTURELEMENTE						
PROZESSMERKMALE						
	Themen / Inhalte	Ausgangslage	Methoden / Medien	Erfolgskontrolle	Individuelle Kompetenzen	
Partizipation	Wie sind Schüler*innen an der Themenfindung beteiligt?	Wie können wir die Ausgangslagen sinnvoll erheben?	Welches Vorwissen wird vorausgesetzt?	Können Schüler*innen Ziele selbst setzen?	Welche biografischen Anknüpfungspunkte bietet das Material? Welche Möglichkeiten der Flexibilisierung / Anpassung bietet das Material?	Welche weiteren Zugangsmöglichkeiten gibt es?
Kooperation	Welche vielfältigen Perspektiven / Expert*innen können eingebacht werden?	Welche Voraussetzungen müssen Lehrende erfüllen?	Welche kooperativen Methoden sind mitegedacht?	Wie sind die Schüler*innen in die Erfolgskontrolle involviert? → Gegenseitigkeit	Möglichkeit, soziale Kompetenzen zu erweitern? Bietet das Material Raum für produktiven Austausch?	
Kommunikation	Welche inhaltlichen Ziele werden formuliert? Welche Begriffe werden genutzt?	Welche Voraussetzungen erfordert das Material?	Wie offen ist das Material für unterschiedliche Haltungen / Positionierungen?	Transparenz von Erwartungshorizont und Zielen?	Wie können Emotionen sensibel / sinnvoll aufgefangen werden? Erweiterung der Ausdrucksfähigkeit?	
Reflexion	Welche Normen liegen zugrunde? Wo werden Verkürzungen / Vereinfachungen vorgenommen?	Welche Bedarfe wurden bereits berücksichtigt? Wer ist Zielgruppe des besten Materials?	Was macht das Material für Lehrkräfte ansprechend? Welche Rolle spielen Emotionen im Material?	Welche Möglichkeiten der Zieldifferenzierung gibt es? Was kann Erfolgskontrolle bedeuten? Inwiefern ist eine Erfolgskontrolle im Material vorgesehen?	Welche Kompetenzen werden berücksichtigt / will das Material ansprechen?	Was ist das normative Bildungsverständnis?
	Curriculum, Aktualität	Wie sensibel geht das Material mit verschiedenen Lebenslagen / Hintergründen der Adressat*innen um?				Welche Barrieren bestehen im Material?

Tab. 1: Raster angelehnt an Frohn: Das Didaktische Modell für inklusives Lehren und Lernen.

Zu Beginn des letzten Seminartags setzten sich die Teilnehmer*innen noch einmal stärker mit dem didaktischen Modell von Frohn auseinander, das „Prozessmerkmale, Strukturelemente und generelle Rahmenbedingungen, die in der Planung und Durchführung inklusiven Unterrichts zu berücksichtigen sind“¹² beinhaltet. Bei den Prozessmerkmalen handelt es sich um Partizipation, Kommunikation, Kooperation und Reflexion. „Sie bieten Antworten auf die Frage an, wie inklusiver Unterricht idealtypisch vonstattengehen soll.“¹³ Als Strukturelemente werden die Ausgangslage, Erfolgskontrolle, Themen und Inhalte und Methoden- und Medienwahl genannt.

Frohn schlägt für die Operationalisierung des Modells die Entwicklung eines „die Prozessmerkmale und Strukturelemente verbindenden Rasters“ vor, sodass alle Projektinhalte „durch die Formulierung von Fragen in der Kombination der verschiedenen Parameter sichtbar gemacht werden“.¹⁴ Daher wurde ein Raster entsprechend des Modells entwickelt und mit den gesammelten Fragestellungen gefüllt: Strukturelemente in den Spalten und Prozessmerkmale in den Zeilen. (Tab. 1) Zur Generierung der Fragen für das Raster wurde eine in der qualitativen Forschung bewährte Methode von Cornelia Helfferich¹⁵ genutzt, die zwar üblicherweise zur Erstellung von Interviewleitfäden vorgesehen ist, aber auch in anderen Forschungskontexten gut geeignet ist, Fragen und Perspektiven zu sortieren. Sie wird mit dem gleichen Kürzel, wie ein bekanntes Statistikprogramm benannt (SPSS), das aber einfach die vier Schritte der Methode benennt:

Dieses Vorgehen hat einen wichtigen Nebeneffekt: Es dient gleichzeitig der Vergegenwärtigung und dem Explizieren des eigenen theoretischen Vorwissens und der impliziten Erwartungen an die von den Interviewten zu produzierenden Erzählungen. Hinter dem Kürzel ‚SPSS‘ stehen die vier Schritte ‚Sammeln‘, ‚Prüfen‘, ‚Sortieren‘ und ‚Subsumieren‘.¹⁶

Es wurden also zunächst gemeinsam Fragen gesammelt, die in Bezug auf Unterrichts- bzw. Bildungsmaterial zum Thema für die Zielgruppe als relevant angesehen wurden. Zum Schritt des Sortierens wurde das erstellte Raster (Tab. 1) genutzt, wobei erste Herausforderungen auftauchten, da es teilweise schwierig war, einige Fragen nur bzw. überhaupt einer Stelle in der Tabelle zuzuordnen.

12 Frohn: Das Didaktische Modell für inklusives Lehren und Lernen, S. 2.

13 Ebd.

14 Ebd., S. 3.

15 Cornelia Helfferich: *Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews*. Wiesbaden: Springer VS 2011.

16 Ebd., S. 182.

Frage	Vorge- sehen / genannt	bietet Spiel- räume	nicht erfüll- bar	Offene Antworten / Anmerkungen
Themen / Inhalte				
Wie sind Schüler*innen an der Themenfindung beteiligt?				
Welche vielfältigen Perspektiven / Expertisen können eingebracht werden?				
Welche inhaltlichen Ziele werden formuliert?				
Welche Begriffe werden benutzt?				
Welche sozialen / politischen Normen liegen dem Material zugrunde?				
Welche Verkürzungen / Vereinfachungen werden vorgenommen?				
Ausgangslage				
Von welchen Ausgangslagen wird ausgegangen?				
Welche sprachlichen Voraussetzungen erfordert das Material?				
Welche weiteren Bedarfe wurden bereits berücksichtigt?				
Wer ist die Zielgruppe?				
Wie sensibel geht das Material mit verschiedenen Lebenslagen / Hintergründen der Adressat*innen um?				
Methoden / Medien				
Welches Vorwissen wird vorausgesetzt?				
Welche kooperativen Methoden sind mitgedacht?				
Wie offen ist das Material für unterschiedliche Haltungen / Positionierungen?				
Was macht das Material ansprechend? (für Lehrkräfte)				
Inwiefern werden emotionale Reaktionen von Schüler*innen berücksichtigt?				

Erfolgskontrolle				
Können Schüler*innen Ziele selbst setzen?				
Wie sind die Schüler*innen in die Erfolgskontrolle involviert? → Gegenseitigkeit				
Transparenz des Erwartungshorizonts / der Ziele?				
Welche Möglichkeiten der Ziel-differenzierung gibt es?				
Welche Formen der Erfolgskontrolle sind vorgesehen?				
Individuelle Kompetenzentwicklung				
Welche biografischen Anknüpfungspunkte bietet das Material?				
Welche Möglichkeiten der Flexibilisierung / Anpassung bietet das Material?				
Wie können soziale Kompetenzen erweitert werden?				
Bietet das Material Raum für produktiven Austausch?				
Wie können Emotionen sinnvoll / sensibel aufgefangen werden?				
Wie wird die Ausdrucksfähigkeit bezogen auf das Thema erweitert?				
Welche Kompetenzen werden berücksichtigt? Welche will das Material ansprechen?				
Sonstiges				
Welche weiteren Zugangsmöglichkeiten gibt es?				
Was ist das normative Bildungsverständnis?				
Welche Barrieren fallen auf?				
Zeitbedarf?				

Tab. 2: Arbeitsversion heuristische Checkliste.

Dies führte u. a. dazu, dass einige Fragen, die trotzdem als wichtig erachtet wurden, nur entweder einem Strukturelement oder einem Prozessmerkmal am Rand des Rasters zugeordnet wurden. Nichtsdestotrotz erwies sich der Schritt, die Fragen in das Raster einzuordnen, insofern als außerordentlich hilfreich, als dass dadurch offensichtliche blinde Flecken in der eigenen Perspektive auf das Thema markiert wurden. Auffällig war, dass vor allem dem Prozessmerkmal der Kooperation und dem Strukturelement der Erfolgskontrolle nur sehr wenige Fragen zugeordnet wurden. Um diese Lücken zu schließen, wurden weitere Fragen erarbeitet und ergänzt. In der anschließenden Betrachtung der Fragen und deren Überprüfung mit Bezug auf die Sinnhaftigkeit einer weiteren Behandlung dieser erwies sich, dass es sich bei vielen davon um Fragen handelte, die in Form einer Checkliste für die Anwendung auf Materialien hilfreich sein könnten. Dementsprechend wurde im nächsten Schritt eine Arbeitsversion einer solchen Checkliste entwickelt, indem die Fragen überarbeitet, ausgewählt und umsortiert wurden. (Tab. 2)

Ergebnisreflexion

In einem nächsten Schritt wurde die ‚heuristische Checkliste‘ auf ein Lehrmaterial angewandt und damit reflektiert, inwiefern diese bereits nutzbar ist und an welchen Stellen Überarbeitungsbedarf besteht. Einige der dabei deutlich gewordenen Probleme sollen im Folgenden erläutert werden.

Zunächst einmal erschien die Anordnung der Fragen anhand der Strukturelemente nicht bis zu Ende sinnvoll, da so bei der Anwendung der Liste viel zwischen verschiedenen Abschnitten gewechselt werden muss. Dies macht das Vorgehen teilweise unnötig kompliziert und zeitaufwendig. So werden beispielsweise Ziele und Emotionen an verschiedenen Stellen in der Checkliste benannt. Diese zu bündeln könnte eine pragmatischere Vorgehensweise ermöglichen. In diesem Zusammenhang sollten auch einige Fragen eindeutiger formuliert und differenziert werden, da teilweise recht ähnliche Themen abgefragt werden. Zudem unterscheiden sich die Fragen stark in ihrer Form, einige Fragen sind mit einem einfachen Ja oder Nein beantwortbar, andere werden eher offen gestellt. Auch eine vergleichende Bewertung der Relevanz der Fragen wurde bisher nicht geklärt. Während manche Antworten Materialien eventuell als eindeutig nicht inklusiv disqualifizieren können, markieren andere lediglich Anregungen zur Optimierung. Durch die Anwendung der Liste kann zwar eine Sensibilisierung für bestimmte, zu bedenkende, inhaltliche und methodische Aspekte eines Materials geschaffen werden und Denkanstöße gegeben werden, eine abschließende Bewertung hinsichtlich der Nutzbarkeit für eine bestimmte Zielgruppe

ist allerdings nicht möglich. So sagt z. B. das Vorhandensein klar formulierter Ziele in einem Material noch nichts darüber aus, ob dieses als geeignet für eine Zielgruppe oder ein Unterrichtsvorhaben zu bewerten ist. Hierzu sind weitere Überlegungen notwendig. Außerdem ist deutlich geworden, dass die Beantwortung der Fragen durch die Teilnehmenden zwar relativ gut funktionierte, allerdings ist an vielen Stellen sehr viel Vorwissen zum Thema vorausgesetzt, um aussagekräftige Antworten formulieren zu können. Insbesondere am Beispiel einer untersuchten Quelle zeigte sich, dass es einer starken Sensibilisierung der im Unterricht Handelnden bedarf, um beispielsweise einer Retraumatisierung der Schüler*innen vorzubeugen. Die Studierenden haben die Quelle aufgrund der Sprache und der verwendeten Methoden als problematisch beurteilt. Beispielsweise werden die Lebenswelt und Gefühle der Schüler*innen in der Unterrichtsplanung nicht vorgesehen und diskriminierende Beschreibungen der Akteur*innen genutzt bzw. bestehende Vorurteile durch die Wortwahl in der dem Material angefügten Originalquelle (einem zeitgenössischen Zeitungsartikel) verstärkt. Die Teilnehmer*innen haben für die Beurteilung dieses Lehrmaterials eigene Erfahrungen aus dem gesamten Seminar hinzugezogen – die Durchführung von Methoden und eigene Gefühle, die dabei entstanden sind, die Beschäftigung mit den Zielgruppen und der Möglichkeit der persönlichen Betroffenheit von Schüler*innen sowie die Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Modellen für inklusiven Unterricht.

Zudem ist auch aufgefallen, dass trotz der Ergänzung vieler Fragen im Raster einige problematische Aspekte der analysierten Quelle nicht durch die Liste abgefragt wurden, diese fielen nur durch das im Seminar erarbeitete Vorwissen auf. Außerdem sind auch durch die gestellten Fragen noch keine genaueren Angaben zu einer spezifischen Zielgruppe abgedeckt, für die eine Eignung der Materialien letztlich überprüft werden soll. Zuletzt stellt sich auch die Frage nach dem, bisher nicht ausführlich geklärten, Anwendungsbereich, denn während sich die Vorarbeiten vor allem auf Rostock-Lichtenhagen bezogen, ist dies in dem Ergebnis nicht mehr im selben Ausmaß der Fall.

Nichtsdestotrotz stellt die ‚heuristische Checkliste‘ ein durchaus hilfreiches Werkzeug dar, um den Aufbau und mögliche Schwierigkeiten und Probleme eines Materials zu analysieren und diese ansatzweise strukturiert zusammenzutragen. Die Teilnehmenden, die auch zu den Autor*innen dieses Beitrags gehören, haben aus dem Lehrforschungsprojekt zusätzlich zu diesen Erkenntnissen auch Erfahrungen mit dem wissenschaftlichen Arbeiten im Allgemeinen sammeln können. Sie haben einige Methoden kennengelernt und insbesondere auch Einblicke in den Prozesscharakter von Forschung gewonnen. Das entstandene Ergebnis war vorher nicht absehbar, sondern ist in methodengeleiteter

Kooperation der Teilnehmenden untereinander entstanden. Mindestens potenziell konnten die Studierenden hieraus Inspiration und Motivation für ihre Staatsexamensarbeiten gewinnen. Durch das oben schon angesprochene größere Projekt zur Entwicklung von Lehrmaterialien wurden zudem weitere Rahmenbedingungen geschaffen, in denen die Studierenden an das hier erworbene Wissen anknüpfen und ihre Erfahrungen ausbauen können.

Insgesamt hat sich in dem Lehrforschungsprojekt bestätigt, dass gerade in Rostock, aber auch überregional die Sichtbarmachung und Vermittlung möglichst vielfältiger Perspektiven zum Pogrom in Rostock-Lichtenhagen 1992 wichtige Bildungsprozesse anregen kann. Bisher werden jedoch weder alle möglichen Perspektiven in hinreichender Weise repräsentiert, noch sind die vorhandenen Repräsentationen allen Lernenden gleichermaßen zugänglich. Diese Probleme lassen sich sicherlich nicht durch einen einzigen Ansatz, durch ein Projekt oder durch Erinnerungsveranstaltungen lösen. Kontinuierliche multiperspektivische Auseinandersetzungen bleiben bedeutungsvoll. Weitere wissenschaftliche Forschung zur historisch-politischen Bedeutung des Ereignisses für den Umgang mit Vielfalt in Deutschland erscheint ebenso notwendig wie die Entwicklung und Aufbereitung vielfältiger didaktischer Materialien, welche die Heterogenität von Lernenden intersektional berücksichtigen.

IV

KONTEXTE RASSISTISCHER GEWALT

K. Erik Franzen

Das Erbe annehmen

Hoyerswerda und die Erinnerung an das ‚Pogrom 1991‘

Wie gestaltete sich vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des ökonomischen Strukturbruchs der Umgang der Stadt Hoyerswerda, die sich von einem erstmals im 13. Jahrhundert erwähnten Ackerstädtchen über die zweite sozialistische Stadt nach 1945 zur *Shrinking City* entwickelt hatte, mit dem Pogrom 1991?¹ Die rechtsradikalen Exzesse im September 1991 gegen Vertragsarbeiter und Asylbewerber gelten heute zusammen mit den Ereignissen in Rostock-Lichtenhagen als Fanal rechter Gewalt in den 1990er Jahren und als ein möglicher Antrieb des Neonazi-Netzwerks Nationalsozialistischer Untergrund (NSU), dessen Taten die Bundesrepublik bis heute erschüttern: Eine „Generation Hoyerswerda“ war geboren worden.² Im Folgenden werden überblickhaft erinnerungskulturelle Praktiken seit den 1990er Jahren bis heute beschrieben und analysiert, um der Frage nachzugehen, wie lokale Akteure in der sächsischen Kommune das öffentliche Gedenken an die Ausschreitungen beeinflusst haben: Wie entwickelte sich diese „negative Geschichte“ als Teil der Stadtgeschichte?³

1 Hoyerswerda als sozialistische Musterstadt diskutiert Felix Richter: *Das neue Hoyerswerda. Ideenhaushalt, Aufbau und Diskurs der zweiten sozialistischen Stadt der DDR*. Berlin: Urbanophil 2020; eine spannende ethnologische Analyse der 2000er Jahre liefert Felix Ringel: *Back to the Postindustrial Future. An Ethnography of Germany's Fastest Shrinking City*. New York / Oxford: Berghahn 2018.

2 Vgl. David Begrich: Hoyerswerda und Lichtenhagen. Urszenen rassistischer Gewalt in Ostdeutschland. In: Heike Kleffner / Anna Spangenberg (Hrsg.): *Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg*. Berlin: Be.bra 2016, S. 32–44.

3 Hinweise dazu liefert K. Erik Franzen: Annäherungen an die eigene Geschichte. Das Gedenken an den Zweiten Weltkrieg in Hoyerswerda nach 1989. In: Christoph Cornelißen / Václav Petrbok / Martin Pékar (Hrsg.): *Stadt und Krieg. Neue Perspektiven auf Deutschland und Ostmitteleuropa*. Essen: Klartext 2019, S. 335–352; ders.: Erinnerungswende in der Stadt der Zugewanderten? Migration als komplexer Erinnerungsgegenstand in Hoyerswerda. In: *Neue*

1991

Das Jahr 1991 hatte einen langen Anlauf mit Beginn in der DDR – Rassismus und rechte Gewalt in Hoyerswerda begannen nicht mit dem Systemwechsel 1989.⁴ Ende der 1980er Jahre hatte sich in Hoyerswerda eine rechtsextreme Skinheadszone entwickelt. Die Volkspolizei des Kreises verzeichnete 1987 zahlreiche Delikte mit neonazistischem Hintergrund, u. a. das Singen des gesamten Deutschlandlieds in der Öffentlichkeit und Hakenkreuz-Schmierereien.⁵ In Bezug auf die vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) so gekennzeichneten Gruppierungen der „Skinheads“ und „Faschos“ urteilt Christoph Wovtscherk: „Der Hass gegen Ausländer, besonders auf Afrikaner, war bereits 1989 bei allen angelegt.“⁶

Dieser Hass zeichnete sich ein Jahr später konkret ab, in der Rückschau schildernd wie eine Blaupause der Ereignisse vom Herbst 1991. Im April 1990 kam es in Hoyerswerda zu 14 rassistischen, teils gewalttätigen Angriffen auf Migranten. Am 1. Mai eskalierten die Angriffe. Nachdem ein Mosambikaner von vier Jugendlichen schwer verletzt worden war, kam es zu einer Massenschlägerei zwischen 50 Mosambikanern und 200 Deutschen, in deren Folge die Mosambikaner in ihr Wohnheim flüchteten, das daraufhin mit Steinen beworfen wurde. 1.000 Schaulustige feuerten die Angreifer an.⁷ Im August 1991 brannten Neonazis ein Flüchtlingsheim in der Ortschaft Schwarze Pumpe nieder.⁸ In der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1990, dem „Tag der Wiedervereinigung“, kam es zu zwei Angriffen gegen das Ausländerwohnheim an der Clara-Zetkin-Straße.⁹

Rassismus respektive Gewalt gegen Migranten waren an der Tagesordnung, kaum jemand schritt bei Gewalttaten ein, die oben beschriebenen Ausschreitungen fanden den Beifall der Menge: In dieser Situation wurden 1991

Hoyerswerdaer Geschichtshefte 20 (2017), S. 4–19; ders.: Erinnerung to come, to stay, to go. Migration im städtischen Gedächtnis in Hoyerswerda nach 1989. Eine Annäherung am Beispiel des „Lagers Elsterhorst“. In: Ders. (Hrsg.): *Migration und Krieg im lokalen Gedächtnis*. München: Frank & Timme 2016, S. 141–185.

4 Zur rechten und rechtsextremen Mobilisierung vor Hoyerswerda vgl. Gideon Botsch: Vor Hoyerswerda. Zur Formierung des Neonazismus in Brandenburg. In: Kleffner / Spangenberg: *Generation Hoyerswerda*, S. 45–61; Harry Waibel: *Die braune Saat. Antisemitismus und Neonazismus in der DDR*. Stuttgart: Schmetterling 2017, S. 211, 228; Christoph Wovtscherk: *Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht? Eine sozialgeschichtliche Analyse der fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Hoyerswerda im September 1991*. Göttingen: V&R unipress 2014.

5 Wovtscherk: *Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht?*, S. 135.

6 Ebd., S. 147.

7 Ebd., S. 152; Waibel: *Die braune Saat*, S. 290.

8 Botsch: Vor Hoyerswerda, S. 46.

9 Wovtscherk: *Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht?*, S. 154.

Asylbewerber aus 20 Nationen in Hoyerswerda untergebracht. Nahtlos baute sich die Fremdenfeindlichkeit in der Stadt weiter auf. Im September 1991 explodierte das bereits brennende Gemisch und entfachte eine mehrere Tage anhaltende Brandwelle – das Pogrom gegen Vertragsarbeiter und Asylbewerber in Hoyerswerda dauerte vom 17. bis zum 23. September 1991.

Am 17. September kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen Streit provozierenden einheimischen Jugendlichen und vietnamesischen Zigarettenhändlern, die sich schließlich in ihr Wohnheim in der Albert-Schweitzer-Straße zurückzogen, verfolgt von den zumeist alkoholisierten Jugendlichen. Es entwickelte sich unter den Augen weiterer Bürger der Stadt, welche den deutschen Jugendlichen Beifall spendeten, ein Angriff mit Steinwürfen gegen das Wohnheim und auch gegen Polizeibeamte. Nachdem die Polizei zunächst sehr ängstlich und zögerlich reagiert hatte, löste sie schließlich die Situation auf, indem u. a. zwölf Personen verhaftet wurden.¹⁰

Durch die sichtbare Überforderung der Polizeibeamten ermuntert, entwickelte sich vom 18. bis 20. September ein sich täglich wiederholendes Ritual: Gegen circa 17 Uhr kamen zunächst rechtsextreme Jugendliche vor dem Wohnheim zusammen und begannen mit ihren Gewaltausbrüchen, innerhalb einer Stunde wuchs die Menge der johlenden Zuschauer auf mehrere hundert Personen an, in der Spitze waren es 500 Menschen. Die Gewaltakte selbst wurden jedoch stärker, flogen zunächst ‚nur‘ Steine, waren es in den beiden folgenden Tagen zusätzlich Stahlkugeln und Molotowcocktails. Allerdings gelang es der Polizei von Tag zu Tag besser, die Bewohner des Wohnheims zu schützen und die Gewalttäter nicht zu nah an die Gebäude heranzulassen.¹¹

Am 21. September verließen die letzten ausländischen Bewohner ihre Wohnungen in der Albert-Schweitzer-Straße, ob langfristig von den Behörden geplant oder nicht: Von außen gesehen und aus ihrer Binnenperspektive musste das wie ein Erfolg der Randalierer erscheinen. Die Angriffe gegen Migranten gingen an diesem Tag jedoch weiter, verlagerten sich aber nun in die Thomas-Müntzer-Straße, wo sich ein Asylbewerberheim befand – erneut unter den Augen von ungefähr 150 Schaulustigen. Der Polizei gelang es jedoch, die Situation, wenn nicht zu verhindern, so doch relativ zügig zu klären. Am 22. September kam es zu den wohl schwersten gewalttätigen Auseinandersetzungen. Nun waren aber nicht die Migranten das Ziel. Vielmehr wurde die Polizei von rechten und linken

10 Rassenhaß eskalierte. Straßenschlacht durch Polizei aufgelöst. In: *Lausitzer Rundschau*, 20.09.1991, S. 9.

11 Weitere Randalie vor Ausländerwohnheim. In: *Lausitzer Rundschau*, 20.09.1991, S. 10; vgl. zum Ablauf insgesamt Wowtscherk: *Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht?*, S. 151–216 (Kap. V).

Personen angegriffen, die sich wiederum auch gegenseitig attackierten. Mittlerweile kamen die meisten der Gewalttäter nicht aus Hoyerswerda, sondern aus Berlin, Sachsen, Brandenburg und Hamburg.¹²

In den Abendstunden des 23. September begann auf Weisung der Behörden die Räumung des Asylbewerberheims und der Transport der Asylbewerber in Bussen aus der Stadt hinaus – teilweise verfolgt von Rechtsextremen. Auch hier entstand sofort das Bild eines Sieges der Gewalt und einer Kapitulation der Politik.¹³

Im Rückblick kommt Christoph Wovtscherk zu der Einschätzung, dass ein energisches Eingreifen der Polizei bereits am 17. September die sich täglich wiederholende Gewaltspirale hätte verhindern können – doch dieses Versagen in Kombination mit einer zögerlich reagierenden Lokalpolitik schürte das Pogrom.¹⁴

Am 18. September und in den Folgetagen von der ARD bundesweit übertragen, brannten sich die Bilder eines gewalttätigen Mobs und hunderter lokaler Unterstützer ins kollektive Gedächtnis eines ganzen Staates – mit schwerwiegenden Auswirkungen in den 1990er Jahren: „Die tagelange rassistische Massengewalt von Hoyerswerda 1991“, bilanzierte David Begrich Anfang 2023 in der *taz* „ist eine der Urszenen der ‚Baseballschlägerjahre‘, jener Zeit der 1990er und 2000er Jahre, in denen rechte Jugendliche, normale Bürger*innen und organisierte Neonazis eine nahezu grenzenlose rassistische Gewalt ausübten; über lange Zeit weitgehend ohne Gefahr strafrechtlicher Sanktionen.“¹⁵

Städtischer Umgang mit der negativen Geschichte und zivilgesellschaftliche Reaktionen – vor dem Hintergrund rechter Gewalt

142 Personen wurden verhaftet, gegen 82 von ihnen wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet, die ganz überwiegende Mehrheit der Täter stammte aus Hoyerswerda. Daraus resultierten 20 Verurteilungen mit einem Strafmaß zwischen gemeinnütziger Arbeit und 24 Monaten Freiheitsentzug auf Bewährung. Doch

12 Polizei mit Molotow-Cocktails und Stahlkugeln beworfen. In: *Lausitzer Rundschau*, 23.09.1991, S. 8.

13 Sandra Daßler: Woher der Fremdenhaß? Eine Betrachtung der Ausländerfeindlichkeit (nicht nur) im Osten Deutschlands. In: *Lausitzer Rundschau*, 25.09.1991, S. 8.

14 Wovtscherk: *Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht?*, S. 208, 214.

15 David Begrich: Generation Hoyerswerda. Vor 30 Jahren begann eine Welle rassistischer Pogrome. Rohe Gewalt ist inzwischen weniger geworden – Demütigungen im Alltag sind es nicht. In: *taz*, 17.09.2021. <https://taz.de/Rechtsextreme-Gewalt-in-Ostdeutschland/!5797474/> (Zugriff am 12.01.2023).

wie reagierte die Lokalpolitik auf das Pogrom 1991? Und wie die Zivilgesellschaft? Wie Leserbriefe an die *Lausitzer Rundschau* zeigen, waren viele Bürger der Stadt schockiert, entsetzt, empört.¹⁶

Die im September schnell veröffentlichte „Gemeinsame Presseerklärung aller Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung zu den Ausschreitungen rechtsradikaler Gruppen gegenüber Ausländern und Asylbewerbern in Hoyerswerda“ sollte dazu dienen, nach außen das Bild einer moralisch gefestigten, toleranten Stadtgesellschaft zu entwerfen und den Abtransport der Migranten zu rechtfertigen. Kein Wort der Entschuldigung an die Opfer.¹⁷

Im November 1991 wurde der als links geltende Jugendklub Konrad Wolf – bekannt als „Der Laden“ – von Neonazis überfallen und einige Besucher verprügelt. Die rechte Gewalt hielt an.¹⁸

In der folgenden Zeit konzentrierte sich die Kommunalpolitik auf die Jugendarbeit, um künftige Ausschreitungen zu verhindern. So wurde ein Jugendreferat eingerichtet, das sich die Verbesserung der Jugendklubsituation zur Aufgabe machte. Die Stadt beteiligte sich zudem an der Gesellschaft für mobile Jugendarbeit Hoyerswerda im Rahmen der Bundesinitiative „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ – die schließlich 1993 mit mobilen Sozialarbeitern ihren Anfang nahm.¹⁹

Auf die rechtsextremen Jugendlichen und jungen Erwachsenen ging die Stadt unter dem aus West-Deutschland stammenden CDU-Oberbürgermeister Armin Ahrendt gesprächsoffen zu und steuerte einen sozialfürsorgerischen Kurs. Ihnen wurde im August 1992 ein eigener Jugendklub mit drei Sozialarbeitern zugeordnet (den sie zuvor besetzt hatten), das WeKaZehn. Im Nachhinein ein fataler Fehler: Hier probte die rechtsextreme Band Bollwerk um einen der Haupttäter vom September 1991 und die Netzwerkbildung der rechtsextremen Skinheadszenen in Hoyerswerda mit einem harten Kern aus 40 bis 50 Personen schritt voran.²⁰ Die Räume wurden u. a. auch für Treffen der Ende 1992

16 Beispielhaft C. P.: Wer trägt denn die Schuld? In: *Lausitzer Rundschau*, 17.09.1991; K. B.: Erschreckende Gewalt. In: *Lausitzer Rundschau*, 20.09.1991, S. 9.

17 „Das darf sich nicht wiederholen.“ Gemeinsame Presseerklärung aller Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung zu den Ausschreitungen rechtsradikaler Gruppen gegenüber Ausländern und Asylbewerbern in Hoyerswerda. In: *Lausitzer Rundschau*, 26.09.1991.

18 Beispielhaft für viele rechte Aktionen: „Rechtsradikale Szene“ oder nur Dummköpfe? Ausländerfeindliche Schreier wieder aktiv. In: *Lausitzer Rundschau*, 11.02.1992, S. 9.

19 Mobile Jugendarbeit soll Gewaltbereitschaft einschränken und Vertrauen schaffen. In: *Lausitzer Rundschau*, 19.03.1992, S. 9.

20 Thomas Matthess: Räume für rechtsorientierte Jugendliche termingerecht vergeben. In: *Lausitzer Rundschau*, 15.07.1992, S. 9.

vom Bundesinnenministerium verbotenen Gruppierung Deutsche Alternative genutzt.²¹

Immer wieder kam es auf offener Straße zu Überfällen auf Migranten und linke Jugendliche.²² Spätestens im Februar 1993 war klar, dass der sozialfürsorgerische Kurs den Neonazis gegenüber, oder besser gesagt das Konzept der akzeptierenden Sozialarbeit, gescheitert war: Mike Zerna wurde bei einem Konzert in Hoyerswerda von rechten Jugendlichen zu Tode geprügelt. Unter den Angreifern befanden sich mehrere Rechtsradikale, die sich am Pogrom 1991 beteiligt hatten und vorbestraft waren. Zwölf am Überfall auf Mike Zerna involvierte Neonazis wurden verurteilt, vier davon wegen fahrlässiger Tötung – ausgesprochen wurden Haft- und Bewährungsstrafen von bis zu vier Jahren.²³

Die Zivilgesellschaft Hoyerswerdas hatte auf die Ereignisse vom September 1991 spontan mit der Bildung der Bürgervereinigung „Dem Hass keine Chance!“ reagiert, die am 21. Dezember 1991 eine Lichterkette organisierte, an der 1.000 Bürger der Stadt teilnahmen und ihren Protest gegen die rechtsradikale Gewalt in ihrer Stadt zum Ausdruck brachten.²⁴ Außerdem stellte die Vereinigung der städtischen Bibliothek Literatur zur Migrantenpolitik zur Verfügung und organisierte im November 1992 eine weitere Lichterkettenaktion mit 2.000 Teilnehmern, die nun auch von der kommunalen CDU, SPD und FDP unterstützt wurde.

Als langfristiges Projekt etablierte die Evangelische Kirche ein Gymnasium in kirchlicher Trägerschaft: Das Johanneum zeichnet sich u. a. durch seine historisch-politische Bildungsarbeit aus, die Wert auf das Miteinander aller Nationen legt und seit Gründung 1992 viele örtliche Geschichtsprojekte durchgeführt hat.²⁵

Hervorzuheben ist die Gründung der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Demokratie und Lebensperspektiven (RAA) Hoyerswerda / Ostsachsen e. V. im Jahr 1993, die sich den Zielgruppen Kinder und Jugendliche widmet. Der

21 DA-Treff WK-X-Klub? Mitte November letzter Kameradschaftsabend. In: *Lausitzer Rundschau*, 12.12.1991.

22 Davon berichten auch die Protagonisten in Grit Lemkes bahnbrechendem Buch: Grit Lemke: *Kinder von Hoy. Freiheit, Glück und Terror*. Berlin: Suhrkamp 2021.

23 Mike Zerna. In: *Amadeu Antonio Stiftung*, o. D. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/todesopfer-rechter-gewalt/mike-zerna-staatlich-anerkannt/> (Zugriff am 19.03.2023); RAA Sachsen e. V.: Erinnerung an Mike – Interview mit Frank Zerna. In: *YouTube*, 01.03.2023. <https://www.youtube.com/watch?v=JZnxY8pauAM> (Zugriff am 19.03.2023).

24 Rainer Wenk: Dem Haß keine Chance. „Lichterkette“ findet inzwischen breite Zustimmung. In: *Lausitzer Rundschau*, 05.11.1991.

25 *Christliche Schule Johanneum Hoyerswerda*. <https://www.johanneum-hoy.de> (Zugriff am 03.03.2023).

auch von der Stadt Hoyerswerda unterstützte Verein blickt inzwischen auf eine 30-jährige Erfolgsgeschichte zurück: In hunderten Projekten und Netzwerktreffen wurden bis heute tausende Kinder und Jugendliche begleitet, um zivilgesellschaftliches Engagement zu erlernen und rechtsextremistische Ideologien und Einstellungen abzuweisen.²⁶

Regina Elsner, damals 1. Vorsitzende des 1990 gegründeten Ortsverbands Hoyerswerda der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), rief 1995 das vielleicht wirkmächtigste lokale Projekt gegen Rechtsextremismus ins Leben. Das Schülerprojekt „Wider das Vergessen“ entstand direkt als Folge der rechtsextremen Gewalt in der Kommune:

Hooligans und Neonazis warfen Steine und Brandsätze auf Wohnheime der Vertragsarbeiter und Asylanten. Dutzende Schaulustige unternahmen nichts dagegen, die Polizei war überfordert. [...] Das darf nie wieder geschehen!²⁷

Mit zahlreichen lokalen Partnern zusammen organisiert – vor allem der RAA Hoyerswerda / Ostsachsen – wurde und wird bis heute insbesondere das Themenfeld Zweiter Weltkrieg und Holocaust in den Gymnasien der Stadt diskutiert, flankiert von Zeitzeugengesprächen und Bildungsreisen.²⁸

Es gab weitere kleine zivilgesellschaftliche Akteure, die sich als Reaktion auf das Pogrom 1991 gründeten – beispielsweise die Projektarbeit Mosambik e. V., die in den 1990er Jahren konkrete Hilfe in Mosambik organisierte, wie den Aufbau einer Schule in Beira.²⁹ Und es gab größere Gebilde wie das Netzwerk und Bürgerbündnis Zivilcourage Hoyerswerda, 2007 gegründet im Kontext des schwierigen, zähen Prozesses der öffentlichen Erinnerungspraxis an das Pogrom 1991, auf die weiter unten eingegangen wird.³⁰

Aus dem bereits erwähnten Jugendklub Der Laden, der schon zu DDR-Zeiten existiert hatte, entwickelte sich in den 1990er Jahren die Kulturfabrik

26 *Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Demokratie und Lebensperspektiven (RAA) Hoyerswerda / Ostsachsen e. V.* <https://raa-hoyerswerda.com> (Zugriff am 15.03.2023).

27 Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Ortsverband Hoyerswerda: Unsere 27 Jahre währende Tradition. In: *VVN-BdA Hoyerswerda*, 14.07.2022. <https://hoyerswerda.vvn-bda.de/?p=610> (Zugriff am 20.03.2023).

28 Neben der RAA Hoyerswerda / Ostsachsen seien hier das Martin-Luther-King-Haus, die Kulturfabrik Hoyerswerda, das Jugendclubhaus „Ossi“, sowie die Stadt bzw. der jeweilige Oberbürgermeister genannt. Dazu vgl. ebd.

29 *Projektarbeit Mosambik e. V.* <http://www.projektarbeit-mosambik.de/index.htm> (Zugriff am 01.03.2023).

30 *Zivilcourage Hoyerswerda*. <https://zivilcourage-hoy.de> (Zugriff am 01.03.2023).

Hoyerswerda – die sich mit zahlreichen Kultur- und Kunstprojekten und entsprechenden Veranstaltungen der gesamten Geschichte ihrer Stadt widmete – und damit auch Projekten, in denen „1991“ zur Sprache kam.³¹

Mit dem offiziellen Gedenken an die Ereignisse tat sich die Stadt schwer. Man hatte sich eine Imageaufbesserung zur Aufgabe gemacht: Hoyerswerda sollte als tolerante, friedfertige und zukunftsfähige Stadt präsentiert werden – die erinnerungspolitische Aufarbeitung der rassistischen Gewaltausbrüche stockte sehr lange Zeit und wurde in diskursiven Loops anlässlich der Jahrestage der Übergriffe ritualisiert.

Zehn Jahre nach den Ausschreitungen veranstaltete die Stadt gemeinsam mit zahlreichen Vereinen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen eine Aktionswoche unter dem Motto „HY will’s wissen“ – dem damaligen Stadtmotto. Ratssaussprecher Sandro Fiebig präsentierte 2001 die Motivation: „Wir sind nicht mehr diese graue, dreckige und dunkelbraune Stadt, wie sie noch immer in vielen Köpfen vorherrscht“³², sagte er der *Sächsischen Zeitung* und verdeutlichte damit den Versuch eines Image-Wechsels.

Zu Anfang des Jahres 2001 hatte die Klasse 9b des Lessing-Gymnasiums zu einem Lichtermarsch unter dem Motto „Zeigen wir Gesicht und Courage – Miteinander für Demokratie“ aufgerufen – und 1.200 Menschen waren ihm an einem Freitagabend gefolgt. 2006 stand „1991“ auffällig markanter im Blickpunkt der öffentlichen Erinnerung. Das lag am Auftauchen einer linken Gruppierung, die sich den Umgang mit den Ereignissen in Hoyerswerda explizit zur Aufgabe gemacht hatte: die Initiative „Pogrom 91“, die von nun an den städtischen Diskurs in Bezug auf „1991“ maßgeblich beeinflusste.³³ Die Stadtverwaltung hatte 2006 zu Mahnwachen aufgerufen: Mobile Gedenkstellen (dieselben, die 2011 wieder herausgeholt, aufgestellt und schließlich abgeräumt wurden) wurden auf dem Altstadt-Markt und auf dem Lausitzer Platz aufgestellt und mit einem Text versehen, der nicht explizit zwischen Links- und Rechtsextremismus unterschied und so Kritik hervorrief.

Diese Auseinandersetzung im Jahr 2011 bildete schließlich einen Point of no Return für die kollektive Erinnerung an „1991“. Fünf Jahre später wurde erstmalig in einer größeren städtischen Sonderausstellung in der Orange Box, einem städtischen Ausstellungsort, das Thema aufgegriffen, der Oberbürgermeister Stefan Skora entschuldigte sich zu diesem Anlass im Namen der Stadt bei drei

31 Vgl. das Projektarchiv der Kulturfabrik Hoyerswerda. In: *Kulturfabrik Hoyerswerda*, o. D. <https://www.kufa-hoyerswerda.de/archiv/projekte-archiv> (Zugriff am 23.02.2023).

32 Thomas Mielke: Braunes Image ausbessern. In: *Sächsische Zeitung*, 12.9.2001, S. 7; Maik Brückner: Der lange Schatten von 1991. In: *Sächsische Zeitung*, 31.05.2001, S. 7.

33 *Initiative „Pogrom 91“*. <https://pogrom91.tumblr.com> (Zugriff am 12.02.2023).

Opfern³⁴ für die Angriffe und mit der Initiative „Pogrom 91“ hatte sich inzwischen eine diskursstarke Organisation fest etabliert, die die Erinnerungskultur in der Stadt veränderte. Sie hatte allen Grund dazu: Noch im September 2011, hatte Oberbürgermeister Skora drei Opfer des Pogroms 1991 bei einem Spaziergang durch die Neustadt begleitet, als es vor dem Ort der Ausschreitungen von 1991 erneut zu rassistischen Beleidigungen auf offener Straße durch Hoyerswerdaer Bürger kam.³⁵

Zum 20. Jahrestag versuchte die von ehemaligen Einwohnern gegründete linke Initiative „Pogrom 91“ eine kritische Auseinandersetzung, um die ihrer Ansicht nach mangelnde Aufarbeitung zu stärken und einer vorherrschenden Verdrängungsmentalität bezüglich der damaligen Angriffe entgegenzutreten. Im Kontext der von ihr beschriebenen Abwehrhaltung gegenüber einer Anerkennung und Übernahme von Verantwortung für die eigene Geschichte forderte die Initiative einen öffentlich wahrnehmbaren und dauerhaften „Stolperstein, der ein Vergessen unmöglich macht“.³⁶ Im Fokus dieser Bemühungen standen somit erstmals nicht die Hoyerswerdaer. Ihr Blick richte sich, so das Selbstverständnis der Gruppe, auf die „Betroffenen des Angriffs organisierter Neonazis und ‚ganz normaler‘ Bürger [...], die man aufgrund ihrer Hautfarbe und Herkunft als ‚anders‘ wahrnahm und denen man deshalb ein Leben in Hoyerswerda nicht zugestand.“³⁷

Im Stadtrat stieß das zunächst auf wenig Gegenliebe. Man wollte sich nicht direkt vereinnahmen lassen, schrieb aber unter dem zunehmenden Druck der Öffentlichkeit 2012, mehr als 20 Jahre nach den Überfällen, einen Denkmalswettbewerb aus. Der Siegerentwurf wurde schließlich 2014 eingeweiht: Ein offener Türrahmen aus Basaltsäulen, geschmückt mit einem Regenbogen, der Aussöhnung, Freundschaft und Frieden symbolisieren soll. Einzig über einen QR-Code erhält der Betrachter Zugang zur Einordnung:

Der September 1991 machte Hoyerswerda auf schrecklichste Weise weltbekannt. Eine Woche lang waren ausländische Vertragsarbeiter und Asylbewerber hier schlimmsten Angriffen ausgeliefert. Das Denkmal „Offene Tür – offenes Tor“ soll ein Ort der Erinnerung und Aufklärung sein.³⁸

34 Cosmos TV: 20 Jahre Hoyerswerda – Was hat sich seitdem verändert? In: *YouTube*, 19.09.2011. <https://www.youtube.com/watch?v=ryRG-M9Ijpk> (Zugriff am 14.02.2023).

35 Vgl. ebd.

36 Ereignisse beim Namen nennen! Selbstverständnis der Initiative Pogrom 91. In: *Initiative „Pogrom 91“*, 2011. <https://pogrom91.tumblr.com> (Zugriff am 12.02.2023).

37 Ebd.

38 Denkmal an die Ereignisse aus dem Herbst 1991. In: *Scan HY*, o.D. <http://www.scan-hy.de/denkmal/start.html> (Zugriff am 20.03.2023).

Und tatsächlich war die Errichtung des Denkmals im Zentrum der Neustadt unweit der damaligen Unterkunft für Vertragsarbeiter – ungeachtet von ästhetischer und inhaltlicher Kritik – ein sichtbares Zeichen für den langwierigen, aber von der Zivilgesellschaft erfolgreich eingeforderten Prozess des öffentlichen, kollektiven Erinnerns an „1991“.

Bei der Einweihung des Denkmals im September 2014 waren mindestens zwei Aspekte bemerkenswert: Erstens kam ein Vertreter von Pogrom 1991 mit einem offiziellen, langen Statement zu Wort, in dem mit Kritik am zögerlichen Umgang mit der Erinnerung durch die Stadtpolitik nicht gespart wurde – die explizit politisch links verortete Gruppierung war also aufgewertet worden. Zweitens wagten sich einige stadtbekannte Neonazis direkt an die Gäste heran und pöbelten sehr leise, aber durchaus hörbar – man ließ sie gewähren.³⁹ 2013, nur ein Jahr zuvor, hatte der Angriff von Neonazis auf ein linkes Pärchen, das in der Folge die Stadt verlassen musste, weil ihnen die Polizei keinen Schutz gewährleisten konnte, bundesweit für Schlagzeilen gesorgt.⁴⁰

Dem eingeweihten Denkmal fehlten jedoch die Opferstimmen. Bezeichnenderweise ist nur von Angriffen auf die beiden Wohnheime und ihre Bewohner die Rede. Aussagen der Opfer, die es in zahlreicher Form gibt, sucht man vergebens. Damit wurde die insbesondere von den Vertragsarbeitern, aber auch von den Asylbewerbern mitgeschriebene Migrationserzählung der Stadt ganz weitgehend verschwiegen.

2015/2021: Ein Neuanfang öffentlicher Erinnerungspraktiken und die Crianças de Hoy

Mitte der 2010er Jahre kamen Kriegsflüchtlinge und Asylbewerber nach Hoyerswerda – viele wurden in neu eingerichteten Flüchtlingsunterkünften untergebracht. Ab 2014 nahmen immer mehr von ihnen einen Wohnsitz in der Stadt – waren es zu Beginn der 2000er Jahre noch knapp unter 500, lebten Ende 2021 circa 1.600 Migrant*innen in Hoyerswerda.⁴¹

Die Befürchtung, dass nun erneut massenhafte Angriffe auf die Neuankömmlinge stattfinden würden, bewahrheitete sich zumindest bis heute nicht. Trotz

39 K. Erik Franzen: Verklemmtes Gedenken. Das Denkmal „Offene Tür, offenes Tor“ in Hoyerswerda soll an den Herbst 1991 erinnern. In: *Frankfurter Rundschau*, 22.09.2014, S. 23.

40 Lara Fritzsche: Nur weg. In: *Süddeutsche Zeitung Magazin*, 16.10.2013. <https://sz-magazin.sueddeutsche.de/gesellschaft-leben/nur-weg-79992> (Zugriff am 01.02.2023).

41 Stadt Hoyerswerda: Statistiken. Bevölkerungsbestand 2000–2021. In: *Hoyerswerda*, o. D. <https://www.hoyerswerda.de/stadtleben/stadtportrait/zahlen-daten-fakten/> (Zugriff am 27.02.2023).

einzelner Angriffe und rassistischer Vorfälle der immer noch aktiven rechten Szene in der Stadt blieben pogromartige Ausschreitungen aus. Das lag vor allem an der positiven Entwicklung in der Zivilgesellschaft der Stadt, wie oben beschrieben.

Für deren Einsatz steht hier beispielhaft ein weiteres Bürgerbündnis, das schon 2014 seine Arbeit aufgenommen hatte: „Hoyerswerda hilft mit Herz“ begleitete von Anfang an diesen neuen Integrationsprozess zwischen Einheimischen und Neuankömmlingen mit zahlreichen Angeboten (Begegnungscafés, Kinderbetreuung, Patenschaften für Familien und öffentlichen Veranstaltungen) – unterstützt von den wichtigsten Netzwerken, Kultureinrichtungen und auch der Stadt Hoyerswerda.⁴²

Eine Sonderausstellung der Kulturfabrik, der RAA Hoyerswerda / Ostsachsen, des *Hoyerswerdaer Tageblatts* und der *Lausitzer Rundschau Hoyerswerda* in Kooperation mit dem Lausitz-Center Hoyerswerda, der Initiative Zivilcourage und von Hoyerswerda hilft mit Herz 2015 belegt zudem den Beginn eines veränderten Bewusstseins gegenüber Migrationsprozessen: *Zugezogen*, eine Porträtausstellung mit Biografien von Menschen mit ganz unterschiedlicher Herkunftsgeschichte ließ sich als Plädoyer für eine integrative Migrationsgeschichte der Stadt lesen.⁴³

Der Erinnerungsort „1991“ hatte nun auch Eingang in das offizielle Gedächtnis der Stadt gefunden – ins Stadtmuseum ab 2018 mit der neuen Dauerausstellung. „LehrReich. Zeitfenster einer Stadt“ heißt eine neue Abteilung, die sich mit der Zeitgeschichte beginnend 1939 beschäftigt. In den beiden letzten Abteilungen, kompletten Neuerzählungen, wird im Bereich „Die Wende“ die vorletzte Migrationserzählung mit Bezug auf die Stadtgeschichte aufgegriffen: das Schicksal der Vertragsarbeiter und Asylbewerber, die im Herbst 1991 Opfer der fremdenfeindlichen Ausschreitungen wurden, in Zeitzeugenberichten, Fotos und Selbstzeugnissen der Opfer. Im besten Fall wird hier ein neues Nachdenken über Integration, Assimilation und Akkulturation ganz verschiedener Wanderungsbewegungen angestoßen.

Eine neue erinnerungskulturelle Ebene tat sich mit der Veranstaltung „Hoyerswerda 1991 – Erinnerungen, Einsichten, Perspektiven“ anlässlich des 30. Jahrestags des Pogroms auf. Explizit standen die Opfer im Mittelpunkt des Gedenkens und des Austauschs über die Gegenwart und Zukunft. Die Fotoausstellung

42 *Hoyerswerda hilft mit Herz*. <http://www.hoyerswerda-hilft-mit-herz.de/Home> (Zugriff am 10.03.2023).

43 Ausstellung ... zugezogen. In: *Kulturfabrik Hoyerswerda*, o. D. <https://www.kufahoyerswerda.de/zugezogen.html> (Zugriff am 01.03.2023).

Wir waren Kollegen des italienischen Fotografen Aghi und der Dokumentarfilmerin Julia Oelkers zeigt Porträts und Interviews mit mosambikanischen Frauen und Männern, die zwischen 1979 und 1991 in Hoyerswerda lebten und arbeiteten. Auf verschiedenen Podiumsveranstaltungen wurde mit ehemaligen Vertragsarbeitern aus Hoyerswerda, aber auch mit Nachkommen vietnamesischer Vertragsarbeiter aus der DDR und mit Einheimischen über ihre Erlebnisse diskutiert. Zudem gab es einen „Critical Walk“, bei dem an authentischen Orten im Stadtgefüge an die Ausschreitungen erinnert wurde. An der Stelle des inzwischen abgerissenen Hauses in der Albert-Schweitzer-Straße kam es zu einer kurzen verbalen Auseinandersetzung zwischen Teilnehmern des Stadtrundgangs und offensichtlich angetrunkenen Neonazis. Aufschlussreich war zudem eine Vernetzungsrunde von Vertretern der Städte Hoyerswerda, Rostock, Solingen und Mölln, bei der eine zukünftige Zusammenarbeit anvisiert wurde.

Auf der offiziellen Gedenkveranstaltung des von der Initiative Zivilcourage Hoyerswerda, RAA Hoyerswerda / Ostsachsen, der Stadt Hoyerswerda, des Schlosses Hoyerswerda und der lokalen Volkshochschule organisierten Gedenkwochenendes sprachen sowohl der Oberbürgermeister Torsten Ruban-Zeh als auch der ehemalige Vertragsarbeiter David Macou als Opfervertreter. Während Macou sich sowohl bei der Stadt als auch bei der alles bündelnden Initiative Zivilcourage Hoyerswerda mit zwei Skulpturen für ihr Engagement bedankte, sprach Ruban-Zeh zum ersten Mal in einer solchen Gedenkveranstaltung eine offizielle Entschuldigung der Stadt Hoyerswerda an die Opfer von 1991 aus.⁴⁴

Mit angeregt durch Grit Lemkes Buch *Kinder von Hoy*⁴⁵ bildete sich in Maputo in Mosambik eine Gruppe von ehemaligen Vertragsarbeitern aus Hoyerswerda, die Crianças de Hoy – eine Teilgruppe der in Mosambik sogenannten Madgermanes, den ehemaligen Vertragsarbeitern in der DDR, die seit einigen Jahren allwöchentlich in Maputo für ihre Rechte demonstrieren: Die DDR hatte einen großen Teil ihres Lohns an die mosambikanische Regierung überweisen, die ihn jedoch nicht an die Arbeiter auszahlte.⁴⁶ Mit einer Spendenaktion für

44 Zur Erinnerungsgeschichte, die die Opferperspektive betont vgl. u. a. Dostluk Sinemasi: Hoyerswerda und die Geburt des Antirassismus. Interview mit Emmanuel Adu Agyeman. In: Lydia Lierke / Massimo Perinelli (Hrsg.): *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*. Berlin: Verbrecher 2020, S. 321–338.

45 Lemke: *Kinder von Hoy*.

46 Die Auszahlung der einbehaltenen Lohnanteile bedarf ebenso wie die Frage von Rentenansprüchen der Klärung. Zurzeit ist beim Deutschen Bundestag Bewegung in diese Fragen gekommen. Vgl. SED-Opferbeauftragte des Bundestags unterstützt die Forderung nach Entschädigung. In: *Vertragsarbeit Mosambik-DDR*, 20.01.2023. <https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/2023/01/20/sed-opferbeauftragte-des-bundestags-unterstuetzt-die-forderung-nach-entschaedigung/> (Zugriff am 03.03.2023).

die Crianças de Hoy geht die Hoyerswerdaer Bürgergesellschaft einen weiteren Schritt in Richtung einer konkreten Übernahme von Verantwortung aus den Ereignissen von 1991⁴⁷ – nicht nur mit Bezug auf die Entwicklung von Erinnerungs- oder Geschichtskulturen, die jedoch, in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht hat.

Anders als beispielsweise in Freital, Chemnitz oder Heidenau war die Generation Hoyerswerda in der Stadt, die der Bezeichnung ihren Namen gab, trotz Hoygida-Aufmärschen, immer noch aktiver rechter Szene⁴⁸ und neu hinzugekommener AfD-Lokalpolitik nicht in der Lage, der Stadt mit Gewalt ihre fremdenfeindliche Perspektive vorzuschreiben: Die Gegenbewegung der lokalen Zivilgesellschaft war zu stark, wie sich mit dem Zustrom von Flüchtlingen und Asylbewerbern ab 2014 und einem offenen Umgang mit Fragen der Integration zeigte – rechten Positionen wurde keine Deutungsmacht zugestanden. Und auch die Stadt hat erkannt, dass man das Erbe von „1991“ annehmen muss, will man ein erneutes Pogrom verhindern.

47 Spendenaktion „Crianças de Hoy“ – Hilfe für ehemalige Vertragsarbeiter aus Mosambik. In: *Zivilcourage Hoyerswerda*, o. D. <https://zivilcourage-hoy.de/spendenaktion-criancas-de-hoy-hilfe-fuer-ehemalige-vertragsarbeiter-aus-mosambik/> (Zugriff am 02.03.2023).

48 Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern / Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.): Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2021. In: *Verfassungsschutz Sachsen*, 2022. https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Saechsischer_Verfassungsschutzbericht_2021_barrierefrei.pdf (Zugriff am 02.03.2023), S. 69, 89, 108, 232.

Kemal Bozay

Rassistische Gewalt und Erinnerungskultur aus der migrantischen Betroffenenperspektive am Beispiel von Solingen 1993

In der politischen und medialen Öffentlichkeit waren die 1990er Jahre im frisch vereinten Deutschland durch eine Welle rassistischer und rechtsextremer Gewalt gekennzeichnet. Rassismus, Hass, Brandanschläge und pogromartige Stimmung gegen Migrant*innen, Geflüchtete und vermeintliche ‚Andere‘ erreichten in dieser Zeit ihren Höhepunkt in Hoyerswerda (1991), Rostock-Lichtenhagen (1992), Mölln (1992) und Solingen (1993). Während im Zuge der politischen Umbrüche in den 1990er Jahren in Ostdeutschland unter dem Label „Baseballschlägerjahre“¹ eine gewaltsame rechte Jugendkultur an Dynamik gewann, waren es in Westdeutschland die durch Arbeitslosigkeit und soziale Spannungen ausgelösten „Frustjahre“ – wie es die Shell-Jugendstudie² belegte.

Die Kehrseite davon ist, dass die rassistischen Gewaltpraxen gegen Migrant*innen und Geflüchtete seit den 1990er Jahren nicht nur Wut und Empörung ausgelöst, sondern im Kollektivgedächtnis der Opfer und Betroffenen tiefe Risse erzeugt haben. Die gegenwärtigen Kollektiverfahrungen von Migrant*innen und Geflüchteten mit Rassismus und rassistischer Gewalt sind mannigfaltig. In vielen Fällen wird diese Gewalt nicht nur von Einzelpersonen, sondern insbesondere auch von staatlichen Institutionen und Behörden ausgeübt. Damit findet aus migrantischer Perspektive eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit

1 Christian Bangel: #Baseballschlägerjahre. Ein Hashtag und seine Geschichten. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 72,49–50 (2022), S. 4–9, hier S. 4. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/rechte-gewalt-in-den-1990er-jahren-2022/515769/baseballschlaegerjahre/> (Zugriff am 24.11.2023).

2 Jugendwerk der Deutschen Shell: *Jugend '92. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland*, Bd. 1: Gesamtdarstellung und biografische Porträts. Opladen: Leske + Budrich 1992.

individuellen, strukturellen, institutionellen und sogenannten intellektuellen Formen von Rassismus statt. Zudem prägen in den Erinnerungspraxen strukturelle und institutionelle Rassismen das Erinnern stark. Gerade in diesem Kontext spielt das Erinnern und Erinnert-Werden eine wichtige Rolle, insbesondere auch als Form des migrantischen Widerstands gegen Rassismus, rassistische Gewalt und Rechtsextremismus.

Genauso wie die rassistische Gewalt in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Hanau, Chemnitz, Kassel und Halle (Saale) sowie die NSU-Morde in vielen Teilen Deutschlands prägt auch Solingen 30 Jahre danach in der Auseinandersetzung mit und Aufarbeitung von rassistischen Ereignissen und Erlebnissen unser kollektives Gedächtnis. Meine eigenen Erinnerungen an Solingen 1993, das bereits in jungen Jahren in meiner politischen Sozialisation einen wichtigen Platz eingenommen hat, prägen auch heute noch mein persönliches Wirken und Engagement gegen alle Formen von Rassismus und Rechtsextremismus.

#SayTheirNames

Am 29. Mai 1993 wurden in Solingen Gürsün İnce (27), Hatice Genç (18), Gülüstan Öztürk (12), Hülya Genç (9) und Saime Genç (4), fünf junge türkeistämmige Frauen und Mädchen, bei einem rassistischen Brandanschlag getötet. Solingen, eine Kleinstadt im Oberbergischen, die bis dahin für ihre Messerklingen bekannt war, wurde durch diesen Anschlag zum Zentrum der Auseinandersetzung mit rechtsextremer Gewalt in der Geschichte der Bundesrepublik. Dieser rassistische Anschlag löste nicht nur eine gesellschaftliche Debatte über Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland aus, sondern bewirkte auch eine Solidaritätswelle mit den Opfern und Betroffenen.

Dabei bietet #SayTheirNames³ u. a. eine wichtige symbolische Perspektive in der Anerkennung von Opfern und Betroffenen rassistischer Gewalt. Durch die Öffentlich- und Sichtbarmachung der Namen von Opfern rassistischer Gewalt gewinnen Menschen nicht nur eine Anerkennung, sondern es wird auch an ihr Recht auf Leben und Würde erinnert. Zudem entsteht ein Kollektivbewusstsein für das Ausmaß dieser rassistischen Gewalt, welches zugleich Menschen dazu ermutigt, sich für Gerechtigkeit und Solidarität zu engagieren. Darüber hinaus kann das Aussprechen der Namen von Opfern von Rassismus und Gewalt dazu beitragen, den Druck auf die staatlichen Behörden und Institutionen zu

3 Unter dem Hashtag #SayTheirNames wurde von Partnerschaft für Demokratie in Hanau nach den rassistischen Morden von Hanau am 19. Februar 2020 eine deutschlandweite Kampagne und Aktion initiiert, um an die Opfer zu erinnern und ein gemeinsames Zeichen der Solidarität und des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu setzen.

erhöhen, Verantwortung zu übernehmen und sicherzustellen, dass Gerechtigkeit für die Opfer und ihre Familien erkämpft wird. Die gegenwärtige Praxis zeigt jedoch, dass rassistisch motivierte Anschläge und Angriffe hierzulande größtenteils aus den Strukturen der Erinnerungsarbeit und dem öffentlichen Bewusstsein ausgeklammert wurden und werden.⁴ So existieren derzeit tief verankerte Strukturen der Verleugnung von rassistischer Gewalt und ihren Auswirkungen auf das Gedächtnis und die Erinnerungskultur in der hiesigen Migrationsgesellschaft.

Auch die Erinnerungspraxis in Solingen hatte längere Jahre mit dieser staatlich reproduzierten Verleugnung zu kämpfen. Der erste Widerstand in Solingen kam neben den vielseitigen Protesten von antirassistischen Initiativen, Gewerkschaften, demokratischen Parteien, Kirchen und Migrationsverbänden vor allem von Familienangehörigen. Mehr als eine symbolische Rolle in der Auseinandersetzung mit der rassistischen Gewalt in Solingen 1993 nahm insbesondere Mevlüde Genç ein, die als Betroffene den Anschlag überlebte, während ihre zwei Töchter, zwei Enkelinnen und ihre Nichte starben. Nach dem Tod ihrer Familienmitglieder widmete sie ihr ganzes Leben der Aufarbeitung dieses Anschlags. Sie war das Gesicht der Opfer und Betroffenen und ist auch für die Überlebenden und kommenden Generationen eine der Stimmen in der öffentlichen Auseinandersetzung mit Rassismus und rassistischer Gewalt in Deutschland geworden. Sie trat in verschiedenen Medien und auf Großveranstaltungen auf und rief zum aktiven Handeln gegen Rassismus auf. Zugleich beschwor sie ein gleichberechtigtes und friedliches Zusammenleben. Hier fungierte sie als Botschafterin zwischen den Kulturen und spielte auch in der Aufarbeitung und Aufklärung des Anschlags in Solingen eine wichtige Rolle. Ihre Fähigkeit, trotz des schrecklichen Verlusts, den sie erlitten hatte, konsequent und aufrichtig zu bleiben, machte sie vor allem zu einem Vorbild für viele Betroffene in der Migrationsgesellschaft. Ihre Empfindungen zum Anschlag brachte Mevlüde Genç während des Solinger Prozesses mit folgenden Worten zum Ausdruck, die die türkeistämmigen Journalisten Metin Gür und Alaverdi Turhan in ihrem Buch *Die Solingen-Akte* protokolliert haben:

„Wie alt sind Sie?“, fragte der Vorsitzende Richter die Zeugin Genç.

„Ich bin 51, aber mein Herz ist 90. Ich bin eine lebende Leiche.“

4 Vgl. Efsun Kızılay: Mölln, NSU, Halle, Hanau. Rechtsterror, Kontinuität und deutsche (Nicht-)Erinnerung. In: Jürgen Zimmerer (Hrsg.): *Erinnerungskämpfe. Neue deutsche Identität(en), neues deutsches Geschichtsbewusstsein*. Berlin: Reclam 2023, Vorveröffentlichung in: *Rosa Luxemburg Stiftung*, 02.2023. <https://www.rosalux.de/publikation/id/49926> (Zugriff am 11.03.2023).

„Was sind Sie von Beruf?“

„Ich bin die Pflegerin meines verbrannten Sohnes Bekir.“

„Können Sie mal erzählen, was Sie von der schrecklichen Nacht noch in Erinnerung haben?“

„Wenn Sie erlauben, möchte ich gerne darüber sprechen, was ich empfinde.“⁵

Von ihren Empfindungen sprechend, berichtet Mevlüde Genç über den größten Verlust ihres Lebens und ihre tiefe Wunde, die der Brandanschlag in Solingen geschlagen hat. Gerade in der kollektiven Erinnerung der Betroffenen nehmen Empfindungen, Emotionen, Empathie und Solidarität eine außerordentliche Bedeutung ein. Rassismus und rassistische Gewaltpraxen haben dabei nicht nur individuelle Auswirkungen, sondern beeinflussen auch die kollektiven Erinnerungen in der Migrationsgesellschaft. Die Erinnerungen an Gewalterfahrungen lösen langfristige Traumata aus und verstärken das Gefühl von Unsicherheit und Angst.⁶ Mevlüde Genç hat bis zu ihrem Tod am 30. Oktober 2022 versucht, mit diesem Schmerz zu leben – auch wenn die Wunden nicht geheilt werden konnten. In einem Interview bringt sie dies zum Ausdruck:

1993 ist meine Welt zusammengebrochen, ich habe meine Kinder verloren. Es ist nicht einfach gewesen, den Schmerz zu ertragen. Mit dem Älterwerden ist der Schmerz sogar schwerer geworden. Ich kann ihn nicht mehr tragen. Ich habe fünf Kinder an einem Tag verloren und am selben Tag in Särge gelegt. So etwas ist nicht einfach. Ich habe mein Wertvollstes verloren, einen Teil von mir. Und ich habe trotzdem nicht mit Hass reagiert, sondern mit Liebe und Respekt. Wir sind Menschen und müssen einander respektieren und wertschätzen. Wir müssen einander helfen und gegenseitig verstehen. Ich habe fünf Kinder verloren und meinen Schmerz vergraben. Ich habe nachts geweint und mich tagsüber um meine anderen Kinder gekümmert. Ich habe meine Tränen nicht gezeigt.⁷

Solingen war mein Hanau ...

Meine Erinnerungen an Solingen gehen auf den 29. Mai 1993 zurück. Als ich von dem Brandanschlag erfuhr, war ich zunächst schockiert. Meine Reise führte

5 Metin Gür / Alaverdi Turhan: *Die Solingen Akte*. Düsseldorf: Patmos 1996, S. 72.

6 Vgl. David Zimmermann: Rassistische Diskriminierung als Aspekt traumatischer Prozesse. Sozialpsychologische und pädagogische Perspektiven, in diesem Band.

7 Ayten Hedia: „Und trotzdem habe ich nicht mit Hass reagiert“. Interview mit Mevlüde Genç. In: *WDR*, 29.05.2013. <https://www1.wdr.de/archiv/solingen/gencl11.html> (Zugriff am 11.03.2023).

nach Solingen, unmittelbar auf die Untere Wernerstraße. An jenen Ort, an dem sich das in Brand gesteckte Haus der Familie Genç befand. Vor dem nahezu in eine Ruine verwandelten Haus hatte sich bereits eine kleine Menge zusammengefunden. Vor dem Haus konnte ich immer noch den Geruch der Verbrannten wahrnehmen: ein Bild des Grauens ... Eine tiefe Wunde, welche heute noch meine Erinnerungen an Solingen verbindet.⁸

Zum Gedenken wurden u. a. Blumen, Kerzenlichter, Bilder, Transparente und Ähnliches vor dem Hauseingang aufgestellt. Von einem Familienangehörigen erfuhren wir, dass sich die Familie gerade in einer Übergangswohnung aufhielt. Wir gingen dorthin und besuchten die Familie Genç. In der Wohnung hatten sich bereits Familienmitglieder zusammengefunden. Als wir unser Beileid aussprachen, zeigte sich neben Trauer und Betroffenheit auch Wut. Wut auf ein System, das den immer stärker werdenden Rassismus jahrelang ignoriert, gar ausgeblendet hatte. Wut auf ein System, das politisch gesehen den Weg für diese Kette der rassistischen Hetze geebnet hatte. Nach dem Solinger Brandanschlag wurde unter vielen Migrationsfamilien eine Welle der Angst und Panik sichtbar, ein Gefühl der Abwertung und des Nicht-Dazugehörens. Viele sahen den Schutz vor solchen Anschlägen darin, Brandschutzseile und -leitern zu kaufen. Ein kollektives Misstrauen gegenüber der generellen Schutzfähigkeit des Staates!

Erinnern kann ich mich daran, dass der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl seine Teilnahme an der Trauerzeremonie für die Opfer des rassistischen Anschlags von Mölln (1992) verweigerte, weil die Bundesregierung angeblich nicht in einen ‚Beileidstourismus‘ verfallen wollte. So weigerte er sich auch, nach Solingen zu kommen. Waren es nicht solche Worte, die durch die Haltung und das Deutungsmonopol des Staates Rassismus erst strukturell und institutionell ermöglicht und verbreitet haben? Waren es nicht die damals propagierten Bilder und Parolen wie „Das Boot ist voll“, „Asylantenflut stoppen“, „Wirtschafts- asylanten abschieben“ und „Ausländer raus“, die rechtsextreme Gewalt salonfähig gemacht haben?⁹

Die Entwicklungen im Zuge von Solingen 1993 haben mich persönlich nicht nur tief betroffen gemacht, sondern zugleich meine politische Sozialisation, vor allem meine Sensibilität in der Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechts- extremismus gestärkt, wie ich vor einigen Jahren schon einmal schrieb:

8 Kemal Bozay: Die Wunden liegen tief. „Unser“ Solingen 1993. In: Ders. / Serpil Güner / Orhan Mangıtay / Funda Göçer (Hrsg.): *Damit wir atmen können. Migrantische Stimmen zu Rassismus, rassistischer Gewalt und Gegenwehr*. Köln: PapyRossa 2021, S. 60–71, hier S. 62.

9 Ebd., S. 63.

Ich kann sagen, dass Solingen mein Hanau war. Was viele Migrationsjugendliche nach den Mord- und Bombenanschlägen des rechtsterroristischen NSU und den rassistischen Morden von Hanau kollektiv empfunden haben, habe ich in Solingen als Jugendlicher der „Zweiten Generation“ unmittelbar gefühlt. Als Jugendlicher, dessen Eltern als so genannte Gastarbeiter*innen nach Deutschland eingewandert waren und jahrelang aus unterschiedlichen Gründen gegenüber ihren eigenen Rassismuserfahrungen zum Schweigen gedrängt wurden. Und die oftmals keine Möglichkeit hatten, Widerstand zu leisten oder sich zu artikulieren.¹⁰

Hanau hat gezeigt, dass rassistische Gewalt und rechter Terror hierzulande keine Einzelfälle darstellen, sondern historisch und politisch gesehen in einer Kontinuität stehen. So betont Serpil Temiz Unvar, Mutter des in Hanau ermordeten Ferhat Unvar:

Deutschland lernt aus Hanau. [...] Wir kämpfen wirklich jeden Tag, jede Minute und jede Sekunde. Und deswegen ist das Gedenken an den Terroranschlag immer noch aktuell. Wir erlauben nicht, dass unsere Kinder vergessen werden! [...] Deshalb lebe ich weiter in Hanau. Um mich selbst habe ich keine Angst. Ich will sowieso nicht mehr leben, verstehen Sie? Aber ich mache mir Sorgen um meine Kinder und andere Migranten. So etwas soll nie wieder passieren. Deswegen will ich den Namen meines Sohnes für immer lebendig halten.¹¹

Serpil Temiz Unvars Widerstand artikuliert sich in der Bildungsinitiative Ferhat Unvar, die sie am 14. November 2020 zum Geburtstag ihres Sohnes ins Leben gerufen hat. Mit dem Ziel, allen Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und deren Eltern, die rassistische Erfahrungen machen, eine Anlaufstelle zu bieten.

Genauso wie im Zuge des Mordanschlags von Hanau waren auch die Proteste nach Solingen ein Meilenstein im antirassistischen Widerstand. Schon am selben Tag wurden Demonstrationen angekündigt, denen wochenlang weitere Protestaktivitäten folgten. Ich erlebte ältere Menschen, die ihre migrantischen Nachbar*innen umarmten und mittrauerten. So ging vor meinen Augen eine kleine Gruppe türkeistämmiger Jugendlicher spontan aus einer Spielhalle auf die Straße und blockierte diese mit „Nazis raus“-Parolen. Es waren unpolitische

10 Bozay: Die Wunden liegen tief, S. 63.

11 Ulrike Wagener: Deutschland lernt aus Hanau. Interview mit Serpil Unvar. In: *nd aktuell*, 18.02.2022. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1161455.hanau-deutschland-lernt-aus-hanau.html> (Zugriff am 12.03.2023).

Jugendliche, die aber die kollektive Wut teilten. Ich erinnere mich aber auch an die bundesweit initiierten Lichterketten-Aktionen, die durch soziale Bewegungen, Kirchen oder Migrant*innenverbände organisiert und von Hunderttausenden getragen wurden. Sehr einprägsam war für mich das in Solingen gezeigte Transparent mit dem Motto „In Solingen geboren, hier gelebt, hier getötet“. Es beschrieb für mich die Spaltung einer Gesellschaft in „Wir“ und „Sie“ und zugleich den Hass und die Feindschaft, die von der Ungleichwertigkeit der Anderen ausgingen.¹²

Auch türkisch-rechtsextreme Netzwerke, insbesondere aus dem Umfeld der Grauen Wölfe, versuchten den Brandanschlag in Solingen politisch zu instrumentalisieren. Sie verwüsteten Läden, legten abends Feuer auf Straßen und provozierten antifaschistische Demonstrationen. Die Medien berichteten damals von angeblichen ‚rivalisierenden‘ türkischen Gruppen, ohne dabei eine Unterscheidung zu machen, welche türkisch-rechtsextremen Gruppen dafür verantwortlich waren.¹³

Solingen kam nicht über Nacht...

Max Horkheimer und Theodor W. Adorno haben als Vertreter der Frankfurter Schule in Auseinandersetzung mit dem Sieg des Faschismus in Deutschland in ihrem Werk *Dialektik der Aufklärung* (1969) sehr früh versucht, die Begriffe „Vernunft“ und „Aufklärung“ einer radikalen Kritik zu unterziehen. Sie beschäftigten sich mit der Frage, wie es in zivilisierten Gesellschaften eigentlich zu unterschiedlichen Formen der Barbarei kommen kann. So stellen sie fest:

Seit je hat Aufklärung im umfassendsten Sinn fortschreitenden Denkens das Ziel verfolgt, von den Menschen die Furcht zu nehmen und sie als Herren einzusetzen. Aber die vollends aufgeklärte Erde strahlt im Zeichen triumphalen Unheils.¹⁴

12 Bozay: Die Wunden liegen tief, S. 64.

13 Vgl. Kemal Bozay: Rechtsextremismus hat viele Gesichter. Perspektivierungen auf den „deutschen“ und „türkischen“ Rechtsextremismus nach dem Brandanschlag in Solingen 1993. In: Birgül Demirtaş / Adelheid Schmitz / Derya Gür-Şeker / Çağrı Kahveci (Hrsg.): *Solingen, 30 Jahre nach dem Brandanschlag. Rassismus, extrem rechte Gewalt und die Narben einer vernachlässigten Aufarbeitung*. Bielefeld: Transcript 2023, S. 247–259.

14 Max Horkheimer / Theodor W. Adorno: *Dialektik der Aufklärung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1975, S. 7.

In der Auseinandersetzung mit der Aufklärung sahen Horkheimer und Adorno keine durchgehend kontinuierliche Entwicklung, sondern vielmehr eine Dialektik. Doch die Kehrseite ist letztendlich das Scheitern der Aufklärung, die im Zuge der Machtergreifung des Faschismus eine andere Wendung genommen hat. Die Kritische Theorie versuchte zudem, den Bedingungen einer autoritär-rassistischen Dynamik auf gesellschaftspolitischer Ebene auf den Grund zu gehen. So ging Adorno in seinen *Studien zum autoritären Charakter* (1973)¹⁵ von einer engen Beziehung zwischen Familienerziehung, autoritärem Charaktertypus und Faschismusanfälligkeit aus. Daher geht es in dem Konzept auch um die Wechselwirkung zwischen politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Aspekten.

All diese Fragen können auch am Beispiel von Solingen diskutiert werden. So ist Solingen im Kontext der Wechselbeziehungen zwischen den politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Dimensionen der 1990er Jahre zu betrachten, und ebenso im Zusammenhang mit rassistischen und rechtsextremen Kontinuitäten, die durch die damaligen Umbrüche eine neue Revitalisierung erlebt und Ende der 1990er Jahre und Anfang der 2000er Jahre zur Bildung des Terrornetzwerks NSU beigetragen haben. Der Brandanschlag in Solingen ist nicht über Nacht entstanden. Im Zuge der sogenannten Wiedervereinigung 1990 kam es bundesweit unter dem Label einer ‚Asyldebatte‘ zwischen 1991 und 1993 zu einer pogromartigen Stimmung in Teilen der Öffentlichkeit. Den Höhepunkt dieser rassistisch geführten Debatte bildete 1993 der sogenannte Asylkompromiss, der von CDU/CSU, SPD und FDP getragen wurde und die faktische Abschaffung des Asylrechts beinhaltete. Am 26. Mai 1993 wurde er im Bundestag verabschiedet. Drei Tage später ereignete sich der Brandanschlag in Solingen.

Geschürt wurde diese ‚moralische Panik‘, die zum ‚Asylkompromiss‘ führte, durch eine zuvor verbreitete migrationsfeindliche Stimmung, die insbesondere von Politiker*innen und Medien angeheizt wurde. Das Ergebnis war der rasante Anstieg einer Welle von rassistischer Gewalt gegen Geflüchtete und Migrant*innen. Den Beginn dieser rassistischen Gewaltwelle bildeten die Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und Angriffe auf Wohnungen der damaligen vietnamesischen und mosambikanischen Vertragsarbeiter*innen in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen. 1992 wurden fast 30 Menschen durch rechte Gewalt ermordet. Allein im September 1992 wurden 151 Schüsse, Brand- und

15 Theodor W. Adorno: *Studien zum autoritären Charakter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1973.

Sprengstoffanschläge auf Unterkünfte von Geflüchteten verübt.¹⁶ Dem folgten die Anschläge von Mölln und Solingen.

Wichtige Auslöser dieser Gewaltwelle waren einerseits die im Zuge der sogenannten Wiedervereinigung zwischen Ost- und Westdeutschland angestiegene Arbeitslosigkeit sowie sozioökonomische Belastungen und andererseits die gesellschaftlich reproduzierten rassistischen Mentalitätsbestände sowie die Mobilisierung der extrem rechten Bewegungen und Jugendkulturen.

Annita Kalpaka, Nora Räthzel und Klaus Weber haben sich in einer gemeinsamen Arbeit mit den Wirkungsformen von Rassismus in Deutschland beschäftigt.¹⁷ Sie untersuchen die Formen von Alltagsrassismus und institutionellem Rassismus sowohl ideologie- und kulturtheoretisch als auch subjektbezogen und konstatieren, dass Begriffe wie Fremdenfeindlichkeit oder Ausländerfeindlichkeit – wie sie in den 1990er Jahren gerne Verwendung fanden – nicht den Kern treffen, zumal sie im Gegensatz zum Terminus „Rassismus“ die Machtasymmetrien zwischen den stigmatisierenden und den stigmatisierten Gruppen nicht problematisieren. Vielmehr stellt Rassismus auf ideologischer Ebene einerseits ein Macht- und Herrschaftsverhältnis dar, andererseits werden dadurch konstruierte ‚Wir-Gruppen‘ legitimiert und ‚Fremdgruppen‘ abgewertet. Die Abwertung der ‚Anderen‘ beinhaltet in dieser Beziehungsebene zugleich die Glorifizierung und Aufwertung der ‚eigenen‘ Gemeinschaft oder Gruppe. Étienne Balibar und Immanuel Wallerstein betonen den „Neorassismus“ und die „rassistische Konfiguration“¹⁸, der sich insbesondere gegen Migrant*innen und Geflüchtete richtet. Letztendlich werden diese ausgegrenzten Gruppen zugleich zum Spielball für Projektionen von sozialen Problemen gemacht. Der gegenwärtige hegemoniale Rassismus-Begriff bedient daher einen kulturalisierenden und ethnisierenden Diskurs, um letztendlich auf subtile Weise Ausgrenzungsformen zu legitimieren. Die Übergänge sind fließend. So müssen die rassistischen Gewalttaten und Mordanschläge von Mölln, Solingen, Kassel, Halle, Hanau sowie des NSU in diesem Lichte analysiert werden.

16 Massimo Perinelli: Umkämpftes Erinnern. Für eine migrantisch situierte Geschichtsschreibung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 72,49–50 (2022), S. 21–26, hier S. 21. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/rechte-gewalt-in-den-1990er-jahren-2022/515772/umkaempftes-erinnern/> (Zugriff am 24.11.2023).

17 Annita Kalpaka / Nora Räthzel / Klaus Weber: *Rassismus. Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein*. Hamburg: Argument 2017.

18 Étienne Balibar / Immanuel Wallerstein: *Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten*. Hamburg: Argument 1988, S. 52.

Wider den Mythos des Einzeltäters

Kurze Zeit nach dem Brandanschlag konnte die Polizei die vier jungen Täter zwischen 16 und 23 Jahren, die aus der Solinger Neonazi-Szene stammten, festnehmen. Im April 1994 fand der Prozess vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf statt und die Jugendlichen wurden wegen fünffachen Mordes angeklagt. Nach Jugendstrafrecht wurden sie zu zehn bis 15 Jahren Haft verurteilt. Schnell verbreitete sich auch in der politischen Landschaft das Bild des Einzeltäters. So wurden die im Hintergrund agierenden Neonazi-Netzwerke in Solingen, die diese Jugendlichen mobilisiert hatten und auch an dem Brandanschlag maßgeblich mitschuldig waren, nicht in den Blick genommen.

Auch die jüngeren Erfahrungen – etwa mit den NSU-Morden, dem Mord an Walter Lübcke in Kassel, dem antisemitischen Anschlag von Halle, dem rechten Mob in Chemnitz, den Brandanschlägen und Angriffen auf Geflüchtete seit 2014/15 oder mit den Morden von Hanau – zeigen: In den politischen und öffentlichen Debatten ist sehr schnell die These vom Einzeltäter zur Hand, wobei gerne auf jugendkulturelle Belastungen, familiäre Brüche und starke psychische Probleme der Täter hingewiesen wird. Einer Naturkatastrophe gleich hätten sich die Täter allein radikalisiert, die Tat vorbereitet und umgesetzt. Dafür sei niemand außer ihnen selbst verantwortlich. Für die Opfer und deren Angehörigen sei das zwar tragisch, Konsequenzen werden aber nicht gezogen.

Eine solche Sichtweise ist einerseits zynisch, vor allem den Opfern gegenüber. Sie sieht andererseits aber auch immer davon ab, dass eine längere biografische Entwicklung bei allen Tätern auch von diversen Personenkreisen und Netzwerken geprägt wurde. Kein Täter war und ist jemals ein völliger Einzeltäter, selbst dann nicht, wenn es sich um offensichtlich vereinzelt und vereinsamte Menschen handelt. So haben viele Hinweise gezeigt, dass auch die jugendlichen Täter aus Solingen in die Neonazi-Szene involviert waren und in Kontakt mit verschiedenen rechtsextremen Netzwerken standen.

Solingen zwischen Betroffenenperspektive, Erinnerungskultur und *Doing Memory*

Rassistische Anschläge sind wie tiefe Wunden, die immer wieder aufbrechen, wenn darüber gesprochen oder berichtet wird. Stets rufen sie erneut ein Gefühl der Verunsicherung und Einschüchterung hervor. Diese tiefen Wunden und das Gefühl der Einschüchterung verursachen nicht nur Schmerz, sondern zugleich einen Riss, der insbesondere durch die migrantisierte Gesellschaft geht. Ferner entsteht eine Lücke mitten in einer Stadtgesellschaft. Wir spüren diese Lücke sowohl in Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Solingen, Halle,

Chemnitz, Kassel, Hanau als auch tief in unserem Herzen. Insbesondere die Bilder der Brandanschläge in Solingen und Mölln sowie der pogromartigen rassistischen Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten und Wohnheime von Vertragsarbeiter*innen in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen sind noch heute tief im kollektiven Gedächtnis zahlreicher Migrant*innen verankert. Dieses kollektive Gedächtnis spiegelt zugleich die Kontinuität der Erfahrungen mit sowie des Wissens über rassistische(r) Gewalt wider. Dieses Wissen ist bei Bevölkerungsgruppen, die in erster Linie nicht von Rassismus betroffen sind, oft nur rudimentär vorhanden und muss insbesondere immer wieder von Betroffenen problematisiert und öffentlich skandalisiert werden, um es ins öffentliche Bewusstsein zu tragen.¹⁹

İbrahim Arslan, Überlebender des Brandanschlags in Mölln sowie migrantischer Aktivist, und Bengü Kocatürk-Schuster, migrantische Aktivistin, bringen ihre kollektiven Erfahrungen und Empfindungen in einem öffentlichen Solidaritätsbrief an die NSU-Opferfamilie Şimşek mit folgenden Worten zum Ausdruck:

Uns schmerzt es heute, dass wir beide damals Euch so nah und doch so fern waren, Eure Stimmen nicht gehört haben und Euch nicht unterstützen konnten. Dabei hatten wir die Pogrome, Morde und die Anschläge der 1990er Jahre noch in unseren Knochen; die Mahnungen unserer Eltern im Ohr, die immerwährend Angst um uns hatten, wenn wir uns nur ein wenig verspäteten. Wir wussten von den ausverkauften Seilen in den Baumärkten nach den rassistischen Brandanschlägen in Mölln und Solingen, die sich viele Familien für ein Abseilen aus dem Fenster besorgt hatten; wir wussten von den Eimern voller Wasser, die bereitstanden, falls es in den Migrantenhäusern wieder brennen sollte. Die Dimension war für uns trotzdem nicht richtig zu fassen. Bis die Konfrontation mit dem NSU uns 2011 endgültig wachrüttelte und uns einmal mehr bewusst wurde, dass der Hass auf uns Kontinuitäten hat. Rassismus ist und war nie eine Einzeltat. Er ist in der Mitte der Gesellschaft verankert, wird oft durch politische und gesellschaftliche Stimmungen aufgeladen, gezielt eingesetzt, bis er in Teilen der Gesellschaft auf Akzeptanz und Legitimation stößt und schließlich aus Worten Taten werden.²⁰

19 Vgl. Tanja Thomas / Fabian Virchow: Praxen der Erinnerung als Kämpfe um Anerkennung. Zu Bedingungen einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit rechter Gewalt. In: Tina Dürr / Rainer Becker (Hrsg.): *Leerstelle Rassismus? Analysen und Handlungsmöglichkeiten nach dem NSU*. Schwalbach, Ts.: Wochenschau 2019, S. 156–168.

20 Bengü Kocatürk-Schuster / İbrahim Arslan: Aktive Stärke und Solidarität. Brief an die Familie Şimşek. In: Bozay / Güner / Mangitay / Göçer (Hrsg.): *Damit wir atmen können*, S. 11–18, hier S. 14–15.

Gerade in diesen Worten von Kocatürk-Schuster und Arslan kristallisiert sich die Betroffenenperspektive als wichtige Schnittstelle zu den Erfahrungen und der Sichtweise von Menschen heraus, die insbesondere von Rassismus und rassistischer Gewalt betroffen sind. Es geht hier vor allem um die gesellschaftliche Berücksichtigung und Anerkennung der Perspektive von Individuen und/oder Gruppen, die direkt oder indirekt von rassistischen Praxen betroffen sind. Dabei ist die Betroffenenperspektive jedoch kein homogenes Konzept, sondern bezieht sich auf eine Vielzahl unterschiedlicher Perspektiven und Erfahrungen. Anlehnend daran ist die Erinnerungskultur ein zentraler Bestandteil der gesellschaftlichen und kulturellen Identität, aber auch des Widerstands.²¹ Sie umfasst die Art und Weise, wie wir uns an vergangene Ereignisse und Entwicklungen erinnern und welche Bedeutung wir ihnen zuschreiben. Insbesondere für Ereignisse, die infolge rechter Gewalt und rassistischer Praxen mit Schmerz, Leid und Trauma verbunden sind, ist die Erinnerungskultur von großer Bedeutung, da sie dazu beitragen kann, die Vergangenheit und im symbolischen Sinne die Orte rassistischer Gewalt aufzuarbeiten und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Die Betroffenenperspektive kann dabei eine differenzierte und empathische Auseinandersetzung mit den Rassismuserfahrungen und -praxen schaffen und ein tieferes Verständnis für die Auswirkungen auf betroffene Personen und Gruppen entwickeln.²²

Die Form, wie wir uns an Opfer und Betroffene rechtsextremer Gewalt und rassistischer Praxen erinnern, weist eine Besonderheit auf: Obwohl wir uns an die vergangenen Ereignisse erinnern, bleiben die Strukturen der Täter*innen und viele gesellschaftliche Bedingungen, die solche Gewalt produzieren, bestehen. Dadurch können ähnliche Taten in der Zukunft wiederholt werden. Für das Erinnern ist zudem bedeutsam, dass lokale Taten aufgrund ihrer politischen Verflechtung mit anderen Taten regional, bundesweit oder global in Verbindung stehen können (siehe NSU-Morde). Umso mehr muss an dieser Stelle in der Erinnerungspraxis die Betroffenenperspektive einen stärkeren Raum einnehmen. Wenn Opfer nicht als betrauerbar anerkannt und nicht erinnert werden, hat dies gesellschaftliche Konsequenzen. Judith Butler hat die Unterschiede in der Betrauerbarkeit von Leben untersucht und diese mit dem Konzept der Anerkennbarkeit verknüpft. Sie analysiert, welche sozialen Positionen und welche Leben in der

21 Vgl. Viola B. Georgi / Martin Lücke / Johannes Meyer-Hamme / Riem Spielhaus (Hrsg.): *Geschichten im Wandel. Neue Perspektiven für die Erinnerungskultur in der Migrationsgesellschaft*. Bielefeld: Transcript 2022.

22 Vgl. Kemal Bozay / Orhan Mangitay: „Die haben gedacht, wir waren das ...“ Migrantische Betroffenenperspektive zu Rassismus, NSU und rechtsextremem Terror. In: Dürr / Becker (Hrsg.): *Leerstelle Rassismus?*, S. 156–168.

Gesellschaft als anerkenubar gelten, und leitet daraus die Unterschiede in der Bedrohung von Leben ab.²³ Daher kann und darf die Erinnerung an die Opfer und Betroffenen rechter Gewalt nicht ausgeblendet werden.

Einen wichtigen Ansatzpunkt für die Erinnerungskultur bietet das Konzept *Doing Memory*²⁴. Dieses Konzept geht davon aus, dass Erinnerung nicht nur passiv ist, sondern aktiv gestaltet wird. Dabei können unterschiedliche Akteur*innen und Gruppen Einfluss auf die Gestaltung von Erinnerungskultur nehmen und ihre Perspektiven und Erfahrungen einbringen. *Doing Memory* geht also über das Gedächtnis hinaus und bezieht auch die Handlungen und Aktivitäten ein, die mit der Erinnerung verbunden sind. *Doing Memory* legt seinen Fokus auf gesellschaftlich verortete Akteur*innen, ihre Handlungspraxen und ihre Auseinandersetzungen um die Deutungsmacht über geschichtliche und zurückliegende Ereignisse. Dabei werden die Macht- und Herrschaftsverhältnisse problematisiert, welche in die Erinnerungspraxen einfließen. Somit kann die Lücke des Erinnerns durch Erinnerungspraxen der Betroffenen gefüllt werden. Gerade Rassismus und rechte Gewalt gegen Migrant*innen und Geflüchtete spielen eine wichtige Rolle in den kollektiven Erinnerungen. Durch *Doing Memory* werden zugleich auch Räume und kreative Ausdrucksformen geschaffen, mit denen durch kulturelle Mittel (Kunst, Literatur, Theater, Musik, Film u. Ä.) und politisches Engagement traumatische Erfahrungen von Opfern und Betroffenen verarbeitet, Empathie und Solidarität, aber auch eine kollektive Auseinandersetzung mit rassistischen Praxen geschaffen werden. Das kulturelle Gedächtnis eröffnet Migrant*innen und ihren Communitys Möglichkeiten, ihre eigenen Gedenkpraktiken und Erinnerungsformen zu schaffen, ihre eigenen Erfahrungen und Geschichten in der Auseinandersetzung mit Rassismus zu bewahren und öffentlich zu machen.

Die Erinnerungskultur zeigt, wie sich das kulturelle Gedächtnis im Laufe der Zeit verändert hat. Aleida Assmann stellt in ihren Forschungen die verschiedenen Konzepte von Gedächtnis und Erinnerung vor und untersucht, wie diese in den historischen und kulturellen Kontexten entstehen und verändert werden. Dabei geht es ihr um die Bedeutung von Trauma und Leid in der Erinnerungskultur. Assmann spricht hier in Zusammenhang mit „Erinnerung als

23 Vgl. Judith Butler: Gefährdetes Leben, betrauerbares Leben. In: Dies.: *Raster des Krieges. Warum wir nicht jedes Leid beklagen*, aus d. amerik. Engl v. Reiner Ansén. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2010, S. 9–38.

24 Vgl. Matthias N. Lorenz / Tanja Thomas / Fabian Virchow (Hrsg.): *Rechte Gewalt erzählen. Doing Memory in Literatur, Theater und Film*. Heidelberg: Metzler 2022, sowie den Beitrag von Tanja Thomas / Fabian Virchow: Rechte Gewalt in Rostock-Lichtenhagen 1992. Zu Gelingensbedingungen einer aner kennenden Erinnerungskultur, in diesem Band.

Widerstand“ auch von der „Funktion der Befreiung durch Erinnerung“. ²⁵ Im Sinne der (kollektiven) Erinnerungen und Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit rassistischen Praxen zeigt sich ebenso vermehrt ein Wandel in der Erinnerungsarbeit. An zahlreichen Orten rassistischer Gewalt haben sich beispielsweise im Sinne der emanzipatorischen Erinnerung vielfältige Initiativen und Netzwerke gebildet (z. B. in Berlin, Dortmund, Hamburg, Hanau, Kassel, Köln, Mölln, München, Nürnberg), die derzeit eine wichtige Stütze in dieser Erinnerungsarbeit und politischen Bildungsarbeit darstellen. Ebenso kann beobachtet werden, dass zahlreiche (betroffene) Personen und Gruppen, einschließlich Künstler*innen, Journalist*innen, Wissenschaftler*innen, Filmemacher*innen und Aktivist*innen, bemüht sind, die entstandenen Lücken in den Erzählungen und Erfahrungen der von Rassismus betroffenen Menschen aufzudecken und dabei die Betroffenenperspektive stärker zu verorten. Opfer und Betroffene sollen durch Solidarität, Empathie und Empowerment unterstützt und befähigt werden, ihr Schweigen zu brechen. Sie sollen im öffentlichen Diskurs nicht als Opfer rassistischer Gewalt wahrgenommen werden, sondern als (politisch) handlungsfähige Subjekte akzeptiert werden. Daher ist jede Form von Solidarität und Gedenken ohne die Einbeziehung von Opfern, Überlebenden, Betroffenen, deren Nachkommen und Angehörigen nicht zukunftsweisend. Akzeptanz und Einbeziehung erfordern für sie einen kontinuierlichen Widerstand, der gegenüber allen gesellschaftlichen Institutionen geführt wird. Hier sind migrantische Kämpfe und Forderungen nach Partizipation, Anerkennung, Solidarität und Gerechtigkeit ausschlaggebend. ²⁶

Auch in Solingen wurde lange darum gekämpft, damit in der Stadt Orte entstehen, die an den grausamen Mordanschlag erinnern. Tatsache ist, dass Orte des Gedenkens an Opfer, Betroffene und Widerständige in Stadtgesellschaften äußerst selten sind. Die erste Aktion ging von dem Leiter der Solinger Jugendhilfe-Werkstatt aus, der auf eigene Initiative vor dem Mildred-Scheel-Berufskolleg gemeinsam mit Berufsschüler*innen am 29. Mai 1994 anlässlich des ersten Gedenktags ein Denkmal gegen Rassismus und rechte Gewalt aufgestellt hat. Ein Symbol, zusammengesetzt aus Stahlringen, in dem jeder Ring den Namen seines Spenders trägt. Solch ein Denkmal bildet ein Puzzlestück eines Gesamtbildes, an dem Erinnerungskultur, *Doing Memory* und antirassistischer Widerstand weiterarbeiten können. Die Kommunalpolitik in Solingen dagegen hat lange Zeit gebraucht, um schließlich im September 2012 einen Ort

25 Aleida Assmann: *Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses*. München: Beck 2018, S. 83, 85.

26 Vgl. Kızılay: Mölln, NSU, Halle, Hanau.

als „Mercimek-Platz“ zu benennen²⁷ – nach jenem Dorf, aus dem die Familie Genç ursprünglich migriert ist. Das Haus in der Unteren Wernerstraße existiert nicht mehr. Heute erinnert eine Lücke an den Brandanschlag, ergänzt durch eine Gedenktafel für die Opfer des Mordanschlags. Eine Lücke, die zugleich die tiefen Wunden markiert und in der anstelle des verbrannten Hauses heute symbolisch fünf Kastanienbäume an den rassistischen Anschlag erinnern.

In den 1990er Jahren – gerade nach den rassistischen Angriffen in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen – hieß es, dass sich solche Grausamkeiten nicht wiederholen dürften. Im Jahr 2011 hieß es, dass die NSU-Morde eine deutliche Zäsur darstellten. Dennoch ereignete sich danach der Mord an Walter Lübcke. Im Anschluss wurde der Anschlag in Halle als ein bedeutender Einschnitt betrachtet. Dann kam Hanau. Schon in den Jahren vor den rassistischen Morden in Hanau und seitdem wurden weitere rechte Anschläge verübt, darunter das OEZ-Attentat in München und zahlreiche Brandanschläge auf Geflüchteten-Unterkünfte. Gleichzeitig hört man regelmäßig Berichte über rechtsextreme Netzwerke in der Polizei oder in der Bundeswehr. Alle diese Vorfälle haben die Gemeinsamkeit, dass die Erinnerung, das Gedenken und die Forderung nach Aufklärung und Konsequenzen maßgeblich durch die Kämpfe und Widerstände der Überlebenden, Hinterbliebenen und ihrer Unterstützer*innen aufrechterhalten werden konnten und auch weiterhin aufrechterhalten werden müssen.

Klar ist: In der Auseinandersetzung mit Rassismus und rechtsextremem Gewalt werden gegenwärtig aus der Opfer- und Betroffenenperspektive mehr Räume für die Ver- und Bearbeitung benötigt. Aus dieser Perspektive gilt es, das Schweigen zu brechen und Räume für Mitsprache, Artikulation und Akzeptanz zu entwickeln. Für die kommenden Generationen von Jugendlichen mit Migrationsbezug liegt die Antwort auf die Kontinuität der rassistischen Anschläge, des rechten Terrors und der rechtspopulistischen Mobilisierung in der Stärkung des Engagements für Partizipation und in einer aktiven Politik der Anerkennung in der ‚Gesellschaft der Vielen‘. Ferner geht es um den gesellschaftlichen Widerstand und die Auseinandersetzung mit den eigenen Rassismuspraxen. Um es mit einer Parole von Ferhat Unvar, einem der Opfer des rassistischen Anschlags in Hanau zu veranschaulichen: „Tot sind wir erst, wenn man uns vergisst!“²⁸

27 Im Rahmen der Gedenkveranstaltungen am 28. Mai 2023 an der Unteren Wernerstraße in Solingen wurde der Mercimek-Platz in Mevlüde-Genç-Platz umbenannt.

28 Tot sind wir erst, wenn man uns vergisst. In: *Initiative 19. Februar Hanau*, 19.04.2020. <https://19feb-hanau.org/2020/04/19/tot-sind-wir-erst-wenn-man-uns-vergisst/> (Zugriff am 18.05.2023).

Richard Rohrmoser

Zwischen Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen

Das versuchte Pogrom von Mannheim-Schönau im Frühjahr 1992

„Das Boot ist voll! Schluss mit Asylbetrug“ – dieser Slogan prangte zu Beginn der 1990er Jahre deutschlandweit auf Plakaten der rechtsextremen Partei Die Republikaner, bevor die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, der *Spiegel* und weitere etablierte Printmedien den Diskurs über dieses Sinnbild in intellektuellen Kreisen weiter emotional befeuerten.¹ Es war eine Zeit, in der infolge von stark zunehmenden Zahlen an Geflüchteten – im Westbalkan hatte kurz zuvor der blutige Zerfall des jugoslawischen Vielvölkerstaats begonnen – erhitze Debatten über Artikel 16 des Grundgesetzes stattfanden, in dem damals noch knapp und präzise stand: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ In der bundesdeutschen Bevölkerung brach sich die Furcht vor „Asylmissbrauch“, „Flüchtlingsmassen“ und „Überfremdung“ Bahn.² Rassismus breitete sich aus, rechtsextreme Mobs rotteten sich zusammen und in zahlreichen deutschen Städten kam es zu Gewaltexzessen und Pogromen. Fast täglich informierten Fernsehberichte und Zeitungsmeldungen über neue rassistische Ausschreitungen. Das Problem waren jedoch nicht nur die mit Baseballschlägern bewaffneten, in Bomberjacken und Springerstiefel gekleideten, glatzköpfigen Neonazis, sondern ebenso breite Bevölkerungsteile, die Sympathie mit den rechtsextremen Täter*innen bekundeten und von einer „Großen Koalition“ aus den Regierungsparteien der

1 Vgl. Cord Pagenstecher: „Das Boot ist voll!“ Schreckensvisionen des vereinten Deutschland. In: Gerhard Paul (Hrsg.): *Das Jahrhundert der Bilder*, Bd. II: 1949 bis heute. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008, S. 606–613, hier S. 606.

2 Vgl. Heribert Prantl: Spiel mir das Lied vom Tod. In: *Süddeutsche Zeitung*, 23.08.2012. <http://www.sueddeutsche.de/politik/jahre-rostock-lichtenhagen-spiel-mir-das-lied-vom-tod-1.1448105> (Zugriff am 01.02.2023).

CDU/CSU und FDP sowie der oppositionellen SPD eine „effektive Lösung des ‚Asylproblems‘“³ versprochen bekamen.

Das Fanal zu einer Serie politisch motivierter Gewalt aus dem rechten Spektrum bildete das Pogrom in der sächsischen Stadt Hoyerswerda im September 1991. Ein knappes Jahr später ereigneten sich die schwersten Gewalttattaken der deutschen Nachkriegsgeschichte, als in Rostock-Lichtenhagen einige hundert rechtsextreme Randalierer*innen tagelang die Bewohner*innen der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAst) angriffen und unter Beifall von Zuschauer*innen das angrenzende Wohnheim mit Molotowcocktails in Brand steckten. Den traurigen Höhepunkt dieser Serie bildeten die Brand- und Mordanschläge im schleswig-holsteinischen Mölln im November 1992 und im nordrhein-westfälischen Solingen im Mai 1993, bei denen insgesamt acht Menschen mit türkischem Migrationshintergrund ihr Leben ließen.⁴ Doch während Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen zu Chiffren für rassistische und rechtsextreme Gewalt in Deutschland avancierten und sich ins kollektive Gedächtnis der Bundesrepublik einbrannten, registrierte die bundesdeutsche Öffentlichkeit viele weitere neonazistisch motivierte Übergriffe kaum. Auch im Mannheimer Stadtviertel Schönau kam es im Frühjahr 1992 zu Angriffen auf ein Sammellager für Asylbewerber*innen, bei denen ein enthemmter Mob tagelang randalierte, rassistische Parolen skandierte und die Vertreibung von über 200 Geflüchteten aus dem Stadtteil forderte.

Im Rückblick stellt sich insbesondere die Frage, wie die Gewaltausschreitungen in Schönau zu interpretieren sind: Vor Ort jedenfalls konstruierten eine teilweise überforderte SPD-Stadtregierung, eine verunsicherte Lokalzeitung und eine (letztlich) prinzipienlose Polizei ein Narrativ, das den rassistischen und rechts-extremen Pogromversuch als unpolitische Protestaktion renitenter Jugendlicher bagatellierte. Tatsächlich entgingen die Geflüchteten in der Mannheimer Asylunterkunft, die tagelang durch eine Versammlung von ca. 500 gewaltbereiten Personen bedroht wurden, im Mai 1992 nur knapp einem Pogrom, wie es sich einige Monate zuvor in Hoyerswerda ereignet hatte und sich einige Monate später in Rostock-Lichtenhagen wiederholte.⁵ Dabei ist zu konstatieren, dass es vor

3 Vgl. Wolf Wetzel: Die Abschaffung des Asylrechts 1993. Ein Rückblick. In: *Wolf Wetzel*, o. D. <https://wolfwetzel.de/index.php/2008/01/20/die-abschaffung-des-asylrechts-1993-ein-rueckblick/> (Zugriff am 01.02.2023).

4 Vgl. Andreas Speit: Der Terror von rechts – 1991 bis 1996. In: Andrea Röpke / Andreas Speit (Hrsg.): *Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland*. Berlin: Ch. Links 2013, S. 94–121, hier S. 100.

5 Vgl. Sebastian Friedrich: Die sterben alle, und wenn die Bullen mit draufgehen. In: *Die Zeit*, 26.05.2022, S. 17.

allem antifaschistische und antirassistische Gruppen waren, die unmittelbar zu Gegenprotesten aufriefen und sich anschließend für eine angemessene Erinnerungskultur engagierten, während sich offizielle und staatliche Stellen darum bemühten, die Übergriffe zu verharmlosen.

Konfliktentstehung

Schönau ist ein stark industriell geprägter Stadtteil im Norden Mannheims. Zu Beginn der 1990er Jahre lebten knapp 15.000 Menschen in diesem Bezirk, der traditionell eine Bastion der SPD darstellte.⁶ So kamen die Sozialdemokrat*innen in Schönau auch bei der Landtagswahl im April 1992 trotz starker Stimmenverluste immer noch auf 48,3%, jedoch wanderte ein beträchtlicher Teil der sozialdemokratischen Wähler*innen zur rechtsextremen Partei Die Republikaner über, die dadurch mit 16,6% der Stimmen dort ihr bestes Ergebnis in ganz Mannheim erzielte.⁷ Damals wie heute⁸ – bei den Landtagswahlen 2016 avancierte die AfD in diesem Stadtbezirk sogar zur stärksten Kraft – stellt Schönau ein soziales Problemviertel dar, in dem Arbeitslosigkeit, Drogenmissbrauch und Kriminalität schwerwiegender sind als im Rest der Stadt. Zu Beginn der 1990er Jahre hatte vor allem das von Armut charakterisierte Stadtviertel Schönau-Nord, wo sich Blöcke von Sozialwohnungen aneinanderreihen, keine Lobby und wurde von der Stadtverwaltung vernachlässigt. In dieser Zeit beschrieb ein Sozialarbeiter die Gegend einerseits als ein Stadtviertel, aus dem „viele weg wollen, um ja nicht damit identifiziert zu werden“. Andererseits sei es aber auch „eine Art Dorf mit [...] regem Vereinsleben und ein Ort, wo die Kinder

6 Vgl. dazu Alfred Heierling: *Mannheim-Schönau. Von einer Randsiedlung zum Stadtteil. Eine Heimatchronik*. Mannheim: Kultur- und Interessengemeinschaft Mannheim-Schönau e. V. 1999.

7 Matthias Möller: *Ein recht direktes Völkchen? Mannheim-Schönau und die Darstellung kollektiver Gewalt gegen Flüchtlinge*. Frankfurt am Main: Trotzdem 2007, S. 38.

8 So führt beispielsweise der 4. *Mannheimer Bildungsbericht* aus dem Jahr 2018 die Schönau als einen Stadtteil auf, in dem im Vergleich zur Gesamtstadt eine sehr starke Konzentration sozialstruktureller und sozioökonomischer Besonderheiten zu beobachten sei. Ebenso wie in den Stadtteilen Neckarstadt-West, Neckarstadt-Ost und Waldhof verzeichnete Schönau eine weit überdurchschnittliche Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen (S. 191–193) und der Anteil von Kindern in Bedarfsgemeinschaften erhöhte sich laut dem städtischen Bildungsbericht gegenüber den Vorjahren nochmals spürbar (S. 32–35). Eine Sozialraumtypologie der 24 Mannheimer Stadtteile kam zudem bereits im Jahr 2016 zu dem Ergebnis, dass die Schönau – neben Hochstätt, Luzenberg und der Neckarstadt-West – ein „sozialstrukturell sehr auffälliger“ Bezirk sei (S. 40–43). Für detaillierte Informationen siehe: 4. *Mannheimer Bildungsbericht*. In: *Mannheim*, Dezember 2018. <https://www.mannheim.de/bildungsbericht> (Zugriff am 01.02.2023).

auf der Straße groß werden und jeder jeden kennt. Eine Gemeinschaft, die funktioniert, in der Gerüchte sich sofort verbreiten.“⁹

Gerade in diesem Bezirk wurden Ende 1991 in einer ehemaligen Gendarmeriekaserne 216 Geflüchtete vor allem aus dem kurdisch besiedelten Teil der Türkei und dem zerfallenden Jugoslawien und Spätaussiedelnde aus dem ehemaligen Ostblock untergebracht. Für etliche Sozialarbeiter*innen war damit der Konflikt zwischen den Schwächsten und den Zweitschwächsten der Gesellschaft vorprogrammiert – insbesondere weil Schönauer Institutionen und Vereine die Kaserne am liebsten selbst für soziale Einrichtungen, für schulische Betreuungsangebote oder für ein Jugendhaus genutzt hätten.¹⁰ Durch diesen Interessenskonflikt kam es rasch zur kollektiven Gegnerschaft von Schönauer*innen gegen die Geflüchtetenunterkunft: Reflexartig kochte die lokale Volksseele und es verbreiteten sich absurde Gerüchte über Diebstahl, Drogen und Gewalt.¹¹ Ende Mai 1992 brach sich schließlich der unverhüllte Hass Bahn: Es kursierte das Gerücht, dass eine 16-Jährige von einem afrikanischen Asylsuchenden und Bewohner der Sammelunterkunft vergewaltigt worden sei. Schnell kam ans Licht, dass an der Geschichte nichts dran war, jedoch erschien sie vielen Schönauer*innen schlichtweg zu plausibel, um falsch zu sein. Am 26. und 27. Mai versammelten sich laut Polizeibericht etwa 150 Schönauer Bürger*innen vor der Geflüchtetenunterkunft und versuchten, diese mit Knüppeln zu stürmen. Diese Ansammlungen konnte die Polizei noch zerstreuen. Dann kam jedoch der 28. Mai 1992.

Rassistische Gewaltausschreitungen

An diesem Tag fand im Stadtviertel Schönau ein Volksfest statt. Dort verbreiteten sich die Fake News über die Vergewaltigung erneut wie ein Lauffeuer, sodass eine Gruppe von 100 bis 150 alkoholisierten und mit Baseballschlägern sowie Feuerwerkskörpern bewaffneten Personen im Anschluss in Richtung der unweit entfernten Kaserne weiterzog, dort rassistische Parolen wie z. B. „Wir

9 Bernhard Landwehr: Wie Schnitzel auf dem Boden die Volksseele erhitzen. In: *Süddeutsche Zeitung*, 04./05.07.1992.

10 Vgl. Daniel Cohn-Bendit / Thomas Schmid: *Heimat Babylon. Das Wagnis der multikulturellen Demokratie*. Hamburg: Hoffmann & Campe 1992, S.244.

11 Vgl. Dietmar Wolf: Hoyerswerda, Mannheim-Schönau, Rostock-Lichtenhagen. Vor 20 Jahren bereitete eine rassistische Pogromwelle den Boden für die Abschaffung des Asylrechts in Deutschland. In: *telegraph* 125/126, o. D. <https://telegraph.cc/archiv/telegraph-125-126/hoyerswerda-mannheim-schoenau-rostock-lichtenhagen> (Zugriff am 01.02.2023).

wollen keine Asylantenschweine¹² und „Nur ein toter Neger ist ein guter Neger“¹³ skandierende und Lynchjustiz-Stimmung verbreitete. Am Abend war der Mob auf ca. 500 Personen angewachsen, von denen einige die Polizei sowie die Unterkunft mit Flaschen, Böllern und weiteren Gegenständen bewarfen. Ein betrunkenere Jugendlicher gab gegenüber dem Fernsehen die Stellungnahme ab: „Die Straßen gehören uns. Die sterben alle – und wenn die Bullen mit draufgehen.“¹⁴ Behelmte Einsatzkräfte mit Schlagstöcken räumten schließlich die Straße zur Geflüchtetenunterkunft, wobei diese von alkoholisierten und gewaltbereiten Jugendlichen attackiert wurden, von denen etwa zwei Dutzend in Gewahrsam genommen wurden. Trotz Versammlungsverboten wiederholten sich derartige Szenen noch eine Woche lang: Jeden Abend fanden sich bis zu 500 teils bewaffnete Rassist*innen und Rechtsextremist*innen vor der Sammelunterkunft zusammen, skandierten rassistische Parolen und drohten den Bewohner*innen mit Mord und Totschlag. Sowohl das schnelle Eingreifen der Polizei – diese errichtete fortan täglich ab 17 Uhr eine Straßensperre und leistete zumindest konsequenten Objektschutz am Gebäude – als auch der zunehmende Gegenprotest von antifaschistischen und antirassistischen Gruppen wie z. B. Pro Asyl konnten in diesen Tagen eine weitere Eskalation abwenden. Nach einer Woche flaute die Gewaltwelle schließlich ab.

Reaktionen

1) Mannheims Oberbürgermeister Gerhard Widder (SPD) vermied unmissverständliche Kritik an den Ereignissen und übte sich bisweilen sogar in Nachsicht für die rassistischen Übergriffe: Zwar wendete er sich in einem Schreiben an die lokale Bevölkerung und dementierte Gerüchte über die Geflüchtetenunterkunft, jedoch sprach Widder in sozialverträglichem Ton von „lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger[n]“¹⁵ und kündigte an, dass ein deutlich verstärkter Pförtnerdienst dafür Sorge tragen werde, „dass Provokationen und Lärmbelästigungen

12 Friedrich: Die sterben alle, S. 17. Das Durchstreichen dieser Zitate bedeutet, dass sich die Autor*innen und Herausgeber*innen in ganz besonderer Weise von dem Inhalt dieser Textstellen distanzieren.

13 Wolf: Hoyerswerda, Mannheim-Schönau, Rostock-Lichtenhagen.

14 Kulturbrücken Jungbusch e. V.: Pogrom in Mannheim 1992 und die Arbeit des Flüchtlingskreises Mannheim (Report-Bericht). In: *YouTube*, 16.12.2014. <https://www.youtube.com/watch?v=a0yl-Ct9IDA> (Zugriff am 01.02.2023), ab 00:01:04 min.

15 Komitee Schönau nicht vergessen!: *Schönau nicht vergessen! Eine Infobroschüre zum 15. Jahrestag der rassistischen Ausschreitungen in Mannheim-Schönau*. Mannheim: Selbstverlag 2007, S. 11.

seitens der Bewohner der Sammelunterkunft unterbleiben“.¹⁶ Aus demselben Grund wurden zudem die Fenster der ehemaligen Gendarmerie-Kaserne fortan mit engmaschigem Draht vergittert, sodass die Grenzen zwischen Opfern und Täter*innen verschwammen.¹⁷ Ebenso appellierte der Oberbürgermeister in dem Schreiben zwar an die Contenance der Schönauer Bürger*innen und riet diesen, sich von eventuellen Versammlungen vor der Unterkunft fernzuhalten, von Sanktionen bei Zuwiderhandeln war allerdings keine Rede. Die Tatsache, dass die vielen Schaulustigen im neutralen Sinne als „Unbeteiligte“ und nicht etwa als Symptom für die breite Akzeptanz rassistischer Hetze in weiten Bevölkerungskreisen bezeichnet wurden, lässt erkennen, dass das Stadtoberhaupt den Ausschreitungen einen rundum unpolitischen Charakter attestierten wollte. Begriffe mit einer politischen Dimension wie beispielsweise „rassistisch“ oder „rechtsextrem“ oder „ausländerfeindlich“ fanden sich in dem Schreiben nicht.

2) Eine Untersuchung der Berichterstattung der einflussreichsten Lokalzeitung, *Mannheimer Morgen*, liefert ebenfalls ein konsternierendes Ergebnis: Die Ereignisse im Stadtteil Schönau sollten offenbar tunlichst nicht als das, was sie waren – ein rechtsextremer Pogromversuch –, dargestellt werden. Daher konstruierte die Lokalzeitung ein Narrativ von explizit „unpolitischen Aktionen“ empörter Bürger*innen. Stets war die Rede von „angetrunkenen Krakeelern“, „Burschen“ und „Radaubrüdern“.¹⁸ Entsprechend dem Schreiben des Oberbürgermeisters vermied der *Mannheimer Morgen* konsequent Begriffe wie „Ausländerfeindlichkeit“, „Rassismus“ oder „Rechtsextremismus“. Stattdessen verwies die Zeitung eindringlich auf das Bedrohungsszenario durch die autonomen Linken, die nach den ersten Gewaltattacken zum Gegenprotest und zur Solidarität mit den belagerten Geflüchteten aufriefen und einen substanziellen Beitrag dazu leisteten, dass die Situation vor der ehemaligen Kaserne nicht noch schlimmer eskalierte. Beispielsweise war die Rede davon, dass die Polizeibeamt*innen „unermüdlich versuchten [...], die in der Luft liegenden Spannungen abzubauen“¹⁹, dass die Sicherheitskräfte „nur mit großen Schwierigkeiten [...] eine wilde Schlägerei“²⁰ verhindern konnten und dass die „massive[n] Polizeikontrollen auf der Schönau [...] ange-reiste Chaoten überraschten“²¹. Berichte wie etwa über „Schlägertrupps aus

16 Komitee Schönau nicht vergessen!: *Infobroschüre*, S. 11.

17 Vgl. Friedrich: Die sterben alle, S. 17.

18 Vgl. ebd.

19 Weiterhin Belagerung. Polizei muss Asylbewerberheim auf der Schönau schützen. In: *Mannheimer Morgen*, 01.06.1992.

20 Neue Unruhen um Mannheimer Asylheim. In: *Mannheimer Morgen*, 04.06.1992.

21 Jan Cerny: Dauerregen kühlte Gemüter ab. Massive Polizeikontrollen auf der Schönau überraschten angereiste Chaoten. In: *Mannheimer Morgen*, 05.06.1992.

Frankfurt, Hamburg und Bremen [...], die der linksextremen Szene zuzuordnen sind“ und die „eine offene Schlacht“ anzetteln wollten,²² belegen deutlich, dass der *Mannheimer Morgen* wesentlich weniger zurückhaltend darin war, den Demonstrant*innen aus dem linken Spektrum eine extremistische Gesinnung zu attestieren als dem rassistischen Mob.

3) Letztlich lässt sich auch das Verhalten der Polizei stark kritisieren: Während diese bei den Ansammlungen der rechtsextremen und rassistischen Bürger*innen vor der Geflüchtetenunterkunft noch entschlossen intervenierte und das Pogrom vereiteln konnte, scheute sie sich anschließend jedoch, strikte Konsequenzen aus den Gewaltausschreitungen zu ziehen: Laut Berichten und internen Schreiben hatte sie binnen zwei Wochen zwar über einhundert Personen in Gewahrsam genommen; jedoch leitete sie nur wenige Ermittlungsverfahren ein, die schließlich sogar in Fällen von schwerer Körperverletzung, Landfriedensbruch und Volksverhetzung eingestellt wurden.²³ Ein Polizeisprecher erklärte diesen „staatlichen Flankenschutz“ später damit, dass es „nicht die Absicht [war], betrunkene, aber nicht kriminelle Bürger mit Strafverfahren zu überziehen“.²⁴ Deutlich entschiedener war das polizeiliche Verhalten allerdings gegenüber dem linken Spektrum: Nachdem die Krawalle abgeflaut waren, riefen verschiedene antirassistische Bündnisse wie etwa der „Aktionskreis gegen Rassismus auf der Schönau“ für Pfingstsamstag, den 6. Juni 1992, zu einer Demonstration vor der ehemaligen Kaserne auf. Als der Mannheimer Verwaltungsgerichtshof die Versammlung untersagte, kamen 200 bis 300 Menschen auf dem Paradeplatz im Stadtzentrum zusammen, um ihre Solidarität mit den Geflüchteten zu bekunden. Der Oberbürgermeister ließ jedoch auch diese Kundgebung verbieten, worauf aus ganz Baden-Württemberg zusammengezogene Polizeikräfte unter Einsatz von Schlagstöcken, Pfefferspray und Kampfhunden die Demonstration brutal auflösten. Viele linke Protestierende sprachen anschließend von „Knüppelgarde“, „Polizeiterror“ und „Willkür“.²⁵ Andererseits beschlagnahmte die Polizei bei einigen autonomen Linken aber ebenso Baseballschläger, Schlagstöcke und Stichmesser, was somit dem Kritikpunkt des „Krawalltourismus“ Vorschub leistete und den Verdacht nährte, dass sich etliche Demonstrant*innen nicht so sehr um die Sicherheit der Geflüchteten sorgten, sondern lediglich ein Ventil für ihre Gewaltbereitschaft suchten. Schließlich wurden an diesem

22 Jan Cerny: Reisende Gewalttäter erreichten Schönau. Krawalle am Asylbewerber-Heim fordern erste Opfer. In: *Mannheimer Morgen*, 04.06.1992.

23 Vgl. Friedrich: Die sterben alle, S. 17.

24 Wolf Wetzel: Fahrplan Richtung Pogrom – z. B. Mannheim-Schönau 1992. In: *Wolf Wetzel*, o. D. <https://wolfwetzel.wordpress.com/?s=Fahrplan> (Zugriff am 01.02.2023).

25 Komitee Schönau nicht vergessen!: *Infobroschüre*, S. 28.

6. Juni 1992 insgesamt ca. 140 Personen aus dem linken Spektrum in Gewahrsam genommen, von denen über 110 überregional angereist waren. Insofern stellte dieser Pfingstsamstag in puncto Festnahmen und Gewalteskalation sogar den Höhepunkt der Proteste um die Schönauer Geflüchtetenunterkunft dar.

Folgen

Die beschwichtigenden Erklärungen der Stadtverwaltung, die relativierenden Berichterstattungen der Lokalpresse und die defizitären Ermittlungen der Polizei erzielten in der Gesamtheit einen bestimmten Effekt: „Mannheim-Schönau“ ist nicht als Chiffre für rassistische Gewaltausschreitungen in das kollektive Gedächtnis der Bundesrepublik eingegangen. Tatsächlich stellte der Stadtteil jedoch einen von vielen Höhepunkten in einer Serie von Anschlägen auf Geflüchtete und deren Unterkünfte nach der deutschen Wiedervereinigung dar und muss – selbst wenn Mannheim-Schönau nicht dieselbe Resonanz in Fernsehen, Presse und Radio erfuhr – in derselben Liste rassistisch und rechtsextrem motivierter Gewalt wie in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen aufgeführt werden.²⁶ Auf all diese Gewaltausschreitungen trifft das Konzept der „konformistischen Revolte“²⁷ zu: Dies ist ein explizit rechtsextremistisches Phänomen, bei dem die Revoltierenden ihres Erachtens im Sinne eines idealisierten nationalen Kollektivs ihre destruktiven Omnipotenzphantasien und ihre sadistischen Triebe auf andere ausleben, ohne von einer staatlichen Autorität einen direkten Befehl für das Gewollte zu erhalten; Fernsehkameras und Schaulustige verstärken dabei die Dimension der Gewalteskalation.²⁸ Jedoch waren es nicht nur diese „konformistischen Revolten“, sondern ebenso eine rassistische Grundstimmung in weiten Teilen der bundesdeutschen Bevölkerung, die zu Beginn der 1990er Jahre auf die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl drängten. Vor allem die Zeitungen des Springer-Verlags wie *Bild* und *Welt* befeuerten dieses Klima, indem diese beispielsweise schrieben:

Der Unmut über den Missbrauch des Asylrechts und über die Milliarden-Kosten wächst überall in Deutschland. [...] Die Deutschen sind weder ausländerfeindlich, noch sind sie Rechtsextremisten. Aber wenn der ungehemmte Zustrom von Asylanten

26 Vgl. Komitee Schönau nicht vergessen!: *Infobroschüre*, S. 3.

27 Vgl. Stephan Geelhaar / Ulrike Marz / Thomas Prenzel: Rostock-Lichtenhagen als konformistische Revolte. In: Thomas Prenzel (Hrsg.): *20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt*. Rostock: Universität Rostock, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften 2012, S. 55–68, hier S. 58.

28 Ebd.

weiterwächst, wird auch die Gewalt gegen sie zunehmen. Sind unsere Politiker unfähig, das zu begreifen?²⁹

Unter dem Eindruck der in den Folgejahren eintretenden Pogromwelle kapitulierte schließlich auch die etablierte Politik: Zunächst erklärte die SPD im Sommer 1992, dass wirtschaftliche Not im Heimatland keinen Asylantrag rechtfertigen würde, bevor im Herbst desselben Jahres Bundeskanzler Helmut Kohl auf einem Sonderparteitag der CDU in Düsseldorf konstatierte: „Wenn jetzt nicht gehandelt wird, stehen wir vor der Gefahr einer tiefer gehenden Vertrauenskrise gegenüber unserem demokratischen Staat, ja – ich sage es mit Bedacht –, eines Staatsnotstandes.“³⁰ Durch die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP sowie die Zustimmung der SPD-Opposition kam es schließlich am 26. Mai 1993 zur Grundgesetzänderung und der Einschränkung des Asylrechts. Durch die Einwanderungsbeschränkung sollte den Rechtsextremist*innen das Betätigungsfeld genommen und damit die rassistische Gewalt limitiert werden, so das Kalkül der Politik. Jedoch ereignete sich nur drei Tage später in Solingen einer der tödlichsten rassistischen Anschläge in der Geschichte der Bundesrepublik, bei dem fünf türkischstämmige Menschen ums Leben kamen.³¹ In diesen Jahren und einer brutalen Gewaltserie gegen Geflüchtete – in die das versuchte Pogrom von Mannheim-Schönau eingereicht werden muss – zeigte sich, „dass die Zivilisation eine dünne Decke ist, die sehr schnell abblättert“³².

Im Rückblick auf die Ereignisse in der Rhein-Neckar-Stadt ist ein Aspekt offensichtlich und dennoch nicht erwartungswidrig: Neben dem zunächst beherzten Einschreiten der Polizei vor der Geflüchtetenunterkunft waren es vor allem regionale antifaschistische und antirassistische Gruppen und NGOs wie beispielsweise Pro Asyl, die Zivilcourage leisteten: Ein „Mannheimer Aktionsbündnis gegen Rassismus“ und zahlreiche autonome Linke kamen nach Beginn der Gewaltausschreitungen nach Schönau und stellten sich dort dem enthemmten Mob entgegen. Ebenso waren es diese Gruppen, die am 6. Juni 1992 zu einer

29 Zit. n. Ulrich Herbert: „Asylpolitik im Rauch der Brandsätze“. Der zeitgeschichtliche Kontext. In: Stefan Luft / Peter Schimany (Hrsg.): *20 Jahre Asylkompromiss. Bilanz und Perspektiven*. Bielefeld: Transcript 2014, S. 87–103, hier S. 94.

30 6. Dezember 1992 – Einigung über Änderung des Asylrechts. In: *WDR*, 06.12.2012. <https://www1.wdr.de/stichtag/stichtag7106.html> (Zugriff am 01.02.2023).

31 Vgl. Richard Rohrmoser: *Antifa – Porträt einer linksradikalen Bewegung. Von den 1920er Jahren bis heute*. München: Beck 2022, S. 121–122.

32 Zit. n. Martin Oversohl: Erinnerung an NS-Ankläger Fritz Bauer. In: *Die Welt*, 09.06.2014. <https://www.welt.de/regionales/frankfurt/article126771697/Erinnerung-an-NS-Anklaeger-Fritz-Bauer.html> (Zugriff am 01.02.2023).

Großkundgebung gegen Rassismus aufrufen, bei der die Stimmung zwischen Polizei und linken Demonstrant*innen eskalierte und viele Antifaschist*innen und Antirassist*innen durch Polizeigewalt Verletzungen erlitten. Sowohl die Stadtverwaltung als auch die lokale Presse versuchten dabei, durch Einsatzbeschreibungen der Polizei und der Schilderung eines linken Bedrohungsszenarios zu kaschieren, dass die Gewaltexzesse einen zutiefst rassistischen und rechtsextremistischen Charakter hatten. Trotz der Kriminalisierungsversuche des linken Engagements waren und sind es weiterhin antifaschistische und antirassistische Gruppen, welche die Erinnerung an das Pogrom von Mannheim-Schönau im Frühjahr 1992 wachhalten. So waren es 2017 zum 25. Jahrestag das Autonome Jugendzentrum Mannheim in Kooperation mit dem AK Antifa Mannheim oder 2022 das Offene Antifaschistische Treffen Mannheim, die zu Erinnerungsveranstaltungen, Theaterprojekten und Workshops aufrufen, während die Stadt diesbezüglich kaum in Bewegung gekommen ist. Von dem versuchten Pogrom – dem „Makel in der Geschichte der Stadt“³³ – ist heute in Schönau kaum etwas sichtbar: Am Standort der ehemaligen Geflüchtetenunterkunft steht inzwischen ein Discounter. Bis heute existiert weder eine Gedenkstätte noch zumindest eine Plakette, die an die Ereignisse des Frühjahrs 1992 erinnern würde.

33 Anna König / Matthias Möller: Das versuchte Pogrom von Mannheim-Schönau. Keine Erinnerung aus Imagegründen. Interview mit Matthias Möller. In: *Amadeu Antonio Stiftung*, 12.08.2022. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/pogrom-in-mannheim-schoenau-keine-erinnerung-aus-imagegruenden-87483/> (Zugriff am 01.02.2023).

Abbildungsverzeichnis

Kien Nghi Ha: Das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen als institutionalisierter Rassismus

Abb. 1: Rechtsextreme Bilder propagiert in einem Leitmedium: rechtsextremes Original (Juni 1991), mediales Plagiat (September 1991) und Neuauflage 2006. Quelle: Die Republikaner, 1991; *Der Spiegel*, 37/1991, Coverseite; *Der Spiegel*, 26/2006, Coverseite.

Abb. 2a: Normalisierung rassistischer Gewalt als bleibende Hypothek der 1990er Jahre: Rechtsextreme Gewalttaten laut Polizeistatistik „Politisch Motivierte Kriminalität – rechts“. Diagramm von Kien Nghi Ha nach Toralf Staud: Straf- und Gewalttaten von rechts. Was sagen die offiziellen Statistiken? In: *bpb*, 13.11.2018. <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/264178/straf-und-gewalttaten-von-rechts-was-sagen-die-offiziellen-statistiken/> (Zugriff am 25.02.2023).

Abb. 2b: Rechtsextreme Straftaten laut Polizeistatistik „Politisch Motivierte Kriminalität – rechts“. Diagramm von Kien Nghi Ha nach Staud: Straf- und Gewalttaten von rechts.

Yvonne Wasserloos / Katharina Alexi: ‚Lichtenhagen 1992‘ im klingenden Gedächtnis

Tab. 1: Bezugnahmen auf das Pogrom von Lichtenhagen in den Jugendkulturen und im Rechtsrock 1992–2020. Eigene Darstellung.

Abb. 1: Fanzine-Cover von *ZAP* 53 (1992).

Sandra Eichstädt / Katharina Schwabel / Cornelia Sylla: Erinnerung an Rostock-Lichtenhagen 1992 unter Berücksichtigung einer heterogenen Schüler*innenschaft

Abb. 1: Mindmap zu den Bedarfen von Schüler*innen. Foto & © Cornelia Sylla, 2022.

Tab. 1: Raster angelehnt an Julia Frohn: Das Didaktische Modell für inklusives Lehren und Lernen. In: Dies. (Hrsg.): *FDQI-HU Inklusionsglossar*. In: *Humboldt-Universität zu Berlin*, 2017. <http://www.hu-berlin.de/fdqi/glossar> (Zugriff am 27.02.2023). © Sandra Eichstädt, 2022.

Tab. 2: Arbeitsversion heuristische Checkliste. © Sandra Eichstädt, 2022.

Außerdem im Neofelis Verlag erschienen

Nachhalle

– Unterschiedliche Perspektiven auf die Anschläge in Halle und Hanau
und die Wirkung von rechter Gewalt –

hrsg. von Micha Brumlik / Marina Chernivsky / Max Czollek /
Hannah Peaceman / Anna Schapiro / Lea Wohl von Haselberg

Jalta. Positionen zur jüdischen Gegenwart, Bd. 8

ISBN: 978-3-95808-354-7 (2. Aufl.)

mit 7 Farb- u. 1 S/W-Abbildungen

206 S., 16 €

Demokratie und Bildung

– Reflexionen zu Demokratie und Bildung in Zeiten der Krise –

von Micha Brumlik

ISBN: 978-3-95808-134-5 (2. Aufl.)

262 S., 20 €

Verbindungen und Brüche

– Über (Neo-)Nationalsozialismus und die staatlichen Programme gegen Rechtsextremismus:
Die Bundesprogramme im Licht historischer Deutungen –

von Sarah Kleinmann

Relationen. Essays zur Gegenwart, Bd. 12

ISBN: 978-3-95808-237-3

106 S., 12 €

***Judenhass im Kunstbetrieb
Reaktionen nach dem 7. Oktober 2023***

– Wider einen als progressiv getarnten Antisemitismus in Kunst und Kultur:
differenzierte Beobachtungen aus Theater, Tanz, Film, Bildender Kunst, Literatur,
Musik, Comic und Kulturpolitik –

hrsg. von Matthias Naumann
Relationen. Essays zur Gegenwart, Bd. 19
ISBN: 978-3-95808-452-0
ca. 200 S., 18 €

***Postmigrant Turn
Postmigration als kulturwissenschaftliche Analysekategorie***

– Für einen Perspektivwechsel in Kunst, Wissenschaft und Gesellschaft –

von Rahel Cramer / Jara Schmidt / Jule Thiemann
Relationen. Essays zur Gegenwart, Bd. 16
ISBN: 978-3-95808-412-4 (2. Aufl.)
118 S., 12 €

***Betroffenheit
Praktiken der (Selbst-)Politisierung in Kunst und audiovisueller Kultur***

– Betroffenheit verteidigen: Erkundungen des emanzipatorischen und empowernden
Potenzials einer Perspektive des Betroffenen-Werdens –

hrsg. von Barbara Paul / Andrea Seier
ISBN: 978-3-95808-433-9
208 S., 19 €

Der Druck des Buchs wurde aus Mitteln der
Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern und der
Hanse- und Universitätsstadt Rostock
gefördert.

Die Veröffentlichung als Open-Access-Publikation wurde von der
Universitätsbibliothek der Universität Rostock gefördert.



Klimaneutral gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2024 Neofelis Verlag GmbH, Berlin

www.neofelis-verlag.de

This work is licensed under a Creative Commons

Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 4.0 International License.

Umschlaggestaltung: Marija Skara

Lektorat & Satz: Neofelis Verlag (mn / co)

Druck: PRESSEL Digitaler Produktionsdruck, Remshalden

ISBN (Print): 978-3-95808-442-1

ISBN (PDF): 978-3-95808-493-3

DOI: <https://doi.org/10.52007/9783958084933>

Das brennende Sonnenblumenhaus im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen im Jahr 1992 wurde zum Symbol für die Rückkehr rechter Gewalt im gerade wiedervereinigten Deutschland. Diese Ausschreitungen waren Teil einer Welle rassistischer Gewaltausbrüche, die bis heute mit Orten wie Hoyerswerda, Solingen, Mölln oder auch Mannheim in Verbindung gebracht wird. Sie fielen in eine Zeit zunehmender Fluchtmigration nach Deutschland, die tiefe gesellschaftliche Spannungen aufdeckte und im Dezember 1992 zu den umstrittenen Änderungen der Asylbestimmungen des Grundgesetzes führte.

Nach über 30 Jahren geht es heute darum zu fragen, wie und mit wem Erinnern und Gedenken organisiert werden soll. Waren die ersten Jahre nach 1992 von Verdrängung, Vergessen und Abwehr geprägt, wurden die Ereignisse insbesondere in den letzten Jahren stärker aufgearbeitet. Doch es fehlt bis heute an einer systematischen Erforschung.

Kulturen des Verdrängens und Erinnerns versammelt unterschiedliche Blicke auf den Umgang mit dem Ereignis ‚Rostock-Lichtenhagen 1992‘ und der rassistischen Gewaltwelle der 1990er Jahre, den sogenannten Baseballschlägerjahren, insgesamt. Mit Perspektiven aus politischer Öffentlichkeit, Wissenschaft und Kultur widmet sich der Band dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen erstmals in einem transdisziplinären und überregionalen Zugang.

www.neofelis-verlag.de

ISBN 978-3-95808-442-1



9 783958 084421

